REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 364 · 9.3.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Statt Streik Nullrunde - gg.
2. Wochenendseminar der KB/Mehrheit zum Thema Innere Sicherheit
3. Nazi-Aufmarsch in Fulda ohne juristische Konsequenzen - Ulla Jelpke, Helmut Schröder
4. Die NATO im Premieren-Fieber - Kt.
5. Notverordnungen - das neue Sicherheitskonzept - Jelpke, Maurer, Schröder
6. Rechtsextremismus im Diezer Gefängnis. Ernst Tag und andere Neo-Nazis bestimmen den Knastbetrieb - B. Obachtet
7. Zwischen Legalisierung und Räumung. Wagenburgen auf dem Grat - S.D., Berlin
8. Tilman-Fichter-Abend in Köln - Bernhard
9. Berlin: Antifaschistische ImmigrantInnen im Visier der Polizei
10. Die Farbe des Kanaldeckels. Die Grünen nach dem Mannheimer Parteitag: regierungsfähig! - Js.
11. Neu in der Parteienwelt: PDS präsentiert Offene Liste - J., Westberlin
12. Vorgriff auf die deutsche Einheit. Wie eine gesamtdeutsche Aktion Ausländerstopp 1986 das "Loch in der Mauer" stopfte - Js.
13. CDU-Parteitag: Viel Kohl und wenig Fleisch - ES, Hamburg
14. Ein angekündigtes Massaker - Klaus Mellenthin
15. Es ist noch weit bis Palästina - Klaus Polkehn
16. Manchmal ganz schön riskant: Russisch-Ukrainische Machtkämpfe - Kt.
17. Betr.: Unterstützungsprojekt "antifaschistische Zeitung" für Rußland. Siebter Rundbrief - Kai Ehlers
18. Verbrannte Bücher, zerbombte Moscheen. Europas zerstörte Brücke zur islamischen Welt - Balduin Winter
19. Wenn Rot nicht gleich Rot ist. Indigene KritikerInnen des Marxismus und die völkische Sackgasse
20. Teure Wahrheit (Dokumentation von Artikeln aus "Özgür Gündem")
21. "Das Friedensabkommen war ein Schritt, aber keine Revolution." Gespräch mit einer Opponentin zu den ERP-Differenzen - El Salvador
22. Was und wer steht zur Wahl in El Salvador? - Al., Nürnberg
23. Exportschlager Hochsicherheitstechnologie. Politische Gefangene in Chile in Hochsicherheitsknast verlegt - Chile AG Braunschweig
24. Zapatistische Bilder. Essay von Paco Ignacio Taibo II
25. Zwischen Tradition und Moderne. Neue afrikanische Literatur über die Situation der Frauen (Teil 2) - A. Hoffmann, Berlin
26. Internationale Landminenkampagne - HW
27. Von der Kraft der Extreme. Warum Rußland mehr braucht und mehr bietet als eine Wahl und eine neue Verfassung - Kai Ehlers
28. Die Armut ist weiblich - Sy.
29. Die Universität und das System. Hochschulstrukturreform, Widerstand und Netzwerk linker Studigruppen - Andreas Meese, Trier
30. ... an der Stelle des ehemaligen KZ-Außenkommandos Buchenwald in Witten und einiges zur Treppenbrücke vor der ehemaligen Synagoge in Schwerte - Karl Siegel
31. Schneewuttchen und die Bayern-Mafia. Radio Z droht Abschaltung - Peter Zinke
32. Die schwarz-braune Siemens-Truppe. Ein unscheinbarer Verein und seine interessanten Connections - Peter Zinke
33. Berlinale: Aufschwung für den politischen Film - Olaf Berg
34. Gesellschaft oder Isolation - Teil 2 - Lutz Taufer
35. Projekt "Geschichte des KB 1971 bis 1991"
36. "was aber wären wir für menschen. Über die Zusammenlegung zur Freiheit ... und weiter"
37. Voscheraus Exempel. Vorsichtige Anmerkungen zu einem "Angebot" des Ersten Bürgermeisters - Frank F.

38. Vom Auschwitz-Prozeß zu "Schindlers Liste" - Klaus Mellenthin
39. Konfliktorientierte Betriebsräte
40. Quelldatei 20.htm
41. Quelldatei 33.htm
42. Spenden-Ergebnis seit ak 363
43. Es wird Zeit, daß sie rauskommen!
44. 8. März: Frauentag - Streiktag!
45. Quelldatei hebron.htm
46. Quelldatei mine.htm
47. Die NATO im Premieren-Fieber
48. Gesamtdeutsche
49. Notverordnungen

# 1. Statt Streik Nullrunde

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/tarif.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:tarif

Rechtzeitig vor Streikbeginn in ausgewählten niedersächsischen Betrieben wurde zwischen der IG Metall und dem Unternehmerverband Gesamtmetall die diesjährige Tarifrunde beendet. Während die IG Metall in dem Abschluß "keine rote Null, sondern eine schwarze Null" zu erkennen meint, ist für Gesamtmetall-Präsident Gottschol klar, daß der Abschluß eine "absolute Null" bedeutet. Egal wie das Ding rhetorisch verkauft wird, einig sind sich die Verhandlungspartner darin, daß es sich um eine Null handelt. Die sonntäglichen Springer-Zeitungen, diverse Parteienvertreter - alle sehen sie in dem Abschluß einen "Sieg der Vernunft".

Alles wurde getan, um den drohenden "gesellschaftlichen Großkonflikt" (IG-Metall-Vorsitzender Zwickel) zu vermeiden. Das wurde durch die Auswahl des zu bestreikenden Tarifbezirkes ebenso deutlich wie durch die Äußerungen aus der Gewerkschaftsspitze. Daß trotzdem eine Urabstimmung stattfand, die bei einer Beteiligung von 97,2% und mit 92,2% Stimmen für Streik die Verbitterung der Beschäftigten dokumentierte, lag eindeutig an den "Falken" im Arbeitgeberverband. Die hofften immer noch auf die Streichung des Urlaubsgeldes und eine Lohnkostensenkung von 10 bis 15%. Dabei war seit geraumer Zeit klar, daß diese Forderung "in den Bereich der Metaphysik" (Handelsblatt, 10.2.94) gehörte.

Im Prinzip hatten sich Gesamtmetall und IGM schon bei ihrem Spitzengespräch am 11.2. in Darmstadt geeinigt. Bekanntlich sind Tarifverhandlungen eine Seite der Medaille, Sondierungsgespräche im Vorfeld eine andere. "Wir mußten nach diesen Gesprächen davon ausgehen, daß unser Lösungskonzept im Grundsatz auch für die Arbeitgeber machbar ist", erklärte der IGM-Vorsitzende nach Darmstadt. (HB, 14.2.94) Die eingesetzte "Streikmaschinerie der IG Metall" (Gottschol) diente offensichtlich dazu, die "Hardliner" im Kapitalistenverband zurückzudrängen. Im Spiel mit verteilten Rollen haben letztere ihre Funktion erfüllt: Die IG Metall kam mit der Kündigung der Urlaubstarifverträge in die Defensive, führte einen Verteidigungskampf um Besitzstandswahrung und verkauft den Erhalt des Urlaubsgeldes und eine Nullrunde als Erfolg.

Zwei Prozent mehr Lohn und Gehalt ab dem 1.6.94 und fünf Leermonate bedeuten für 1994 eine Erhöhung der Tariflöhne um 1,16%. Bezieht man die Kürzung der diesjährigen Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) von 60 auf 50% eines Monatseinkommens mit ein, verbleiben noch 0,4%. Die Nichtberücksichtigung der Lohnerhöhung bei der Berechnung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes macht nochmals ein Minus von 0,38% aus. Bleibt eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 0,02%. Auch nicht schlecht!

Durch den Abschluß kommt auf die Beschäftigten der Metallindustrie mindestens ein Reallohnverlust in Höhe der Inflationsrate zu. Berücksichtigt man noch die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge von 17,5% auf 19,2% zu Beginn dieses Jahres, dann reduzieren sich die Einkommen um weitere 0,85%.

Einen noch stärkeren Einkommensrückgang wird es geben, wenn die vereinbarten Flexibilisierungsmöglichkeiten bei der Wochenarbeitszeit zum Einsatz kommen. Wird für eine Gesamtbelegschaft die 30-Stunden-Woche eingeführt, gibt es keinen Lohnausgleich, sprich ca. 17% weniger Lohn. Im Gegenzug wird in dem auf zwei Jahre befristeten Beschäftigungsabkommen von dem jeweiligen Unternehmen eine Beschäftigungsgarantie abgegeben. Wird nur für einen Teil der Beschäftigten eine Arbeitszeitverkürzung vereinbart, gilt die Beschäftigungssicherung nicht, dafür gibt es einen teilweisen Lohnausgleich. Dieser richtet sich nach der Länge der Arbeitszeitverkürzung. Bei einer Stunde gibt es 1%, bei 6 Stunden 7%. Dies entspräche in der Endstufe einem Einkommensverlust von 10%.

Mit dieser Regelung wird der von Kapitalistenseite angestrebten Flexibilisierung Tür und Tor geöffnet. Je nach Bedarf und Auftragslage und nur eingeschränkt durch die Arbeitszeitverordnung kann kürzer oder länger gearbeitet werden. Innerhalb eines Jahres (bisher eines halben) muß die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit auf der Basis der 36-Stunden-Woche ausgeglichen werden. D.h. die Jahresarbeitszeit ist festgeschrieben, die tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit kann je nach Auftragslage variiert werden. Unter die Rubrik "Arbeitsplätze schaffen" fällt diese Flexibilisierungsmöglichkeit mit Sicherheit nicht. Vielmehr wird darüber eine noch stärkere Arbeitsverdichtung stattfinden.

Die sechsmonatige Übernahmegarantie für Azubis (danach besteht Anspruch auf Arbeitslosengeld) enthält einige Ausnahmen. Bilden Betriebe über den eigenen Bedarf hinaus aus, gilt die Übernahmegarantie nicht,

ebensowenig bei Beschäftigungsproblemen, die sich z.B. durch betrieblich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung manifestieren.

Was mit der Vertragskündigung in der ostdeutschen Metall- und Stahlindustrie im letzten Frühjahr seinen Anfang genommen hatte, wurde nun im Westen konsequent fortgesetzt. Die Gewerkschaften werden mit überdimensionierten Forderungen nach Lohnkostensenkung und Streichung von Urlaubstagen konfrontiert und sehen sich nur noch in Lage, Abwehrkämpfe zu führen. Irgendeine Abstimmung unter den DGB-Gewerkschaften ist nicht erkennbar. Zunächst preschte die IG Chemie mit ihrem Dumping-Abschluß vor. Aber immer noch hätte die IG Metall ihre Strategie mit der ÖTV, der IG Medien und der HBV abstimmen können, um größere Schlagkraft zu gewinnen. Dies ist offensichtlich nicht gewollt. Mit dem jetzigen Abschluß ist vollkommen klar, daß kleinere Gewerkschaften wie die IG Medien mit einer eventuell größeren Entschlossenheit alleine im Regen stehen bleiben.

Nach der Zurückhaltung der Gewerkschaften im letzten Jahr (mit Tarifabschlüssen, die unterhalb der Inflationsrate lagen) werden jetzt eine Nullrunde, de facto ein drastischer Reallohnabbau, und flexibilisierte Arbeitszeiten als gewerkschaftlicher Erfolg verkauft. Die Verhinderung von Mitgliederverlusten und eine Anbindung an gewerkschaftliche Aktivitäten, so sie denn stattfinden und überhaupt erwünscht sind, werden mit solchen Abschlüssen auf die Dauer nicht erreicht werden.

gg.

# 2. Wochenendseminar der KB/Mehrheit zum Thema Innere Sicherheit

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:42

Nach allen Beschlüssen der Unionsparteien wird im Wahljahr 1994 die "Innere Sicherheit" zu einem entscheidendem Wahlkampfthema. Auf allen Ebenen wird hier der "Starke Staat" propagiert, werden Feindbilder aufgebaut, angebliche Lösungsstrategien angeboten, die einen weiteren Abbau des Rechtsstaats bedeuten. Jede Kritik an diesem Vorgehen wird als Begünstigung von Kriminalität, extremistischem Terror, Verunsicherung des Bürgers etc. zu diskreditieren versucht. Wir werden zu diesem Thema ein Wochenendseminar veranstalten.

Ein Komplex wird die Beschäftigung mit den konkreten Vorstellungen der Parteien zu angeblich notwendigen Maßnahmen zur "Inneren Sicherheit" sein. Hierzu wird es ein entsprechendes Einleitungsreferat von einem Mitarbeiter des Bonner Abgeordneten-Büros, PDS/Linke Liste, Jelpke/Maurer/Schröder geben, deren tägliche Arbeit die Beschäftigung mit diesem Thema ist und die dies aus dem "Hohen Hause" life referieren können. Neben einem Überblick über die geplante Gesetzgebung soll das Verhalten der CDU und auch der SPD unter die Lupe genommen werden. Vieles spricht dafür, daß die SPD, ähnlich wie auch in anderen Fragen, die Forderung nach Verschärfungen übernimmt und damit der CDU den Weg eröffnet.

Vertiefen wollen wir die Debatte an den Themen, die unseres Erachtens zur Zeit mit besonderer Brutalität in der Wahlkampfpropaganda benutzt werden.

1. Der Trick mit der Kriminalitätsstatistik, insbesondere die Lüge von den kriminellen Ausländern. Nach der für die etablierten Parteien erfolgreichen Asylkampagne wird nun eine ähnliche Hetzkampagne in dem Bereich der sogenannten Äusländerkriminalität vorangetrieben und damit der latent vorhandene Rassismus weiter geschürt.(N.N.)

2. Mit der Gefahr der Organisierten Kriminalität wird eine verstärkte Rechtsverschiebung versucht zu begründen. Was hat es mit der Organisierten Kriminalität auf sich? (Mark Holzberger, Rote Hilfe Berlin)

3. Die Ermittlungsbehörden reagieren auf das "Drogenproblem" bzw. die Drogenkriminalität mit einem Ausbau der Repression und einer Ausweitung des Polizeiapparates so z.B. mit dem Einsatz von V-Leuten. Auch Möglichkeiten zur Entkriminalisierung sollen diskutiert werden. (Martin Lemke, Rechtsanwalt)

Das Treffen findet am 16./17. April im "Haus für Alle", Amandastr. 58, 20357 Hamburg statt. Anmeldungen sind erwünscht (wir können dann besser planen - insbesondere, wenn Schlafplätze benötigt werden).

Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58 B, 20357 Hamburg, Tel. 040/435320.

# 3. Nazi-Aufmarsch in Fulda ohne juristische Konsequenzen

Autor: Ulla Jelpke, Helmut Schröder · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:28

Hätten sie jemals - unter völliger Verkennung der politischen Verhältnisse in diesem Land - wegen des "Heß-Gedenkmarsches" der Neofaschisten am 14.8.1993 in Fulda Angst um ihren Job gehabt, dann könnten die politischen und polizeilichen Verantwortlichen tief durchatmen. Denn die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Fulda hat die Ermittlungsverfahren gegen Polizeidirektor Bangert, Polizeioberrat Voß, Polizeihauptkommissar Kiewel, Oberbürgermeister von Fulda Dr. Hamberger und Magistratsdirektor Semler aus Fulda, "wegen des Vorwurfs der Strafvereitelung im Amt und anderer strafbarer Handlungen im Zusammenhang mit der Kundgebung Rechtsradikaler" wegen "mangels begründeten Tatverdachts gemäß § 170 Abs. 2 StPO" eingestellt. Oder anders ausgedrückt: Die Mitte der Gesellschaft sprach sich von der Komplizenschaft mit dem militanten Neofaschismus frei und verhalf sich so zu ihrem Recht.

Zur Erinnerung: Am 14.8.1993 konnten - "trotz eines bundesweiten Demonstrationsverbots" - 800 Neofaschisten aus dem In- und Ausland in Fulda ungestört einen Aufmarsch und eine Kundgebung zum Gedenken an den vor sechs Jahren verstorbenen Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß abhalten. Im Verlaufe dieser Zusammenrottung konnten die Neofaschisten unter anderem unbehelligt den "Hitler-Gruß" zeigen und türkische Jugendliche und AntifaschistInnen angreifen. Möglich gemacht hat diesen Aufmarsch erst die Fuldaer Polizeiführung und Stadtverwaltung. Denn der eigentliche Skandal des 14.8.1993 bestand darin, daß die Verantwortlichen der Polizei in fast kollegialer und überaus kumpelhafter Weise den Weg für diesen SA-ähnlichen Aufmarsch frei gemacht hatten, in dem sie den Nazis den Rücken vor antifaschistischen GegendemonstrantInnen frei hielten und bei der Begehung von Straftaten durch Nazis tatenlos zusahen.

Die Ereignisse von Fulda führten im In- und Ausland zu scharfer Kritik am Vorgehen der Polizeiführung und der Verantwortlichen der Stadt, zumal als bekannt wurde, daß die Neofaschisten zwei Tage vorher einen Aufmarsch in Fulda angemeldet hatten. Die Anmeldung war unterschrieben "mit deutschem Gruß". Vor allem unter dem internationalen Druck entschuldigte sich der hessische Ministerpräsident, Hans Eichel (SPD), bei den Juden in Deutschland und sprach bezüglich des Neonazi-Aufmarsches von einem "bösen Ausrutscher", der "Konsequenzen haben werde" (FR, 23.8.93).

Von derlei Konsequenzen ist bis heute nichts zu spüren: Nach "sechs Monaten ‚intensiver Nachforschungen und Vernehmungen`" (FR, 17.2.94) kam die Staatsanwaltschaft Fulda zu dem Ergebnis alle Ermittlungsverfahren gegen die Kommunalbeamten und Polizisten einzustellen. Der Leiter der Staatsanwaltschaft Weiss-Bollandt erläuterte die Einstellung gegenüber der Presse: "Das bedeutet aber nicht etwa einen Freispruch nur aus Mangel an Beweisen, sondern wegen erwiesener Unschuld." (FR, 17.2.1994)

In der Einstellungsverfügung wird recht ungeniert einzig die Polizeidarstellung übernommen. Daß der Oberbürgermeister von der Polizei keine Auflösung der Versammlung und der Ordnungsamtsleiter zuvor kein Verbot ausgesprochen hat, ist für die Staatsanwaltschaft "im vorliegenden Falle strafrechtlich ohne Relevanz" (Einstellungsbescheid Seite 9). Nach der Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft besteht also für Polizei und Kommunalpolitiker grundsätzlich kein Anlaß gegen neofaschistische Zusammenrottungen zur Huldigung eines nationalsozialistischen Führers vorzugehen; offenbar fallen derlei Veranstaltungen zur Propagierung nationalsozialistischen Gedankengutes für die Staatsanwaltschaft unter den Schutz des Versammlungsrechts.

Wer prinzipiell, wie die Staatsanwaltschaft Fulda, in einem derartigen neofaschistischen Aufzug, keine strafbare Handlung zu erblicken vermag oder will, der hat auch in den Detailfragen eine entsprechende Rechtsauffassung.

In der Beurteilung des Verhaltens der Einsatzleiter vor Ort, die nicht gegen neofaschistische Straftäter vorgegangen sind, wird ausgeführt: "Ein solcher Einsatz setzt zunächst voraus, daß genügend Beamte für den Zugriff, den Rücktransport und für die Beweissicherung bereitstehen, ferner, ob unter Abwägung der Schwere der aus der Versammlung heraus begangenen Straftaten und der Gefährdung von Leib und Leben der Beamten ein Einsatz gerechtfertigt war (Fürsorgepflicht). Den Beschuldigten Voß und Kiewel standen für derartige Aktionen jedoch Beamte in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung. (...) Bei einem solchen

Sachverhalt liegt es auf der Hand, daß der Einsatzleiter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Sicherheit und Ordnung den Vorrang vor der Strafverfolgung einzuräumen hatte." (Einstellungsverfügung Seite 11). Wieso die Polizei in Fulda nicht mehr Kräfte zusammengezogen hatte, obwohl zwei Stunden vor dem Aufmarsch die Polizeidirektion Fulda von der Polizeibehörde in Unterfranken erste Hinweise über einen derartigen Aufmarsch hatte, wird von der Staatsanwaltschaft schon gar nicht mehr hinterfragt.

Auch bezüglich der schriftlichen Anmeldung des Aufzuges, die der Neofaschist Dirk Winkel mit "deutschem Gruß" unterschrieben hatte, sieht die Staatsanwaltschaft Fulda keinen Handlungsbedarf. In enthüllender Weise wird ausgeführt: "Soweit der Beschuldigte Semler (Magistratsdirektor der Stadt Fulda, Anm. d.V.) im Zusammenhang mit dem Schreiben des Dirk Winkel die strafrechtliche Qualität der Grußformel ‚mit deutschem Gruß` nicht erkannte, sind hieraus strafrechtlich relevante Konsequenzen nicht abzuleiten. Selbst wenn er diese, sogar für Strafjuristen schwierige rechtliche Qualifikation als Vergehen i.S. des nach § 86a StGB erkannt hätte, traf ihn keine Rechtspflicht zur Anzeige, da er nicht dem Legalitätsprinzip unterliegt." (Einstellungsverfügung Seite 11/12).

Diese Selbstbezichtigung ist wohl das einzig Verdienstvolle an diesem Bescheid. Vermutlich wäre auch ein schlichtes "Heil Hitler" unter dem Brief für diese Strafjuristen - wenn überhaupt - nur schwer als Straftatbestand zu qualifizieren gewesen. Die Herren der Staatsanwaltschaft arbeiten offenbar darauf hin, daß, wenn man schon vor dem Hintergrund der neofaschistischen Gewalt auf der Straße von Weimar spricht, nicht von ihrem Berufsstand schweigen sollte. Damals wie heute sind sie duldsam.

Die Bundesministerin der Justiz, Leutheusser-Schnarrenberger, hat unmittelbar nach Fulda in einem Streitgespräch mit Ralph Giordano ausgeführt: "Ich möchte nichts entschuldigen, aber vielleicht, Herr Giordano, braucht man manchmal solche Dinge wie in Fulda, um wachzurütteln." (Die Woche, 2.9.1993) Bezogen auf die Staatsanwaltschaft Fulda dürfte dieses Wachrütteln bedeuten, daß hier Beamte kurzfristig ihren Kopf erhoben hatten, aber nur zum Umdrehen, um sofort tief weiterzuschlafen.

Ulla Jelpke /Helmut Schröder

# 4. Die NATO im Premieren-Fieber

Autor: Kt. · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:39

Die deutschen Medien meldeten es als Premieren-Ereignis: "Der erste Militäreinsatz der NATO". Und gleich auf Anhieb so überaus erfolgreich: Vier "mutmaßlich serbische" Kampfflugzeuge zogen gegen zwei amerikanische Kollegen den kürzeren und wurden über Bosnien abgeschossen. Zwar widersprechen sich die Berichte über den Ort des Geschehens total, zwar kann niemand genau sagen, warum die "mutmaßlich serbischen" Piloten überhaupt unterwegs waren. Aber fest steht bereits, daß der gelungene Vierfach-Abschuß auch für die Bundeswehr eine Premiere war: Am "ersten Militäreinsatz der NATO" waren deutsche Soldaten nicht unerheblich beteiligt.

Denn: AWACS-Aufklärungsflugzeuge spürten die "mutmaßlich serbischen" Maschinen auf und dirigierten den Abschuß: "Unter den rund 500 Mann des fliegenden AWACS-Personals sind etwa 150 Deutsche. (...) An Bord der Flugzeuge, die den Angriff auf serbische Maschinen über Bosnien koordinierten, waren auch deutsche Soldaten." (SZ, 1.3.94)

Vergessen sind alle die herzigen Schwüre von Kohl, Kinkel & Co., deutsche Soldaten würden "wegen unserer Geschichte" keinesfalls an militärischen Missionen in Jugoslawien teilnehmen. Mit den deutschen Jungs in den AWACS hat man sich recht elegant über die Tabu-Linie hinweggemogelt: Denn, gell, richtig selbst geschossen haben sie ja eigentlich nicht? Aber, ehrlich gesagt, eine "rein humanitäre Aufgabe" im klassischen Sinn war es wohl auch nicht gerade. Und die SPD, die genau wegen der deutschen AWACS-Beteiligung im letzten Jahr noch das Bundesverfassungsgericht bemühte, läßt ihre Politiker nun bedächtig, aber doch deutlich zustimmend nicken: Jaja, es ging wohl wirklich nicht mehr anders. Irgendwann muß das Morden in Bosnien-Hercegovina doch mal ein Ende haben.

So gewöhnen wir uns an die Premieren: Der erste deutsche Soldat, der während einer UNO-Mission ums Leben kommt: Kambodscha. Der erste Mensch, der von einem deutschen Soldaten erschossen wird: Somalia. Der erste deutsche Soldat, der am allerersten richtigen Kampfeinsatz der NATO beteiligt ist: Ex-Jugoslawien. Nichts davon macht außenpolitisch oder militärisch sehr viel Sinn, man hätte es ebenso gut auch bleiben lassen können. Was dabei zählt, ist einfach nur: Es war die Premiere, es wurde eine weitere Tabu-Linie überschritten, es fand ein zusätzliches Stückchen "Normalisierung" statt.

So ist das strategische Endziel hundertprozentiger deutscher "Normalität" leicht auf den Begriff zu bringen: Internationale Anerkennung Deutschlands als absolut gleichberechtigte kriegsfähige und irgendwann eben auch kriegführende Nation. Zwei Existenzlügen der Bundeswehr, altgedienten Kriegsdienstverweigerern aus ihren Verfahren sicher noch in Erinnerung, sind damit endgültig geplatzt: Erstens, die Bundeswehr sei dazu da, die Grenzen der deutschen Heimat gegen einen Angriff (aus dem Osten, logo!) zu schützen und die Freundin des Soldaten gegen messerschwingende Vergewaltiger zu verteidigen. Zweitens, die Bundeswehr sei eigentlich überhaupt nicht dazu da, Kriege zu führen, sondern um sie durch ihre bloße Existenz zu verhindern, nämlich jeden potentiellen Angreifer von vornherein abzuschrecken.

Immanent betrachtet war das durchaus logisch: Auf dem Boden der BRD einen Krieg zu führen, zumal mit dem Risiko einer atomaren Eskalation - um dies Szenario aussichtsreich zu finden, reichte normaler nationalistischer Schwachsinn nicht aus. Dazu mußte man schon ein kompletter Idiot sein. Ganz anders aber sehen plötzlich die Dinge aus, wenn man "out of area" nicht als zufälliges Nebenbei, sondern als das eigentliche Tätigkeitsfeld der NATO und somit eben auch der Bundeswehr, zwar nicht explizit definiert, aber eindeutig praktiziert.

Flugverbot -

weil's am wenigsten weh tut

Der äußere Anlaß des "ersten Kampfeinsatzes in der Geschichte der NATO" ist, falls dies Wörtchen in einem solchen Zusammenhang überhaupt zulässig ist, eher kurios. Das sog. Flugverbot über Bosnien-Hercegovina, im Oktober 1992 von der UNO beschlossen und seit April 1993 mit der Abschuß-Drohung ausgestattet,

machte von Anfang an weder unter humanitären noch unter militärischen Gesichtspunkten Sinn. Aber, und deshalb hier das Wörtchen "kurios", genau aus diesem Grund wurde es überhaupt beschlossen.

Die Luftwaffe hatte im jugoslawischen Bürgerkrieg nie eine entscheidende Rolle gespielt. Am meisten kam sie in der ersten Phase des Krieges zum Einsatz, als die Bundesarmee einen regelrechten Feldzug gegen Kroatien führte, also im Sommer und Herbst 1991. Mit dem Rückzug der Bundesarmee aus Bosnien-Hercegovina im Sommer 1992 wurde die Luftwaffe als Instrument der Kriegführung praktisch bedeutungslos: Offensichtlich hatte die abziehende Armee ihren serbischen Verbündeten vor Ort zwar reichlich Artillerie samt Munition, aber nur wenige Kampfflugzeuge zurückgelassen. So konnten die Großmächte im Herbst 1992 beruhigt das Flugverbot beschließen, in der Gewißheit, daß dies jedenfalls nicht zu einer Konfrontation mit Neu-Jugoslawien führen würde und auch die bosnischen Serben nicht wirklich stören würde. Um ganz sicher zu gehen und Zufälle in der Übergangszeit auszuschließen, verzichtete man in der ersten Phase des Flugverbots auf die Option der militärischen Durchsetzung.

Als die UNO diese dann in einem zweiten Schritt im April 1993 beschloß, konnte man bereits konstatieren, daß es ohnehin schon seit Monaten kaum noch Verstöße gegeben hatte. Das Flugverbot beschränkt einerseits die hohe serbische Materialüberlegenheit in der Kriegführung nicht nennenswert - diese beruht nach wie vor auf Artillerie und Panzern -, und beinhaltet andererseits, und eben deshalb, auch nur ein minimales Eskalationsrisiko.

Beschlossen wurde die militärische Durchsetzung des Flugverbots in einer der typischen Situationen, in denen die Großmächte wieder einmal so tun wollten, als unternähmen sie etwas zugunsten der bedrängten muslimischen Bevölkerung, aber zugleich fest entschlossen waren, keine direkte militärische Verwicklung in den Konflikt zu riskieren. Das nützt niemandem, schadet aber auch niemandem - außer in diesem Fall vielleicht einigen Piloten -, und man hat wieder ein paar Monate gewonnen, um diplomatisch weiterzuwursteln und sinnvolle Aktivitäten vorzugaukeln. Irgendwann, zweifellos, muß der Krieg doch zu Ende sein, und dann wird man dies als Erfolg der eigenen Bemühungen und der eigenen außenpolitischen Strategie ausgeben wollen.

Das mißverstandene Ultimatum

Dem Abschuß der vier "mutmaßlich serbischen" Kampfflugzeuge unmittelbar vorausgegangen war eine eindrucksvolle, aber vielleicht doch mehr theatralische als reale, Kraftprobe zwischen der NATO und den bosnischen Serben im Gebiet von Sarajevo.

Am 10. Februar hatte die NATO alle Kriegsparteien ultimativ aufgefordert, innerhalb von zehn Tagen sämtliche schweren Waffen - Artillerie und Panzer - aus einer sog. Verbotszone, 20 Kilometer im Umkreis vom Stadtzentrum Sarajevos aus, abzuziehen oder der Kontrolle der UNO-Friedenstruppen (UNPROFOR) zu übergeben. Nach diesem Datum werde man innerhalb der Verbotszone festgestellte, nicht von UNPROFOR kontrollierte schwere Waffenstellungen aus der Luft angreifen, um sie zu zerstören.

Im Gegensatz zur üblichen Version in den deutschen Medien handelte es sich also keineswegs um ein einseitiges Ultimatum an die serbische Adresse. In gewisser Weise traf es die Verteidiger Sarajevos sogar härter als die Belagerer: Während die einen die meisten ihrer schweren Waffen einfach abtransportieren und anderswo wieder aufbauen konnten, blieb den sog. Muslimen - in Wirklichkeit sind durchaus nicht alle Verteidiger der Stadt muslimisch - gar nichts anderes übrig als die Auslieferung ihrer vergleichsweise wenigen Geschütze an UNPROFOR.

Das Endergebnis war voraussehbar: Die serbische Seite ließ sich auf eine Konfrontation mit der NATO klugerweise nicht ein, sondern räumte, soweit es die schweren Waffen anging, erst einmal das Feld. An der Situation Sarajevos als belagerte Stadt ändert sich dadurch noch nicht sehr viel. Zugleich verstärkten die Serben an allen übrigen Fronten ihre Angriffe, vor allem in Mittelbosnien und im äußersten Nordwesten um die muslimische Enklave von Bihac. Daß dabei auch von den schweren Waffen Gebrauch gemacht wird, die eben noch im Belagerungsring um Sarajevo gestanden hatten, ist nicht bewiesen, aber wahrscheinlich.

Das Resultat sollte niemanden überraschen, denn es war noch immer so: Jede neue "Friedensoffensive" der Großmächte löst unmittelbar militärische Kraftanstrengungen der Kriegsparteien an allen Fronten aus. Die Aussicht auf einen vielleicht doch absehbar bevorstehenden Friedensschluß setzt jedesmal alle Beteiligten

unter Zeitdruck, hier und da noch einen kleinen militärischen Vorteil, eine kleine Korrektur der Landkarte, zu erreichen. Denn alle Beteiligten wissen, daß niemand auf der Welt einen "gerechten" Frieden für Bosnien-Hercegovina durchsetzen kann und will, was immer man auf den verfeindeten Seiten darunter verstehen mag. Im Wesentlichen werden die Grenzen beim Friedensschluß da festgelegt werden, wo einen Tag zuvor die Fronten verlaufen sind. Krieg sei kein Mittel der Politik? Hier wird seit Sommer 1991 Tag für Tag das Gegenteil demonstriert, und die praktischen Folgen dieses furchtbaren "Lehrstücks" für die internationalen Beziehungen sind überhaupt noch nicht abzusehen.

Seltsamerweise sind sich in Deutschland die Linksradikalen mit dem ganzen übrigen politischen Spektrum in einem Punkt einig: Das Ultimatum der NATO habe sich gegen die Serben gerichtet, den Serben habe damit irgendetwas aufgezwungen werden sollen. Die einen begrüßen das, die anderen verurteilen es auf das allerschärfste, aber an dem angeblichen Faktum zweifeln sie alle nicht. Trotzdem stimmt es nicht. Erstens nicht im engeren Sinn, denn unzweifelhaft richtete sich das Ultimatum hinsichtlich der schweren Waffen in und um Sarajevo an alle Kriegsparteien gleichermaßen.

Zweitens stimmt es auch nicht im umfassenderen politischen Sinn. Was die NATO aufzuzwingen, oder richtiger gesagt durch Druck zu fördern versucht, ist im Wesentlichen ein baldiger Friedensschluß auf Grundlage der durch den Krieg entstandenen Situation. Das mag die eine oder andere kleine Grenzkorrektur enthalten, aber im großen und ganzen wird der reale Frontverlauf maßgeblich sein. Mit dieser Situation ist die serbische Seite völlig zufrieden und kann es ja auch wirklich sein. In Frage gestellt werden die derzeitigen Ergebnisse des Krieges in erster Linie von der muslimischen Seite, und auch das ist völlig verständlich. Militärisch haben sie den Krieg verloren, hoffen aber, sich diplomatisch noch etwas verbessern zu können, indem irgendwann das phantomatistische "Weltgewissen" nicht nur erwacht, sondern auch gleich hart durchgreift. Das aber wird wohl nicht geschehen.

So richtet sich der internationale Druck in der Realität, jenseits der gelegentlich recht spektakulären, aber überwiegend propagandistischen Inszenierungen im Vordergrund, primär auf die muslimische Seite: Sie möge sich endlich in die entstandene Lage fügen. Hinauslaufen würde das letzten Endes auf eine Teilung Bosnien-Hercegovinas zwischen Neu-Jugoslawien und Kroatien. Wenn nicht im Sinn der direkten Grenzziehung, so jedenfalls den realen Machtverhältnissen nach.

Wie Jelzin die Welt rettete

Den Medien war zu entnehmen, daß die russische Regierung dem NATO-Ultimatum auf das heftigste widersprochen habe. Aus diesem Material ließ sich bequem eine außenpolitische Krisensituation von erheblichen Ausmaßen konstruieren. Jelzin soll ja sogar gesagt haben, man habe für kurze Zeit am Abgrund des dritten Weltkriegs gestanden. Se non è vero è bene trovato.

Noch kurz vor dem Ultimatum hatte Moskaus Außenminister Kosyrew sich an den UNO-Generalsekretär gewendet und gewarnt, die Drohung mit Luftangriffen würde "die Lage an allen Fronten in Bosnien verschärfen und die ganze Operation der UNO zur Leistung humanitärer Hilfe gefährden" (FAZ, 10.2.) Rußland sei "kategorisch und grundsätzlich" gegen militärische Aktionen, die über den Schutz der UNO-Truppen hinausgehen. Vorausgegangen war, Ende Januar, eine Duma-Resolution, in der erstens die Androhung von Luftangriffen verurteilt und zweitens die Aufhebung der Sanktionen gegen Neu-Jugoslawien verlangt wurde. Angenommen mit der wasserdichten Mehrheit von 280 gegen zwei Stimmen.

Glänzendes Happy End: Das mit dem Ultimatum so sträflich übergegangene Rußland wurde von der NATO nachträglich doch noch in die Verhandlungen eingeschaltet - oder schaltete sich selber ein, auf Details kommt es hier nicht an. Jedenfalls: Das gute Zureden der Russen veranlaßte die Serben, die anfangs noch recht trotzig aufgetrumpft hatten, zum Einlenken. Situation gerettet, dritter Weltkrieg gerade eben noch abgebogen. Danke schön Rußland, telefoniert Helmut Kohl an Boris Jelzin. Rußland hat die von der NATO geschaffene unglückliche Situation hilfreich gelöst und muß als außenpolitischer Faktor wieder ernst genommen werden, schreiben linke Kommentatoren. Jedenfalls, erleichtertes und dankbares Aufatmen auf allen Seiten. Das ging ja gerade noch mal gut.

Oder war vielleicht das ganze auch ein bißchen Spiel mit verteilten Rollen? Beim zweiten Hinsehen fällt auf, daß das NATO-Ultimatum auf sehr wackeligen Beinen gestanden hatte. Frankreich, als maßgeblicher Initiator dieser Resolution, hat bisher stets - soweit gerade noch möglich - einen freundschaftlichen Kurs gegenüber

Neu-Jugoslawien und der serbischen Kriegspartei verfolgt und damit den permanenten Gegenpol zur eher pro-kroatischen Politik Bonns gebildet. Die US-Regierung als Mitinitiator hatte zwar gelegentlich wortradikal aufgetrumpft, aber in der Praxis immer wieder die Seite derjenigen unterstützt, die in Ex-Jugoslawien lieber nicht militärisch intervenieren möchten.

Mehr noch: Schon als das Ultimatum beschlossen wurde, war offensichtlich, daß Großbritannien und Kanada dagegen die allergrößten Bedenken hatten, und daß Griechenland sowieso rundum dagegen war. Die ungarische Regierung, ansonsten wirklich erzreaktionär und keinem nationalistischen Unfug abgeneigt, wollte die auf ihrem Gebiet stationierten AWACS-Flugzeuge nicht zur Durchsetzung des Ultimatums einsetzen lassen, und der stramm rechte Ministerpräsident der Tschechischen Republik, Klaus, verblüffte seine CDU-Freunde mit dem Ausspruch, dieses Ultimatum sei "unfair".

Jedenfalls, in der NATO bestand über dieses Ultimatum absolut kein Konsens, obwohl dieser formal zur Beschlußfassung nötig gewesen wäre. Die praktische, also militärische, Umsetzung dieses Ultimatums wäre zur politischen Zerreißprobe unter den NATO-Staaten geworden. War man etwa in den Regierungen Frankreichs und der USA plötzlich so gestimmt, daß man das enorme Risiko NATO-interner Konflikte auf sich nehmen wollte, nur um den armen Menschen in Sarajevo weitere Artillerie-Angriffe zu ersparen? Oder war die Beschlußfassung der NATO trotz der "schweren Bedenken" mehrerer wichtiger Mitglieder nur deshalb möglich, weil von vornherein hinreichend Gewißheit und Übereinstimmung bestand, daß es zum äußersten gar nicht erst kommen werde?

Ähnlich muß die Frage nach der Rolle Rußlands gestellt werden. Es in dieser Angelegenheit tatsächlich zu übergehen, wäre ein schwerer Affront gewesen, der vielleicht das ganze mühselige moralische Aufbauwerk für Jelzin zum Einsturz hätte bringen können. Angesichts der Tatsache, daß unter den NATO-Mitgliedern selbst absolut keine Einigkeit über eine eventuelle militärische Durchsetzung des Ultimatums bestand, wäre es eine doppelte Dummheit der Hauptakteure - Frankreich und USA - gewesen, auch noch an Rußland vorbei zu agieren. Und es hätte im totalen Widerspruch zum gesamten bisherigen Vorgehen Frankreichs im Jugoslawien-Konflikt gestanden, ebenso wie es den demonstrativen Bemühungen Clintons um eine Partnerschaft mit Moskau widersprochen hätte.

Alle sind Gewinner

Die Hypothese erscheint plausibel, daß unter den Hauptakteuren von vornherein ein gewisses Einverständnis bestand, einschließlich Moskaus und vielleicht sogar einschließlich der bosnischen Serben, zumindest aber Belgrads. Jedenfalls haben alle Beteiligten einen Nutzen davongetragen:

- Die NATO hat Entschlossenheit zum Handeln demonstriert und könnte es auf dieser Basis leichter haben, nun auch die muslimische Seite zu Zugeständnissen zu drängen. Dem durchaus zutreffenden Eindruck, die NATO schaue nun schon seit über zweieinhalb Jahren dem Blutvergießen in Ex-Jugoslawien hilflos zu, hat man für einige Zeit etwas entgegengesetzt.

- Rußland hat bestätigt bekommen, daß es als klassische Ordnungsmacht in Osteuropa unentbehrlich und auch wieder international anerkannt und gefragt ist. Es gibt eben Staaten und Völker, mit denen die Russen traditionell "gut können", ohne sich ihnen gegenüber total unkritisch zu verhalten. Da kommt dann natürlich Moskau mit seinen Methoden weiter als die NATO mit ihren. So zeichnet sich in großen Linien ein neuer Einflußbereich Rußlands ab, der übrigens mit dem alten der UdSSR weitgehend identisch ist.

- Die serbische Kriegspartei hat bewiesen, daß sie - wenn auch nicht ganz ohne Druck, nun ja - zu Zugeständnissen bereit ist. Also nicht stur auf einmal erreichten militärischen und politischen Positionen besteht, sondern auch ein flexibler Verhandlungspartner sein kann. Militärisch hat sie durch den Rückzug ihrer schweren Waffen aus dem Ring um Sarajevo nicht viel verloren: Die Belagerung wird trotzdem fortgesetzt, an allen übrigen Fronten kann man sowieso weiter mit sämtlichen verfügbaren Mitteln angreifen, und die Beschießung Sarajevos mit Geschützen war militärisch unergiebig und propagandistisch allmählich nur noch eine Riesendummheit.

- Die muslimische Kriegspartei mag sich mit dem Gedanken trösten, daß die serbischen Gegner um Sarajevo vor dem Druck der NATO zurückgewichen sind - und daß dies möglicherweise nur der Auftakt zu einer ausgedehnteren Interventionspolitik des Westens ist. Vielleicht wird ja als nächstes die Aufhebung der

Belagerung von Sarajevo gefordert, danach die Freigabe von Tuzla, anschließend die Einstellung der Angriffe auf Bihac, usw.? Oder man erreicht wenigstens doch noch die Aufhebung des Waffenembargos?

In Wirklichkeit ist das alles äußerst unwahrscheinlich. Die NATO hat bisher eine unberechenbare militärische Verwicklung in den jugoslawischen Bürgerkrieg vermieden und wird sich vermutlich auch im dritten Kriegsjahr nicht auf Risiken einlassen. Selbstverständlich wird der Krieg irgendwann enden, so wie jeder Krieg irgendwann endet. Je länger der Krieg dauert, um so wahrscheinlicher ist, daß sein Ende kurz bevorsteht, einfach wegen der totalen Erschöpfung aller Kriegsparteien. In Ex-Jugoslawien scheint dieser Punkte bald erreicht zu sein. Damit wächst auch die Chance, daß irgendwann eine relativ geringfügige diplomatische Initiative, irgendeine substantiell gar nicht besonders schwerwiegende militärische Druckausübung die Funktion des allerletzten Anstoßes gewinnt, der noch nötig ist, um endlich Schluß zu machen. Entsprechend überschwenglich wird man diesen für sich selbst genommen vermutlich unwichtigen allerletzten Anstoß feiern. Vielleicht fallen für den einen oder anderen der Akteure auch ein Friedensnobelpreis oder andere Orden ab. Jelzin beispielsweise, falls er bis dahin noch durchhält, hat sicher jede Art von Aufwertung nötig.

So gesehen: Der Abschuß der vier Kampfflugzeuge am 28. Februar 1994 dürfte sich für den jugoslawischen Konflikt als marginales Ereignis ohne weitreichende Folgen erweisen. In der Reihe der Premieren, die den Weg der BRD zur Wiedergewinnung der vollen Kriegsfähigkeit bezeichnen, wird das Datum aber seinen festen Platz behalten: Der erste richtige Kampfeinsatz von Bundeswehrsoldaten, und das ausgerechnet in Jugoslawien. Uns graust es wirklich vor gar nichts.

Kt.

# 5. Notverordnungen - das neue Sicherheitskonzept

Autor: Jelpke, Maurer, Schröder · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:30

Mit dem Gesetz zur Organisierten Kriminalität (OrgKG) 1992, vor allem aber mit den Asylgesetzen 1993, wurden entscheidende Schritte zur Neugestaltung der bisher hochgehaltenen Rechtskultur und Verfassungstradition gegangen. Ins Visier genommen wurden die BürgerInnenrechte als Schutz- und Individualrechte gegenüber staatlichen Eingriffen. Der an bestimmte Bevölkerungsgruppen - AusländerInnen, Flüchtlinge, Minderheiten - gebundene Mißbrauchsvorwurf in Sachen Grundrechte hat die nationalistische Mobilisierung gefördert und die Bereitschaft abgebaut, traditionelle BürgerInnenrechte zu verteidigen. Sie stehen längst zur Disposition für alle möglichen staatlichen Vorhaben im Bereich der Inneren Sicherheit. Der jetzt auf den Tisch des Parlaments gehauene Doppelpacken - Verbrechensbekämpfungsgesetz durch die Regierung und 2. OrgKG durch die SPD - dreht die Spirale weiter.

Die Regierungskoalition demonstriert Handlungswillen und -fähigkeit, die SPD erinnert nachdrücklich daran, daß "Innere Sicherheit" in den siebziger Jahren ihre Domäne war und sie Eingriffe in Grundrechte und rechtsstaatliche Verfahren nicht scheut, wenn es um die Staatssicherheit geht. Am 24.2. legte die Regierung ihr Verbrechensbekämpfungsgesetz vor, die SPD "konterte" mit einem "Zweiten Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität".

Schritt für Schritt werden die ersten Früchte der Kampagne zur Inneren Sicherheit geerntet, weitere zur Reife gebracht.

Punkt für Punkt arbeitet die Regierung ihre in diversen programmatischen Positionspapieren ausgebreiteten Forderungen (vgl. ak 359 vom 20.10.1993) in Gesetze um ...

Entwurf für ein Verbrechens- bekämpfungsgesetz

der Regierungskoalition

Dieser Entwurf ist das gesetzgeberisch umgesetzte Kanthersche Sicherheitsmosaik 94, ein Maßnahmebündel, das angebliche Regelungslücken füllen und angeblich notwendige neue Tatbestände einführen soll. Es setzt die Linie des "härter und schneller Strafens" fort, legt neue Befugnisse in die Hände der Geheimdienste und opfert weitere bürgerrechtliche Elemente staatlichen Straf- und Willkürbedürfnissen.

Neuerungen soll es im Strafgesetzbuch, der Strafprozeßordnung, dem Ausländer- und Asylverfahrensgesetz, Artikel 10 Grundgesetz (Telefon- und Postkontrolle) und in der Gewerbeordnung geben.

Zur Strafprozeßordnung

Eingeschränkt werden die Möglichkeiten, Beweisanträge zu stellen, Protokolle, Schriftstücke und Dokumente aus den Akten verlesen zu lassen. Erweitert wird die Anwendung des "Selbstleseverfahrens" (auf ärztliche Gutachten, Protokolle früherer Vernehmungen von Mitbeschuldigten, Zeugen und Sachverständigen ...), eingeschränkt werden andererseits die Möglichkeiten der Verteidigung, Anträge zum Verfahren mündlich einzubringen.

Kombiniert sind diese Einschränkungen der Verteidiger- und Angeklagtenrechte mit der Möglichkeit des "beschleunigten Verfahrens" und des "Haftgrundes zur Sicherung der Hauptverhandlung". D.h. die Staatsanwaltschaft kann bei "geeigneten Verfahren" ein beschleunigtes Verfahren ansetzen. Ist das "wahrscheinlich", so können die auf "frischer Tat Betroffenen oder Verfolgten" sieben Tage in Haft genommen werden. Dasselbe gilt, wenn zu "befürchten" ist, daß sie der Hauptverhandlung fernbleiben.

"Nur die Notverordnungen der Weimarer Republik und die Nazis haben das Beweisantragsrecht in einer Weise eingeschränkt, wie das jetzt vorgeschlagen wird", meint H. Wächtler, Rechtsanwalt in München, zu den Vordiskussionen dieser Maßnahmen (Konferenzdokumentation PDS/Linke Liste im Bundestag Okt. 93).

Die Verhängung der Untersuchungshaft bei Brandstiftung und besonders schwerer Körperverletzung soll erleichtert werden. Die Voraussetzung der Vorverurteilung wird bei bestimmten Delikten der Körperverletzung und Brandstiftung gestrichen.

Zum Strafgesetzbuch

Im Strafgesetzbuch werden einige Änderungen vorgenommen, die als Reaktion auf rassistische und neofaschistische Gewalt gehandelt werden. Unwille von Polizei und Justiz, gegen Gewalttäter und Propaganda aus dieser Ecke vorzugehen, wird jetzt kaschiert mit der Erhöhung der Strafen für Körperverletzung, Erweiterung der Strafvorschriften bei Volksverhetzung und "Aufstachelung zum Rassenhaß". Eine Ergänzung des § 86a Abs.2 soll es ermöglichen, auch gegen die Verwendung nazi-"ähnlicher" Symbole vorzugehen.

Bei exzessiver Gutgläubigkeit könnte mensch diesen letzteren Maßnahmen noch guten Willen, aber falsche Mittel unterstellen. Die weiteren Hämmer des "Verbrechensbekämpfungsgesetzes" treiben einem aber jede Anwandlung von Gutgläubigkeit schnell wieder aus. So werden Erweiterungen der Befugnisse zur Telefon- und Postkontrolle (G-10-Gesetz), neue Aufgaben für den Bundesnachrichtendienst u.a. vorgeschlagen. Als Vorwand dient die Notwendigkeit der Bekämpfung "extremistischer" Vereine, der organisierten Kriminalität (Drogen) und besonders des darunter subsumierten "organisierten Schlepperwesens"; auch die Kronzeugenregelung wird auf "organisierte Kriminalität" ausgedehnt. Hinzu kommt noch die Einrichtung eines länderübergreifenden staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters, in dem Daten von Beschuldigten, Tatvorwürfe, Verfahrenseinleitung und -erledigung eingetragen werden. Zugriff im Rahmen der "Zusammenarbeitsrichtlinien" bzw. Übermittlungsregelungen in den entsprechenden Gesetzen haben BND, MAD und Verfassungsschutz in Bund und Ländern.

G-10-Gesetz

und Bundesnachrichtendienst

Das Rezept ist einfach: Schlepper- und Schleusertätigkeit werden neben Drogenkriminalität und Schutzgelderpressung als wichtige Zweige der organisierten Kriminalität definiert, und bei ihrer Ausübung wird angeblich ein hoher AusländerInnenanteil festgestellt; organisierte Kriminalität wird zur elementaren Bedrohung der Inneren Sicherheit und Stabilität der BRD erklärt, und schon sind Maßnahmen wie Post- und Telefonkontrolle als ureigene Aufgaben geheimdienstlicher Organe (VS und BND) in den neuen Bereichen gefragt. Die genannten Delikte müssen jetzt nur noch in das Asylverfahrensgesetz, das Ausländerrecht (die dortigen Änderungen wiederum müssen dann in § 100a StPO, in dem die Überwachung des Fernmeldeverkehrs geregelt ist), das Betäubungsmittelgesetz, das Vereinsgesetz, das G-10-Gesetz und das Geldwäschegesetz eingebaut werden. Beim Vereinsgesetz wird noch ein Schuß "Anti-Extremismus" untergerührt und - fertig ist das Artikelgesetz.

Vereine und deren einzelne Mitglieder mit "extremistischer" Gesinnung können danach leichter einer Post- und Fernmeldeüberwachung unterzogen werden. Das Handeln einzelner Mitglieder kann den Vereinen selbst angerechnet werden mit dem Ziel, diese dann zu überwachen bzw. zu verbieten. Das zielt auf "konspirativ handelnde" Vereine, deren Aktivitäten nur im Handeln einzelner Mitglieder sichtbar wird. Und weil man schon dabei ist, wird für ausländische Vereine die Möglichkeit geschaffen, "kollektive Verbote" einzelner Tätigkeiten oder "jeder politischen Betätigung" zu erlassen.

Hier standen am Anfang "antifaschistische Argumente", praktisch treffen wird es v.a. ImmigrantInnen- und Flüchtlings- oder ausländische Solidaritätsorganisationen. Vermutlich sind hier schon einige juristische und polizeiliche Probleme des Verbots kurdischer Organisationen eingeflossen. Beachtet werden muß aber auch, daß Schlepper- und Schleuserarbeit sowie Drogenkriminalität und Schutzgelderpressung in der allgemeinen Propaganda bestimmten ethnischen Gruppen zugerechnet wird, die ja in Vereinen mit harmlosen offiziellen Zielen organisiert sein könnten.

Der BND stellt nach offizieller Version "nur" seine weltumspannende Abhörtechnik dem Kampf gegen organisierte Kriminalität zur Verfügung. Faktisch werden seine Tätigkeiten voll eingegliedert in die Verfolgung der ziemlich uferlosen Delikte in diesem Zusammenhang. Noch vor einem Jahr wurde darum gestritten, ob "Zufallsfunde" des BND von Polizei und Strafverfolgungsbehörden genutzt werden dürften, heute geht es um den vollen Einsatz - ein weiterer Schritt zur Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizei.

Praktisch soll das so funktionieren, daß die G-10-Kommission des Bundestages "Suchbegriffe und Suchkriterien" festlegt, die die Aufzeichnungsgeräte des BND in allen "nichtleitungsgebundenen" internationalen Kommunikationswegen anspringen lassen. Die dann aufgezeichneten Informationen werden

vom BND selbst ausgewertet, aber auch - nach dessen Maßgabe - weitergereicht an alle "zuständigen Sicherheitsbehörden zur Verhinderung, Aufklärung und Verfolgung von Straftaten". In Sonderregelungen wird festgelegt, daß auch bestimmte Anschlüsse abgehört werden, sofern es sich nicht "um Anschlüsse (handelt), die nicht im räumlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes betrieben werden und deren Inhaber weder deutsche Staatsangehörige noch von Deutschen beherrschte Gesellschaften sind". Nur noch ein Witz ist die Sicherung gegen individuelle Überwachung des BND im Inland: "Die jeweiligen konkreten Suchbegriffe müssen in der Einzelanordnung gegen die betreffende Person bezeichnet und geeignet sein, den Fernmeldeverkehr dieser Person zu erfassen. Durch technische und organisatorische Maßnahmen ist sicherzustellen, daß die durch die zusätzliche personenbezogenen Suchbegriffe erlangten Daten und Unterlagen nicht zur Kenntnis des Bundesnachrichtendienstes gelangen und unverzüglich an die Behörde weitergegeben werden, die die Einzelanordnung gegen die betreffende Person beantragt hat." (VBK, Begründung, 44)

Im Ausländer- und Asylgesetz wird Kanthers Spruch von der "Abschiebung des Ausländers, der auch nur mit einem Gramm Rauschgift handelt" umgesetzt und erweitert auf "Schlepper" und "Schleuser". Ausländische Drogentäter verwirken ihr Aufenthaltsrecht und werden zwingend ausgewiesen, so lautet der definitive Grundsatz.

Dem "erheblichen Anstieg der Kriminalität ausländischer Jugendlicher und Heranwachsender muß konsequenter ... auch mit dem Mittel der Ausweisung begegnet werden. Voraussetzung für eine Ausweisung bei Jugendlichen sind Jugendstrafen von mindestens zwei Jahren ohne Bewährung.

Gleichgesetzt mit Schlepper- und Schleuserkriminalität wird beispielsweise "gewerbliche" mit "wiederholter" oder "zugunsten von mehr als drei Personen" geleistete Unterstützung oder Verleitung zu "unvollständigen" oder "falschen" Aussagen in Asylverfahren oder anderen aufenthaltsrechtlichen Dingen. Das hiermit AnwältInnen und Initiativen, die mit Flüchtlingen arbeiten, bedroht werden sollen, ist evident.

Die eigentliche ideologische Herkunft dieses Teil des Verbrechensbekämpfungsgesetzes wird an einem der unglaublichsten Gesetzentwürfe dieser Legislaturperiode klar, dem vom Bundesrat auf Initiative Bayerns eingebrachten Gesetz "zur Stärkung des Rechtsfriedens und zur Bekämpfung des Schlepperunwesens". Die Begründung des Bayernentwurfs erhellt das schlichte Strickmuster dieser Art Kriminologie, die offensichtlich Staatsräson geworden ist: ausländerfeindliche und rassistische Gewalt gefährden den Rechtsfrieden und das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, heißt es da. "Ein Grund für die teilweise Zustimmung mancher Bürger zu Gewaltdelikten liegt im unverhohlenen Unmut über den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts. Das Schlepperunwesen ist dafür mitverantwortlich. Der Gesetzgeber muß deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, daß den Auswüchsen insbesondere des organisierten Schlepperunwesens wirksam begegnet werden kann." (Bundestagsdrucksache 12/5683)

Das Verbrechensbekämpfungsgesetz hat die Eckpunkte des Bayernentwurfs einfach übernommen und an einigen Stellen noch verschärft.

In Änderungen zur Gewerbeordnung schließlich sollen die kommerziellen Sicherheitsdienste auf eine etwas solidere Basis gestellt werden, um sie mit der Polizei offiziell "verzahnen" zu können (Kanther).

Der SPD-Entwurf

Die SPD legt einen zweiten Gesetzentwurf zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität vor. Auch dieser Entwurf ist ein sogenanntes Artikelgesetz. Die zentralen Anliegen werden in verschiedenen weiteren Gesetzen untergebracht, bzw. ziehen dort Änderungen nach sich.

Der Entwurf wird seinem Vorgänger, dem ersten OrgKG, durchaus gerecht. Dort wurden 1992 nach langem Hin und Her Grundlagen geschaffen für den Einsatz verdeckter Ermittler und technischer Observationsmittel, für Rasterfahndung und polizeiliche Beobachtung gekoppelt mit der Einrichtung von Kontrollstellen weit im Vorfeld eines konkreten Verdachtes oder gar eines Ermittlungsverfahrens.

Mit ihrem jetzigen Entwurf peilt die SPD die Änderung von gleich zwei weiteren Grundgesetzartikeln an. Die Änderung des Art. 13 (Schutz der Wohnung) soll den umfassenden Großen Lauschangriff ermöglichen, der geänderte Art. 14 (Schutz des Eigentums) soll die Sicherstellung und Einziehung von Vermögen aus angeblich

kriminellen Handlungen ermöglichen. Notwendig dazu ist die Umkehrung der Beweislast, d.h. nicht dem oder der nachweislich Verdächtigen wird nachgewiesen, daß das Vermögen kriminell erworben ist, sondern bei einer auf "tatsächliche Anhaltspunkten gestützten Vermutung" hat der oder die "Verdächtige" die Unschuld, bzw. Legalität des Vermögens nachzuweisen.

Der Große Lauschangriff, Wanzen und wohl bald auch Videokameras in Wohnungen, soll nach Antrag der Staatsanwaltschaft auf richterliche Anordnung und mit der Zustimmung eines parlamentarischen Gremiums zur Strafverfolgung (im Unterschied zu den präventiven Lauschangriffen in den Ländern) durchgeführt werden. Wohnung heißt, "Räume, die nach ihrer Zweckbestimmung und tatsächlichen Nutzung vorwiegend oder vorübergehend zum Wohnen oder zum Schlafen dienen." In einem weiteren Schritt darf der Lauschangriff auch gegen "andere Personen" als einen Beschuldigten angewendet werden, anzunehmen ist, daß sie "für den Beschuldigten bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder daß der Beschuldigte ihre Räume benutzt ..."

Ein neuer Paragraph 100e StPO verpflichtet die Staatsanwaltschaft zur jährlichen Berichterstattung über Anlaß, Verlauf und Ergebnisse. Die entsprechende parlamentarische Kommission unterrichtet dann auch die jeweilige Volksvertretung.

Genial ist die im Vorlauf vorgebrachte Begründung. Weil die Telefonüberwachung in der BRD über alle Maßen angewachsen sei, sei eine grundlegende und "restriktive" gesetzliche Lösung angebracht. (BRD, 80 Mio. EinwohnerInnen: 1992 3.499 Telefonüberwachungen. Zum Vergleich: USA, 200 Mio. EinwohnerInnen 532 Telefonüberwachungen. Noch ein Vergleich: alleine NRW hatte in diesem Zeitraum 911 Telefonüberwachungen. Aus: Unbequem, Dez. 93)

Vermögen kann sichergestellt, und im weiteren Verlauf dann auch beschlagnahmt werden, wenn "aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte die Vermutung besteht, daß Vermögenswerte, deren Wert mindestens 15.000 Deutsche Mark übersteigt, aus schweren Straftaten herrühren oder dafür verwendet werden." (Art.2 §1,1) Dabei ist ein Zeitraum von 30 Jahren rückwirkend maßgebend. Die Sicherstellung kann auf Anordnung des BKA, bzw. des zuständigen LKA vorgenommen werden. Eine vorherige Anhörung des/der Betroffenen ist nicht nötig und ein Widerspruch dagegen hat keine aufschiebende Wirkung...

Die SPD will sich mit dieser Vorlage als konsequente Streiterin gegen das "große Verbrechen" profilieren, die Gesetzesbegründungen lesen sich wie frühere Stamokap-Analysen der entsprechenden Jusofraktion. Praktisch hätte ein solches Sicherstellungsgesetz zur Folge, daß ausufernde Verdächtigungen gegen mehr oder weniger dubiose Geschäftspraktiken um sich greifen. Im Zusammenhang mit anderen Regelungen, Kronzeugenregelung, verdeckte Ermittler eignet sich dieses Beweislastumkehrgesetz hervorragend zur Bekämpfung von Konkurrenten und zur Weiterentwicklung der Korruption von Staatsanwaltschaften und Polizei. Der intensivst beschworene Zusammenhang zwischen organisierter Kriminalität, Rauschgiftdelikten und "Ausländerkriminalität" läßt zudem befürchten, daß bevorzugt ausländische Geschäftsleute mit derartigen Praktiken außer Konkurrenz gefegt werden, zumindest zeitweise aus dem Verkehr gezogen und behindert werden sollen.

Entscheidend aber ist, daß die SPD der Beweislastumkehr mit diesem Gesetz zum Durchbruch verholfen hat und mit ihrem Lauschangriff der großen Koalition der Inneren Sicherheit eine Steilvorlage serviert hat. Der im Zusammenhang mit dem ersten OrgKG und v.a. den neuen Asylgesetzen zur Gewohnheit gewordene Raubbau an bisher hochgehaltenen Grundrechten hat weitere Opfer gefordert.

"Programm Innere Sicherheit", Fortschreibung 1994

Am 22.12.93 stellt die Innenministerkonferenz die Fortschreibung des Programms zur Inneren Sicherheit von 1974 vor. Es beinhaltet die weitergehenden Ansprüche an Konzeption, Struktur und Befugnisse der Inneren Sicherheit. Festgeschrieben durch alle Innenminister ist der sogenannte große Lauschangriff ("der Einsatz von technischen Mitteln auch in Wohnungen, von verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen sowie die Observation sind erforderlich" zur Verwirklichung des Kernziels: "die Strukturen krimineller Organisationen zu zerstören, sowie Drahtzieher und Finanziers zu enttarnen". (S. 9/10) Sowie "Die Möglichkeit der elektronischen Beweissicherung sind auszubauen", (S.11)). Bisher nur von den CDU-Ländern getragen wird die Befugnis zu "milieutypischen" Straftaten für verdeckte Ermittler. Auffallend ist die Blockadepolitik der Länder Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zur Frage der Entkriminalisierung der

Drogenpolitik. Dissens besteht noch bei einigen Ländern in der Frage des Verfassungsschutz-Einsatzes gegen Organisierte Kriminalität und "Vorfeldbefugnissen" für das BKA.

Kanther hat wohl recht, wenn er die in einem Anhang aufgeführten Dissenspunkte als "Marginalien" bezeichnet.

Jelpke/Maurer/Schröder

Z.B. Notverordnung vom 14.6.1932

"In der Verhandlung vor dem Amtsrichter, dem Schöffengericht oder vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz bestimmt das Gericht nach freiem Ermessen den Umfang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzicht oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein."

"Meiner Meinung nach könnte man mindestens zwei Drittel der Untersuchungshaftanstalten leeren, ohne daß erkennbarer Schaden entstehen würde", weil unser Haftrecht "zum Teil gezielt gegen Minderheiten und Unterschichten eingesetzt wird. Bestimmte Gruppen von Jugendlichen, Drogenabhängigen und ausländischen Beschuldigten sitzen nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser sozialen Gruppe, nicht aber deshalb, weil die Delikte, die ihnen vorgeworfen werden, so erheblich sind". (Wächtler a.a.O.)

Rudolf Krause, MdB der REPs, zum Verbrechensbekämpfungs-

gesetz im Deutschen Bundestag

"Nun noch einiges zum Gesetzentwurf. Inhaltlich kann ich diesen Veränderungen natürlich voll zustimmen, obwohl sie mir in manchen Punkten nicht weit genug gehen. Vieles, was die beiden Innenminister Kanther und Beckstein gesagt haben - entschuldigen Sie bitte, daß ich das so offen sage -, wird wortwörtlich auch auf den Versammlungen gesagt, die ich besuche und auf denen ich rede. Da gibt es keinen Unterschied.

(Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste):

Hört! Hört! - Renate Blank (CDU/CSU):

Ihr seid gut im Abschreiben!)

Aber einen Unterschied gibt es doch: Eine Regierung wird danach beurteilt, welche Bilanz sie am Ende ihrer Regierungszeit vorlegt. Wenn gesagt wurde, daß in anderen europäischen Ländern in ähnlicher Weise eine Kriminalitätsexplosion stattgefunden hat, dann ist eben die nationale EG-Politik anderer Länder und auch unseres Landes mit verantwortlich für diese Kriminalitätexplosion. (...) Ich hoffe, dieses Gesetz kommt durch und wird angewandt. Ich hoffe, daß es ein erster Schritt sein wird, um endlich Rechtstaatlichkeit gegenüber dem Bürger durchzusetzen; denn eine weitere Kriminalitätsexplosion, über die sieben Millionen Delikte hinaus, wäre in der Tat nicht zu verantworten."

(Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 210. Sitzung, 24.2.1994, S. 18196)

Weitere Meilensteine

In der Bundestagsdebatte zum Verbrechensbekämpfungsgesetz am 24.2.1994 führte der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther aus, daß die Regierungskoalition mit diesem Gesetzentwurf "einen Meilenstein in der Kriminalitätsbekämpfung in den Bundestag eingebracht" habe (Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 210. Sitzung, 24. Februar 1994, S. 18169). Er machte aber auch deutlich, daß die Bundesregierung sich mit diesem umfassenden Gesetzespaket zur Verbrechensbekämpfung keineswegs begnügen werde. Kanther kündigte eine ganze Reihe weiterer Gesetzesverschärfungen bzw. -vorhaben an. Nach den Planungen will die Bundesregierung in aller nächster Zeit

- das Bundesgrenzschutzgesetz novellieren. Danach soll der BGS - eine jahrelange illegale Praxis soll endlich auf gesetzliche Grundlage gestellt werden - für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Lauschaufgaben auf dem Gebiet der Funktechnik wahrnehmen. Der BGS soll für die Nachrichtendienste den Betrieb von Funkanlagen "durch fremde Nachrichtendienste oder die vom Bundesamt für Verfassungsschutz zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse", die funkbetriebliche Auswertung und die Auswertung von Unterlagen, Geräten und Aufzeichnungen vornehmen. Laut Entwurf soll der BGS diese Aufgaben "nach dem Bundesverfassungsschutzgesetz" wahrnehmen. Nach dem Entwurf darf die Wahrnehmung dieser Aufgaben

durch den BGS "nicht mit der Erfüllung polizeilicher Aufgaben verbunden werden" (BGS-Gesetzentwurf S. 20). Weiter werden in diesem Gesetzentwurf dem BGS weitere Befugnisse zugewiesen: so soll der BGS V-Leute und technische Mittel zur Observation einsetzen dürfen.

- das Bundeskriminalamtsgesetz neu fassen. Erweitert werden sollen die originäre Zuständigkeit und die Initiativbefugnisse des BKA. Schon vor einem Anfangsverdacht auf konkrete Straftaten soll das BKA initiativ werden können. Das BKA soll - endlich auf gesetzlicher Grundlage - selbständig Daten erheben und verdeckt ermitteln können. Der bisherige Umbau der Observationsgruppen des BKA zu mobilen Einsatzkommandos nach dem Vorbild der Länderpolizeien deutet darauf hin, daß das BKA Zentralstelle einer Art Nationalgarde werden soll.

- ein Ausländerzentralregistergesetz verabschieden. Das seit 40 Jahren bestehende Ausländerzentralregister (AZR), in dem mehr als acht Millionen Personen gespeichert sind, soll nun auf gesetzliche Grundlage gestellt werden. In dem vorliegenden Gesetzentwurf, der übrigens namentlich u.a. von Burkhard Hirsch und der Ausländerbeauftragten Schmalz-Jacobsen eingebracht worden ist, wird den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden ein fast unbeschränkter Zugriff auf die Daten ermöglicht. So sollen Polizei und Geheimdienste eine On-Line-Anbindung an das Register haben. "Gruppenauskünfte" sollen den Sicherheitsdiensten die Möglichkeiten der Rasterfahndung ermöglichen. Hiermit wird praktisch ein neuer Datenverbund zwischen Polizei, Geheimdiensten und Ausländerbehörde geschaffen. Das AZR wird so zu einer Fahndungsdatei. Die Deutsche Vereinigung für Datenschutz weist in einer Presseerklärung daraufhin, daß mit der "Speicherung der Texte ausländerrechtlicher Entscheidungen ohne Anhörung der Betroffenen die Gefahr geschaffen wird, daß Menschen aufgrund falscher oder unvollständiger Informationen z.B. an den Grenzen zurückgewiesen oder abgeschoben werden" können. Weiter sollen ohne Zweckbindung nach diesem Entwurf die Daten der AusländerInnen für jeden beliebigen Verwaltungszweck ge- und benutzt werden können. Das informationelle Selbstbestimmungsrecht für AusländerInnen gibt es nicht; auch hier wird ein diskriminierendes Sonderrecht geschaffen.

Zu diesen Gesetzesvorhaben kommt hinzu, daß die Bundesregierung nach wie vor die Grenzsicherung als zentrales Problem ansieht. Der Einsatz der Bundeswehr an den Grenzen wird weiter betrieben und nach den ersten praktischen Erfahrungen wird in den Ministerien über eine weitere Verwendung und gesetzliche Grundlagen nachgedacht. Kanther drückte dies in seiner Rede süffisant aus: "Grenzsicherheit erfordert ein konzertiertes Vorgehen vieler staatlicher Einrichtungen" (Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 18170).

Weiterhin will die CDU/CSU nach wie vor den großen Lauschangriff, kann aber hier gegen den Willen der FDP nicht agieren.

# 6. Rechtsextremismus im Diezer Gefängnis. Ernst Tag und andere Neo-Nazis bestimmen den Knastbetrieb

*Ernst Tag und andere Neo-Nazis bestimmen den Knastbetrieb - Eine Reportage von B. Obachtet*

Autor: B. Obachtet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:05

Braunes Hemd, braune Krawatte, Militärkoppel, schwarze Lederjacke. Seine Frisur, die tiefschwarzen, pomadigen Haare scheiteln sich in zwei glatte, streng voneinander abgegrenzte Partien. Unter der Nase dieses kleine, quadratische Bärtchen. Dieses Outfit gibt sich Ernst Tag, einer der übelsten Vertreter der rechtsradikalen Szene in Rheinland-Pfalz. Es ist unübersehbar, wer sein großes Vorbild ist.

Der damals 41jährige ehemalige Chemielaborant der BASF stand zuletzt 1988 wegen Anstiftung zum Bankraub, Hehlerei und Verstoß gegen das Waffengesetz vor den Richtern des Landgerichts Gießen und wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Ein ehemaliger Vertrauter von Tag, Markus Mössle, der sich zwischenzeitlich von der rechtsextremen Szene gelöst hatte, trat als Kronzeuge auf und sagte gegen ihn aus. Mössle hatte aus der Beute des Banküberfalls auf die Sparkasse in Oberderdingen 50.000 DM als Spende getarnt auf das Konto von Tag überwiesen. Später noch einmal 22.000 DM aus einem zweiten Banküberfall. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Tag seinem ExVertrauten zur Begehung eines dritten Banküberfalls eine Maschinenpistole und zur Auskundschaftung des Tatortes einen VW-Bus zur Verfügung gestellt hat. Bis zur Rechtskraft des Urteils im Jahre 1990 blieb Tag auf freiem Fuß. Der Vorsitzende Richter Karl Pfannerstill lehnte den Antrag der Staatsanwaltschaft, die eine sofortige Verhängung eines Haftbefehls erwirken wollte, mit der Begründung ab, es gäbe keinerlei Anhaltspunkte für eine Fluchtgefahr. (1)

In der Vergangenheit war Tag von der Staatsschutzkammer des Landgerichts Zweibrücken wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Geldstrafe und zu Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. An seinem Ludwigshafener Haus hatte er ein Transparent angebracht mit der Aufschrift "Rotfront verrecke - Nationale Sozialisten". Seither stand er unter ständiger Beobachtung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes. Der damalige Innenminister Rudi Geil bezeichnete die Umtriebe Tags als "beschämend und unerträglich". Die Landesregierung befürchtete damals bereits, daß die Gemeinde Weidenthal zu einer "Hochburg für neonazistische Wochenendtouristen" werden und der Ruf des Ortes und seiner demokratischen Bürger leiden könne. (2)

Über einen älteren Arbeitskollegen, der antikommunistische und ausländerfeindliche Hetzparolen und Hakenkreuze an Toilettenwände schmierte, gelang Ernst Tag der Einstieg in die bundesrepublikanische neonazistische Szene. Im Laufe der Jahre wurde er zu einem ihrer wichtigsten Köpfe. Er ist der Gründer des "Nationalen Zentrums" des "Rudolf-Heß-Hauses", ein Anwesen mit Grundstück in Weidenthal, einem kleinen Ort mitten in der Pfalz. In diesem "Zentrum" trafen sich jahrelang unbehelligt sämtliche deutschen Neo-Nazigrößen beim "Führer aus der Pfalz" zum Gedankenaustausch. Oder es diente als Ausgangspunkt für kriminelle Aktivitäten und gemeinsame Wehrsportübungen verschiedener rechter Gruppierungen im nahen Pfälzer Wald.

Zur Verbüßung seiner fünfjährigen Haftstrafe kam Tag in den Diezer Knast, der zugleich das größte Gefängnis mit der höchsten Sicherheitsstufe in Rheinland-Pfalz ist und auf eine bewegte kriminalistische und politische Geschichte verweisen kann.

In diesem ehemaligen Zuchthaus waren während der NS-Zeit unter regimetreuen Anstaltsleitern politische Gefangene und luxemburgische Wehrdienstverweigerer inhaftiert und hingerichtet worden. Die Anbringung einer Gedenktafel für diese Opfer an der Gefängnismauer wird bis heute von der zuständigen Behörde verweigert. Nach Kriegsende saßen dort Nazigrößen des dritten Reichs ein, wie der Österreicher Leopold Windisch, der eine führende Rolle bei der Judendeportation und -vernichtung in Polen und Rußland spielte. Ende der siebziger Jahre und unter viel schärferen Sicherheits- und Haftbedingungen, dann Mitglieder der Rote Armee Fraktion mit lebenslangen Freiheitsstrafen.

Die Gefängnisbibliothek verfügt über eine außergewöhnlich umfangreiche Auswahl sogenannter "rechter Literatur", die bei einer bestimmten Gruppe Gefangener immer auf reges Interesse stößt und von diesen ständig ausgeliehen wird. Als Verleger von Irvings Hitlerbiografien spielt der sonst so renommierte Ulistein-Verlag eine unrühmliche Rolle. Viele Gefangene haben NaziEmbleme auf den Körper tätowiert, tragen Hakenkreuze oder Totenköpfe auf Armen, Beinen oder auf dem Rücken, die Köpfe kahlrasiert. In den letzten Jahren, verstärkt seit der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten, wächst ihre Zahl in den bundesrepublikanischen Gefängnissen ständig an. Ihre Biographien gleichen sich sehr, sie kommen meist aus kaputten Familien, aus Heimen und Erziehungsanstalten ohne Zukunftperspektive. Nicht wenige sind zum wiederholten Mal straffällig geworden und in den Knast gewandert. Mit erheblichen Defiziten in Bildung und Sozialisation im Diezer Verwahrvollzug sich selbst überlassen. Ohne soziale Bindungen sind sie dann leicht beeinflußbar für jedwede Ideologien, wenn sie ihnen noch dazu materielle Hilfe und soziale Kontakte versprechen.

Statt durch die Verurteilung vorsichtig oder gar schuldeinsichtig geworden zu sein und an seiner Resozialisierung mitzuwirken, widmete Ernst Tag sich im Diezer Gefängnis der Organisation neonazistischer Täter und der Rekrutierung neuer Gefolgsleute unter den Gefangenen für seine rechte Bewegung. Mit Unterstützung von draußen initiierte er eine der ersten "Braunen Hilfen", die in ihrer Struktur ähnlich die der linker Bewegung aufgebaut sind. Ihre Mitglieder sind dieselben Leute, die schon vor Jahrzehnten die Unterstützung und Betreuung der inhaftierten Nazis der ersten Generation übernommen hatten. Dabei handelt es sich um honorige und gesellschaftlich etablierte Persönlichkeiten wie die Gräfin Renate von G. (Name geändert, d. Autor), eine aus dem Osten vertriebene Gutsbesitzerin. Oder wie der Hamburger Rechtsanwalt Rieger, der ungestraft rechtsradikale Äußerungen machen kann wie unlängst auf einer neo-faschistischen Veranstaltung in Aula: "Man muß es den Ausländern hierzulande so unangenehm wie möglich machen". Ein weiterer potenter Unterstützer ist der NPD-nahe Gärtnereibesitzer Müller, der seit Jahrzehnten regelmäßig neofaschistische Treffen auf seinem Grundstück veranstaltet, die aber erst in jüngster Zeit von den Mainzer Behörden verboten werden. Diese "Braunen Hilfen" vermitteln "ihren" Gefangenen Rechtsanwälte wie Rieger zur Verteidigung, versorgen sie mit rechtsradikaler Literatur zum Teil übers Ausland, Paketen und anderen materiellen Sachleistungen sowie Urlaubs- und Entlassungsadressen. Für die nicht wenigen armen und orientierungslosen Gefangenen stellt diese "Braune Hilfe" eine schwer zu widerstehende Verlockung dar.

Abtrünnige Mitglieder wie Stefan F. bekommen zwecks Einschüchterung Postkarten mit Inhalten, die sie als Verräter oder Homosexuelle unter den Gefangenen denunzieren sollen oder Briefe mit offenen Drohungen, die bis hin zum Mord reichen.

Seinen Job als Kalfaktor erledigte Tag nicht in der vorgeschriebenen blauen Gefängniskluft, sondern in olivgrüner Kampfhose der Bundeswehr, ohne daß die Gefängnisleitung dagegen einschritt und es ihm verbot. Im Gegenteil, sie duldete es und einige der Beamten sympathisierten sogar offen mit ihm.

Der 24jährige Frank W. ist eine "Glatze", ein Skinhead. Als Kind früh aus einem zerrüttetem Elternhaus herausgenommen und in einem autoritär geführten Heim groß geworden, dann Jugendstrafanstalt und jetzt Erwachsenenknast. Er gehörte davor einer Jugendbande an, später hauste er zusammen mit Skinheads in einem Abbruchhaus. Ohne abgeschlossene Schulbildung und Beruf lebte er von Sozialhilfe oder Diebstählen.

Frank W's. Lieblingslektüre war schon von Kindeszeiten an jede Art kriegsverherrlichende Literatur und Hitler's "Mein Kampf". Für Landser-Romane gab er sein ganzes Taschengeld aus. Er träumte davon, später selber Soldat zu werden. Wann immer es möglich war, flüchtete er in die Phantasieweit der Groschenromane, wo es noch echte Kameradschaft gab, die er in der Realität so vermißte. Doch die Bundeswehr verzichtete auf seine Dienste. Weil er viele Vorstrafen wegen Körperverletzung hatte, wurde er als untauglich befunden und ausgemustert. Das war für ihn eine besonders schlimme Demütigung, denn sein größter Wunsch war es immer, im Militär zu dienen.

An jenem Abend waren er und seine "Glatzen-Gang" Sieg-Heil-Rufe gröhlend durch die Stadt gezogen, um "Rotsäue und Kanaken zu klatschen", wie er später noch stolz der Polizei erzählte. Auf dem Heimweg verprügelte er mit den anderen Skins aus Frust und in angetrunkenem Zustand einen auf einer Parkbank schlafenden Obdachlosen und verletzten ihn dabei lebensgefährlich. Wegen versuchten Totschlags und schwerer Körperverletzung wurde er zu acht Jahren Knast verurteilt. Im Knast traf er alte Freunde und Gesinnungsgenossen wieder.

Heute gibt es in Diez wie auch in anderen bundesrepublikanischen Knästen, vermehrt Bedrohungen und Übergriffe von rechtsradikalen Schlägern wie Frank W. gegen linke und ausländische Gefangene. Die in Diez inhaftierten Ausländer haben sich deswegen kürzlich mit einer Petition an den rheinlandpfälzischen Landtag und an die Presse gewandt. Die Anstaltsleitung gab dann auch in einem Interview gegenüber dem Fernsehen zu, daß es "inzwischen ein rechtsradikales Problem" in seiner Anstalt gäbe.

Trotz seiner zahlreichen und einschlägigen Vorstrafen und trotz der Höhe der letzten Verurteilung bekam Tag zum frühestmöglichen Zeitpunkt Vollzugslockerungen und seine Urlaubsberechtigung. Hingegen müssen Gefangene aus dem linken politischen Spektrum, wie z.B. Ali Janssen, der noch dazu schwer erkrankt ist, nicht selten ihre Haftstrafen bis auf den letzten Tag und ohne Hafturlaub absitzen. Auch die Entlassung Tags erfolgte exakt zum 2/3 Zeitpunkt, weil er sich "ordentlich und ganz ohne Beanstandungen" in der Haft geführt hätte.

Und kürzlich erkannte ich im Fernsehen einen "alten Bekannten aus früheren Knastzeiten" wieder, als er bei einer rechten Demonstration am Volkstrauertag wieder ganz in vorderster Reihe mitmarschierte: Braunes Hemd, braune Krawatte, Militärkoppel, schwarze Lederjacke. Seine Frisur, die tiefschwarzen, pomadigen Haare scheiteln sich in zwei glatte, streng voneinander abgegrenzte Partien. Unter der Nase dieses kleine, quadratische Bärtchen ...

Anmerkungen:

1) nach taz vom 16.3.1988

2) Pressemitteilung vom 17.12. 1987, Nr. 293

Der Autor,geb. 1955, verheiratet, von Beruf Schriftsetzer wurde 1980 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt und ist seither in Haft. Er erkennt die Bedeutung des Schreibens als Möglichkeit zur Befreiung von seiner belastenden Vergangenheit, und als Notwendigkeit, so dem schleichenden Sprachverlust und der Sprachlosigkeit der Gefängnisrealität entgegenzuwirken. Die Begegnung mit Ingeborg Drewitz anläßlich einer Autorenlesung im Diezer Gefängnis (1985), bestärkte ihn in seiner Schreibtätigkeit.

Er schreibt Briefe, Biographisches, Reportagen und Kurzgeschichten. Zahlreiche Veröffentlichungen in Presse und Fernsehen. Filmporträt "Eiszeit" Schmelzversuche eines Lebenslänglichen, Film- u. Fernsehproduktion Heidi und Bernd Umbreit, Oberstenfeld, für Süddeutscher Rundfunk, 1991.

lngeborg-Drewitz-Literaturpreis für Gefangene 1991/92.

# 7. Zwischen Legalisierung und Räumung. Wagenburgen auf dem Grat

Autor: S.D., Berlin · Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:10

Aus der Räumungsanordnung des Bezirksamtes Berlin-Mitte gegen die Wagenburg am Engelbecken:

"Die unbefugte Nutzung des Grundstücks der Wagenburg stellt weiterhin eine Gefahr für die öffentliche Ordnung gemäß Paragraph 17 Abs. 1 ASOG dar. Auch bei großzügiger Betrachtung alternativer Lebensformen in einer offenen, sich dynamisch entwickelnden und pluralistischen Gesellschaft liegt ein Verstoß gegen ungeschriebene gesellschaftliche Verhaltensregeln und Wertvorstellungen vor, die nach herrschender Anschauung als unerläßliche Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben anzusehen sind. Das äußere Erscheinungsbild der Wagenburg wird von einer Anhäufung baurechtswidriger Bau- und Wohnwagen sowie Bretterbuden geprägt. Dies widerspricht den modernen Vorstellungen von einem geordneten Zusammenleben in einer Großstadt, zumal in der Innenstadt, insbesondere auch dem ästhetischen Empfinden der übrigen Bevölkerung in direkter Nachbarschaft, die sich schon mehrfach mit Beschwerden an das Bezirksamt gewendet hat. Für die überwiegende Mehrheit der Berliner Bevölkerung ist die dauerhafte Existenz von Wagenburgen in der Innenstadt unerträglich."

Drei Tage zog sich die Räumung der Wagenburg am Engelbecken (Waldemarstraße) auf dem ehemaligen Grenzstreifen in der direkten Nachbarschaft zu Kreuzberg hin. Am 7. Oktober 1993 rückten 900 Staatsbüttel mit Wasserwerfern und Räumpanzern an, um einer "sozial deklassierten Form der Obdachlosigkeit" (O-Ton Kreuzberger Bezirksamt) ein Ende zu bereiten. Betroffen waren 30 WagenburgbewohnerInnen. Sie sollten einem auf zwei Jahre befristeten Interimssportplatz weichen. Das Aufgebot wurde um zwei Kräne erweitert, die die Wagen auf Tieflader und Abschleppwagen hoben. Unter Polizeischutz wurden die Wohnungen in Konvois aus Berlin evakuiert und auf einem Ersatzplatz, einem ehemaligen Schweinezuchtgelände am Rand der Stadt abgeladen. Parallel dazu wurde auch einer kleinen Schwulen- und Frauen-Wagenburg ein 48stündiges Räumungsultimatum gestellt. Angesichts der Ereignisse flohen sie überstürzt auf einen anderen Wagenplatz. Damit waren zwei von den zwölf sich im Berliner Innenstadtbereich befindenden Wagenburgen aufgelöst.

Das alles spielte sich in einem Zeitraum ab, in dem Wagenburgen von verschiedenen Seiten thematisiert wurden. Auf staatlicher Seite betrieben Senat und Bezirk seit längerem eine Politik der Kriminalisierung, um eine Vertreibung zu rechtfertigen. Immer wieder äußerten sich diverse PolitikerInnen zum Thema Wagenburgen in der Presse. Im Sommer 1993 erschien in der "Berliner Morgenpost" ein Artikel mit der Überschrift: "Streit um Wagenburgen: Slums in bester Lage?" Gestützt auf einen Bericht der Innenbehörde beinhaltete er eine akribische Auflistung der einzelnen Plätze mitsamt der von ihnen angeblich ausgegangenen Straftaten. Es folgte die Wiedergabe obligatorischer Appelle diverser Senatspolitiker von CDU und SPD: Es ginge nicht an, "die Asozialität als alternative Lebensform zu kultivieren und wertvolles Bauland zu verschenken". "Wir arbeiten nachdrücklich darauf hin, daß die zuständigen Verwaltungen Verfügungen erlassen."

Gleichzeitig wurde versucht, sich den Anstrich sozialer Integrität zu geben. Es sollten Ersatzplätze geschaffen werden, außerhalb des Blickfeldes, weit draußen am Stadtrand. Diese Rechnung wurde ohne die BewohnerInnen gemacht. Einige von ihnen sorgten dafür, daß sie durch eine Vielzahl verschiedener Aktionen im Gespräch blieben. Zu Beginn der Räumung der Wagenburg am Engelbecken traten fünf BewohnerInnen in einen Hungerstreik, der 16 Tage lang auf öffentlichen Plätzen fortgesetzt wurde. Drei der Hungerstreikenden waren bekennende Christen. Diese Tatsache und die Protestform bereiteten einer Menge Leute aus der autonomen Szene sowie anderen Gruppen Schwierigkeiten, sich aktiv zu solidarisieren. Unterstützung kam statt dessen vor allem von seiten der Kirchen, unter anderem in Form von Presseerklärungen, Treffen mit Bürgerinitiativen, Veranstaltungen bei den Hungerstreikenden und Versuche, Stellungnahmen der verantwortlichen PolitikerInnen zu erhalten. Selbst der Berliner Kardinal, der während der Räumung auftauchte, bemühte sich um ein Gespräch beim Innensenator, ein Anliegen, welches von diesem jedoch kurz und bündig abgebügelt wurde.

Der Trend in der Presse, die bislang dem Senatstenor gefolgt war, änderte sich. WagenburgbewohnerInnen gehörten plötzlich zu den Obdachlosen und Armen am Rande dieser Gesellschaft, denen die

Existenzgrundlage genommen wird. Mit der Idee, eine Alternative zu leben, hatte das jedoch kaum noch etwas zu tun.

Was tun

Im selben Zeitraum entstanden im August 1993 das erste Mal gemeinsame berlinweite Häuser- und Wagenburgentreffen. Die Resonanz innerhalb der autonomen Szene war anfangs sehr groß. Die Vollversammlungen wurden bald mit Stadtteiltreffen kombiniert, und es schien, als ob sich hieraus eine gemeinsame Handlungsperspektive entwickeln könnte. Die erste gemeinsame Aktion war ein Häuser- und Wagenburgenblock auf der großen Anti-Olympia-Demo, einen Tag vor der Entscheidung des olympischen Komitees. Die Stärke des Blockes überraschte allgemein.

In der folgenden Zeit erzeugte der Räumungsdruck auf einige besetzte Häuser und die Wagenburg am Engelbecken das Gefühl, schnell handeln zu müssen. Eine Aktionswoche wurde beschlossen. Diskussionen über innere Strukturen und Handlungsgrundlagen fielen weitgehend weg, obwohl sich einige Fragen durchaus gestellt hätten.

Wagenburgen z.B. waren den meisten Nicht-WagenbewohnerInnen als Lebensform fremd. Sie waren vorher nie Thema gewesen und mit Vorurteilen belegt. Allerdings trugen die meisten Plätze in Berlin in der Vergangenheit nicht viel dazu bei, hier für Aufklärung zu sorgen, indem sie mit ihrer Lebensform offensiv nach außen gingen. Nur bei einem kleinen Teil war das anders. Die Aktionswoche zeigte trotz gut vorbereiteter Veranstaltungen sehr geringe Resonanz, sowohl bei den Häusern als auch bei den Plätzen, von Öffentlichkeit und politischem Umfeld ganz zu schweigen.

Die berlinweiten Treffen wurden schnell weniger, und übrig blieb eine Gruppe, die sich aus Leuten bedrohter Projekte, Häuser und Wagenburgen zusammensetzt. Auf Wagenburgenplena, die über einen kurzen Zeitraum hinweg stattfanden, wurden Versuche gemacht, weitverbreitete Klischees zu durchbrechen. Dies hätte allerdings eine kontinuierliche Arbeit nach sich ziehen müssen. An dieser Stelle wurde wieder deutlich, daß ein gemeinsames Reagieren auf bestimmte Ereignisse zwar möglich ist, übergreifende Strukturen jedoch an der Organisationsfeindlichkeit scheitern. Im Vordergrund stehen das Bedürfnis nach Flexibilität und Individualität. Somit werden auch Diskussionen über gemeinsame Perspektiven und Forderungen kaum geführt. (Sie bleiben auf "Akzeptanz des Wagenlebens und einen Platz im Innenstadtbereich" reduziert.) Inhalte und Strategien, legal oder illegal, das alles bleibt offen. Dazu gehört unter anderem, wie weit sich Wagenburgen auf staatliche Strukturen einlassen sollten, welche Gefahren eine Legalisierung beinhaltet und ob eine staatliche Anerkennung bzw. ein Vertrag, angesichts der Einschränkungen, die diese mit sich bringen würden, überhaupt erstrebenswert sind und welche sonstigen Alternativen Wagenburgen überhaupt haben.

Diskussionen über Selbstverständnis und Ziele

Anders als in Berlin wurden diese Fragen seit drei Jahren auf den bundesweiten Wagentreffen immer wieder thematisiert. Diese Treffen entstanden im Dezember 1990 während der Häuserkampftage in Hamburg. Sie rotieren seitdem im Dreimonats-Rhythmus durch die verschiedenen Städte. Zu den Wagentagen gehören der Austausch über die aktuelle Situation, Arbeitsgruppen und das Erstellen der bundesweiten internen Wagenburgenzeitung "VogelfrAi". Auf dem letzten Treffen in Hannover entwickelte sich die Legalisierungsfrage zu einem Hauptpunkt, was durch die Ereignisse in Berlin und die Vertragsverhandlungen eines Platzes in Hannover mit der Stadt hervorgerufen wurde. Auf Grundlage der Diskussion wurden zwei Papiere verfaßt, die in der "VogelfrAi" veröffentlicht wurden. Dafür war der Versuch notwendig, die gemeinsame Grundlage zu bestimmen und somit das politische Ziel: "Sind wir eine revolutionäre, antikapitalistische, antisexistische, antirassistische und antiautoritäre Bewegung, die mit dem Leben im Wagen, in Wagenburgen gesellschaftliche Widersprüche aufzeigt, nämlich daß Mensch in diesem System nicht selbstbestimmt leben darf, ohne massiven Ärger zu kriegen, und durch die Repression des Staates immer wütender, immer geschlossener und damit für das System immer gefährlicher wird? Auch wenn wir das manchmal zwangsweise tun, unser Ziel und unsere Strategie ist es, zumindest als Bewegung, nicht. (...)

Was uns verbindet, ist die Wohnform, vielleicht noch die Lebensform - kollektiv, ohne Hierarchien, unkonventionell, mit wenig Kohle. Zumindest dem Reden nach sind die meisten auch gegen Sexismus und Rassismus. Systemkritisch insofern, als dessen zentrale Werte (das Geld, der Profit, die Macht, die Diskriminierung) abgelehnt werden, anstatt dessen gemeinschaftlich miteinander und mit der Natur gelebt

werden soll. Dieser Freiraum wird dann auch mehr oder weniger stark gegen die Angriffe der Bürokratie und der Bullen verteidigt.

Entscheidend war ... ein Gedanke, der in dieser AG gesagt wurde, nämlich daß politisch sein nicht unbedingt heißt, nur das System zu bekämpfen, sondern auch bedeutet aufzuzeigen, wie ein Zusammenleben anders - und besser! - möglich ist. Das heißt, daß Wagenburgen nicht nur durch die Repression, die sie erfahren, politisch sind, indem sie das Schweinesystem entlarven, sondern auch durch ihre Existenz selbst, indem sie ein nicht-kapitalistisches (und vielleicht weniger sexistisches und rassistisches) Wohn- und Lebensmodell demonstrieren. (...)"

Was das zuletzt Genannte angeht, wurde deutlich, daß es ein gemeinsames politisches Selbstverständnis so nicht geben kann. Ansprüche und Engagement, wie und wofür, gehen zu weit auseinander. Während es einigen Plätzen z.B. wichtiger ist, möglichst ökologisch verträglich zu leben, setzen andere ihre Priorität in die politische Handlungsfähigkeit. Auch wenn es um Kollektivität und individuelle Freiheit geht, sind die Strukturen auf den Plätzen breit gefächert.

Ausgrenzung oder Integration

Für die Frage der Legalisierung ist es allerdings wichtig, Grenzen zu ziehen, denn die Bereitschaft einiger Plätze, auf Vertragsverhandlungen einzugehen, könnte eine Spaltung nach sich ziehen. (Davon kann die Häuserkampfbewegung ein Lied singen.) Außerdem hatten in der Vergangenheit Vertreibungsmaßnahmen einer Stadt oft Initialwirkung auf andere Städte (so geschehen bei der Räumungsallgemeinverfügung 1991 in Tübingen und Stuttgart). Es ist wahrscheinlich, daß sich das auch bei Knebelverträgen fortsetzen würde. Durch die Diskussion in der AG kristallierte sich heraus, daß ein Vertrag nur akzeptabel ist, wenn er den BewohnerInnen ermöglicht, autonom und nach eigenen Vorstellungen weiter zu leben. Zu den Grenzen kann also gehören, keine SozialarbeiterInnen auf den Plätzen zu dulden, sich keine hierarchischen Strukturen aufdrängen zu lassen (wie SprecherInnen oder ähnliches), die Anzahl und Auswahl der Gruppe selbst bestimmen zu können, Raum für eigene Projekte zu behalten und den Platz selber gestalten zu können. Geld für die Pacht sollte, wenn überhaupt, auf niedrigem Niveau gehalten werden. Außerdem macht ein Vertrag nur Sinn, wenn ein Platz nicht jederzeit wieder geräumt werden kann. Dabei muß zu jeder Zeit abgewogen werden, was die Legalisierung im politischen Umfeld bewirkt. Avanciert der Platz zu einem Vorzeigeprojekt, während gleichzeitig andere Plätze hinten runter fallen?

Zunehmend werden Wagenburgen von staatlicher Seite in die Enge gedrängt: Legalisierung oder Räumung. In Hannover arbeitet ein Platz seit einigen Monaten einen Vertrag aus. Die Stadt beabsichtigt damit eine Vorbildfunktion für andere Plätze zu erreichen. In Bielefeld wurde eine Wagenburg legalisiert. Zusätzlich gründet das Sozialamt offizielle Wohnwagenplätze für Obdachlose. In Rüsselsheim gehörte die Legalisierung der Wagenburg zu den Forderungen einer Protestwählerpartei ("Liste Rüssel"), die im Herbst letzten Jahres ins Stadtparlament gewählt wurde. Die weitere Existenz dieses Platzes ist gesichert.

In Köln wurde die seit viereinhalb Jahren bestehende Wagenburg am 23. Februar von zwei Hundertschaften der Polizei brutal geräumt und platt gemacht. Der Besitzer des Geländes, ein Autohändler, hatte den Platz vor drei Jahren von der Stadt gekauft. Vor der Räumung hatte er sich von einem Gerichtsvollzieher die Wertlosigkeit der bewohnten Wagen bestätigen lassen. Den 30 BewohnerInnen wurde noch eine kurze Frist gelassen, ihre persönlichen Sachen aus den Wagen zu holen. Sofort danach wurden bis auf einen kleinen Teil alle Wohnungen von Bulldozern niedergewälzt. Es gab 15 vorübergehende Festnahmen und einige Verletzte. Erst nach heftigen Verhandlungen erklärte sich die Stadt bereit, den nun Obdachlosen wenigstens ein paar Zimmer in einem StudentInnenwohnheim zur Verfügung zu stellen. In einem Zeitungsbericht äußerten sich ehemalige BewohnerInnen: "Wir werden uns nicht fertigmachen lassen. Sobald wir wieder Wägen haben, wird es auch wieder einen Bauwagenplatz geben. Wir lassen uns nicht (kl)einbürgern."

Weitere Räumungen drohen für den seit drei Jahren existierenden Platz in Heidelberg, für einen neu besetzten Platz in Duisburg, in Bremen (einer ehemaligen Kleingartenkolonie, in der der größte Teil der Parzellen besetzt ist - zum großen Teil mit Wagen) und in Berlin. Hier sollen sämtliche zehn Wagenburgen, die sich im Innenstadtbereich befinden, bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 1995 aufgelöst und gegebenenfalls zwangsumgesiedelt werden. (Die Liste hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.) Bundesweit befinden sich die meisten Plätze in einem Schwebezustand, einige schon seit zehn Jahren. Es zeichnet sich allerdings ab, daß

das offizielle politische Streben dahin geht, diese Zustände aufzulösen, was darauf hinauslaufen würde, die Plätze aufzulösen oder sie in staatlich legalisierte Formen zu pressen. Innerhalb der Wagenburgen sieht es so aus, als ob es keine Alternativen, Ideen und/oder Utopien dazu gibt, die eigene Lebensform jenseits staatlicher Strukturen perspektivisch zu halten. Auseinandersetzung darüber sowie über die Möglichkeiten, gegenüber staatlicher Repression eine städteübergreifende Geschlossenheit zu demonstrieren, werden wenig geführt. Das allerdings betrifft nicht nur Wagenburgen, sondern auch besetzte Häuser und linke Projekte.

S.D., Berlin

# 8. Tilman-Fichter-Abend in Köln

Autor: Bernhard · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:37

Zu Tilman Fichter, Leiter der SPD-Parteischule und Neonationalist, ist in Ergänzung zum ak-Artikel vom 9.2.94 (Nationalsozialdemokraten - Rechte Ableger in der SPD) nachzutragen: Die "Kölner politischen Informationen", eine Zeitschrift der Kölner SPD-Linken, druckten in ihrer Ausgabe Dezember 93/Januar 94 Auszüge aus dem Fichter-Buch "Die SPD und die Nation" unkommentiert als achtseitige Belage ab. Darüberhinaus lud der SPD-Ortsverein Köln-Lindenthal am 2.2.1994 Tilman Fichter zu einer Veranstaltung ein, wo der Notionalideologe mit Anke Brunn (NRW-Bildungsministerin) diskutieren sollte: Diese war jedoch verhindert, an ihrer Stelle diskutierte der Siegener Prof. Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-"Grundwertekommission" mit Tilman Fichter.

Fichter, ehemals SDS-Mitglied und als "Weggefährte von Rudi Dutschke" dem Publikum präsentiert, heute Leiter der SPD-Parteischule, gefiel sich in "revolutionärer" Pose. Alle Parteien, nicht nur die SPD, sondern auch die CDU, hätten sich in den 80er Jahren mit der fälschlich angenommenen Stabilität des sowjetischen Blocks abgefunden, anstatt mit einem klaren auf Wiedervereinigung gerichteten Programm dort hinein zu intervenieren. Nur ein kleines Häufchen weitsichtiger "Dissidenten", er nennt Bernd Friedmann in der CDU und sich selbst in der "Baracke", habe dem widersprochen. Dem SPD-Professor Thomas Meyer, der die historische Ost- und Entspannungspolitik der SPD verteidigte, warf er entgegen: "Da kommt sozialdemokratisches Urgestein durch, die Angst vor der Revolution". Der Linken der 60er, 70er und 80er Jahre müsse man vorwerfen, daß sie "Revolution immer nur im Zusammenhang mit der ‚Dritten Welt`" zu denken gewagt habe, aber nie in Europa, in der "Zweiten Welt". Am 17. Juni 1953 hätten die Aufständischen einen "gesamtdeutschen Generalstreik" gewollt, von der DDR auf Westdeutschland übergreifend; doch "immer wenn in Deutschland für die Freiheit gekämpft wird, werden die von der etablierten Politik und der Mehrheit der Bevölkerung in Stich gelassen".

Mensch könnte den Eindruck haben, daß hier jemand seine einstigen revolutionären Phantasien, die er gescheitert sieht, einfach mit nationalistischen Inhalten wieder aufpäppelt. Dies ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit, scheinen die Wurzeln doch weiter zurückzureichen. Tilman Fichter siedelte bei seinem Vortrag den deutschlandpolitischen Sündenfall der SPD beim Übergang von der Schumacher-Ära zu "Godesberger Programm" an; 1960 noch hätten der SDS und Herbert Wehner einen gemeinsamen deutschlandpolitischen Plan ausgearbeitet, den Wehner jedoch bald danach zwecks Akzeptanz der Westbindung fallengelassen habe, während der SDS diesem Plan treu geblieben sein. Wer die Äußerungen des (angeblichen) einstigen Fichter-Weggefährten Rudi Dutschke kennt, der eine "Räterepublik Westberlin" auch als Keimzelle einer künftigen deutschen "Neuvereinigung" ansah, und hinzunimmt, daß im SDS die BRD weitgehend als "amerikanisch kolonisiert" betrachtet wurde, mag ein "rebellisches" Rütteln am Status quo auch in der Deutschlandpolitik als Grundlinie herauslesen. Die (sich vorübergehend schlafend stellenden) Geister, die man da anrührte, sind heute freilich unkontrollierbarer denn je, während die revolutionären Euphorieen jener Jahre längst verflogen sind.

Hinzuzufügen ist, daß das (größtenteils sozialdemokratische) Publikum, das 8 DM für den Eintritt zu zahlen bereit gewesen war, sich für die, wie es hieß, "unhistorischen" Attacken Fichters auf die SPD-Entspannungspolitik größtenteils wenig begeistert zeigte. Auf kritische Fragen zu seiner Verbindung zu den bräunlichen "Hofgeismarern" (siehe ak vom 9.2.94) und zur "Jungen Freiheit" war Fichter nicht zu anworten bereit. Auch einzelne offensichtliche Rechte befanden sich im Publikum, die sich daraufhin für die "Hofgeismarer" in die Bresche warfen.

Im Übrigen wurde auch Rolf Stolz, Nationalrevolutionär aus Köln-Vingst, der mit seiner Gruppe "Linke Deutschland-Diskussion" (LDD) in den 80er Jahren durch die pazifistische Bewegung tourte und bei den GRÜNEN zu landen suchte, im Auditorium gesichtet. Ingrid Weber, die als Westdeutsche bei der Bundestagsfraktion des Bündnis 90 mitarbeitet und die Diskussion leitete, und deren inhaltliche Intervention sich auf Ossi-Betroffenheitsgedusel beschränkte, merkte an, daß sie - entgegen ihrer Erwartung - Tilman Fichter näher stehe als seinem sozialdemokratischen Kontrahenten. Sie bezog sich positiv auf Passagen Tilman Fichters, wo dieser an die Benachteiligung der Ostdeutschen anknüpfte, um zur Forderung zu kommen, daß die Verwirklichung von Demokratie und Gleichberechtigung im nationalstaatlichen Rahmen nun Vorrang

haben müsse vor der Demokratie im europäischen Rahmen als zweite Etappe. Es gebe, so Fichter, eine "Dialektik zwischen Region, Nation, Europa und Welt"; die Linke habe diese fälschlicherweise aufzulösen versucht, indem sie den Nationalstaat zu überspringen suche. Es gelte nun aber, den Nationalstaat als Politikform auszufüllen durch Abbau des Gefälles zwischen West- und Ostdeutschen.

Bernhard

# 9. Berlin: Antifaschistische ImmigrantInnen im Visier der Polizei

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:36

Die türkischen und kurdischen AntifaschistInnen Abidin, Mehmet, Erkan, Bahrettin und Fatma sind immer noch in Haft. Sie werden des gemeinschaftlichen Mordes (bzw. der Beihilfe dazu) an dem Neofaschisten G. Kaindl sowie des Mordversuchs und der Körperverletzung beschuldigt.

Die Verhaftungen sollen auf den Aussagen des angeblich an der Tat beteiligten 17jährigen Erkan (siehe Kasten) beruhen. Nach mindestens fünf Beschuldigten wird noch gefahndet.

Zur Vorgeschichte

Am 4. April 1992 fand in einem Neuköllner Restaurant ein Treffen von Neonazis statt. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit bislang unbekannten Leuten. Dabei wurde der Nazi-Funktionär Gerhard Kaindl ("Deutsche Liga") durch Messerstiche getötet; der ebenfalls anwesende Rechtsextremist Thorsten Thaler (Funktionär des "H.v. Fallersleben Bildungswerkes") wurde verletzt. Dabei war u.a. auch der bekannte (ehemalige) "Republikaner" und jetzige Anwalt der rechten Szene Carsten Pagel.

Schon kurz nach diesem Vorfall stand für die Polizei fest, daß die vermeintlichen Beteiligten türkischer Nationalität sein mußten, obwohl sie gleichzeitig betonten, daß "die Täter maskiert" gewesen wären. Der Staatsschutz richtete eine 20köpfige Sonderkommission ein.

In den darauffolgenden Wochen wurden über zehn Wohnungen durchsucht, einzelne Personen zu Verhören vorgeladen. Die Ermittlungen richteten sich fast ausschließlich gegen türkische bzw. kurdische Frauen und Männer. Schon damals tat sich der Staatsschutz damit hervor, bei Verhören ImmigrantInnen massiv mit Hilfe ihrer (aufenthaltsrechtlich) unsicheren Situation unter Druck zu setzen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Dem Vater einer der Verdächtigten wurde während des Verhörs gesagt, er könne seiner Tochter am Flughafen Schönefeld noch "auf Wiedersehen" sagen, sie würde jetzt abgeschoben.

Erwiesenermaßen spielten die Berliner Staatsschutzbehörden den Neonazis der "Deutschen Liga" von Anfang an ihre auf rassistischen Ermittlungsmethoden beruhenden "Informationen" zu: Schon im Oktober 1992 wußte die Parteizeitung der "Deutschen Liga" zu vermelden, daß "sämtliche acht Täter ermittelt seien" und alle Beteiligten der türkischen Gruppe "Antifasist Gençlik" zugeordnet würden. Darüberhinaus schrieben sie, ihnen seien die "Namen und Anschriften" bekannt und beendeten den Artikel mit der Drohung "Wir kriegen Euch alle".

Die "Deutsche Liga" ist in die Aktivitäten der sog. "Anti-Antifa" verwickelt, die Terrorlisten mit Adressen von Andersdenken veröffentlicht, in denen unverhohlen zu Aktionen gegen diese Menschen aufgerufen wird. Es drängt sich die Frage auf, inwieweit Teile des Berliner Staatsschutzes ein Interesse an der Unterstützung dieser "Anti-Antifa"-Aktivitäten haben.

Trotz seiner Ermittlungsmethoden gelang es dem Staatsschutz nicht, ernstzunehmende Ermittlungsergebnisse vorzulegen. Haftbefehle wurden von der Staatsanwaltschaft gar nicht erst beantragt - wegen nicht ausreichender Indizien. Dies änderte sich offensichtlich erst durch die unter dubiosen Umständen zustande gekommenen Aussagen von Erkan.

Am 15. November 1993 und den folgenden Tagen fanden mehrere Hausdurchsuchungen bei AntifaschistInnen, ihren Angehörigen und Freunden statt. Dabei trat die Polizei insbesondere gegenüber türkischen/kurdischen Leuten mit großer Brutalität auf. Der 22jährigen Fatma wurde bei ihrer Verhaftung eine Dienstwaffe an den Kopf gehalten, einer dazukommenden Nachbarin passierte das Gleiche mit der Begründung, Fatma wäre eine "Terroristin". Den türkischen Eltern eines weiteren Gesuchten wurde erklärt, daß ihr Sohn "liquidiert" werde, falls er sich im Falle einer Verhaftung wehren würde.

Vorverurteilung

durch Medien und Polizei

Sehr voreilig titelte der "Tagesspiegel" am 20. November 1993: "Mord an Rechtsextremist aufgeklärt", und schrieb von einer "aus Polizeikreisen stammenden Information", die Verhafteten wären "Angehörige einer antifaschistischen türkischen Gruppe".

Seit längerem wird von Polizei und Medien immer wieder die Jugendinitiative "Antifasist Gençlik" (Antifaschistische Jugend) im Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten genannt. Es handelt sich dabei um eine der wenigen Initiativen von vor allem jugendlichen ImmigrantInnen, die sich hier in Berlin aktiv gegen Rassismus und Neonazis zur Wehr setzen. Eine Initiative, die offensichtlich den Haß vieler Polizisten und Journalisten auf sich zog. Weigerten sie sich doch, Opfer zu sein, wegzulaufen und zu schweigen. Aus dem türkisch/kurdischen antifaschistischen Spektrum wird jetzt eine mordende Gruppe konstruiert. Es soll einen politischen Prozeß geben, der sich wehrende antifaschistische ImmigrantInnen kriminalisieren und abschrecken soll.

Die Traditionslinie des deutschen Staates in der unterschiedlichen Behandlung von Nazis und AntifaschistInnen ist natürlich nichts Neues. Sie läßt sich nur mit einer gewissen geistigen Nähe zum faschistischen Mob erklären, insbesondere was den Rassismus betrifft. Eine Traditionslinie, die alle antifaschistischen ImmigrantInnen doppelt trifft: Sind sie doch "Ausländer", die es wagen, sich gegen deutsche Nazis zu wehren. Dies gilt auch für die jetzt Verhafteten. Konfrontiert mit einem in weiten Teilen rassistisch durchsetzten Polizei- und Justizapparat scheint ein "faires" Verfahren für sie unmöglich. Sie brauchen die Unterstützung der gesamten antifaschistischen und antirassistischen Bewegung!

Repression in Kreuzberg

Im Anschluß an eine antifaschistische Demonstration am 17.12. 1993 wurde ein Teilnehmer der Demonstration verhaftet. Er wurde aus einer Gruppe von Teilnehmern gezielt rausgegriffen, mit gezogener Knarre bedroht und in ein Auto verschleppt. Sein Kopf wurde ihm zwischen die Knie gedrückt, dabei wurde gedroht: "Jetzt suchen wir ein ruhiges Plätzchen und dann machen wir ihn klar". Der Verhaftete wurde geschlagen und unter ständigem Drohen mit der Knarre zur Polizeiwache in der Friesenstraße gefahren. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung wurde ihm mitgeteilt, daß es sich um eine Verwechslung im Fall Kaindl gehandelt hätte. Nach mehreren Stunden wurde der Verhaftete wieder freigelassen.

Auch der nächste Fall zeigt beispielhaft, wie es denjenigen ergeht, die in die Ermittlungsmühlen des Staatsschutzes geraten. Mit willkürlichen Methoden wird hier versucht, unschuldige Menschen einzuschüchtern und unter Druck zu setzen. In diesem Zusammenhang steht auch die Schließung der Gaststätte "Pink Panther". Nachdem der Wirt schon mehrere Vorladungen zum Staatsschutz erhalten hatte, und ständig Zivilpolizisten in der Kneipe anwesend waren, wurde am Montag, den 3.1.94, erneut versucht, den Wirt zu weiteren Verhören mitzunehmen. Dies konnte durch das Eingreifen der Kundschaft verhindert werden. Daraufhin wurde der "Pink Panther" am Donnerstag, den 6.1.94, gegen 23 Uhr von ca. 150 Polizisten durchsucht. Unter dem Vorwand von Steuerschulden wurde die Kneipe bis auf weiteres geschlossen. Daß dritte Ereignis in dieser Rubrik "Aktivitäten" des Berliner Staatsschutzes im Zuge der Ermittlungen im Fall Kaindl ist die Durchsuchung des Infoladens Nachladen. Am 17.1.94 um 17 Uhr betraten fünf Kripobeamte den Laden und begründeten dies mit "Suche nach Materialien zur Ergreifung eines Gesuchten im Fall Kaindl". Nach relativ oberflächlicher Durchsuchung zogen sie erfolglos ab.

Auch die Verhaftung des 60jährigen Türken Mahmut zeigt deutlich, daß der Staatsschutz vor nichts zurückschreckt, um Menschen unter Druck zu setzen. Nach einer Vorladung zur Zeugenvernehmung, der er nicht nachkam, fiel den Ermittlungsbehörden ein, daß es einen Auslieferungsantrag der Türkei gibt. Seitdem sitzt Mahmut in Abschiebehaft.

Veranstaltungshinweis

Im Volkshaus, Neuer Kamp 31 (Hamburg), findet am 19. März um 19 Uhr eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit anschließender Solidaritätsfete statt. Eingeladen sind Menschen aus dem Berliner UnterstützerInnenkreis und ein Vertreter von Antifasist Gençlik.

Zu den Haftbedingungen von Fatma

Ich sitze unter "Besonderen Sicherheitsmaßnahmen" in U-Haft, was alles unter diese Bezeichnung fällt, kann ich immer noch nicht durchschauen.

Ich darf ohne "Begleitschutz" nicht auf dem Gelände oder im Flur rumlaufen. Somit kann ich weder die Küche der Station, auf der ich bin, benutzen, noch etwas anderes. Bin völlig auf sie angewiesen. Alles was ich an Bedürfnissen habe, muß ich über eine Sprechanlage erbitten, dann kommt es darauf an, wie die Beamtin auf mich zu sprechen ist. Durch einige Vorfälle bin ich nicht gerade sehr beliebt.

Hofgang findet auf dem Sicherheitshof statt, mit Beobachtung durch einen Typ oder zwei SchließerInnen. Ich kann den Hofgang mit einer spanischen Frau machen, die ich mittlerweile durch viel Vokabelnlernen verstehen kann.

Bisher konnte ich die Frauen, die ich beim Vorbeigehen gesehen habe, kurz sprechen; seit letzter Woche wurde es durch eine Durchsage allen Frauen verboten, mich anzusprechen oder auch nur den Versuch zu machen! Auch die Hausmädchen dürfen sich nicht mehr mit mir unterhalten! Aber es gibt Möglichkeiten. Es geht halt nicht alles so, wie sie es sich vorstellen.

Zu meinem "Glück" gibt es hier eine Sozialarbeiterin, die mich aufgeklärt hat, daß ich eigentlich in den Sicherheitstrakt sollte. Der aber steht wohl seit Jahren leer und die Anstalt könnte ihn nicht für eine Person wieder belegen. Sie rät mir, ich soll mich nicht so auflehnen, sondern mich allem fügen, ich habe sie schon dreimal rausgeworfen, aber sie ist hartnäckig und will halt mein Bestes, und ihr tut es ja so leid, daß ich unter solchen Bedingungen sitzen muß und sie machen so etwas nicht gerne.

Ich darf die Zeitungen und Zeitschriften, die rumliegen, nicht lesen, nur meine eigenen, die ich abonniere, und die gehen erst zur Sicherheitsabteilung und werden geprüft.

Da ich 23 Stunden am Tag in der Zelle bin, versuche ich mich zu beschäftigen. Den anderen würde ich raten, einen Tagesplan zu machen. Wie Yoga, Gymnastik, lesen und auch viele Briefe schreiben, das entspannt und man denkt nicht zuviel an die Verhandlung. Denn wenn man darüber nachdenkt, sieht alles ziemlich düster aus und man kann leicht verzweifeln. Niemals mit den Beamtinnen reden, sie sind sehr neugierig und fragen viel, am vorteilhaftesten ist es, sich mit denen auf nichts einzulassen. Das sind nämlich alle kleinbürgerliche rassistische Schweine und sie machen diesen Job freiwillig. Ich persönlich muß mich oft zurückhalten, um nicht auf sie loszugehen, wenn ich höre, wie sie über ausländische Frauen oder über die Sinti-Roma-Frauen reden. Besuch habe ich nur mit Berührungsverbot bzw. nur die Hände geben, aber das muß man nicht immer beachten!

Sonst bin ich halt durch mein Auftreten hier ziemlich vielen Schikanen ausgesetzt, einer provoziert mich sehr, er will sich halt unbedingt mit mir prügeln, ich versuche, es zu ignorieren oder rede mit ihm herablassend! Auf den Fernseher muß ich wohl noch einen Monat warten, aber eigentlich halte ich mich zur Zeit ganz gut.

Zur Situation von Erkan

Der 17jährige Erkan, einer der fünf türkisch/kurdischen Gefangenen, wurde am 13. oder 14.11.'93 unter immer noch ungeklärten Umständen inhaftiert. Sofort nach seiner Inhaftierung in der Jugendhaftanstalt Plötzensee wurde er unter Zeugenschutz gestellt, d.h. seine Identität wurde den Anwälten der anderen drei Inhaftierten nicht preisgegeben. Er wurde wiederholt verhört, wobei er sich und die anderen vier Verhafteten schwer belastet hat.

Die Haftbefehle gegen Fatma, Abidin, Mehmet, Bahrettin sowie gegen fünf weitere Gesuchte basieren hauptsächlich auf seiner Aussage. Die ersten zwei Wochen bekam Erkan weder einen Anwalt, noch eine/n Freund/in zu Gesicht. Auch in der Presse wurde nichts Genaueres über seine Inhaftierung veröffentlicht. Erst nach zwei Wochen wurde den Anwälten sein Name im Zusammenhang mit der Zeugenaussage mitgeteilt. Er wurde also zwei Wochen lang von Staatsschutz und Justiz regelrecht unter Verschluß gehalten. Bekannte von ihm erzählten, daß er sich schon vorher in psychiatrische Behandlung begeben hatte, da er mit seinen seelischen Problemen nicht mehr klar kam und ziemlich durcheinander war. In diesem Zustand geriet Erkan in die Mühlen der Vernehmungsbeamten - und in diesem Zustand entstanden die Aussagen, die die folgende Repressionswelle auslösten. Was bei den Verhören abgelaufen ist, wie seine Aussagen und mit welchen Methoden zustande kamen, können wir bis heute nicht sagen. Es gibt allerdings Anzeichen dafür, daß er im Knast geschlagen und unter Druck gesetzt wurde.

Erkan hat offensichtlich schon vor seiner Inhaftierung therapeutische Hilfe gebraucht. Statt dessen wurde er im Knast in eine Situation von ständiger Anspannung und Dauerstreß versetzt, die selbst gesunde Gefangene

krank machen kann. Verhöre, die oft unter massivem Druck und Drohungen ablaufen, Trennung von Familie und FreundInnen, permanente Bewachung, kaum noch eigene Entscheidungsmöglichkeiten, denn die Institution Knast bestimmt das Leben der Gefangenen perfekt. Zusätzlich war der 17jährige den Großteil des Tages mit seinen Sorgen und Ängsten alleine in seiner Zelle eingesperrt - ohne einen Menschen, dem er vertrauen konnte. Nach zwei Wochen, als sein Anwalt zu ihm rein kam, ging es Erkan logischerweise noch schlechter als zuvor. Nachdem er mehrmals in der Zelle "durchgedreht" ist und sich dabei selbst verletzte, wurde er im Dezember vom Jugendknast in die Psychologisch-Neurologische Abteilung (PN) der JVA Tegel verlegt. Er steht unter starkem Einfluß von Psychopharmaka, ist apathisch und kaum ansprechbar.

Zwischen Weihnachten und Neujahr hat er versucht, sich umzubringen! Er braucht dringend qualifizierte Hilfe, die er in der PN Tegel sicherlich nicht erhält.

Erst kürzlich ist über die PN-Abteilung Tegel eine Studie öffentlich geworden, die schon 1990 (!) vom Leiter des Forensischen Instituts der Freien Universität Berlin, Prof. Wilfried Rasch, gemacht wurde. Darin bezeichnet Rasch die PN, als "Fossil der Verwahrpsychiatrie", die "so weit hinter Standards der sonst üblichen psychiatrischen ‚Versorgung` zurück(steht), daß eine Behandlung innerhalb des Strafvollzugs nicht zu verantworten ist". Die Visiten, denen er beigewohnt habe, hätten sich im wesentlichen auf die Verordnung von Medikamenten und auf Ratschläge beschränkt, die "in dieser Form den Patienten sicher nicht helfen."

"Die derzeitige Praxis", so Rasch unverblümt, "verstößt gegen die Vorschrift, daß schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs entgegenzuwirken ist." Rasch fordert in seiner Studie statt einer Bestrafung von "psychisch kranken" Gefangenen therapeutische Behandlung für sie! Sein Fazit zur PN: "Es bedarf einer grundlegenden Reform, die in ihrem Charakter einer Auflösung der jetzigen Abteilung gleichkommt."

Erkan war von Anfang an haftunfähig und muß schleunigst raus aus dieser zerstörerischen Situation! Zusätzlich fordern wir lückenlose Aufklärung, sowohl über die Umstände, unter denen Erkans Aussagen zustande kamen, als auch über seine Haftsituation in den ersten zwei Wochen!

# 10. Die Farbe des Kanaldeckels. Die Grünen nach dem Mannheimer Parteitag: regierungsfähig!

Autor: Js. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:24

Zum ersten Mal, seit es grüne Parteitage gibt, fühlte sich der Kanzler bemüßigt, unverzüglich und höchstselbst einen Kommentar zu diesem Ereignis abzugeben. Die auf der Mannheimer Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen beschlossenen "radikalen Parolen und Positionen" würden im Falle einer Regierungsbeteiligung "jede Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung zunichte machen". Eine rot-grüne Koalition auf Bundesebene hätte "innen- wie außenpolitisch verheerende Auswirkungen für Deutschland". Was als ernste Warnung an die SPD gemeint war, offenbarte vor allem die Schwäche der stärksten Regierungspartei. (Nach den neuesten Umfragen muß die CDU bei den bevorstehenden Landtagswahlen in allen fünf östlichen Bundesländern mit zweistelligen Verlusten rechnen.) Von den sozialdemokratischen Promis meldete sich sogleich der Rechtsausleger und IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe zu Wort. Dessen vernichtendes Urteil muß allerdings niemanden beunruhigen: Rappe würde auch dann noch gegen die Grünen schäumen, wenn diese das SPD-Programm Wort für Wort übernähmen.

Wo Kohl und Rappe reagieren wie die Pawlowschen Hunde, bewahrt ein echter Politiker Ruhe und Gelassenheit. "Wir Realos haben noch nie gewonnen auf Bundesparteitagen; wir haben uns durchgesetzt", sprach Joschka Fischer nach Schluß der Veranstaltung. Daß der "heimliche Parteivorsitzende" damit auch für die Zukunft recht behalten wird, wissen bei den Bündnisgrünen alle. Auch Bundesvorstandssprecher Ludger Volmer, der in Mannheim noch einmal den Linken spielte, sich aber für die Verunglimpfung Fischers als "Little Scharping" artig entschuldigte.

Danach bewährte er sich als über das Strömungsgezänk erhabener Parteivorsitzender, indem er die Erfolge des linken Flügels auf ihren wahren Gehalt reduzierte. Der nach emotionsgeladener Debatte gefaßte Beschluß, den Ausstieg aus der Atomwirtschaft "innerhalb von zwei Jahren" ins Wahlprogramm zu schreiben, habe die Partei nur scheinbar polarisiert. Wenn es an die Umsetzung gehe, lägen die scheinbar antagonistischen Positionen doch wieder "sehr nahe beieinander", verriet Volmer der Jungen Welt: "Die einen formulierten das Optimum: Der Ausstieg ist innerhalb von zwei Jahren technisch möglich. Die anderen sagen, das ist aber politisch nicht durchsetzbar. Jeder weiß, daß es hier einen politisch verifizierbaren Prozeß geben muß, der länger dauert als zwei Jahre, doch der überschaubar sein wird." (JW, 28.2.)

Ähnlich verhält es sich mit den anderen Mehrheitsentscheidungen, bei denen die Realos den kürzeren zogen. Zum einen haben diese Beschlüsse mobilisierende Signalwirkung nach innen. Den - vor allem mit Blick auf die bevorstehenden Wahlkämpfe und die zu klebenden Plakate - doch nicht ganz unwichtigen Basisaktivisten konnte gezeigt werden: Die Partei ist noch die alte, auch wenn sich die publicity-geilen Promis auf den Kopf stellen.

Zum anderen verpflichtet auch noch so viel bedrucktes Papier zu nichts. "Gibt es Forderungen, die für Bündnis 90/Die Grünen unabdingbar sind?" wollte der Interviewer des Neuen Deutschland von Ludger Volmer wissen und meinte: "unabdingbar" in einer Koalition mit der SPD auf Bundesebene. Der Parteisprecher vermied die Antwort "im Prinzip ja", sondern gab gleich zu: "Das ist für uns eigentlich die heikelste Frage." Mit dem Programm solle - "eigentlich"? - nur "die Richtung" angegeben werden: "Mit der SPD werden wir über die Richtung verhandeln." Und womit enden schließlich auch die langwierigsten und "zähesten" Verhandlungen? Richtig: "Wir sind bereit, Kompromisse zu machen. Für uns ist aber wichtig, daß die Richtung erkennbar bleibt. Und sie ist vielleicht wichtiger als die Größe der ersten Schritte." Das kann nun wieder alles und nichts heißen. Mit etwas Geschick wäre auch die Vereinbarung, den Rüstungshaushalt einzufrieren (also nicht zu erhöhen), als ein zwar kleiner, aber dennoch ganz bedeutender Schritt in eine völlig neue Richtung zu verkaufen, der ganz bestimmt und unweigerlich zur Abschaffung der Bundeswehr, zur Selbstauflösung der NATO und zum weltweiten Frieden führen müsse.

Daß die in Mannheim bekräftigte Forderung des NATO-Austritts und der Abschaffung der Bundeswehr für die praktische Politik der Bündnisgrünen ohne Bedeutung ist, hatte Ludger Volmer schon vor dem Parteitag klargestellt. Ihm - und der Parteitagsmehrheit - ging es darum, nicht vorschnell "Visionen zu opfern". Der Versuch, die Grünen mit der NATO zu versöhnen, konnte immerhin zurückgewiesen werden. Der

provokatorische Auftritt von Werner Schulz, der für Bündnis 90/Grüne im Bundestag sitzt, ließ erahnen, in welche Abwehrkämpfe die noch einmal siegreichen grünen Pazifisten schon bald verwickelt sein könnten. In Anspielung auf Schirinowski und die Gefahr aus dem Osten, der Polen, Tschechien und die Slowakei ausgesetzt seien, unterstützte er implizit den Wunsch dieser Staaten nach atomarem Schutz durch die NATO. Für seine provokatorische Forderung, die Bündnisgrünen sollten, statt sich im "bequemen Zivildienst" einzurichten, sich als "Umbausoldaten" verstehen, erntete er lautstarke Proteste.

Während die Grünen demonstrativ am Pazifismus festhielten, wandten sie sich in der Frage der Einwanderung und des Flüchtlingsrechts ein Stück dem "Machbaren" zu. Noch auf dem Berliner Parteitag im Mai 1992 hatten sie dazu einen Beschluß gefaßt, in dem implizit offene Grenzen gefordert wurden. Der Frankfurter Referent für Multikulturelles, Daniel Cohn-Bendit, hatte diese so gar nicht "realpolitisch" orientierte Resolution damals als "gemeingefährlichen Blödsinn" abgetan. Heute heißt die Losung "humanitäres Migrationsrecht" - mit einem Einwanderungsgesetz, aber ohne Quoten und Höchstkontingente.

Nachdem die Grünen im Jahr der deutschen Einheit mit der Konzentration auf die Klimakatastrophe ("Alle reden von Deutschland - wir reden vom Wetter") Schiffbruch erlitten hatten, soll im Bundestagswahlkampf 94 die Wirtschaftspolitik im Zentrum stehen. Für das "ökologische Umsteuern" sollen alle Schichten zur Kasse gebeten werden: Autofahrer aller (Versicherungs-)Klassen durch die Erhöhung der Mineralölsteuer, die Reichen durch die Anhebung der Vermögens- und Erbschaftssteuer. Aber auch die eigene mittelständische Klientel soll zahlen, z.B. indem bei Arbeitszeitverkürzungen Einkommensausgleich nur für die unteren Gehaltsgruppen gewährt wird. Im Unterschied zur SPD, die ihre Stammwählerschaft optimal zu bedienen trachte, seien die Grünen bereit, die eigene Wählerschaft, den "neuen Mittelstand", zu belasten. Das, so Ludger Volmer auf eine kritische Nachfrage der Frankfurter Rundschau, sei der "andere strategische Ansatz", durch den die Grünen sich von der SPD unterscheiden würden. Umstritten ist bei den Bündnisgrünen, ob man das - wie der Bremer Senator für Umwelt und Stadtentwicklung Ralf Fücks - "grüne Austeritätspolitik" nennen solle.

Bestimmte allzu staatstragend klingende Reizworte sind, besonders bei den Westgrünen, halt nicht beliebt. Dazu gehört auch das von grünen "Volkspartei", das die unerwartet in den Kreis der "Partei-Elite" aufgestiegene Hamburger GAL-Abgeordnete Krista Sager prägte. Jenseits des Streits um symbolträchtige Begriffe herrscht weitgehend Harmonie, der Mannheimer Parteitag wurde selbst von der taz als "Demonstration der Geschlossenheit" gewürdigt. An den Bündnisgrünen wird es nicht liegen, wenn die ersehnte Koalition mit der SPD nicht zustande kommen sollte. "Wir wollen regieren, wollen es ganz dringend", formulierte auf der Berliner Strategiekonferenz im Januar der linke Europa-Kandidat Frieder O. Wolf. Die Überlegung von Jürgen Trittin, der sich abzeichnenden großen Koalition auf Bundesebene durch rosa-grüne Landesregierungen Zügel anzulegen, indem so eine "Sperrminorität gegen weitere Verschandelung des Grundgesetzes" geschaffen wird, ist derzeit kein Thema. Ganz zu schweigen von der Frage, "ob nicht außerhalb der Regierung mehr zu verhindern ist als in ihr", ebenfalls gestellt von dem amtierenden niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten.

Ein zweistelliges Wahlergebnis scheint den Grünen um so sicherer, je mehr solche heiklen Fragen ausgeklammert werden. Der schlichte, aber nicht zu widerlegende Slogan "Wer Rot-Grün will, muß Grün wählen" wird seine Wirkung tun. Vor allem, wenn an den widerstrebenden Wunschpartner kein kritischer Gedanke verschwendet wird. "Die Grünen müssen Rot-Grün wollen", schreibt Joachim Raschke in seiner "kleinen Anleitung für eine Reformregierung". Nur ihr Einbruch in das sozialdemokratische Wählerpotential, so der leibhaftige Professor für Politikwissenschaft, erzeuge den "Druck, der Scharping entgegen seinen Neigungen zu Rot-Grün führt".

Druck von anderer Seite ist derzeit nicht erkennbar. Von den wirtschaftlich Mächtigen fehlt bislang jede Bereitschaft, die Grünen als Regierungspartei zumindest stillschweigend in Kauf zu nehmen. Die Versuche der Grünen, sich als Partei der "großangelegten Innovationsoffensive" und des "Aufschwungs Ost" zu profilieren, stecken noch im Anfangsstadium. Das Konzept zur Sicherung des deutschen "Wirtschaftsstandorts" aus der Feder von Ralf Fücks ist bisher bei denen, auf die es ankommt, noch nicht als das erkannt worden, was es ist: Ein weitreichendes Angebot, das "Innovationsdefizit bei der Entwicklung und Vermarktung neuer Dienstleistungen, Techniken und Produkte" gemeinsam zu beheben.

Kurzfristig wird den Bossen ihre anti-grüne "Berührungsangst" und ihre Befangenheit in nicht mehr zeitgemäßen Ideologien nicht auszutreiben sein. Natürlich sind es die Grünen aus der Realo-Hochburg Frankfurt, deren Arbeit an vertrauensbildenden Maßnahmen am weitesten fortgeschritten ist. Der grüne Stadtkämmerer und ehemalige Linksradikale Tom Koenigs, der in Frankfurt die Sanierung des Haushalts betreibt, hat es geschafft, auch Leute um sich zu scharen, die ihn anfangs bestaunten "wie ein Erdferkel". Aus "Bürger- und Patriotenpflicht" haben sich vorwiegend stock-konservative Finanzexperten in den Dienst der guten Sache gestellt; kein Problem - schließlich, so Koenigs, brauche er Spitzenmanager "und keine Sozialarbeiter". Einer dieser Führungskräfte wird im Spiegel mit dem leicht abgewandelten Deng-Hsiao-Ping-Ausspruch zitiert, entscheidend sei "nicht die Farbe des Kanaldeckels, sondern daß es einen gibt".

Js.

# 11. Neu in der Parteienwelt: PDS präsentiert Offene Liste

Autor: J., Westberlin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:22

"Namhafte Persönlichkeiten", so titelt der PDS-Pressedienst Nr. 6 vom 11.2.94 im schönsten DDR-Jargon, "wollen für die PDS kandidieren." "Gysi's bunte Truppe gegen graue Politik" heißt es dafür locker und mit fehlerhaftem Apostroph in den von der Partei geschalteten Anzeigen. Mit mehr oder minder sympathischen Fotos werden uns dort mit folgenden Erläuterungen präsentiert (von links oben nach rechts unten): Manfred Müller (parteilos), Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV Berlin; Barbara Höll (parteilos), Demokratischer Frauenbund; Günter Maleuda (parteilos), Volkskammerpräsident 1989/90; Gerhard Jüttemann (parteilos), Betriebsratsvorsitzender Kaliwerk Bischofferode; Hans Modrow (PDS); Christa Luft (PDS); Stefan Heym (parteilos); Lothar Bisky (PDS); Petra Bläss (parteilos), Mitglied des Unabhängigen Frauenverbandes; Peter Hartmann (parteilos), bis 1993 Betriebsratsvorsitzender BELFA Berlin. Ohne Porträt werden des weiteren genannt: Pastor Willibald Jacob (parteilos); Pastor Dieter Kelp (parteilos), der "Pfarrer von Rheinhausen"; Ulla Jelpke (parteilos).

Während Bisky, Modrow und Maleuda (er war zu DDR-Zeiten Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands) wohl eher als "namhaft", denn als "bunt" gelten mögen, dürften ak-Autorin Jelpke einerseits und der sich auf der Pressekonferenz als katholischer Christ vorstellende Kali-Kumpel Jüttemann andererseits schon eher mit bestimmten Farben aus dem Spektrum des Regenbogens assoziiert werden. Jüttemann war freilich der einzige, der sich bei der öffentlichen Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten als Kapitalismus-Kritiker zu erkennen gab. In seinen Worten: "Die ‚Parteien der Mitte` machen keine Politik mehr für das Volk. Diese Politik unterwirft sich den Kapitalinteressen."

Heyms Kandidatur

läßt Bürgerrechtler rot sehen

Eindeutiger Star des Ensembles ist aber zweifellos der 80jährige Stefan Heym. Er wird bei den kommenden Bundestagswahlen der Direktkandidat der PDS im Berliner Wahlkreis Mitte/Prenzlauer Berg sein. Heym, dessen Leben den aufrechten Gang durchaus auch im Sinne des Wortes verkörpert, trifft dort auf den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Thierse, der eher den weinerlichen Ossi-Typ repräsentiert. taz-Kommentator W. Gast sorgt sich deshalb, mit der Kandidatur Heyms werde "wahlstrategisch geschickt der Eindruck erweckt, hier kandidiere der authentische, der zornige Ostdeutsche als Alternative zu dem Ostdeutschen, der sich nicht nur in Bonn, sondern auch in seiner Partei den Schneid von den Wessis hat abkaufen lassen". (taz, 7.2.) Für die PDS geht es bekanntlich bei ihren Direktkandidatinnen und -kandidaten um allerhand: Gelingt es ihr, drei Direktmandate zu erreichen, ist die bundesweite Fünf-Prozent-Klausel außer Kraft gesetzt. In Mitte und Prenzlauer Berg könnte es dabei spannend werden: Zusammengerechnet lag bei den letzten Kommunalwahlen im Sommer 1992 die SPD dort als stärkste Partei rund fünf Prozent vor der PDS.

In den bürgerlichen Medien reagierte man einigermaßen verblüfft und weitgehend zurückhaltend. Vielleicht, weil ihnen die PDS-Kandidatur des jahrzehntelangen DDR-Dissidenten Heym die Sprache verschlagen hatte, vielleicht aber auch ein wenig klüger aus der Erfahrung der Vergangenheit geworden, daß es im Falle der PDS angesichts der Realitäten in Ostdeutschland wenig bringt, auf diese immer wieder selbstgerecht und phantasielos mit großen Knüppeln einzudreschen. So begnügte sich die FAZ mit zwei nichtssagenden Randbemerkungen im Kulturteil, die Süddeutsche Zeitung malte ebendort das Bild vom "kapitalen Rotbarsch", der da der PDS ins Netz gegangen sei, um sodann diesen Vorgang auf die Eitelkeit des Schriftstellers zurückzuführen, und der Welt-Kommentator erklärte: "Heyms wahres Motiv ist die Trauer um die unerfüllte Hoffnung, der Sozialismus könne auf dem Pfad eines dritten Weges ins irdische Paradies führen." Und während der Spiegel nicht viel mehr als die Bezeichnung "starrköpfiger Besser-Ossi" zu Papier brachte, war in Zeit und Tagesspiegel klammheimliche Vorfreude auf eventuelle Reden Stefan Heyms im Bundestag zu registrieren. Heym selbst freut sich eben darauf auch: Als wahrscheinlicher Alterspräsident des nächsten Bundestages stünde ihm das Recht zu, diesen mit einer Rede zu eröffnen. "Das wäre natürlich eine große Genugtuung für mich, weil meine letzte Vorgängerin auf der linken Seite Clara Zetkin war. Das ist ein Bogen,

der meinem Leben eine gewisse Krönung verleihen würde." (Zetkin war 1932 für die KPD Alterspräsidentin des Reichstages.)

Es blieb einigen ostdeutschen "Bürgerrechtlern" vorbehalten, mit teilweise fanatischen Zügen Heyms Entschluß anzugreifen. Wenn für deren Verhalten noch die Spur einer Entschuldigung anzuführen möglich ist, dann vielleicht diese: "Auch dieser Geifer ist ein DDR-Produkt." So formulierte es jedenfalls Heiner Müller in einem Offenen Brief an Stefan Heym, quasi als Reaktion auf einen Offenen Brief, den zuvor der Bündnis 90-Abgeordnete Konrad Weiß an Heym gerichtet hatte. Weiß bezeichnet darin Heyms Kandidatur für die PDS als "töricht und pervers"; dem "Gaukler Gysi" und "seinen Spießgenossen" gehe es doch nur darum, "wieder ein Zipfelchen von der Macht zu erhaschen, an die sie sich so gewöhnt hatten". "Fühlen Sie sich in dieser schmutzigen Gesellschaft wirklich wohl?" Die "Abteilung Agitation und Propaganda" sei wieder entstanden, sie "lügt und betrügt" wie zuvor.

Zunächst ist es allerdings Weiß selber, der es mit der Wahrheit nicht sonderlich genau nimmt: Heym würde für eine Partei kandidieren, "die verantwortlich ist für die Ermordung tausender Demokraten und Sozialisten". Damit behindere er "den Prozeß der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen und realsozialistischen Vergangenheit, der doch überlebensnotwendig für unser Volk ist". Wie Weiß, dessen diffuse Angabe über die Zahl der ermordeten SED-Opfer ("Tausende") den historischen Tatsachen Hohn spricht, sich diese Auseinandersetzung vorstellt, tat er neulich in Dresden kund: Der weiße Strich am ‚Tränenpalast` am Bahnhof Friedrichstraße, der zu DDR-Zeiten nur mit Genehmigung der Grenzsoldaten überschritten werden durfte, sei "nicht minder zynisch gewesen als der Spruch ‚Arbeit macht frei` an den Toren der Konzentrationslager", wird Weiß in der SZ vom 1.3.94 zitiert.

Wo Weiß wütet, darf auch seine Bundestags-Kollegin Wollenberger nicht fehlen. In einem Beitrag für die Welt bezeichnete sie Heym als "PR-Marionette der PDS", der die PDS-Legende stütze, "die Treuhandanstalt sei für die Zerstörung der industriellen Substanz im Osten verantwortlich". (Welt, 14.2.94) Auf ein noch seriöseres Blatt greift Bärbel Bohley zur Verbreitung ihrer Ansichten zurück. Heym sei schon vor der Wende ein Wendehals gewesen, teilte sie der Illustrierten "Super-Illu" per Interview mit. In Ost und West habe sich Heym das jeweils Beste gegriffen: Bücherverkauf im Westen für DM, billige Mietvilla im Osten. Harte Kritik an der DDR-Politik habe er nie formuliert. "Der ist auf jeden Fall nicht der Dissident, für den ihn der Westen hielt." Es sei wohl die Eitelkeit eines Greises, der für eine Partei von gestern antrete. (nach Junge Welt, 21.2.94)

Richtiggehend sachlich dagegen die Stellungnahme der ostdeutschen Grünen-Vorstandsvorsitzenden Marianne Birthler, die sich, wie sie im nachhinein der Jungen Welt erklärte, mit einer "wahlarithmetischen Zuspitzung" hervortat: "Jede Stimme für die PDS verhindert die notwendigen Mehrheiten für einen Machtwechsel in Bonn! Jede Stimme für Stefan Heym ist eine Stimme für Bundeskanzler Kohl!" (Pressemitteilung vom 7.2.94) Bestechend, diese Logik, und sehr originell: Früher hatte es nämlich einmal geheißen, daß SPD (und nicht Grüne) wählen müsse, wer Strauß verhindern wolle.

Erinnerung an das Prinzip

der Einheitsgewerkschaft

Einigen Wirbel, zumindest im früheren Westberlin, verursachte auch die Kandidatur des Berliner Vorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen, Manfred Müller. In der ehemaligen Frontstadt ist die politische Identität gerade auch vieler Gewerkschafter und Sozialdemokraten durch sturen Antikommunismus geprägt. Die Bild-Zeitung mußte freilich zum Beleg für die Überschrift "Alle sauer auf PDS-Müller" vor allem auf ältere Semester zurückgreifen - allen voran natürlich der unverbesserliche Kämpe Walter Sickert, "(75, SPD)", zu seinen besten Zeiten langjähriger DGB-Vorsitzender von Berlin. "Die Kommunisten wollten doch nur die Gewerkschaften in die Hände bekommen und zerstören", so Sickert zu Bild, und: "Ich hätte jetzt sogar Verständnis dafür, wenn der HBV die Mitglieder weglaufen. Aber besser wäre, sie würde sich von Müller trennen." (Bild-Berlin, 8.2.94)

In diesem Sinne gebärdete sich der Betriebsrat von Hertie: In einem Schreiben an Müller beklagten sich der Vorsitzende und sein Stellvertreter, "an der Basis" jetzt als "rote Socken" beschimpft zu werden. "Lege bitte Dein Amt sofort nieder, um für die Organisation nicht noch mehr Schaden zu bringen. Wir hier im Hause ... können mit Deinem Entschluß nicht konform gehen und werden dann auch dementsprechend handeln müssen."

Es blieb weitgehend ein Sturm im Wasserglas. Rund 100, ausschließlich aus Westberlin stammende Mitglieder (von berlinweit 35.000) meinten, trotz laufender Tarifauseinandersetzungen auf Grund der PDS-Kandidatur Müllers ihr Mitgliedsbuch zurückgeben zu müssen. Die Reaktionen aus dem Bundesvorstand der HBV ebenso wie aus dem Landesvorstand waren indes moderat. In letzterem genießt Müller offenbar weitgehenden Rückhalt. Müller hatte zunächst in einem Schreiben an Betriebsräte und Vertrauensleute an das Prinzip der Einheitsgewerkschaft erinnert und außerdem die Ansicht geäußert, daß "die tiefgreifende Strukturkrise ... nicht mehr allein mit den klassischen gewerkschaftlichen Mitteln, z.B. der Tarifpolitik, zu überwinden (ist)". Darum sowie angesichts der ständigen Versuche, die Tarifautonomie und die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften durch den Gesetzgeber einzuschränken, sei "aktive Begleitung gewerkschaftlicher Gegenwehr auch im parlamentarischen Raum auf allen Ebenen unseres Landes" notwendig. Müller kündigte an, daß er sein Amt ruhen lassen wolle, wenn die Kandidatur für den Bundestag "zu negativen Beeinträchtigungen der Arbeit für meine Organisation führt".

Müller wies in seinem Schreiben des weiteren darauf hin, daß etliche bekannte Gewerkschafter ebenfalls im Bundestag zu finden seien, die er zukünftig in ihren Bemühungen im Bundestag unterstützen wolle - ein reichlich verunglückter Hinweis, handelt es sich bei diesen Figuren doch um solche rechten Fürsten wie die Gewerkschaftsvorsitzenden Rappe (IG Chemie), van Haaren (Post) oder Berger (IG Bergbau). Ein Argument überdies, mit dem er beim Bundesvorstand der HBV auch nicht landen konnte, denn der wies ihn auf ein bei der HBV seit mehr als 40 Jahren praktiziertes "ungeschriebenes Gesetz" hin, daß die gleichzeitige Wahrnehmung eines gewerkschaftlichen und politischen Wahlmandats nicht vereinbar sei.

Letzter und vermutlich endgültiger Stand in der Auseinandersetzung um einen möglichen Rücktritt Müllers: Bei seiner Nominierung als Kandidat durch den PDS-Parteitag am 4. März läßt Müller sein Amt als Sprecher der Berliner HBV ruhen. Zugleich bleibt er weiter hauptamtlich bei der Gewerkschaft beschäftigt, wird aber in der heißen Wahlkampfphase "von Fall zu Fall" unbezahlten Urlaub nehmen. Bei einem Einzug in den Bundestag würde sein Anstellungsverhältnis ohne Bezüge und bei vollem Rückkehrrecht bis auf weiteres ruhen. Einzige Voraussetzung: Müller muß als Vorsitzender der HBV-Berlin auf deren Gewerkschaftstag wiedergewählt werden - am 15. Oktober, einen Tag vor der Bundestagswahl.

J./Westberlin

Die Süddeutsche Zeitung läßt sich die Ausgrenzung der PDS einiges kosten. "In Abstimmung mit der Chefredaktion" entschied die Verlagsleitung, generell keine Anzeigen der PDS zu drucken. Schließlich, so Verlagsleiter Gehrhardt, gebe es in dieser Partei "Leute, die darüber nachdenken, unser System zu ändern"; außerdem könne er seinen konservativen Lesern nicht vermitteln, "daß ich eine Anzeige der PDS veröffentliche und eine von den Republikanern nicht". (zitiert nach FR vom 12.2.) Der Anzeigenboykott, den taz-Chefredakteur Sontheimer zur "optimalen Wahlkampfhilfe in Gestalt von Artikeln" herunterspielt, ist mehr als der übliche Antikommunismus (der auch ohne Kommunisten auskommt). Er ist vielmehr Ausdruck eines zunehmenden "Extremismus der Mitte"; einer "Mitte", die den linken "Extremismus" benutzt, um den rechten herunterzuspielen. Durch die implizite Gleichsetzung der PDS mit den Reps (und anderen neonazistischen Wahlparteien) werden letztere verharmlost: Sie erscheinen als bloßes Ärgernis, dem durch konsequente Nichtbeachtung begegnet werden kann.

# 12. Vorgriff auf die deutsche Einheit. Wie eine gesamtdeutsche Aktion Ausländerstopp 1986 das "Loch in der Mauer" stopfte

Autor: Js. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Geschichte der BRD; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:14

"SED-Wahlkampfhilfe für Rau" - meldet die taz und bestätigt, was die CSU immer schon gesagt hat: Das "Zusammenspiel zwischen SED und SPD" im September 1986, so der damalige CSU-Generalsekretär Tandler, sei eine "plumpe Wahlkampfhilfe für Rau", den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, gewesen. Heute, fast acht Jahre später, wird kräftig nachgelegt. Die Welt am Sonntag zitiert den Kanzler: "Kohl: SPD hat sich an deutscher Einheit versündigt". Wer auf so bösartige Weise verleumdet wird, hat ein Anrecht auf volle Rehabilitierung.

Die öffentlich zugänglichen Quellen sprechen eine deutliche Sprache: Nicht nur die Regierungskoalition, auch die sozialdemokratische "Opposition" hat sich 1986 bei der Zurückweisung von Einwanderern - schon damals die "Schicksalsfrage der Nation" - um Deutschland verdient gemacht. Dasselbe gilt für die SED, die in der gegenwärtigen Diskussion von linker Seite auffallend schonungsvoll behandelt wird. Selbst die taz-Redaktion bewegt eher die Frage, ob Rau das Parlament belogen haben könnte. Und das Neue Deutschland (10.2.1994) schreibt über die seinerzeit betriebene deutsch-deutsche Politik: "Diese war vielleicht nicht immer sonderlich moralisch, aber gewiß realistisch und pragmatisch, weil es dazu damals keine erfolgversprechende Alternative gab." Der im Sommer 1986 von den Sozialdemokraten geleistete Beitrag zu dieser Politik "ohne Alternative" sah, grob zusammengefaßt, so aus:

Im Auftrag von Johannes Rau, dem nicht sehr aussichtsreichen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl im Januar 1987, führte Egon Bahr im Sommer 1986 eine Reihe von Gesprächen mit Vertretern der DDR und nutzte - nach seinen eigenen Worten - wochenlang "jede Gelegenheit", die Gegenseite zu einem Zugeständnis in einer für wahlentscheidend gehaltenen Frage zu bewegen. Die DDR solle Menschen aus dem Trikont, die über die DDR nach Westberlin einreisen wollten, den Transit nur dann gestatten, wenn sie ein Anschlußvisum vorweisen konnten. Handfeste Gegenleistungen hatte Bahr nicht zu bieten. Sein Versprechen, eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werde "voll die Staatsbürgerschaft der DDR respektieren", war eben nicht die von der DDR zu Recht geforderte völkerrechtliche Anerkennung, sondern nicht mehr als "ein Bonbon" und "in der Substanz: Null". (Bahr zutreffend laut taz, 3.2.1994)

Das Einlenken der DDR im September 1986 konnte dennoch einigermaßen plausibel als "Erfolg" der speziellen sozialdemokratischen Geheimdiplomatie ausgegeben werden, zumal die DDR der SPD ein für die Bonner Regierenden ärgerliches Zugeständnis machte: Johannes Rau durfte die von der DDR verfügte Einschränkung des Transitrechts als erster öffentlich bekanntgeben. Am 18. September 1986 verkündete er mit stolzgeschwellter Brust, ihm sei "jetzt von der Führung der DDR die Zusage übermittelt worden, daß sie in eigener Verantwortung nur noch solche Personen zum Transit in die DDR lassen wird, die über ein ordnungsgemäß ausgestelltes Anschlußvisum verfügen". (Frankfurter Rundschau, 19.9.86)

In einem bundesweit verteilten SPD-Flugblatt hieß es entsprechend prahlerisch: "SPD macht's möglich. DDR stoppt Asylanten-Transit. Die Erfahrungen sozialdemokratischer Friedens- und Entspannungspolitik haben sich ausgezahlt." In Wirklichkeit beschränkte sich der Beitrag der SPD an dem deutsch-deutschen Gemeinschaftswerk auf "Atmosphärisches" (Der Spiegel, 22.9.1986): "Druck machen konnten nur Kohl und seine Mannen". Das taten sie nach Kräften.

Die zweite Asylkampagne

Während Millionen von Bundesbürgern Ferien machten, tagte in Bonn das Kabinett. Für die Sitzung am 23. Juli 1986 legte Innenminister Zimmermann einen vierseitigen "Bericht zur Asylproblematik" vor. Punkt sechs hatte die "Einreise über die DDR" zum Gegenstand: "Die unerlaubte Einreise über die DDR hat ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr akzeptabel ist. (...) Allein in den ersten sechs Monaten diese Jahres trafen 22.789 Ausländer ohne Sichtvermerk auf diesem Wege ein. (...) Bisher sind alle Bemühungen, die DDR dazu zu veranlassen, entsprechend den internationalen Gepflogenheiten den Transit nur bei Vorliegen

entsprechender Einreiseerlaubnisse für den Zielstaat zu gestatten, in bezug auf Berlin ohne Erfolg geblieben." Auch Interventionen von Vertretern der "Drei Schutzmächte" USA, Großbritannien und Frankreich gegenüber dem Botschafter und dem Außenminister der Sowjetunion seien vergeblich gewesen. Selbst Genscher stieß bei Gesprächen, die er Mitte Juli in Moskau führte, "bei seinen Gastgebern in diesem Punkt offenbar auf taube Ohren". (Neue Zürcher Zeitung, 25.7.86)

Dabei hatte die DDR Anfang des Jahres noch ihren Willen zur Kooperation signalisiert. Anfang Februar teilte die DDR-Nachrichtenagentur ADN mit, daß mit Wirkung vom 1. Februar die Transitbestimmungen der DDR für "Bürger einer Reihe von Staaten", darunter Iran, Pakistan und Ghana, entsprechend einem "Ersuchen" der Bundesregierung geändert worden seien. Angehörige dieser Staaten durften nur noch durch die DDR nach Westdeutschland einreisen, wenn sie einen entsprechenden Sichtvermerk der BRD in ihrem Paß hatten. Von dieser Regelung war die Durchreise nach Westberlin ausgenommen - ebenso wie bei einer im Juli 1985 in Kraft getretenen gleichlautenden Bestimmung für Reisende aus Sri Lanka. Als "Gegenleistung" hatte die Bundesregierung der DDR damals die Erhöhung ihres zinslosen Überziehungskredits im deutsch-deutschen Handel ("Swing") zugesichert.

Das Gemäkel an der Verordnung vom 1. Februar setzte denn auch bald ein. Ohne Einbeziehung Westberlins sei sie wertlos, erklärte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hoppe; der Westberliner Innensenator Lummer wollte immerhin noch abwarten, "wie sich die Regelung in der Praxis entwickeln werde." (FR, 3.2.86) Sechs Wochen später meldete die FAZ (14.3.86), der "Zustrom von Asylbewerbern durch die DDR" sei "unverändert hoch", und Ende April titelte die "Zeitung für Deutschland": "Asylzustrom belastet Verhältnis zur DDR". (FAZ, 25.4.86) Die DDR habe noch einmal bekräftigt, "daß West-Berlin, das nach Auffassung der DDR unter der Verantwortung der vier Mächte steht, nicht in diese Regelung einbezogen werde".

Der Klarstellung folgte das, was als "zweite Asylkampagne" bezeichnet werden kann (in Abgrenzung zur ersten, etwa 1980 bis 1982, und zur dritten, die mit der De-facto-Abschaffung des Asylrechts im Mai 1993 ihr vorläufiges Ende gefunden hat). Im Wechselspiel von Medien und etablierten Parteien wurde mehr oder weniger offen gehetzt; trotz Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Grundgesetzänderung gab es schon damals einen breiten Konsens über die angeblich erreichte "Grenze der Belastbarkeit" und den akuten "Handlungsbedarf" gegen "massenhaften Asylmißbrauch". Auch eine vergleichsweise moderate Zeitung wie die Frankfurter Rundschau verwendete bedenkenlos das Bild von der "Flut" und das Unwort "Asylant", z.B. in der Überschrift eines Artikels zur neuen Visa-Regelung nach dem 1. Februar 1986: "DDR bremst Strom der Asylanten nach Westen". (FR, 3.2.1986)

"Moskaus Wunderwaffe"

Im Sommer wurde die "Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen", hervorgerufen durch das "Loch in der Mauer", zum zentralen Gegenstand der Kampagne. Denselben Leuten, die sonst wortreich die Unmenschlichkeit der DDR-Westgrenze beklagten, erschien deren Durchlässigkeit für Einwanderer aus dem Trikont als unfreundlicher Akt und Provokation. "Der Zorn der Bundesregierung auf die SED-Führung wächst", beginnt ein wutschnaubender Artikel in Springers Kampfblatt Die Welt über die "Drehscheibe Schönefeld", den Ostberliner Flughafen. (Welt, 16.7.86) Regelmäßige Beschwerden von Kanzleramtsminister Schäuble hätten nichts gefruchtet: "Die ‚DDR`-Regierung kümmert sich nicht darum." Die Antwort auf die Frage "Was steckt hinter dieser Provokation?" blieb das Blatt nicht schuldig. Zum einen "sozialistisches Profitstreben": Die Fluggesellschaften Aeroflot (UdSSR) und Interflug (DDR) würden an den "Wirtschaftsasylanten" aus aller Welt gut verdienen; die Interflug-Werbung in Ghana beispielsweise hebe die Möglichkeit zu "sicherem Transit nach West-Berlin" hervor. Wesentliches Motiv für die "Brüskierung Bonns" allerdings sei die Destabilisierung der Bundesrepublik: "Passen nicht finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten als Folge einer uferlosen Zuwanderung von Ausländern nach Westdeutschland exakt in das propagandistische Wunschbild eines ‚von Krisen geschüttelten kapitalistischen Systems`?" Bild am Sonntag (20.7.86) enttarnte Honecker als den "Oberschlepper"; die "Asylanten" seien "Moskaus Wunderwaffe".

In etwas vornehmerer Umschreibung wurden diese Vorwürfe auch in anderen Blättern erhoben. Die DDR würde "Asylbewerber zum Zweck des Stiftens von Unruhe" in die BRD einschleusen, hieß es in der FAZ (30.7.86). Karikaturen, u.a. im Spiegel (28.7.86), zeigen Honecker als Anstifter, der durch Öffnen der Schleuse in der Berliner Mauer die "Asylantenflut" im Westen produziert.

Als drittes Motiv für ihr "skrupelloses Verhalten" (Dregger) wurde der DDR-Regierung ein besonders raffiniertes Kalkül unterstellt: Die massenhafte Einwanderung nach Westberlin würde die West-Alliierten zwingen, verstärkte Kontrollen durchzuführen; da die Grenze zwischen Berlin/DDR und Westberlin aus Sicht des Westens lediglich eine "Sektorengrenze" sei, würden Grenzkontrollen eine "Aufwertung der Berliner Trennmauer" (NZZ, 25.7.86) bedeuten. Tatsächlich befürworteten sowohl Franz-Josef Strauß als auch Hans-Jochen Vogel solche verschärften Kontrollen. Aus politisch-strategischen Gründen - eben wegen der damit verbundenen Aufwertung der "Staatsgrenze West" der DDR - konnten sie sich allerdings nicht durchsetzen.

Führende Vertreter von CDU und CSU, darunter Alfred Dregger und Theo Waigel, drohten mehr oder weniger offen mit Wirtschaftssanktionen gegen die DDR. Die von ihnen ins Spiel gebrachte Kürzung des ein Jahr zuvor erhöhten Überziehungskredits wäre aber schon deshalb sinnlos gewesen, weil die DDR diesen in den vergangenen Jahren bei weitem nicht voll ausgeschöpft hatte. Die Sache schien - aus Sicht des Westens - ziemlich verfahren. Kanzleramtsminister Schäuble, der zur gleichen Zeit wie Raus Spezialunterhändler Egon Bahr mit Vertretern der DDR verhandelte, riet bei der Diskussion um Sanktionen zur Zurückhaltung. Sein eigenes - schließlich wohl ausschlaggebendes Druckmittel - umschrieb er vorläufig noch vage: Die DDR-Regierung müsse wissen, "daß gegenwärtig alle Gespräche mit Ostberlin über neu abzuschließende Abkommen durch den Zustrom von Asylanten über die DDR in die Bundesrepublik erschwert würden". (Süddeutsche Zeitung, 1.8.86)

Die "Erfolgsmeldung" kam dann doch unerwartet. Wochenlang hatte das Neue Deutschland die aus dem Westen kommenden "Querschüsse gegen gute Nachbarschaft" und die Versuche bundesdeutscher Politiker, "auf Kosten der DDR Wahlkampf (zu) führen" (ND, 30.7.86), zurückgewiesen. Gleichzeitig wurde an die existierenden "einvernehmlichen Regelungen im zwischenstaatlichen Verkehr" erinnert: die seit dem 1. Februar gültige Einschränkung des Transits in die BRD und ähnliche Vereinbarungen mit Dänemark und Schweden. Daß der Zugang nach Westberlin prinzipiell kein Gegenstand von Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD sein könne, wurde in einer "Erklärung des Sprechers des Außenministeriums der DDR" vom 10. August hervorgehoben. Darin hieß es u.a.: "In Berlin (West) können Ausländer ohne Visum einreisen. Bis jetzt ist uns nicht bekannt, ob die drei westlichen Alliierten, die dort das Sagen haben, daran etwas ändern wollen. (...) Nun sagt man, unter den Ausländern, die von ihrem Recht Gebrauch machen, nach Berlin (West) zu reisen, befinden sich pseudo-politische Flüchtlinge, Wirtschaftsasylanten und vieles andere mehr. In dieser Frage eine Entscheidung zu finden, sind selbstverständlich die Grenzbeamten der DDR und das Personal von Interflug und anderen Einrichtungen der DDR überfordert. Es liegt auf der Hand, daß darüber nur jene eine Entscheidung treffen können, die für die Einhaltung der in Berlin (West) gültigen Gesetze zuständig sind." (ND, 11.8.86)

Diese vermutlich mit der sowjetischen Führung abgestimmte Position wurde in einem Kommentar des KPdSU-Zentralorgans Prawda vom 14.8., den das Neue Deutschland einen Tag später nachdruckte, ausdrücklich bekräftigt. Die sowjetischen Freunde unterstützten die "vernünftige Antwort" des DDR-Außenministeriums und wiesen die Forderungen des Westens an die Adresse der Sowjetunion zurück. Diese Forderungen seien Versuche, "die entstandenen Nachkriegsrealitäten voll und ganz zu negieren". Aus der Erklärung des DDR-Außenministeriums übernahm die Prawda wörtlich die Formulierung, über neue Grenzregelungen hätten nur jene zu entscheiden, "die für die Einhaltung der in dieser Stadt gültigen Gesetze zuständig sind". (ND, 15.8.1986; FAZ, 16.8.86) "Ebensolche unbegründeten Ansprüche", wie sie die BRD an die DDR stellte, hätten die Vertreter der drei Westmächte auf Initiative der BRD gegenüber der Sowjetunion als Teilnehmer des Vierseitigen Abkommens von 1971 vorgebracht. Die Prawda erteilte den Forderungen des Westens eine eindeutige Absage: "Es ist ganz offensichtlich, daß die Forderungen an die Adresse der DDR und der Sowjetunion keinerlei Rechtsgrundlage haben." (ND, 15.8.86)

Nur wenig später kamen die "Zuständigen" ganz autonom zu einer Entscheidung, die "voll und ganz" den Forderungen der westdeutschen großen Anti-Asylkoalition entsprach.

"Die DDR läßt sich nicht erpressen" - oder etwa doch?

Im ak wurden die Widerwärtigkeiten der deutsch-deutschen Asylkampagne seinerzeit unter der Überschrift "Hygienischer Rassismus für anständige Deutsche" kommentiert: "Die ‚Flüchtlingsschleuse` Berlin ist dicht, das Loch in der Mauer wurde durch eine echte grenzüberschreitende Leistung gestopft. Wer hätte gedacht,

daß das Schandmal einmal so nützlich gegen die Überfremdung werden könnte? Egon Bahr hat nach den SPD/SED-Vereinbarungen über atomwaffenfreie, chemiewaffenfreie und auch ansonsten total friedfertige Zonen den diplomatischen Supererfolg erzielt: die kanakenfreie Zone in Mitteleuropa. Die neueste Ostpolitik erkennt die Oder/Neiße-Grenze unter der Bedingung an, daß dort Tamilen zurückgeschickt werden. (...) Die SPD hat das Kunststück geschafft. Deutschland den Deutschen, und man muß es nicht einmal laut sagen, weil die DDR ein bißchen mithilft." (ak 274 vom 22.9.1986, Seite 1)

So beißend scharf die Anklage gegen Rau und die SPD formuliert ist, so nachsichtig wird hier der Beitrag der DDR auf "ein bißchen Mithilfe" heruntergespielt. Der Bundesvorstand der Grünen hat zur Kennzeichnung der SPD-SED-Aktionseinheit damals treffendere Worte gefunden. Daß sich "SPD-Funktionäre und SED-Funktionäre" zusammentäten, um gemeinsam Menschen abzuweisen, die vor Krieg und Folter geflohen sind, sei ein "historisches Trauerspiel"; die DDR habe sich zum "Vollzugsgehilfen der fremdenfeindlichen Asylpolitik der Bundesregierung gemacht" (zitiert nach FR und SZ, 19.9.1986).

Hinweise, daß die DDR von der Sowjetunion gedrängt worden wäre, gibt es nicht. Als sicher kann gelten, daß die sowjetische Führung einschließlich des damaligen "Hoffnungsträgers" Gorbatschow den Kursschwenk des ostdeutschen Partners billigend zur Kenntnis genommen haben. Was hat diesen Schwenk verursacht?

"Jeder Versuch, die DDR zu erpressen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt", hatte das Neue Deutschland am 30. Juli geschrieben. Von Erpressung kann - trotz der hemmungslosen westdeutschen Haßtiraden - auch nicht ernsthaft gesprochen werden. Die DDR hat - wie schon anläßlich der Regelung vom 1.2.1986 - dem "Ersuchen" der BRD-Regierung nachgegeben - einem Ersuchen, das Druck und finanzielle Lockangebote kombinierte. Ohne Entgegenkommen der DDR in der Transitfrage, so der Spiegel am 22.9.86 über Schäubles Verhandlungslinie, "sei mit Bonn über die Unterzeichnung der fertigen Abkommen über Umweltschutz und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ebensowenig zu reden wie über finanzielle Leistungen bei Projekten, an denen Ostberlin sehr gelegen ist". Nach der Ankündigung der DDR, das "Loch in der Mauer" zu stopfen, zeige "sich Bonn auch spendabel. Im Kanzleramt ist die Rede von 300 Millionen Mark für die Entschwefelung ostdeutscher Braunkohle-Kraftwerke und von 150 bis 180 Millionen für den Ausbau einer Abzweigung von der Hamburg-Autobahn nach Schwerin. Und die fertigen Abkommen werden wohl im Oktober unterschrieben." Was dann auch geschah.

Daß durch dieses schmutzige Geschäft der Staatsbankrott der DDR hinausgezögert werden sollte, dürfte allenfalls von den härtesten Betonköpfen als mildernder Umstand gewertet werden. So einzigartig die Umstände dieses Deals waren (insbesondere die Mitwirkung der SPD) - unter moralischen Gesichtspunkten ist er keineswegs beispiellos. In den ND-Kommentaren wurde mehrfach auf das Interesse der DDR an "einvernehmlichen Regelungen" mit dem kapitalistischen Ausland hingewiesen. Als Beweis für den eigenen "guten Willen" wurden die existierenden, das Transitrecht einschränkenden Abkommen mit Dänemark, Schweden und der BRD genannt. Ein außergewöhnliches Zugeständnis hat die DDR im September 1986 nur hinsichtlich des Status von Westberlin gemacht. Was den Mißbrauch von Flüchtlingen als Verhandlungsmasse im diplomatischen Pokerspiel angeht, waren die politisch Verantwortlichen der DDR Wiederholungstäter.

Die Kommentierung der "Kampagne um die sogenannte Asylfrage" im Neuen Deutschland spiegelt diesen Tatbestand wider. Zwar wurden Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit und die ungesicherte Lage der in der BRD lebenden Ausländer ebenso kritisiert wie der Versuch der bundesdeutschen Parteien, aus der "Asylfrage" politisches Kapital zu schlagen. Immer wieder wurde hervorgehoben, daß die Anwerbung ausländischer Arbeiter zum Zweck ihrer besonders hemmungslosen Ausbeutung geschah. So heißt es zum Beispiel am 16.8.: "Noch vor Jahren, als in der BRD und Berlin (West) ein Mangel an Arbeitskräften für schwere und gefährliche Arbeiten bestand, wurden diese zuhauf gegen billiges Geld in Ländern Asiens und Afrikas angeworben. In Berlin (West) zum Beispiel ist jeder zehnte Bewohner ein ausländischer Bürger." Da klingt der Stolz durch, daß der reale Sozialismus solche Zustände nicht kannte - in der DDR war 1989 nur jeder hundertste ein "ausländischer Bürger".

Die Zuwanderung in die DDR blieb stets kontrolliert. Über bilaterale Abkommen mit befreundeten osteuropäischen und antikolonialistisch regierten Staaten des Trikont (u.a. Vietnam, Mosambik, Kuba, Algerien) wurden für jeweils begrenzte Zeiträume und ziemlich genau definierte Tätigkeiten "Vertragsarbeiter" ins Land geholt. Allerdings war deren Lage - trotz weitgehender rechtlicher Gleichstellung - der von

"Gastarbeitern" in kapitalistischen Ländern durchaus vergleichbar, auch wenn die offizielle Propaganda das Gegenteil behauptete. (1)

Ein generelles Asylrecht war in der DDR-Verfassung nicht vorgesehen. Wenn Asyl gewährt wurde, geschah das auf der Grundlage von Regierungsentscheidungen. Aufgenommen wurden vor allem politische Freunde, beispielsweise aus Chile, Südafrika oder Namibia. Vor diesem Hintergrund bekommen auch einige ND-Verlautbarungen vor dem 18. September einen üblen Beigeschmack. "Für die DDR ist es ausgeschlossen zu entscheiden, wer zur Einreise nach Berlin (West) berechtigt ist bzw. dort um Asyl nachsuchen kann oder nicht. Damit hat die DDR nichts zu tun", hieß es z.B. in einem Kommentar vom 16./17.8.. Das ist zwar einerseits richtig, klingt aber - angesichts der sehr restriktiven Asylgewährung der DDR - auch ein bißchen wie: "Seht zu, wie ihr klar kommt" oder "Selber schuld, wenn ihr so viele reinlaßt".

Etwa eine Woche vor Bekanntwerden der deutsch-deutschen Einigung, das "Loch in der Mauer" zu beseitigen, endete die seltsame ND-Kampagne zur "sogenannten Asylfrage". Die "Verlautbarung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR" (siehe Kasten) wurde am 19. September kommentarlos abgedruckt und auch an den folgenden Tagen weder kommentiert noch erläutert. Erst in der Ausgabe vom 27./28. September erschien ein Artikel, dessen Überschrift den - allerdings falschen - Eindruck erwecken konnte, die Zeitung würde doch noch einmal auf das Thema zurückkommen: "Weltoffen, gastfreundlich und ideenreich bereitet sich die DDR auf die 750-Jahr-Feier von Berlin vor".

Vom "Loch in der Mauer" zur "Lücke im Grundgesetz"

Der Schwenk der DDR-Regierung im September 1986 hat politisch Verfolgten und Armutsflüchtlingen aber nicht nur die Einreise nach Westberlin erschwert. Er hat auch denjenigen, die mit der seinerzeitigen "Asyldebatte" Pogromstimmung machten, ein wertvolles Argument geliefert: Wenn selbst die SED schließlich zu der Einsicht gebracht werden konnte, daß dem "ungehemmten Zustrom" von Asylbewerbern Einhalt zu gebieten sei, war das dann nicht der endgültige Beweis, daß es "so wie bisher nicht weitergehen " konnte ?! Wenn nicht nur CDU/CSU, SPD und FDP, sondern auch die Staatspartei der DDR akuten "Handlungsbedarf in der Asylfrage" diagnostizierten, dann disqualifizierten sich Kritiker dieser gesamtdeutschen großen Koalition als realitätsblinde Querulanten.

Wer die Opfer bzw. die Nutznießer dieser mehrfach ausgrenzenden Debatte waren, läßt sich im Spiegel vom 22.9.1986 nachlesen: "Die Asyldiskussion in der Bundesrepublik hat eine Welle gewalttätiger Ausländerfeindlichkeit ausgelöst - der geschwächte Rechtsextremismus erhält Auftrieb." Der Zusammenhang von Hetztiraden und Angriffen auf Flüchtlingsheime wird in dem Artikel durchaus richtig erfaßt: "Zweifellos hat die diskriminierende Vokabel ‚Asylantenschwemme` die Gewaltbereitschaft gesteigert." (Dieselbe Spiegel-Ausgabe enthält allerdings eine weitere Folge der berüchtigten sechsteiligen Serie "über Asylanten und Scheinasylanten in der Bundesrepublik" mit dem programmatischen Titel "Die Spreu vom Weizen trennen". Dieses Machwerk ist natürlich ebenfalls ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Senkung der Hemmschwelle: Auch harte Nazis und Rassisten gebärden sich dort besonders aggressiv, wo sie sich mit dem gesellschaftlichen Mainstream in Übereinstimmung wissen.)

Die parteien-, staaten- und systemübergreifende Aktion Ausländerstopp hat aber nicht nur zur Gewaltwelle des Jahres 1986 ermutigend beigetragen. Das allgegenwärtige Bild vom "Loch in der Mauer" hat auch dazu geführt, daß "nach der sogenannten Wiedervereinigung im Jahr 1989 die Rede von ‚Löchern` in der Berliner Mauer durch die Suche nach Schlupflöchern im Grundgesetz selber ersetzbar" wurde. (2) So habe sich "quasi hinter dem Rücken der Akteure das ‚Loch in der Berliner Mauer` symbolisch in ein ‚Schlupfloch` in der Konstruktion des Grundgesetzes, das durch ‚Änderung` des Artikels 16 GG und durch weitere gesetzliche Maßnahmen gestopft werden müsse" verwandelt. (3)

Die Sprach- und Sozialforscher der Diskurswerkstatt Bochum, die diese Verbindungslinie nachzeichnen, belegen ihre Beobachtung u.a. mit folgender Passage aus einer Bundestagsrede von NRW-Innenminister Schnoor (SPD) Anfang 1993: "Wir haben eine veränderte Situation in unserer Republik. Wir können uns nicht mehr hinter einer Mauer wegducken. Das haben wir doch getan. Wie war das seinerzeit, als in Berlin-Schönefeld ein Loch in der Mauer war? Die politischen Parteien haben sich darin überboten, wie man es stopfen kann. Weggeduckt haben wir uns hinter der Mauer. Jetzt gibt es sie nicht mehr. Jetzt weht der Wind frei in unser Land hinein. Das ist gut so. Aber wir haben eine veränderte Situation." (Das Parlament, 5.2.1993)

Eine Situation, die es erforderte, mit gleicher Tatkraft wie im glorreichen Jahre 1986 die Bresche, das "Loch im Asylrecht" (Bild, 24.7.93), zu schließen.

Js.

Anmerkungen:

1) Für eine der nächsten ak-Ausgaben ist ein ausführlicher Artikel zur "Ausländerpolitik" der DDR in Vorbereitung.

2) Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): Mit Rassisten in einem Boot? Die Asyldebatte in Politik und Medien von Beginn der 80er Jahre bis zur Grundgesetzänderung, S. 50

3) ebd., S. 80

Das Dekret und seine Folgen

Die "Verlautbarung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR" vom 18.9.1986 hat folgenden Wortlaut:

"Angesichts der Einführung der Visapflicht in vielen Ländern West- und Nordeuropas, die aus verschiedenen Gründen erfolgt, teilt das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit, daß ab 1. Oktober 1986 nur solche Personen die DDR im Transit bereisen können, die über ein Anschlußvisum anderer Staaten verfügen. Personen aus Staaten, mit denen die DDR Visafreiheit vereinbart hat, werden von dieser Regelung nicht berührt. Nicht betroffen von dieser Regelung sind wie bisher solche Personen, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in ihrer Heimat verfolgt werden, diese verlassen müssen und in der DDR um Asyl nachsuchen."

Das ist der vollständige Text, der am 19.9.1986 unkommentiert im Neuen Deutschland veröffentlicht wurde. Drei Wochen später äußerte sich ein Sprecher des Westberliner Senats "von dem schlagartigen Rückgang der Asylbewerberzahlen positiv überrascht" (FAZ, 10.10.1986). Nachdem in den letzten sechs Septembertagen noch 2.087 Personen in Westberlin einen Asylantrag gestellt hatten, waren es in der ersten Oktoberwoche nur noch etwa 400.

# 13. CDU-Parteitag: Viel Kohl und wenig Fleisch

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:35

Vom Termin her hätte alles stimmen können: Kurz vor den niedersächsischen Landtagswahlen ein Parteitag voller Zuversicht, ein neues Parteiprogramm - übrigens das erste irgendeiner Partei nach der Annexion der DDR. CDU, was willst Du mehr. Doch die Regie stimmte nicht. Unvergessen das Fiasko, daß die Partei nach dem letzten Sonderparteitag vom Oktober in Berlin ereilte, als unter deutschnationalem Jubel Steffen Heitmann (wer war das doch gleich?) zum Präsidentschaftskandidaten gekürt und alle eventuellen Kritiker niedergebuht wurden. Seit Monaten ist die CDU außerdem im Stimmungstief des Wählers; die professionellen Auguren sagen katastrophale Wahlergebnisse in den Fünf Neuen Ländern voraus und ebenso satte Verluste im Westen. Und zu allem Überfluß präsentiert sich die bayerische Schwester in einer Verfassung, mit der offenbar auch in Bayern nur noch wenig Staat zu machen ist. Streibl trifft Schönhuber und Gauweiler muß seinen Amigo-Hut nehmen.

Da muß sich Kohl selbst schon mit seinem ganzen Gewicht in die Bütt werfen, um zu retten, was zu retten ist; denn nicht zuletzt geht es ja um seine Person, von der schon seit längerem gemunkelt wird, sie erlebe die Bundestagswahl im Herbst bei anhaltenden Niederlagen in Kommunen und Ländern nicht mehr als Kanzlerkandidat. Und Kohl wäre nicht Kohl, wenn er dies nicht wüßte, und so eröffnete (und erdrückte) er den CDU-Parteitag mit einer 90-minütigen Rede, die das Parteivolk zu minutenlangem Beifall (das Protokoll spricht von sechs Minuten) veranlaßte. Da war die Rede vom "Wir packen's an" - so das Parteitagsmotto -, da wurde die Erinnerung an das "Wirtschaftswunder" beschworen, da durfte die "Leistungsgesellschaft" über die "Verteilungsgesellschaft" die Oberhand behalten usw.

Nur eines vermittelte die Rede nicht: Konzepte zur Überwindung von Arbeitslosigkeit, sozialer Ungerechtigkeit. Denn alles, was Kohl in dieser Richtung beklagte, hat ja er selbst zu verantworten. Nach 12 Jahren Kohlregierung für wirtschaftliche Probleme immer noch die Sozis verantwortlich machen, das zieht immer weniger.

Den Part der direkten Konfrontation mit den Sozialdemokraten übernahmen auf dem Parteitag andere, allen voran Wolfgang Schäuble, der die SPD für alles verantwortlich zu machen versuchte, was der Regierung bislang mißlang. Für die Ausländerfeindlichkeit sei sie verantwortlich, weil sie viel zu spät der Asylrechtsänderung zugestimmt habe; für die zunehmende Kriminalität und die "Bedrohungsängste" der Bürger sei sie verantwortlich, weil sie sich so lange dem großen Lauschangriff widersetzt habe; ökonomisch sei sie völlig inkompetent; außenpolitisch unzuverlässig und isoliert; gegenüber der ehemaligen DDR habe sie einen Kurs der völligen Anbiederung betrieben; die Deutsche Einheit habe sie nie gewollt und konkret hinauszuschieben versucht; und überhaupt: Scharping habe die Eigenschaften eines Puddings, den man weder greifen, geschweige denn festnageln könne. Heute hüh, morgen hott. Lügner seien die Sozis eben.

Mensch darf gespannt sein, was insbesondere aus der Schäuble-Ecke im Wahlkampf noch an Gift und Galle verspritzt werden wird; ein Fairneßabkommen ist bislang ja nicht zustandegekommen. Insbesondere die Themen "Innere Sicherheit" und "Stasi-Verbindungen", die Spezialthemen von Innenminister Kanther, Johannes Gerster (innenpolitischer Experte) und Staatsminister Schmidbauer, werden da noch manche Schlammschlachten anfangen.

Bemerkenswert auch die Grußadresse Theo Waigels auf dem Parteitag, aus dessen Partei ja in der letzten Jahr in verschiedenen Fragen erhebliche Kritik an Kohl gekommen war, denkt mensch nur an Stoibers Kritik an den Maastricht-Verträgen. Nun, da mit Gauweiler (dieser sprach abfällig vom "Esperanto-Geld") einer der schärfsten Vertreter der Europakritiker erst einmal ein wenig nach hinten wegtreten mußte, erging sich Theo Waigel in derart überzogene Lobeshymnen, daß schon die Übertreibung mißtrauisch machen müßte: Kohl sei ein "Mannsbild, ein Baum, ein Fels", und es dürfe nicht passieren, daß nach "Bismarck und Adenauer" nun ein dritter Kanzler ungerechtfertigt zu früh aus dem Amt scheiden müsse.

Überhaupt blieb es merkwürdig ruhig auf dem Parteitag, was die Artikulation innerparteilicher Widersprüche anbelangt. Hier hatte Kohl den Kritikern in seiner Einleitungsrede abverlangt, spätestens ab dem Ende des Parteitags mit Kritik äußerst sparsam zu sein und sich immer am Wahlkalender zu orientieren (bei 18 Wahlen 1994 ist das ein Totschlagsargument gegen Kritik); die Kohlgegner verstanden den Wink und blieben von

vornherein still. Selbst Rita Süßmuth, die noch im Herbst Heitmanns Kandidatur mutig kritisiert hatte, hielt Kohl nun plötzlich für einen Förderer der Frauenpolitik in der CDU, und das nachdem zum wiederholten Mal eine Diskussion um eine bessere Stellung der Frauen in der Partei (Quotierung) auf den nächsten Parteitag verschoben worden war. Lediglich der in der eigenen Partei als "Herz-Jesu-Marxist" verschrieene Heiner Geißler erinnerte daran, daß es darauf ankäme, an Sachthemen wieder Profil zu gewinnen und die Auseinandersetzung mit der SPD aufzunehmen. Daß Geißler nach Kohl den zweitgrößten Beifall auf dem Parteitag erhielt, mag als Mißtrauen der Delegierten in den Kurs ihrer Spitze interpretiert werden, eine politische Opposition gegen Kohl ist heute in der CDU nicht in Sicht. Er habe - so Kritiker - die Partei zu einem Kanzlerwahlverein ausgerichtet, wie seit Adenauer keiner mehr.

Die wichtigste Neuerung im neuen Programm der CDU besteht dabei darin, daß der Begriff der "Sozialen Marktwirtschaft" nunmehr abgelöst wird durch die Beschwörung einer "Ökologischen und sozialen Marktwirtschaft". Speziell hier, aber auch in den Europaaussagen des Programms zeigten sich dann doch die Risse, die in der CDU vorhanden sind: So wurde das "ökologisch" unisono vom Wirtschaftsrat der CDU wie vom Arbeitnehmerflügel gleichermaßen kritisiert: Die einen, weil sie nun höhere Belastungen bei der Produktion fürchten, die anderen, weil sie soziale Einbußen (höhere Verbrauchssteuern und öffentliche Abgaben) befürchten, die immer mehr Arbeitnehmer von der Union wegtreiben würden. Speziell der Arbeitnehmerflügel wurde auch in anderen Fragen düpiert. So wurde die Frage der Förderung von Familien mit Kindern (Stichwort Familiensplitting, also deutliche steuerliche Entlastung von Menschen mit Kindern) zwar verbal begrüßt, jeder Ansatz einer konkreten Regelung aber verhindert. Wie denn das "Ökologische" praktisch verwirklicht werden soll, außer daß vom Verursacherprinzip und der Bewältigung von Altlasten gesprochen wurde, bleibt unklar. Die Sorgen der Unternehmer allerdings scheinen unbegründet: So heißt es im neuen Programm: "Stärker als bisher wollen wir die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft einsetzen, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Ziel der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft ist es, eine Synthese von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie zu schaffen". Für das Wohlergehen der Betriebe sollte so schon gesorgt sein.

Ein ähnlicher Spagat gelang der Union auch in der Formulierung der Europa-Ziele, Europa solle "freiheitlich, föderal, subsidiär und bundesstaatlich" gestaltet (also Bundesstaat) werden, sich der Nationalstaat andererseits "wandeln, aber nicht auflösen" (also Staatenbund). Ob derartige orakelhafte Formulierungen der Union aber helfen, die Widersprüche gerade an dieser Frage auszuhalten, bleibt fraglich.

"Drei gute Tage in Hamburg" seien es gewesen - so resümierte Helmut Kohl den Hamburger Parteitag der CDU. Gemessen an dem, was hätte passieren können, mag er ja Recht haben. An seiner Person wurde keine Kritik laut. Große Lust, die Verantwortung für den Wahlerfolg (und das heißt vor allem: Wahlmißerfolg) mit Kohl zu teilen, hat in der Union zur Zeit aber nahezu niemand außerhalb der Wagenburg um das Kanzleramt. Große Impulse aber für den Wahlkampf im Sinne einer Mobilisierung an Sachthemen wurden hier nicht gesetzt. Was allerdings bleibt, ist die Erwartung einer Schlammschlacht, von der nicht ausgemacht ist, wer davon profitieren wird. Demagogen von Rechts, sei es nun DVU, REPS, Stattpartei oder Brunners neugegründeter Bürgerblock rechnen sich da so manche Chance aus.

ES, Hamburg

# 14. Ein angekündigtes Massaker

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:41

"Wir müssen den arabischen Nazis das Handwerk legen, wenn die israelische Armee dazu nicht in der Lage ist." (Baruch Goldstein in einem Interview im israelischen Fernsehen im November 1993)

"Wenn Sie mich filmen wollen, müssen Sie die Erlaubnis dafür im Gefängnis holen, denn dort werde ich wahrscheinlich die kommenden Jahre verbringen." (Baruch Goldstein in einem Interview mit dem amerikanischen Dokumentarfilmer Tom Roberts neun Tage vor dem Massaker)

Am fünfzehnten Tag des islamischen Ramadan, am Tag des jüdischen Purim-Festes, der Feier der Vernichtung des Judenfeinds Haman, starben sechzig Muslime, vom Kind bis zum Greis, in der Ibrahim-Moschee in Hebron unter den Schüssen des Siedlers Goldstein und israelischer Soldaten. Der genaue Hergang des Massakers ist, soweit es allgemein zugängliche Quellen angeht, auch eine Woche nach der Tat nicht aufgeklärt. PLO- und palästinensische Quellen aus der Westbank sprechen, ohne den Tatort jeweils anzugeben, von bis zu 65 Toten. Nach offizieller israelischer Darstellung erschoß der Siedler Dr. Baruch Goldstein 39 Palästinenser in der Moschee, bei den anschließenden Auseinandersetzungen - in oder vor der Moschee? auf den Straßen? - seien mindestens 20 weitere Palästinenser erschossen worden.

Einzeltäter?

Aufgeklärt zu sein scheint nur soviel: Goldstein betrat am Morgen in seiner Hauptmannsuniform und bewaffnet mit einem Schnellfeuergewehr das Gebäude, das über der (angenommenen) Grabstelle u.a. Abrahams (für die Juden) bzw. Ibrahims (für die Muslime) liegt, in dem nebeneinander eine Moschee und eine Synagoge liegen. Von den wachhabenden Soldaten wurde er, wohl auch, weil er in Uniform auftrat, nicht aufgehalten. In der Ibrahim-Moschee schoß er (nach unterschiedlichen Angaben) drei bis zehn Minuten lang auf die knieenden und betenden Muslime, in deren Rücken er sich hinter einer Säule versteckte. Insgesamt 118 Patronenhülsen wurden nach dem Massaker aufgefunden. Jedes Magazin des verwendeten Gewehrtyps enthält 34 Patronen, so daß Goldstein dreimal nachgeladen haben muß.

Im Dunkel liegt das Verhalten des Militärs vor dem, während des und nach dem Massaker. Das Moscheen-/Synagogengelände sei, wird berichtet, an diesem Morgen von außergewöhnlich wenigen Soldaten bewacht gewesen. Die wachhabenden Soldaten hätten, von geflohenen Gläubigen um Hilfe gebeten, nicht eingegriffen, sondern seien weggerannt. Eine Untersuchung zugesagt hat die israelische Armee u.a. zu der Darstellung, Soldaten seien einem "tragischen Mißverständnis" erlegen: Sie hätten, endlich in die Moschee gekommen, dort den blutüberströmten Goldstein in Uniform gesehen, seien der Meinung gewesen, es habe sich bei der Schießerei um einen Angriff auf ihren Waffenkameraden gehalten und hätten daher das Feuer auf die Überlebenden des Massakers eröffnet.

Umstritten war und ist, ob Goldstein alleine gehandelt hat. Während die offiziellen israelischen Quellen als erwiesen ansehen, daß der Massenmörder alleine gehandelt hat - alle aufgefundenen Patronenhülsen sollen aus seinem Gewehr stammen -, berichten mehrere der überlebenden Palästinenser von mehreren Schützen oder zumindest Helfern, die Goldstein die Magazine zum Nachladen gereicht haben sollen. Palästinenser sprechen auch von dem Einsatz von Handgranaten, was von Ärzten aufgrund bestimmter Verletzungsformen für wahrscheinlich gehalten wird.

Fragt man sich hilfsweise, mangels genauerer Kenntnis des tatsächlich Vorgefallenen, welche Darstellung welcher Seite nützt, so ist offenbar, daß Israel ebenso an der These vom Einzeltäter gelegen ist wie es der grundsätzlichen - und im Grundsätzlichen zutreffenden - Auffassung der Palästinenser entspricht, daß die Siedler sie, wie eine Kampfparole israelischer Extremisten lautet, "in Blut und Feuer" vertreiben wollen und das israelische Militär dabei auf der Seite der Siedler steht.

Nun ist die Frage, ob Goldstein alleine gehandelt hat oder weitere Siedler an dem Massaker teilgenommen haben, recht irrelevant, wie eine nähere Betrachtung der Person Goldsteins und der Umstände, aus denen heraus seine Tat erfolgte, zeigen.

Der 42jährige Baruch Goldstein stammt, ebenso wie die meisten extremistischen Siedler, aus den USA. Während seines dortigen Medizinstudiums schloß er sich der militanten Jewish Defence Ligue (Jüdische

Verteidigungs-Liga) des rassistischen Rabbiner Meir Kahane an. Vor elf Jahren wanderte er nach Israel ein und ließ sich in der Siedlung Kirjat Arba nieder, wo er als Arzt praktizierte und für Kahanes Kach-Partei im Gemeinderat saß. Während seines Militär- bzw. Reservedienstes brachte er es bis zum Hauptmann und wurde mehrfach ausgezeichnet; allerdings ist in einem Militärrapport auch verzeichnet, daß er sich weigerte, verletzte Araber zu behandeln. Seine Auffassung von den Palästinensern als "Bazillen", als "Epidemie" verhehlte er ebensowenig wie seine Absicht, den Friedensschluß zwischen Israel und den Palästinensern nachhaltig zerstören zu wollen.

Siedlungspolitik

Die Siedlung Kirjat Arba bei Hebron sowie ein von Siedlern besetzter Häuserblock in Hebron selbst sind die Stützpunkte der gewalttätigsten Siedler der Westbank.

1968, ein Jahr nach der Besetzung der Westbank, unternahm eine Gruppe extrem religiös-nationalistischer Juden unter Rabbiner Levinger, dem Gründer des "Gusch Emunim", den Versuch, auf einem Hügel nordöstlich der Stadt zu siedeln. 1970 genehmigte die seinerzeit von der Arbeitspartei geführte israelische Regierung diese Siedlungsgründung und unterstützte die Siedler, indem sie umfangreiche Landenteignungen zu "militärischen Zwecken" vornahm. Dieses Land wurde später dem Siedlungsgebiet von Kirjat Arba zugeschlagen. Unter der Arbeitspartei, die bis 1977 die Regierung(en) führte, ebenso wie unter dem Likud bzw. der Regierung der "nationalen Einheit" von Likud und Arbeitspartei bis 1992, als die Arbeitspartei die Regierung wieder übernahm, wurde Kirjat Arba mit Regierungshilfe weiter ausgebaut. Heute leben dort etwa 5000 SiedlerInnen: Familien aus Jerusalemer Armenvierteln, russische und äthiopische Einwanderer, in Israel geborene religiöse oder säkulare Juden. Die US-amerikanischen Einwanderer stellen nur etwa 15% der Bewohner Kirjat Arbas, sind aber wie auch andererorten der "harte Kern" der ideologisch motivierten Siedlerbewegung.

1979 begannen sich Siedler in Hebron selbst festzusetzen, wofür sie 1980 dann die regierungsoffizielle Erlaubnis, Unterstützung und umfangreichen militärischen Schutz erhielten. Die Spannungen in Hebron haben sich seither fortwährend verschärft, führten während der Intifada zu zahlreichen, oft tödlichen verlaufenden Zusammenstößen zwischen Soldaten und/oder Siedlern und Palästinensern. Seit Unterzeichnung der Grundsatzerklärung durch Israel und die PLO haben die Kirjat Arba- und andere militante Siedlergruppen alles daran gesetzt, die Aussöhnung zwischen den verfeindeten Völkern zu untergraben. In den letzten Monaten gebärdeten sie sich mehr denn je als die Herren von Hebron, mehrere Palästinenser wurden in Hebron von Siedlern am hellen Tage auf den Straßen erschossen. Von den israelischen Soldaten wurde ihr Vorgehen zwar gelegentlich aktiv unterstützt, zumeist aber geflissentlich übersehen. Die israelischen Soldaten stehen in der dreifachen Schwierigkeit, daß es zum einen für sie kaum vorstellbar erscheint, daß (in den besetzten Gebieten) ein Jude gegen den anderen effektiv einschreitet; zum anderen beide der etwaigen Kontrahenten in dem berühmten "Schmelztiegel" Israels, der israelischen Armee, geprägt worden sind; und zum dritten gut zwei Jahrzehnte lang Siedlungspolitik als hohe Tugend und Siedler als Helden galten und zum Teil noch gelten.

Die Gründung der Siedlung Kirjat Arba und deren weitere, von den jeweiligen Regierungen unterstützte Entwicklung steht exemplarisch für einen bestimmten Teil offizieller israelischer Siedlungspolitik. Unter der Arbeitspartei waren von 1967-1977 vornehmlich Siedlungen im Jordangraben als "militärische Sicherheitszone" angelegt worden. Es entstanden aber auch schon Siedlungen, die, wie Kirjat Arba, keinen militärischen Sinn hatten, sondern darauf zielten, sowohl die Westbank zu zerteilen wie ein ständiges Drohpotential gegenüber den palästinensischen Ortschaften zu schaffen. Nicht zufällig sind sehr viele der Siedlungen auf den Hügeln in der Nähe palästinensischer Ortschaften angelegt, was ihnen die Bezeichnung als "Wehrdörfer" eingetragen hat. Waren unter der Arbeitspartei in zehn Jahren 32 Siedlungen angelegt worden, wurde die Siedlungspolitik in den folgenden 15 Jahren unter der Likud- bzw. Likud-Arbeitspartei-Regierung exzessiv vorangetrieben. 1992 gab es 144 Siedlungen mit (nach unterschiedlichen Angaben) 90-130.000 Siedlern. (Hinzu kommen weitere 120.000 Israeli, die in den Vorstädten des besetzten Ost-Jerusalem leben, aber, da Ostjerusalem von Israel als Staatsgebiet beansprucht wird, offiziell nicht als Siedler gelten.) Shlomo Gazit, ein früherer Chef des militärischen Geheimdienstes und auch heute absolut kein Befürworter eines palästinensischen Staates, stellte jüngst unverblümt das Ziel israelischer Siedlungspolitik mit den Worten dar: "Israels Politik in den 80er Jahren zielte darauf, zu garantieren, daß Eretz Israel (womit Gazit hier Israel und die besetzten Gebiete meint - Anm.d.Vf.) nicht geteilt

wird. 140 Siedlungen und etwa 130.000 Siedler wurden überall verteilt, um eine solche Teilung fast unmöglich zu machen."

Die Siedler, die, mehr als zwanzig Jahre von den jeweiligen Regierungen mit Milliardenbeträgen gefördert, nun als gleichsam bestohlene Diebe dastehen, wenn es tatsächlich zur Gründung eines Staates Palästina, der diesen Namen verdient, kommen sollte, und mit ihnen Teile der israelischen Rechten sind schon gegen weitaus geringfügigere Schritte, als es jetzt die Israel- PLO-Erklärung ist, Sturm gelaufen. Zur Zeit der Kabinettsdebatte über die Erklärung Ende August 1993 lieferten sich die israelische Rechte und Siedler Straßenschlachten mit der Polizei. Im Parlament wurde von Abgeordneten zum Aufruhr gegen die Regierung aufgerufen, der Rat der Siedler in den besetzten Gebieten drohte mit einem Bürgerkrieg. Zahlreiche Siedler äußerten öffentlich, sie würden einer etwaigen palästinensischen Polizei mit der Waffe in der Hand begegnen. (S. ak 358 u. 361)

Vor diesem Hintergrund sind Erwägungen, ob es sich um einen einzelnen oder mehrere Täter gehandelt habe, nur noch kriminalistisch bedeutend, in politischer Hinsicht aber überflüssig. Und nur noch lächerlich ist der eilfertige Versuch Rabins, Goldstein als Verrückten darzustellen. Für verrückt erklärt wurden regelmäßig alle Israeli, deren Taten dem Image Israels schadeten. Als ein 20jähriger Israeli im Mai 1990 auf dem sog. Sklavenmarkt in Rishon Lezion sieben auf Arbeit wartende Palästinenser erschoß, nachdem er sich zuvor ihre Ausweise hatte zeigen lassen, hatte die Polizei, noch bevor der Tathergang geklärt war, ein Psychogramm des Täters erstellt: Er sei geistig gestört, habe aus Liebeskummer gehandelt und/oder weil er als Jugendlicher von einem Palästinenser sexuell mißbraucht worden sei. Ebenso schnell stand fest, daß der Täter nicht "nationalistisch" motiviert gewesen sei. (S. ak 320) Palästinenser hingegen werden stets mit derselben Schnelligkeit zu "Terroristen" erklärt.., Und der Glücksfall, daß der "Terrorist" auch ein Flugblatt von Hamas in der Tasche hatte, ersetzt den Nachweis des Tatmotivs.

Geula Cohen, früher rechtsradikale Abgeordnete in der Knesset, jetzt Siedlerin in Kirjat Arba stellte klar: "Man kann das Massaker nicht aus seinem Kontext reißen. Der Kontext ist das Massaker an dem Staat der Juden." Was nur heißt: Um jenes "Massaker", gemeint die etwaige politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, zu verhindern, sind Massaker wie das von Goldstein begangene vernunftgemäß und legitim.

Friede und Siedlungen?

Rabin äußerte sofort sein Bedauern über die Tat, kondolierte Arafat und stellte später den überlebenden Opfern und den Hinterbliebenen der Ermordeten finanzielle Hilfe in Aussicht. Die Politik in den besetzten Gebieten war allerdings anderer Art. Erst einzelne Orte, dann Westbank und Gazastreifen wurden unter Ausgangssperre gestellt, Zugang zum Freitagsgebet in der Al Aqsa-Moschee in Ostjerusalem haben nur über 40jährige. Bei Trauer- und Protestdemonstrationen wurden weitere Palästinenser erschossen. Bei Demonstrationen von israelischen Palästinensern in Nazareth und Jaffa und von Beduinen in Beer Schewa (alle Orte im sog. israelischen Kernland) schritt die Polizei ein und nahm zahlreiche Festnahmen vor. Statt die Palästinenser zumindest in ihrer Trauer und ihrem Zorn nicht zu behelligen, einmal auf "Deeskalation" zu setzen, wurden zusätzliche Truppen in die besetzten Gebiete gebracht und die Repressionsschraube wurde weiter angezogen. Steinwürfe gegen eine Polizeistation in Jericho, wobei die Steine noch nicht einmal die Mauern berührten, reichten zu einer exzessiven Verfolgungsjagd durch das Militär. Ein Jugendlicher, der in die Moschee flüchten wollte, wurde erschossen. Der Kommandeur der Truppe entschuldigte das Verhalten seiner Soldaten mit dem Massaker in Hebron und den nachfolgenden Auseinandersetzungen - das habe "die Soldaten etwas nervös gemacht."

Die in der bundesdeutschen Presse groß angekündigten Maßnahmen der israelischen Regierung gegen die Siedler erweisen sich schon beim flüchtigen Hinsehen als wenig ernsthaft. Während die betroffenen Palästinenser unter Ausgangssperre gestellt wurden, behielten die Siedler - auch in Kirjat Arba - ihre Bewegungsfreiheit. Einer der Siedlerführer spottete, Rabin habe die Beschränkungen für die Siedler nur verkündet, um Arafat und Clinton zu beruhigen. Die Ankündigung des Kabinetts, "extremistische Siedler" entwaffnen zu wollen, ist vollends lachhaft. Welches sind denn die "extremistischen" Siedler und welche nicht? Obwohl der israelische Geheimdienst tönte, die Extremisten längst unterwandert zu haben, konnte der Kach-Aktivist Goldstein ein Massaker unter betenden Muslimen anrichten. Zudem haben fast alle Siedler eine Waffe, und überdies sind Waffen, wie hochrangige Offiziere in einer Kritik der unzureichenden Regierungsmaßnahmen feststellten, in den besetzten Gebieten für Siedler jederzeit erhältlich.

Als weitere Maßnahme beschloß das Kabinett die Verhaftung von rund dreißig Kach-Aktivisten, woraufhin nach einer gezielten Indiskretion alle bis auf einen der Genannten "verschwanden". Zu Recht fragte der israelische Schriftsteller Abraham B. Jehoschua, der seit langem für die Aussöhnung mit den Palästinensern eintritt: "Wie ist es möglich, daß die von Israels Sicherheitsdiensten gesuchten Palästinenser immer erwischt werden, aber niemals israelische Faschisten, die des Mordes verdächtig sind?" Tatsächlich machten sich die "Gesuchten" einen Jux mit der Regierung. "Ich verstecke mich nicht", ließ einer von ihnen per Anruf einen israelischen Rundfunksender wissen, "ich reise durch Israel."

Auch die "großzügige Geste" Rabins, bis zu tausend palästinensische Gefangene freilassen zu wollen, ist nicht mehr als Augenwischerei, stand doch diese Entlassung Mitte März als übliche Amnestie zum Ende des Ramadan ohnehin an.

Rabin hat sich mit aller Schärfe gegen Goldstein gewandt: "Ihm und seinesgleichen sagen wir: Ihr seid nicht Teil der Gemeinschaft Israels (...) Ihr seid keine Partner des zionistischen Unternehmens. Ihr seid Fremdkörper. (...) Ihr seid eine Schande für den Zionismus und eine Beleidigung für das Judentum." Die durchaus glaubhafte Empörung des Ministerpräsidenten und seine gern berichtete Abneigung gegenüber den Siedlern bleibt jedoch ohne jeden Effekt, da er sich auch noch nach dem Massaker nicht nur strikt gegen die Auflösung der Siedlungen stellte, sondern sogar das Angebot (nicht-extremistischer) Siedler, gegen Entschädigung nach Israel zurückzukehren, für indiskutabel erklärte - dies könne als Ermutigung zum Verlassen der besetzten Gebiete verstanden werden.

Sehr ernst zu nehmen ist hingegen das Angebot Rabins an die rechtsradikale Tsomet-Partei, in die Regierungskoalition einzutreten. (Rabin regiert derzeit mit einer knappen Mehrheit, wird aber von zwei linken Parteien, die nicht der Regierung angehören, in vielen Fällen unterstützt.) Der Tsomet-Fraktion mit ihren (nach einer jüngst vollzogenen Spaltung) fünf Abgeordneten ist das Polizei- und das Innenministerium angeboten worden. Dem Tsomet-Chef Eitan, einem Propagandisten des "Transfer" (ein Euphemismus für die Absicht, alle Palästinenser abzuschieben und die besetzten Gebiete zu annektieren), hat Rabin zugesagt, daß mehrere tausend Wohnungen in den besetzten Gebieten bezogen werden dürften. Über etwaige Gebietskonzessionen auf dem Golan solle per Volksabstimmung beschlossen werden, über Jerusalem werde Israel die "volle Souveränität" behalten.

Im Schulterschluß mit der extremen Rechten kann Rabin vielleicht seinen Platz an der Spitze des Staates retten, nicht aber den Friedensschluß zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk voranbringen. Die Siedlungen, die einer (so verstandenen) Sicherheit Israels dienen sollten, haben sich nun als das aktuell größte Hindernis auf dem Weg zum Frieden erwiesen. Haidar Abd el-Shafi, Mitglied der palästinensischen Verhandlungskommission, stellte fest: "Friede und Siedlungen geht nicht zusammen." Und Uri Avnery, der israelische Friedensaktivist, urteilte ebenso: "Jede Siedlung ist eine Mine auf dem Weg zum Frieden."

Klaus Mellenthin

Quellen: Div. Ausg. vom 26.2.-4.3.94 von Focus, Frankfurter Allgemeine, Frankfurter Rundschau, Guardian, Jerusalem Post - int. ed. (Israel), Neues Deutschland, Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), Newsweek, SonntagsZeitung (Schweiz), Spiegel, Stern, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), tageszeitung, Welt

Political Dictionary of the State of Israel. Hg. von Susan Hatis Rolef. New York, London (Macmillan) 1987

Viktoria Waltz, Joachim Zschiesche: Die Erde habt ihr uns genommen. Berlin (Das Arabische Buch) 1986

The West Bank Handbook. Hg. von Meron Benvenisti, Ziad Abu-Zayed u. Danny Rubinstein. Jerusalem (The Jerusalem Post) 1986

Michael Wolffsohn: Israel. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik. Opladen (Leske + Budrich) 1991, 3. überarb. u. erw. Aufl.

# 15. Es ist noch weit bis Palästina

*Von Klaus Polkehn*

Autor: Klaus Polkehn · Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:09

Das neue Jahr hatte mit einer Demonstration alter Einmütigkeit begonnen. Im Westjordangebiet und im Gazastreifen feierten Tausende den "Fatah-Tag". Er gilt der Erinnerung an den 1. Januar 1965, als kleine Trupps der palästinensischen Guerillagruppe al-Fatah mit ersten Anschlägen auf israelische Einrichtungen auf sich aufmerksam machten. An den Kundgebungen des 1. Januar 1994 beteiligten sich nicht nur die Anhänger von al-Fatah, sondern ebenso die Gefolgsleute der islamistischen Hamas (Islamische Widerstandsfront) und der links-säkularen Volksfront und der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas, genau wie die Kommunisten der Palästinensischen Volkspartei. Alte Rivalitäten schienen beigelegt, jedweder Streit bereinigt. Auch die israelischen Soldaten mischten sich nicht ein, tolerierten die noch unlängst verbotenen schwarz-weiß-grün-roten palästinensischen Fahnen.

Dies alles geschah wenig mehr als zwei Wochen nach jenem geradezu magischen 13. Dezember 1993, an dem der Abzug der israelischen Truppen aus Gaza und aus der Jericho-Region beginnen sollte.

Nur zwei Tage nach dem freudigen 1. Januar war wieder palästinensischer Alltag eingekehrt. In Tunis traf eine Delegation aus den besetzten Gebieten mit Yasser Arafat zusammen, um dem PLO-Vorsitzenden eine von 118 namhaften palästinensischen Persönlichkeiten unterzeichnete Petition zu überreichen. Der Inhalt: Harsche Kritik an Amtsführung und Politik Arafats.

Tatsächlich haben die Strukturen der Palästinensischen Befreiungsorganisation die Wirkung, daß alle Widersprüche und Schwierigkeiten des nahöstlichen Friedensprozesses zunehmend auf die Person Yasser Arafats projiziert werden. Im Wechselbad der Stimmungen, im Auf und Ab der Popularitätskurve ist Abu Amar, so der nom de guerre des PLO-Vorsitzenden, wieder mal ganz unten.

Doch die Tendenz vieler Medien, Charakterschwächen des PLO-Chefs als Ursache der jüngsten Probleme zu orten, führt in die Irre. Der spätestens zu Ende des Ersten Weltkrieges entstandene Palästina-Konflikt, der sich mit den Kriegen von 1948 und von 1967 jeweils grundlegend verschlimmerte, wäre, so scheinen manche Kommentatoren zu glauben, sozusagen im Handumdrehen beizulegen. Nach Jahrzehnten eines für beide Seiten opferreichen Kampfes gaukelte seit dem 13. September 1993 die Euphorie der Unterschriftszeremonie auf dem Rasen vor dem Washingtoner Weißen Haus eine blitzschnelle Lösung vor. Der Prozeß des Zurückfindens zu den alten Wahrheiten ist schmerzlich - schmerzlicher noch, daß die Protagonisten der Zeremonie offenbar selbst Opfer der Hochstimmung des Augenblicks geworden sind.

In den letzten Wochen ist immer deutlicher geworden, daß das sogenannte Oslo-Abkommen zumindest schlampig verhandelt wurde und dementsprechend in weiten Teilen vage blieb. Der ehemalige Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, General Shlomo Gazit, resümierte, die Abmachungen "wurden nicht mit der notwendigen Klarheit formuliert und die Unterhändler - die nicht autorisiert waren, Entscheidungen zu treffen - besaßen nicht die Macht, die Probleme zu bewältigen."

Das Oslo-Abkommen wurde unterschrieben, obwohl beide Seiten erst einmal unverändert an ihren Grundpositionen festhielten. Für die PLO steht am Ende jedweden Verhandlungsprozesses die Installierung des souveränen Palästina-Staate. Israel beharrt darauf, daß es diesen Staat niemals geben darf. Wenn es trotz dieses Abgrundes zu der Einigung kam, so z.B. weil man in Israel begriffen hat, daß die besetzten Gebiete auf Dauer nur unter Aufbietung äußerster Gewalt unter Kontrolle zu halten sind. Sodann wird ein allgemeiner Friedensschluß der israelischen Wirtschaft die arabischen Märkte öffnen. Schließlich verstand man, daß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts der strategische Wert Israels für die USA stark gesunken ist.

Auf der anderen Seite hat das Ende der Block-Konfrontation die PLO ihres "Hinterlandes" bei den früheren sozialistischen Staaten und damit auch des wichtigsten Manövrierfeldes beraubt. Im Golfkrieg brachte dann der viel zu lange dauernde Versuch Arafats, zwischen Saddam Hussein und Saudi-Arabien zu vermitteln, der PLO-Führung eine wachsende Feindseligkeit sehr vieler arabischer Staaten ein. Schließlich wurden der PLO die Geldhähne zugedreht. Unübersehbar war aber auch, daß die Opfer, die die seit Dezember 1987

andauernde Intifada in den besetzten Gebieten forderte, auf Dauer nicht zu tragen waren. Für die kleine, aber aktive palästinensische Bourgeoisie konnte schließlich eine Einigung mit Israel den Weg zu neuen Märkten, neuen Investitionen und neuen Geschäften öffnen.

Kritik an Arafat

Die Opposition verschiedener palästinensischer Gruppen gegen das Abkommen entzündete sich zunächst an der Unbestimmtheit vieler Klauseln. Es gab das verbreitete Gefühl, von Israel über den Tisch gezogen zu werden. Der palästinensische Anwalt Raja Shehadeh von der Menschenrechtsgruppe al-Haq vermerkte bitter: "Kein palästinensischer Jurist war während der Verhandlungen zugegen oder wurde auch nur konsultiert." Shehadeh hat darauf verwiesen, daß das Westjordanland und der Gazastreifen in den Abmachungen als "umstrittenes Gebiet" bezeichnet werden, und nicht korrekt als "okkupiertes Gebiet". Damit sei ein palästinensischer Konsens durchbrochen worden, den die palästinensische Delegation in Madrid und Washington fast zwei Jahre lang mit Erfolg verteidigt hatte. Von okkupiertem Gebiet muß man abziehen, über "umstrittenes Gebiet" kann man debattieren.

Die inzwischen getroffenen zusätzlichen oder "klärenden" Vereinbarungen sind geeignet, alle ursprünglichen Befürchtungen zu bestätigen. So kommentierte die "Neue Zürcher Zeitung" (am 13. Februar) die Anfang des Monats in Kairo getroffene Übereinkunft über die sogenannten "Sicherheitsfragen" mit den Worten: "Geht man (...) von einem rechtmäßigen Anspruch der Palästinenser auf Cisjordanien und den Gazastreifen aus, wo Israel sich durch reine Waffengewalt und im Widerspruch zum Völkerrecht aufhalte, dann stößt man auf tiefgreifende Konzessionen der Palästinenser. Sie anerkennen in aller Form die im Grund widerrechtlichen jüdischen Siedlungen (...) Das geht weit über die Anerkennung von Israels Existenzrecht innerhalb der Grenzen von 1967 hinaus, wie sie dem Madrider Friedensprozeß zugrunde lag (...) Von territorialem Nachgeben Israels kann demnach keine Rede sein." In allen wesentlichen Fragen behalte sich Israel die entscheidenden Kompetenzen vor.

Arafat wird von seinen Opponenten vorgeworfen, sein autokratischer Führungsstil würde es der israelischen Seite oftmals leicht machen, ihre Forderungen durchzusetzen; er träfe einsame oder, schlimmer noch, gar keine Entscheidungen.

Die Struktur der PLO, die am 28. Mai 1964 als verlängerter Arm der arabischen Staaten gegründet wurde, ist demokratischer als die vieler anderer Befreiungsorganisationen, demokratischer sogar als die der meisten Staaten des Nahen Ostens. Doch die Palästinenser leben über viele Staaten verstreut. Dadurch sind demokratischen Prozessen viele Grenzen gesetzt, zumal eineinhalb Millionen Palästinenser in den okkupierten Gebieten von der Besatzungsmacht regiert werden.

Yasser Arafat, der am 1. Februar 1968 vom Nationalrat an die Spitze der PLO gewählt wurde, konnte sich bei der Aufnahme der Verhandlungen mit Israel (in Madrid am 30. Oktober 1991) und auch bei den Gesprächen in Oslo im Vorjahr durchaus auf Mehrheitsbeschlüsse der zuständigen PLO-Gremien berufen. Schon 1969/70 rückte die PLO von ihrer ursprünglichen Charta ab, die die Beseitigung des Staates Israel gefordert hatte, und setzte an deren Stelle die Idee eines bi-nationalen Staates für Juden und Araber. Im Juni 1974 beschloß der Nationalrat, ein palästinensischer Staat könne auf jedem Stück befreiten palästinensischen Territoriums gegründet werden, womit die Existenz zweier Staaten in Palästina legal als Möglichkeit akzeptiert wurde.

Ende November 1973 ist vom Zentralkomitee von al-Fatah eine Kommission eingesetzt worden, die sich speziell mit der Entwicklung in Israel zu befassen hatte und die für die sich entwickelnden Kontakte zu Israelis zuständig sein sollte. In diesem Gremium wurden jene Ideen entwickelt, die am Ende nach Madrid und nach Oslo führten. Den Vorsitz in der Kommission führte Abu Jihad (Khalil al-Wazir), ihm zur Seite standen Abu Mazen (Mahmoud Abbas), Said Hammami und Issam Sartawi. Es ist lehrreich zu sehen, was aus diesem Team für eine Verhandlungslösung mit Israel geworden ist. Hammami wurde am 4. Januar 1978 in London erschossen, Sartawi am 10. April 1983 in Lissabon. In beiden Fällen wurde sowohl der israelische Geheimdienst wie auch die Terrorgruppe von Abu Nidal verdächtigt. Abu Jihad ist am 16. April 1988 in Tunis von einem israelischen Kommando umgebracht worden. Einzig Abu Mazen hat überlebt und schließlich in Washington das Oslo-Abkommen unterzeichnet.

Strategien und Strukturen

Es gehört zu den echten Problemen in der Fatah wie überhaupt in der PLO, daß die alte Garde, die Gründergeneration weithin dezimiert und ausgeschaltet ist. In der Fatah gab es anfangs ein klares Kollegialprinzip, Abu Amar/Arafat war ursprünglich lediglich der "Sprecher" der Organisation. Viele der Gründer haben die Phase der Verhandlungen nicht mehr erlebt. So wurde Arafats engster Mitkämpfer Abu Iyad (Salah Khalaf) zusammen mit dem Fatah-Mitbegründer Abu el-Hol am 14. Januar 1991 in Tunis von einem Kommando des israelischen Geheimdienstes erschossen. Mohammed Najjar, Kamal Adwan und Kamal Nasser fielen schon am 13. April 1973 in Beirut einem israelischen Kommandounternehmen zum Opfer. Vor geraumer Zeit schon zog sich der Fatah-Mitbegründer Khaled Hassan aus der aktiven Politik zurück, der PLO-"Außenminister" Abu Lutf (Faruk Kaddumi) aber steht dem Abkommen ablehnend gegenüber und selbst Abu Mazen kritisiert Arafat.

Yasser Arafat ist eine durchaus integre Figur. Aber mit jedem Abgang eines alten Kämpfers rückten auch Leute nach, die weder über die natürliche Autorität eines Fidai (jungen Löwen) der ersten Stunde noch über eine demokratische Legitimation verfügten. Im Apparat der PLO in Tunis haben sich nicht wenige Postenjäger breit gemacht. Auch besitzen die Mitglieder des recht heterogen zusammengesetzten PLO-Exekutivkomitees, die jeweils vom Nationalrat gewählt werden, nur ein begrenztes Mitspracherecht. Anders ist es kaum zu erklären, daß Exekutivkomitee-Mitglied Mahmoud Darwisch aus Protest gegen das Oslo-Abkommen seine Funktion niederlegte, während vier andere Mitglieder dieses Gremiums die schon erwähnte Petition vom 3. Januar 1994 unterzeichneten: Yasser Abed Rabbo (Palästinensische Demokratische Union), Suleiman Najab (Palästinensische Volkspartei, die frühere Kommunistische Partei), Samir Ghosheh und schließlich selbst Abu Mazen.

Die Konfliktlinien verlaufen innerhalb der PLO-Führung in Tunis, sie stehen zwischen "innen" und "außen", zwischen Palästinensern in den okkupierten Gebieten und jenen in der Diaspora. Die in Aussicht stehende Bildung der "Selbstverwaltungsregionen" Jericho und Gaza und die spätere Schaffung eines palästinensischen Staates stellt nun in aller Schärfe die Frage nach Strategien und Strukturen, ganz zu schweigen von dem jetzt ausgeklammerten Schicksal der Palästina-Flüchtlinge.

Der vehementeste Angriff gegen das Oslo-Abkommen und gegen Yasser Arafat kam bezeichnenderweise von dem in den USA lebenden Mitglied des Palästinensischen Nationalrats Prof. Edward Said, einem alten Verfechter einer politischen Verhandlungslösung. In einem Artikel, den die israelische Zeitung "Haaretz" am 7. Dezember 1993 veröffentlichte, schrieb er: "Die PLO wird zu einer Vichy-Regierung, die Israel dient (...) Arafat hat der palästinensischen Geschichte und seiner eigenen Geschichte den Rücken gekehrt."

Der "Nationale Entwurf" (al-Amalija al-Watanija) des Staates Palästina gerät zunehmend in Widerspruch zur PLO-Praxis. Die "Revolution" sei für viele Leute in der "regierenden" Fraktion im Laufe der Jahre zu einer Quelle des Lebensunterhalts geworden, bemerken Kritiker. "Regieren" heiße für sie, eine Bürokratie am Laufen zu halten, deren Hauptfunktion es gewesen sei, innere Streitfälle zu schlichten.

Den Zusammenhalt der Fraktionen (wenngleich auch nicht aller) garantierte ein Patronage-System, an dessen Spitze Yasser Arafat steht. Bereits die Sperrung der PLO-Geldquellen durch zahlreiche arabische Staaten während des Golfkrieges erschütterte dieses System. Ein äußeres Zeichen waren jetzt sit-in-Demonstrationen vor PLO-Büros, weil die Familien der Märtyrer der Revolution z.T. seit 18 Monaten nicht mehr die zugesagten Zahlungen der PLO-Wohlfahrtsorganisationen erhalten hatten. Im Dezember traten die Lehrer des von al-Fatah unterstützten al-Azhar-College in Gaza in den Streik, weil ihnen seit sieben Monaten kein Gehalt mehr gezahlt worden war.

Ein Nebeneffekt des Oslo-Abkommens sind finanzielle Zusagen von der Weltbank, der USA und der Europäischen Union für das palästinensische Autonomiegebiet. Zugleich müssen palästinensische administrative Strukturen gebildet werden. An diesem Punkt des Übergangs von einer Befreiungsbewegung zu einem Staat setzt unausbleiblich der Wettlauf um Verfügungsrechte und Posten ein. Damit wächst die Gefahr einer Degenerierung der PLO. Die demokratischen Instanzen, an erster Stelle der Nationalrat, aber auch der Zentralrat und das Exekutivkomitee erscheinen (im Falle des mehrhundertköpfigen Nationalrats sogar objektiv) kaum schnell handlungsfähig.

Einsame Entscheidungen

So sind denn mehr und mehr Entscheidungen von Arafat im Alleingang getroffen worden, was nicht gutgehen kann. Die "Technischen Komitees", die mit Beginn der Madrid-Verhandlungen in den besetzten Gebieten von hochqualifizierten Fachleuten gebildet wurden, um administrative Strukturen eines künftigen palästinensischen Staates vorzubereiten, wurden kurzerhand beiseite geschoben. Viele ihrer Mitglieder haben jetzt resigniert und sich zurückgezogen.

Die Auswahl der Kräfte für die zu schaffende palästinensische Polizeitruppe erfolgte vornehmlich aus dem Kreis Arafat-treuer Militärs der Palästina-Befreiungsarmee. Arafat selbst habe die Bildung der Zentralen Sicherheitskräfte (Central Security Forces - CSF) in die Hände genommen. Das hatte Ärger und Enttäuschung unter der jüngeren Generation der Intifada-Kämpfer zur Folge. Deren Mißtrauen wird durch Äußerungen von israelischer Seite geschürt. Auf jüngste Anschläge der islamistischen Hamas angesprochen hatte Premier Rabin erklärt: "Warum sollten wir Hamas bekämpfen? Das soll die PLO machen. Im Gegensatz zu uns wird sie nicht durch ein Oberstes Gericht oder durch Menschenrechtsorganisationen behindert." Prof. Edward Said schrieb in dem erwähnten "Haaretz"-Artikel, die PLO sei mit ihren Konzessionen zu einer Verbündeten Israels geworden: "Jetzt muß die palästinensische Polizei den Job tun, den die israelische Armee getan hat" - nämlich Kämpfer gegen die Besatzungsmacht jagen.

So umgibt die CSF, noch bevor sie in Aktion tritt, bereits ein gehöriges Maß an Mißtrauen. Die ehemalige Sprecherin der palästinensischen Delegation bei den Nahost-Verhandlungen, Hanan Ashrawi: "Daß eine palästinensische Polizei in der Deklaration (von Oslo) einen so wichtigen Platz einnimmt, bereitet mir Sorge." Nach ihrem Rücktritt als Delegations-Sprecherin hatte Frau Ashrawi mitgeteilt, sie werde eine Kommission gründen, die über die Einhaltung der Menschenrechte in Palästina wachen solle. Prof. Edward Said und Rechtsanwalt Raja Shehadeh erklärten sofort ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Unerwartet war das Echo aus Tunis: Yasser Arafat begrüßte diese Initiative und erließ ein Dekret über die Gründung dieser Kommission.

In Israel und im Ausland aber scheint man es hinzunehmen, daß das künftige palästinensische Sicherheitssystem von einer einzigen palästinensischen Organisation, der Fatah, in die Hände genommen wird. Dies zeige, so die Kritiker des Abkommens, daß es ein einseitiges Interesse an Stabilität in den besetzten Gebieten gebe, nicht aber an einer demokratischen Entwicklung. Israels Außenminister Peres wird zitiert: "Das Abkommen ist hinfällig, wenn bei den ersten Wahlen die fundamentalistische Hamas gewählt wird."

Am 27. Dezember reagierten eine Reihe prominenter Funktionäre der Fatah in Gaza auf die Berufung künftiger Verwaltungschefs durch Arafat. Unter ihnen war der Chef des PLO-Büros für den Gazastreifen, Sami Abu Samhadana, der rundheraus meinte: "Ich möchte nicht an dem Chaos beteiligt sein." - "Was ist mit der Demokratie geschehen?" fragte sein Stellvertreter Towfik Abu Khousa, der al-Fatah in der Vereinigten Führung der Intifada vertreten hatte und nun ebenfalls aufgab. Gerade war aus Tunis bekannt geworden, man habe Mansour Shawa zum Bürgermeister von Gaza ernannt. Dessen Vater hatte just diesen Posten unter Ägyptern und Israelis eingenommen. Rashid Shawa war nicht nur der reichste Großgrundbesitzer in Gaza, sondern galt auch als Kollaborateur der Besatzer. Sein Sohn Mansour habe, so sagt man verbittert, in der Intifada keine Rolle gespielt.

Palästinensischer Bürgerkrieg

Unübersehbar ist die Gefahr, daß politische Meinungsverschiedenheiten in einen innerpalästinensischen Bürgerkrieg ausarten könnten. Erste Anzeichen dafür gibt es. Während die Fatah-Führung in Tunis ihre Kämpfer in den besetzten Gebieten aufforderte, die Waffen niederzulegen, dann würden sie - so eine israelische Zusage - nicht von den Israelis verfolgt, setzten die israelischen Einheiten auch nach diesem Appell ihre Suchaktionen fort, nahmen Kämpfer fest oder erschossen sie. Darüber entwickelte sich eine heftige Fatah-interne Auseinandersetzung, die nicht nur in bezahlten Anzeigen in der Jerusalemer Zeitung "al-Quds" ausgetragen wurde, wo die "innere" Fatah die "äußere" der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten beschuldigte.

Zu den Opfern der fortgesetzten israelischen "Terroristenjagd" gehörte Ahmed Abu Rish, ein Führer der "Fatah-Falken", der im Gazastreifen von israelischen Soldaten erschossen wurde, nachdem er die Waffen niedergelegt und seiner Gruppe befohlen hatte, bewaffnete Aktionen einzustellen. Nach Abu Rishs Tod löste Salim Muwafi mit einer Gruppe von "Fatah-Falken" die Bindungen zu al-Fatah. Muwafi wurde am 5. Februar von einer "Special-Undercover"-Einheit der israelischen Armee getötet. Israels Generalstabschef Barak nannte

Muwafis Tod einen "wichtigen Erfolg" und fügte hinzu: "Gruppen und Individuen, die sich dem September-Abkommen (von Oslo) widersetzen, müssen wissen, daß wir sie ungeachtet des Friedensprozesses verfolgen." Dieses Vorgehen erweist sich, sicherlich vorsätzlich, als zusätzliche Quelle für innerpalästinensische Spannungen.

Im Unterschied zu anderen palästinensischen Widerstandsgruppen ist al-Fatah nach dem Oslo-Abkommen in den besetzten Gebieten aus der Illegalität herausgetreten. Die Israelis wissen jetzt, was sie bislang nur durch Spitzel, Vernehmungen und Folter erfahren konnten, kommentierte "Middle East International". Dieses "plötzliche, scheinbar chaotische Auftauchen von Fatah aus dem Untergrund" habe "den Zusammenhalt einer Bewegung erschüttert, der schon immer die Disziplin der mehr ideologischen Gruppen fehlte". Aber eine einfache Rückkehr zu den alten Strukturen sei nun nicht mehr möglich.

In der Logik dieses Prozesses liegt die Mitteilung Arafats und Faruk Kaddumis, die Umwandlung von al-Fatah in eine Partei mit demokratischen Strukturen sei vorrangig. Dann wird sich Fatah (beispielsweise bei den im Oslo-Abkommen anvisierten Wahlen) in die Konkurrenz zu den ideologisch ausgerichteten Bewegungen (Parteien) wie PFLP, DFLP, Demokratische Union, PPP oder Hamas begeben müssen. Dafür aber stehen im Augenblick die Aussichten nicht so gut. Als Ende Januar Wahlen im Ingenieur-Verband in Gaza stattfanden, einer alten Fatah-Bastion, gewannen die Hamas-Kandidaten. Zur gleichen Zeit eroberten bei den Vorstandswahlen für die Rechtsanwaltsvereinigung der Westbank unabhängige Kandidaten mit sechs Sitzen die Mehrheit gegenüber fünf Sitzen für al-Fatah.

Als am 13. Januar 1994 im israelischen Wüstenlager Ketziot ("Ansar III") jene Häftlinge, die gegen die Abkommen sind, in einen Hungerstreik traten, hätten - so wurde zumindest behauptet - Mithäftlinge, die der Fatah angehören, die israelischen Wachen bei der Niederschlagung des Aufruhrs unterstützt. Dies jedenfalls berichtete die israelische Presse. Zuvor war es im Flüchtlingslager Bureij im Gazastreifen zu einer Schießerei zwischen Anhängern der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und der Arabischen Befreiungsfront (ALF, sie wurde - früher jedenfalls - vom Irak unterstützt) gekommen. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen "Fatah-Falken" und "Roten Adlern" der PFLP in Rafah sind durch einen Waffenstillstand beendet worden, den die islamistische Hamas erzwungen hat, die sich damit als Ordnungs- und Stabilitätsfaktor präsentierte.

Die "Fatah-Falken", eine Kampforganisation von Arafats Fatah, haben am 29. Dezember in Gaza Flugblätter verteilt, in denen gedroht wurde, wenn Arafat nicht die Führer der "Fatah-Falken" in Entscheidungsprozesse einbeziehe, könne "es ein Blutvergießen geben".

Dergleichen Drohungen und Signale werden offenkundig ernst genommen. Am 10. Januar fand in Gaza die Gründungskonferenz des Palästinensischen Zentrums für Gewaltlosigkeit statt. Seine Losung: "Zu einer demokratischen Gesellschaft, frei von Gewalt!" Mitbegründer I'timad Muhanna meinte allerdings, es sei kaum verwunderlich, daß soviel Gewalt angewandt werde. Schließlich ist eine ganze palästinensische Generation herangewachsen, "die Autorität mit den Israelis und Macht mit militärischer Besatzung gleichsetzt".

Reformen gefordert

Die bereits Mitte Dezember 1993 formulierte Petition, die Anfang Januar in Tunis durch Haidar Abdel Shafi, den palästinensischen Delegationsführer bei den Nahostverhandlungen, an Arafat übergeben wurde, reflektiert die Sorgen über den inneren Zustand der PLO und fordert Reformen. Während die im Oktober 1991 gegründete "Allianz der palästinensischen Kräfte" (eine lose Gruppierung, die sich in Damaskus gegen die Madrid-Verhandlungen zusammenfand; zu ihr gehören u.a. die PLO-Teilorganisationen PFLP, DFLP, aber auch die islamistische Hamas-Bewegung) das Oslo-Abkommen prinzipiell ablehnt, bejahen die anderen Kritiker den Friedensprozeß. Ihnen geht es vor allem darum, daß bei allen notwendigen Kompromissen keine Prinzipien aufgegeben werden, vor allem aber, daß das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes nicht zur Disposition gestellt wird.

Haidar Abdel Shafi erklärte: "Wir dürfen nicht in dieselbe Falle gehen, wie viele Befreiungsbewegungen vor uns, wo sich die Führer, haben sie einmal die Macht erreicht, nie mehr von ihr trennen können." Die Petition, die er dem PLO-Chef übergab, enthielt die Forderung nach einer Reform der PLO-Institutionen. So sollten Berufungen in nationale (sprich: staatliche) Positionen nach Fähigkeit, nicht nach politischer Loyalität vergeben werden.

Die Beratung der Delegation mit Arafat hat drei Tage gedauert. Zwei Tage lang habe der Rais (Leiter, Chef) schweigend zugehört, am dritten aber die Klagen zurückgewiesen. Alle Organe der PLO seien schließlich gewählt, also sei die PLO bereits eine demokratische Organisation. Nichtsdestoweniger habe er aber Zusagen zu Reformen gemacht.

Haidar Abdel Shafi sagte nach dem Gespräch, die Verantwortung für die "diktatorische Selbstherrschaft" in der PLO liege nicht allein bei Arafat. Wenn die Mitglieder des PLO-Exekutivkomitees keinen Anteil an der Entscheidungsfindung hätten, seien sie selbst daran Schuld. Exekutivkomitee-Mitglied Suleiman Najab, der die Komitee-Tagung im Dezember boykottierte, meinte hingegen: "Es ist nutzlos, an diesen Sitzungen teilzunehmen, deren Beschlüsse vom Vorsitzenden des Exekutivkomitees total ignoriert werden." Najab sieht die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Umorientierung: "Wir müssen unseren Horizont und unsere Mentalität ändern, von einer Autorität draußen mit mehr Privilegien als Verantwortung in eine wahre Autorität mit wirklichen Verantwortlichkeiten auf eigenem Boden und vor dem eigenen Volk."

Yasser Abed Rabbo, gleichfalls Mitglied des Exekutivkomitees und Führer der Demokratischen Union (die sich von der DFLP abgespalten hat) bekannte, er wolle zwar nicht seine politischen Aktivitäten aufgeben. Er werde aber seine Anhänger auffordern, eine neue Führung aus Leuten der okkupierten Gebiete zu wählen: "Männer wie ich gehören zu einem bestimmten Stadium und mögen nicht die Besten für das nächste Stadium sein."

Wird Yasser Arafat solche Äußerungen nachvollziehen können? Prof. Riad Malki von der Volksfront für die Befreiung Palästinas äußerte sich jedenfalls pessimistisch. Er halte die Reise der Delegation nach Tunis für überflüssig: "Jemand, der gegen Demokratie ist, kann keine Demokratie gewähren."

Wer verteilt die Millionen?

Da es - unter anderem - jetzt auch um Verteilungskämpfe geht, erweist sich das Gebiet der Wirtschaft als besonders konfliktträchtig. Die Infrastruktur und die Wirtschaft von Westjordanland und Gazastreifen sind unterentwickelt und vernachlässigt, 26 Jahre Besatzung und sechs Jahre Aufstand haben tiefe Spuren hinterlassen. Palästinensische Unternehmer knüpfen besondere Hoffnungen an das Oslo-Abkommen. Investitionen für Straßenbau, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Volksbildungs- und Gesundheitswesen müssen getätigt werden, Betriebe könnten gegründet oder ausgebaut werden, der Tourismus wäre zu entwickeln, die Landwirtschaft zu modernisieren.

Die alteingesessenen palästinensischen Notabeln, deren Großgrundbesitz früher die Quelle ihres Wohlstandes war, und die es schon vor der israelischen Besetzung in Industrie und Dienstleistungsgewerbe gezogen hatte, sehen erstmals seit einem Vierteljahrhundert wieder die Chance, alten Einfluß zurückzugewinnen. Für sie stellt sich das Zukunftsbild eben anders dar, als für die Bewohner der Flüchtlingslager, ganz zu schweigen von den palästinensischen Flüchtlingen in der Diaspora, deren Schicksal in Oslo völlig ausgeklammert wurde. Für die nächsten fünf Jahre sind zwei Milliarden Dollar als Aufbauhilfe für Palästina zugesagt worden, davon bereits 600 Millionen Dollar für 1994. Wer entscheidet, wohin diese Gelder fließen? Eine Palästinensische Agentur für Wirtschaftsentwicklung und Wiederaufbau (PEDRA) wurde gegründet. Sie soll als eine Art oberste Wirtschaftsplanungs- und Finanzbehörde fungieren. Den Vorsitz der PEDRA übernahm - Arafat. Als Stellvertreter berief er zwei Politiker: Faruk Kaddumi und den Leiter der PLO-Wirtschaftsabteilung Mohammed Zuhdi Nashashibi.

Schnell geriet der Rais unter Druck. Hatte er es bei der "Gaza-Rebellion" mit der Basis zu tun, so geriet er hier mit den Repräsentanten der palästinensischen Bourgeoisie aneinander. Eine Petition von Geschäftsleuten an Arafat (unter ihnen der Großbankier Abdelmajid Shoman und der Großunternehmer Hasib Sabbagh) forderte, die Politiker sollten die Leitung der PEDRA den Fachleuten überlassen. Das gleiche Verlangen sprach die Weltbank aus, von der ein beträchtlicher Teil der zugesagten Gelder kommen soll, und die in der Wirtschaft des künftigen Palästinastaates ein gewichtiges Wort mitreden dürfte.

Die palästinensischen Geschäftsleute, die man gemeinhin als "Diaspora-Kapitalisten" bezeichnet, weil sie ihr Geld vornehmlich in anderen arabischen Staaten, vor allem am Golf, gemacht haben, spielten in den zurückliegenden Jahrzehnten eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung der PLO. Was Wunder, daß sie sich heute zu Wort melden, und - um es milde zu formulieren - Mitspracherechte einfordern. Ihnen ist es nicht egal, wer in dem künftigen Staat Palästina das Sagen hat.

In ihrem Memorandum vom Dezember haben sie ihre prinzipielle Unterstützung für den Friedensprozeß erklärt, jedoch scharf die Art und Weise kritisiert, wie Entscheidungen getroffen wurden und werden. Soweit befinden sie sich in Übereinstimmung mit den Linken. Aber sie formulieren ihr Unbehagen darüber, "daß die Logik der Revolution die Oberhand über die Logik der Staatsbildung" gewinne. Letztere brauche "solide Pfeiler der Demokratie und Raum für die Verschiedenartigkeit der Meinungen und die Einbeziehung jener, die Intellekt, Wissen und Fähigkeiten besitzen".

"Revolution" steht in diesem Papier auch als Synonym für die "PLO-Bürokratie", die - selbst kleinbürgerlich - von der palästinensischen Bourgeoisie als unfähig angesehen wird, die anstehende Staatsbildung effektiv zu betreiben. Deshalb die konkreten Forderungen der "Diaspora-Kapitalisten": Auflösung des PLO-Exilparlaments, des Palästinensischen Nationalrats. An dessen Stelle soll nach den vorgesehenen Wahlen vom Juli 1994 eine Konsultativ-Versammlung geschaffen werden, die wiederum einen zehnköpfigen "Führungsrat" bilden soll. Dessen Aufgabe sei es, den Aufbau einer effizienten palästinensischen Verwaltung zu überwachen und qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Die PLO-Führung solle sich in dieser Phase jeglicher Einmischung in die praktischen Fragen enthalten. De facto also fordert die palästinensische Großbourgeoisie die Entmachtung Yasser Arafats.

Der ökonomische Hintergrund für diesen Vorstoß ist letztlich die Frage, ob auf dem künftigen palästinensischen "Markt" die "Bürokraten" oder die "Technologen" das Sagen haben sollen. Oder anders formuliert - ob es im Palästina-Staat eine zentrale, dirigistisch geleitete Wirtschaftspolitik geben solle, oder ein "freies Spiel der Kräfte". Dabei wissen "Bürokraten" wie "Technokraten" um die gewaltige Abhängigkeit der Wirtschaft der besetzten Gebiete von der israelischen Wirtschaft. 26 Jahre Besatzung haben ein solches Maß an Verflechtung bewirkt, daß eine völlige Entflechtung kaum mehr vorstellbar erscheint.

Eine merkwürdige Finanz-Ehe

Seit Monaten tobt hinter den Kulissen ein heftiger Kampf um das Finanzwesen des palästinensischen Staatswesens. Und hier mischt König Hussein von Jordanien kräftig mit.

Das Westjordangebiet war 1949 Jordanien einverleibt worden. Auch nach der Eroberung durch Israel blieb der jordanische Dinar in den besetzten Gebieten das bevorzugte Zahlungsmittel. Nachdem lange Zeit hindurch die Tätigkeit von Banken in den besetzten Gebieten durch die israelische Verwaltung generell untersagt war, darf seit einigen Jahren die jordanische Cairo-Amman-Bank im Westjordangebiet tätig sein.

Seit den Madrider Verhandlungen zeichnete sich ab, daß die Bank- und Währungsprobleme in jedem Fall eine dreiseitige Angelegenheit zwischen Israel, Jordanien und der PLO werden würden. Durch eine offizielle Erklärung hat Jordanien am 30. Juli 1988 auf jegliche Ansprüche auf das Westjordangebiet verzichtet. Zugleich sprachen sowohl die PLO wie auch die Jordanier immer wieder von der Möglichkeit einer palästinensisch-jordanischen Konföderation, ohne sich über Details zu einigen. Aus diesem Verhältnis resultieren Spannungen. Am 1. Januar hat König Hussein vor Offizieren seiner Armee scharfe Kritik an Arafat geübt. Immer wieder werde die Unterzeichnung eines gemeinsamen Wirtschaftsabkommens verzögert. Streitpunkt ist die Frage, ob sich Palästina eine eigene Zentralbank und eine eigene Währung gibt (was Arafat eigentlich möchte) oder weiterhin den jordanischen Dinar nutzt (was im Augenblick realistischer ist).

Arafat äußert sich nicht klar. Den König drängt die Zeit. Schon am 1. Dezember 1993 ist eine israelisch-jordanische Vereinbarung paraphiert worden, die die Eröffnung von Niederlagen jordanischer Banken in den besetzten Gebieten vorsieht. Noch Anfang 1994 sollen die Bank of Jordan, die Arab Bank, Grindleys Bank und die in Jordanien beheimatete British Bank of the Middle East in den okkupierten Territorien tätig werden. Augenscheinlich werden die künftigen Herren des palästinensischen Staates bei solchen Entscheidungen schon nicht einmal mehr gefragt, obwohl Arafat nachdrücklich gebeten hatte, die Eröffnung der Banken zu verschieben.

Inzwischen ist aber auch die International Palestinian Bank als neue Handelsbank für die besetzten Gebiete gegründet worden. An den 40 Millionen Dollar Geschäftskapital ist (zu gleichen Teilen) neben der marokkanischen Banque Commerciale du Maroc, der spanischen Banco Central Hispano und einer Gruppe palästinensischer Geschäftsleute Israels staatliche Bank Leumi beteiligt! Zum Vorsitzenden wurde der frühere Chefredakteur der der PLO nahestehenden und im vorigen Sommer wegen Geldmangels eingestellten

Ost-Jerusalemer Zeitung "al-Fajr", Hanna Siniora, berufen worden. Angesichts dieser Konstellation stellt sich die Frage, ob hier zwischen Israel und der Arafat-PLO still und leise eine Finanz-Ehe eingegangen wurde.

Seltsame Koalitionen

Die Umstände haben es mit sich gebracht, daß die PLO so ganz und gar auf ihren Vorsitzenden zugeschnitten ist. Das konnte nicht ohne Folgen bleiben. Ein "Fatah-Aktivist aus Gaza" wird mit den Worten zitiert, die Leute hätten über Arafat stets so gesprochen, wie über einen Propheten. Jetzt aber werde der PLO-Vorsitzende als ein Politiker aus Fleisch und Blut beurteilt. Kaum jemand habe sich in der Vergangenheit klargemacht, daß in dem zurückliegenden Vierteljahrhundert die palästinensische Gesellschaft in den okkupierten Gebieten ihre eigene Geschichte und Kultur des Widerstandes, eigene Institutionen und Erfahrungen entwickelt hat. Auch deshalb sei der Konflikt unaufschiebbar geworden.

Während über die Autonomieregelungen zäh verhandelt wird, der Besatzungsalltag weitergeht, geschossen und verhaftet wird, tun sich seltsame Koalitionen auf, die gemeinsam an Arafats Stuhl sägen. Genüßlich zitierte die israelische Presse die Enthüllung einer saudi-arabischen Zeitung, wonach Premier Rabin in einem Geheimmemorandum von Arafat die Freilassung von Adnan Yassin gefordert habe. Der frühere PLO-Sicherheitschef in Tunis war unlängst zusammen mit anderen PLO-Leuten verhaftet und zur Aburteilung in den Jemen gebracht worden. Yassin und die anderen hatten seit Jahren für den israelischen Geheimdienst spioniert. Offenbar ist Israel in jeder Phase der Geheimverhandlungen in Oslo genau über die Intentionen der palästinensischen Seite im Bilde gewesen. Bei dem großen Friedenspoker kannte die israelische Seite genau das Blatt der Gegenseite, was es ihr denn auch erlaubt haben dürfte, die Palästinenser über den Tisch zu ziehen.

Der Bericht der saudi-arabischen Zeitung ist nie dementiert worden. Er ist geeignet, das Ansehen Arafats gründlich zu ruinieren, was durchaus so manchem arabischen Regime gelegen kommen dürfte, und auch Leuten in der israelischen Führung durchaus nicht unlieb gewesen sein mochte.

Ob das nach den Entwicklungen der letzten Wochen auch weiter im Interesse Israels liegt, ist fraglich. Eine Demontage des PLO-Vorsitzenden war sicherlich notwendig, solange Israel Konzessionen jenseits des Vertretbaren erpressen mußte. Andererseits aber kann die weitere Schwächung Arafats den gesamten gegenwärtigen Prozeß zum Scheitern bringen. Am 13. Februar haben Sicherheitsexperten das israelische Kabinett über das Ausmaß der Unzufriedenheit mit den jüngsten Vereinbarungen in den okkupierten Gebieten informiert. Danach sagte Außenminister Shimon Peres im Fernsehen: "Wir dürfen Arafat nicht zu sehr schwächen. Sonst ist er nicht mehr in der Lage, Gaza und Jericho zu regieren." Umweltminister Yossi Sarid hatte zuvor im Kabinett erklärt, die israelische Regierung brauche einen starken Arafat.

Quellen:

Frankfurter Allgemeine; Frankfurter Rundschau; Neue Zürcher Zeitung; The Guardian, London; The Jerusalem Post, International Edition; The Middle East, London; Middle East International, London; Weltwoche, Zürich.

Der Artikel wurde am 20.2.94 abgeschlossen.

# 16. Manchmal ganz schön riskant: Russisch-Ukrainische Machtkämpfe

Autor: Kt. · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:31

Ein lokales Ereignis mit wahrscheinlich weitreichenden Folgen: Im Januar wählte die Bevölkerung der Halbinsel Krim sich einen Präsidenten. Sieger in der Stichwahl wurde Jurij Meschkow mit 72,9 Prozent. Für seinen Gegenkandidaten Nikolai Bagrow, früher KP-Chef und jetzt amtierender Präsident des Obersten Sowjet der Krim, stimmten 23,3 Prozent der WählerInnen. Das Endergebnis war schon nach dem ersten Wahlgang klar, zu dem sechs Kandidaten angetreten waren: Meschkow war dabei auf knapp 40 Prozent gekommen, Bagrow nur auf 17,5.

Unter denen, die sich zur Wahl gestellt hatten, ist Bagrow der einzige, der für den Verbleib der Krim bei der Ukraine eintritt. Unter seinen Gegnern repräsentiert Wahlsieger Meschkow eine vergleichsweise gemäßigte Richtung: Während andere Bewerber, darunter ein von der rechtsextremen Partei Schirinowskis unterstützter, den sofortigen Anschluß der Krim an Rußland forderten, befürwortet Meschkow eine Politik der kleineren Schritte. Das schließt die Suche nach Verständigungsmöglichkeiten mit der ukrainischen Regierung in Kiew ein, beinhaltet aber letzten Endes auch nicht sehr viel Verhandlungsspielraum unterhalb der Lostrennung von der Ukraine.

Von den 2,5 Millionen Einwohnern der Krim zählen sich 1,6 Mio., also rund zwei Drittel, zur russischen Nationalität. 500.000 sind Ukrainer, 200.000 Krimtataren, der Rest verteilt sich auf eine Vielzahl kleiner Volksgruppen. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung haben bei der letzten Volkszählung Russisch als ihre Sprache angegeben.

Nikitas Geschenk

Daß die Krim trotz dieser relativ eindeutigen ethnischen Situation Teil der Ukraine wurde, ist wesentlich der Laune eines Politikers ukrainischer Abstammung zu verdanken: Nikita Chruschtschow veranlaßte 1954 per Dekret die Schenkung des bis dahin zu Rußland gehörenden Territoriums, das zwischen 1921 und 1944 den Status einer Autonomen Republik innerhalb der Russischen Föderation gehabt hatte. Gedacht war das Präsent von der Größe Belgiens als kleine Aufmerksamkeit anläßlich der 300. Wiederkehr jenes Ereignisses im Jahre 1654, das je nach Standpunkt als Datum der Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland oder als Beginn der russischen Versklavung interpretiert wird: Damals hatten sich ukrainische Kosaken nach einem Aufstand der Oberherrschaft des Zaren in Moskau unterstellt.

Ganz ohne materielle Basis war die Übergabe der Krim an die Ukraine 1954 allerdings nicht: Die Halbinsel ist von ukrainischem Territorium umgeben und auf dem Landweg nur von hier aus zugänglich. Auch wirtschaftlich ist die Krim daher eng mit der Ukraine verbunden: "Die Krim bezieht 85 Prozent der auf der Halbinsel verbrauchten Energie, 80 Prozent des Wassers, alles Gas, sämtliche Ölprodukte, alle Kohle, fast alle Metalle, 85 Prozent der Industrieprodukte und einen Großteil der Nahrungsmittel (..) aus der oder durch die Ukraine." (NZZ, 3.6.92)

Solange die Sowjetunion bestand, warf die rechtliche Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine keine wichtigen Probleme auf. Als Stützpunktgebiet der Schwarzmeer-Flotte und Urlaubszone führte die Halbinsel ein Eigenleben, das sie enger mit Rußland verband. Der Spielraum für Sonderwege der Sowjetrepubliken war ohnehin gering, und die russische Dominanz in den zentralen Gremien der Union nahm unter Breschnew eher zu statt ab.

Als sich im Sommer 1991 die Auflösung der UdSSR abzeichnete, wurden die historisch entstandenen, unter rein ethnischen Gesichtspunkten vielfach fragwürdigen, inneren Grenzen der Union zum Reizthema. Rußlands Präsident Jelzin drohte im August 1991, bei einem Austritt von Sowjetrepubliken aus dem Unionsverband müßten selbstverständlich auch deren Grenzen "überprüft" werden. Das war gerade die Zeit, als die Belgrader Regierung mit einer fast identischen Argumentation die jugoslawische Armee Krieg in Kroatien führen ließ. Entsprechend aufgeregt waren die Reaktionen auf Jelzins Drohung.

Angesprochen fühlten sich in erster Linie die Ukraine und Kasachstan. Beide Republiken haben einen recht hohen Anteil an russischer Bevölkerung: 20 und 38 Prozent (Stand 1989). Was jedoch noch mehr ins Gewicht fällt: In einigen an Rußland grenzenden Landesteilen beider Republiken bilden Russen und Russischsprachige die Bevölkerungsmehrheit. Das gilt, neben der Krim, auch für die Ostukraine mit ihren erheblichen Rohstoffvorkommen und Industriegebieten.

Formal wurde der von Jelzin provozierte Streit damals gleich wieder beigelegt: Rußland schloß mit der Ukraine und Kasachstan Verträge ab, die in unzweifelhafter Form die gegenseitige Achtung der bestehenden Grenzen festschreiben. In der Praxis jedoch griff das russische Parlament das Reizthema bald wieder auf, indem es im Januar 1992 die Kollegen in Kiew per Resolution aufforderte, sich mit der "Krim-Frage" zu befassen. An Interpretationshilfe für diese Aufforderung ließ man es auch nicht fehlen: Nach dem Ende der UdSSR seien wieder die inneren Grenzen von 1922 maßgeblich. Kurz gesagt: die Krim sei nun von Rechts wegen wieder Teil Rußlands.

Im Mai 1992 beschloß das Parlament der Krim die Ausrufung der Unabhängigkeit; die Bevölkerung sollte darüber am 2. August in einem Referendum entscheiden. Die Regierung in Kiew legte heftigen Protest ein, erklärte die Resolution für illegal und verbot die Durchführung der Volksabstimmung. Der Oberste Sowjet der Krim gab innerhalb weniger Tage nach und "verschob" das Referendum "auf unbestimmte Zeit": Wohl weniger aus Angst vor den zweifelhaften Repressionsmöglichkeiten Kiews, sondern wegen der entschiedenen Opposition der russischen Regierung gegen einen solchen Konfrontationskurs. Außerdem gab es ein Zugeständnis Kiews: Die Krim erhielt im Juni 1992 ein erweitertes Autonomie-Statut, das ihr weitgehende Eigenständigkeit u.a. in der Wirtschaftspolitik, Ökologie und Kulturpolitik garantiert. Den Status einer Autonomen Republik, den sie schon einmal bis 1944 gehabt hatte, hatte die Krim bereits im Januar 1991 nach einer Volksabstimmung zurückerhalten.

Anfang Juli 1993 entfachte das Moskauer Parlament den Konflikt erneut: Nahezu einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet, daß Sewastopol auf der Krim, Haupthafen der Schwarzmeer-Flotte, eine "russische Stadt" sei. Sachlich kommt das der Wahrheit zumindest recht nahe: Von den 400.000 Einwohnern der Stadt sind drei Viertel Russen. Als Militärgebiet hatte die Stadt sowieso unter Sonderrecht gestanden und war der Zuständigkeit Kiews weitgehend entzogen gewesen. Es scheint sogar so, als sei Sewastopol bei der Chruschtschowschen Schenkung 1954 explizit ausgenommen worden.

Gegen die Resolution des Moskauer Obersten Sowjet, die in Sewastopol selbst mit Freudenkundgebungen gefeiert wurde, sprach sich jedoch Präsident Jelzin in scharfer Form aus: Das Verhalten des Parlaments sei schändlich, so werde eine Verhandlungslösung blockiert. Selbst der UNO-Sicherheitsrat nahm die Affäre ernst genug, um sich damit zu befassen: Er verurteilte die Moskauer Resolution und bezeichnete sie als ungültig.

Referendum am 27. März

Ganz so einfach wird sich aber die jetzt durch die Präsidentenwahl entstandene Situation vermutlich nicht mehr bereinigen lassen. Wahlsieger Meschkow war von vornherein mit dem Versprechen angetreten, ein Referendum über die Unabhängigkeit der Krim durchführen zu lassen. Wohlverstanden: Es geht, zumindest vorerst, nicht um den Anschluß an Rußland, sondern um einen Status als eigenes Staatssubjekt innerhalb der GUS, als deren dreizehntes Mitglied. Ein Termin ist auch schon gesetzt: Am 27. März, zeitgleich mit der Neuwahl des Parlaments in der Ukraine.

Über das Ergebnis des Referendums kann kein Zweifel bestehen. Wie aber wird es danach weitergehen? Vor allem der Druck, die Krim wirtschaftlich eng an Rußland anzuschließen und als eine der allerersten Maßnahmen den Rubel als Währung einzuführen, wird sehr groß sein. Das hat zunächst einmal kaum etwas mit nationalistischer Aufgeregtheit zu tun, sondern mit der absolut katastrophalen Wirtschafts- und Finanzsituation der Ukraine, die sogar die russischen Zustände noch als kleineres Übel erscheinen läßt.

Auf beiden Seiten wird es wahrscheinlich eine große, aber auch nicht endlos strapazierbare Bereitschaft geben, eine harte Konfrontation um die Loslösung der Krim zu vermeiden oder zumindest erst einmal vor sich her zu schieben: Die Regierung in Kiew dürfte es trotz einiger ultimativer Töne vorziehen, eine schrittweise Sonderentwicklung der Halbinsel zu tolerieren. Auf der anderen Seite wird Meschkow vermutlich Rücksicht auf die mäßigenden Ratschläge Moskaus und auf die weitreichenden internationalen Implikationen dieses Konflikts nehmen, soweit er dafür Spielraum hat. Noch gibt sich Meschkow sicher, daß die Krim niemals "ein

heißer Konfliktherd" wird, sondern "eine Brücke der Freundschaft zwischen Rußland und der Ukraine" sein wird.

Jelzin und die russische Regierung kämen in eine sehr schwierige Situation, wenn der Krim-Konflikt soweit eskalieren würde, daß eine parteiliche Stellungnahme oder gar Intervention Moskaus unvermeidlich wird. Aus innenpolitischen Gründen wären sie dann vermutlich zur Unterstützung der russischen Bevölkerungsmehrheit auf der Halbinsel genötigt. Außenpolitisch müßten sie aber möglichst vermeiden, als diejenigen dazustehen, die bestehende Grenzen im Gebiet der früheren Sowjetunion in Frage stellen. Daß das russische Parlament bei einer Zuspitzung der Konfrontation voll auf Seiten der Krim-Russen stehen und zu radikalen Resolutionen neigen dürfte, würde die Sache auch nicht gerade leichter machen.

Wie es auf der Krim weitergeht, setzt wohl auch Zeichen für die künftige Entwicklung in der Ostukraine. Die Republikanische Partei Meschkows ist personell und politisch mit der russischsprachigen Oppositionsbewegung im ostukrainischen Donbass-Kohle- und Industrie-Gebiet verbunden, die ebenfalls eine Loslösung von Kiew anstrebt. Auch in diesem Fall sind wirtschaftliche Gründe mindestens ebenso maßgebend wie das reine Nationalitäten- und Sprachproblem. In der Region leben etwa gleichviel Russen wie Ukrainer, doch betrachten etwa 70 Prozent der Einwohner Russisch als ihre Muttersprache. Sie fordern die Anerkennung als zweite offizielle Landessprache. Darüber wird es in der Ostukraine, ebenfalls zeitgleich mit den Wahlen, ein Referendum geben.

Voraussichtlich werden die Ergebnisse der ukrainischen Parlamentswahl am 27. März bestätigen, daß die Republik politisch in drei sehr unterschiedliche Landesteile zerfällt: Die ukrainischen Nationalisten könnten im Westen (mit dem historischen Zentrum Lwiw, ehemals Lemberg) erfolgreich sein, während die Ostukraine sich als Domäne russischer Nationalisten (einschließlich der nationalistisch gewendeten "Altkommunisten") erweisen wird. Dazwischen vermutlich eine vergleichsweise schwache Mitte mit Kiew als Zentrum, die zwischen den auseinandertreibenden Extremen eine äußerst schwierige Position hat.

Streit um einen Haufen Kriegsschiffe

Der Konflikt um die Zukunft der Krim ist eng verknüpft mit dem Streit um die Aufteilung der Schwarzmeer-Flotte, die hier ihre wichtigsten Stützpunkte hat, zugleich aber auch auf eine weiterreichende Zusammenarbeit mit der Ukraine angewiesen ist, um den Hafen Odessa und andere Basen nutzen zu können; Rußland selbst verfügt über keinen militärisch brauchbaren Schwarzmeer-Hafen. (Außerhalb der Ukraine ist Poti in Georgien der einzige Hafen der SchwarzmeerFlotte.)

Die Sowjetunion hatte vier große Flottenverbände: Im Nordmeer, im Pazifik, in der Ostsee und im Schwarzen Meer. Nur die ersten zwei davon hatten ihre Heimathäfen ausschließlich an den russischen Küsten. Die anderen beiden sind in der Schwierigkeit, daß ihre Stützpunkte nunmehr ganz oder großenteils im Ausland liegen. Im Fall der Ostsee-Flotte erscheint der Verlust der baltischen Häfen vorerst als irreparabel, während die Probleme im Fall des Schwarzen Meeres noch verhandelbar sind.

Die Auflösung der UdSSR zum Jahresende 1991 machte eine Verständigung zwischen den Nachfolge-Republiken über die Aufteilung der sowjetischen Streitkräfte notwendig. Im großen und ganze wurde eine Einigung darüber bereits auf dem dritten GUS-Gipfel in Minsk im Februar 1992 erreicht. Nicht so jedoch u.a. für die Schwarzmeer-Flotte, bestehend aus rund 40 großen Kampfschiffen, über 100 "sonstigen" Kriegsschiffen, rund 140 Schiffen für Nachschub usw., rund 20 U-Booten, einer Marine-Luftwaffe mit Bombern, Hubschrauber-Geschwadern für U-Boot-Bekämpfung und Minensuche, sowie Marine-Infanterie mit Panzerfahrzeugen und Küstenschutz-Einheiten. Die Ukraine beanspruchte erst einmal die Flotte insgesamt für sich selbst, ausgehend wohl von der Logik, daß sie über deren Häfen verfügt. Dieser Anspruch sollte durch vollendete Tatsachen abgesichert werden, indem man die Besatzungen nötigte, sich auf die Ukraine vereidigen zu lassen.

Das führte zu heftigem Widerstand der Kommando-Ebene und teilweise zur offenen Meuterei, die sich der Rückendeckung aus Moskau sicher sein konnte. Die offizielle Position Rußlands lautete nämlich: Die Flotte sei immer eine russische gewesen und müsse es bleiben, so Präsident Jelzin. Höchstens ein kleiner Teil, vielleicht maximal 20 Prozent, und dann auch nur kleinere Schiffe zum Küstenschutz, könnten an die Ukraine abgetreten werden.

Etwas anders sah die Argumentation führender militärischer Kreise aus: Die Schwarzmeer-Flotte gehöre, da teilweise mit Atomraketen ausgerüstet, insgesamt zu den sog. Strategischen Streitkräften. Für diese war damals noch ein gemeinsames GUS-Oberkommando geplant.

Krieg der Dekrete

Im Frühjahr 1992 entwickelte sich daraus zunächst ein makabrer "Krieg der Dekrete": Der ukrainische Präsident Krawtschuk ordnete die Nationalisierung sämtlicher Marine-Anlagen auf dem Gebiet der Republik an. Im Gegenzug erklärte Jelzin die Schwarzmeer-Flotte offiziell zum russischen Eigentum. Gleichzeitig kamen aber Verhandlungen in Gang, die am 23. Juni 1992 zu einem ersten Abkommen führten. Es legte aber lediglich vage die Perspektive fest, daß aus der Flotte künftig zwei nationalstaatliche Marinen entstehen sollten, vorerst aber die bestehenden Zustände respektiert werden sollten. Die eigentlichen Dissenspunkte blieben ungeklärt.

Im Juli 1992 führten mehrere interne Auseinandersetzungen in der Schwarzmeer-Flotte hart an den Rand militärischer Konfrontation, letztlich mit dem Risiko eines Krieges zwischen beiden Staaten. Ein präziseres Abkommen wurde erforderlich und konnte am 3. August 1992 von Jelzin und Krawtschuk unterschrieben werden. In 14 Punkten sah es u.a. vor:

* Definitive Herauslösung der Flotte aus den Kommandostrukturen der GUS.

* Spätestens bis 1995 Aufteilung der Flotte nach einem noch genau auszuhandelnden Verfahren, im Prinzip aber im Verhältnis 50 : 50.

* Als Interimlösung bis 1995 Bildung eines gemeinsamen russisch-ukrainischen Oberkommandos über die Flotte.

* Gemeinsame Nutzung der Militärbasen an der ukrainischen Schwarzmeer-Küste.

* Vereidigung der Marine-Mannschaften entsprechend ihrer individuellen Nationalität. (Es sind überwiegend Russen, nur etwa 20 Prozent Ukrainer.)

Daß damit die Probleme keineswegs schon aus der Welt geschafft waren, zeigte sich im Mai 1993, als nacheinander rund 200 Schiffe der Flotte demonstrativ-provozierend die zaristische Marine-Flagge hißten. Vielleicht nicht nur aus reiner Vaterlandsliebe: Laut SZ vom 8.9.93 bekommt man unter dem Andreas-Kreuz viermal soviel Sold wie unter dem Blau-Gelb Kiews. Das ukrainische Verteidigungsministerium reagierte darauf am 22. Mai mit dem - praktisch selbstverständlich nicht durchsetzbaren - Befehl, daß alle Schiffe mit russischer Flagge als ausländisch betrachtet würden und sofort den Hafen von Sewastopol verlassen müßten.

Zeit also für ein neues Abkommen, das am 17. Juni 1993 unterzeichnet wurde. Eindeutiger als im Vertrag vom Vorjahr war die Perspektive einer Aufteilung der Flotte im Verhältnis 50 : 50 festgeschrieben. Zugleich hieß es aber, daß beide künftigen nationalen Flotten auch über das Zieljahr 1995 hinaus "koordinierte Aufgaben gemeinsamer Sicherheits- und Stabilitätsinteressen" erfüllen sollten. Auch für die russische Nutzung des Hafens von Sewastopol wurde eine langfristige Regelung (beispielsweise Verpachtung) signalisiert.

Unter den russischen Offizieren und Mannschaften rief diese neuerliche Einigung sofort heftige Proteste und Gegenaktionen hervor: sie fühlten sich "verraten und verkauft". Auch Moskaus Verteidigungsminister Gratschow und der russische Flottenkommandant Baltin äußerten sich kritisch: Ein Zusammenbleiben der Flotte sei der bessere Weg; außerdem müsse man doch auch die Meinung der Soldaten und der örtlichen Bevölkerung (der Krim) berücksichtigen.

Verkauft - aber auch verraten?

Letzter Stand der Dinge: Anfang September 1993 einigten sich Jelzin und Krawtschuk darauf, daß die Ukraine ihren Anteil an der Flotte an Rußland "verkauft". Genauer gesagt: Der noch zu errechnende und zu vereinbarende Wert - hierfür wurde eine gemischte Kommission eingesetzt - soll gegen die ebenfalls noch genau zu beziffernden, zweifellos mehrere Milliarden Dollar betragenden Schulden der Ukraine gegenüber Rußland aufgerechnet werden. Falls sich dabei ein Überschuß zugunsten Kiews ergäbe, was selbstverständlich noch niemand annähernd sagen kann und was eher unwahrscheinlich ist, so soll er ausgezahlt werden. Außerdem wurde vereinbart, daß Rußland künftig für die Nutzung von Sewastopol und

anderen Stützpunkten einen Pachtpreis bezahlen wird - der ebenfalls noch ausgerechnet werden muß und wahrscheinlich gleichfalls von den ukrainischen Schulden aufgefressen werden wird.

Die FAZ schrieb am 6. September, Kiews Zahlungsrückstände nur für russische Erdöl- und Erdgaslieferungen betrügen bereits zwei bis drei Milliarden Dollar. Außerdem habe Moskau in den letzten acht Monaten mehr als 80 Prozent der laufenden Kosten für die Schwarzmeer-Flotte und deren Anlagen getragen. Die SZ berichtete am 16. September, die Ukraine habe - russischen Angaben zufolge - ohne Vorwarnungen ihre Zahlungen zum Unterhalt der Flotte gänzlich eingestellt. Mehr oder weniger wurde das von ukrainischer Seite bestätigt.

Dennoch erregte der "Flotten-Verkauf", wie kaum anders zu erwarten, im Kiewer Parlament heftigste Proteste und Verratsvorwürfe gegen Präsident Krawtschuk. Besonders tat sich dabei die nationalistische Opposition hervor, aber nicht nur sie war offensichtlich überrumpelt und unzufrieden. Krawtschuk sah sich zu der, formal zutreffenden, Einschränkung genötigt, einen richtigen Vertrag über den "Verkauf" gebe es eigentlich noch gar nicht; es habe sich mehr um einen russischen Vorschlag gehandelt, dessen Konsequenzen man jetzt erst einmal ausrechnen und analysieren müsse. Seither ist zu diesem Thema, beispielsweise zu Arbeitsergebnissen der gemischten Kommission, nichts mehr öffentlich bekannt geworden.

Wirtschaftliche Vernunft und Zwänge, wie vor allem die totale Abhängigkeit von russischen Öl- und Gas-Lieferungen und die daraus resultierende negative Handelsbilanz, sprechen dafür, daß die Ukraine sich von ihrem Anteil an der Flotte trennen muß. Sie kann sich die Unterhaltskosten in dieser Höhe überhaupt nicht leisten und ist ohnehin schon mit der Aufgabenstellung, eine eigene Armee (450.000 Mann laut Beschlußlage 1991) aufzubauen, finanziell total überfordert. Außerdem ist nicht zu erkennen, was Kiew mit seinem formalen Besitztitel an Kriegsschiffen anfangen will, deren Kommandanten, Offiziere und Besatzungen es gegen sich hat und offensichtlich auch nicht zu gewinnen vermag.

Gegen das Ziehen der logisch erscheinenden Schlußfolgerung aus den gegebenen Voraussetzungen sträuben sich jedoch sämtliche nationalistischen Emotionen. Einige realpolitische Gesichtspunkte kommen hinzu: Der Flotten-Streit ist Teil einer vielfältigen Widerspruchsentwicklung zwischen den beiden Staaten, und bekommt dadurch Züge eines umfassenden Machtkampfs. Dabei steht, siehe Krim und Ostukraine, auch der territoriale Bestand des Staates auf dem Spiel. Nachgeben in einem einzigen, immerhin in der Größenordnung erheblichen, Streitpunkt könnte als gefährliches Signal der Schwäche und des Nachgebens interpretiert werden, innen- wie auch außenpolitisch.

Außerdem ist der Flotten-Streit nicht von der Frage der auf ukrainischem Gebiet liegenden Stützpunkte zu trennen. Die ungeteilte Herrschaft Rußlands über die Schwarzmeer-Flotte wäre logischerweise mit einer Verewigung russischer Militärpräsenz auf ukrainischem Gebiet - oder mit der Lostrennung der Krim - verbunden. Russische Militärpräsenz aber bedeutet immer ein latentes Konfliktpotential, und bei einer Zuspitzung sind russische Militärs auch schon in anderen Teilen der ehem. UdSSR schnell mit Interventionsdrohungen ("Schutz unserer Streitkräfte vor Übergriffen") bei der Hand gewesen.

Trumpfkarte oder

Klotz am Bein?

"Entsprechend unseren internationalen Verpflichtungen werden wir an unseren Grenzen das Entstehen einer Atommacht nicht zulassen." (Rußlands Außenminister Kosyrew, nach SZ vom 8.12.93) Gemeint ist damit, daß Moskau das absolute Monopol auf sämtliche Atomwaffen der früheren Sowjetunion beansprucht - und daß es dabei die hundertprozentige Zustimmung und Unterstützung der westlichen Großmächte genießt.

In vier Republiken waren bei Auflösung der UdSSR Ende 1991 sog. strategische Waffen, also Raketen und Bombenflugzeuge mit Atomladung und Fernstrecken-Reichweite, stationiert: Rußland, Weißrußland (Belarus), Ukraine und Kasachstan. Nach Angaben der USA befanden sich damals in Rußland 9.650, in der Ukraine 1.300, in Kasachstan 1.150 und in Belarus 110 strategische Waffen, genauer gesagt Trägersysteme mit einer mehrfach größeren Zahl von Sprengköpfen. (Siehe ak 339, S. 17-18)

Bereits im Dezember 1991 unterschrieben die Ukraine und Belarus die Verpflichtung, dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen aus dem Jahre 1968 beizutreten, als zwar als Nichtatomstaaten. Bis zum vollständigen Abzug und Vernichtung der auf ihrem Gebiet stationierten Atomwaffen, die bis 1994 erfolgen sollten, würde die Entscheidung über deren Einsatz beim russischen Präsidenten liegen, "nach

Abstimmung" mit dem Staatsoberhaupt der jeweiligen Republik. Kasachstan zögerte noch, eine entsprechende Verpflichtung abzugeben. Alle drei Republiken stimmten zu, ebenso wie auch alle anderen Nachfolgestaaten der UdSSR mit Ausnahme Rußlands, ihre sog. taktischen (Kurzstrecken-) Atomwaffen zerstören zu lassen. Das ist inzwischen überall geschehen, während sich der Umgang mit den strategischen Waffen sehr viel komplizierter und langwieriger gestaltet, nicht nur aus politischen, sondern auch aus technischen Gründen.

Im Mai 1992 verpflichteten sich die Ukraine und Belarus sowie erstmals auch Kasachstan im Protokoll von Lissabon erneut, alle Atomwaffen von ihrem Gebiet nach Rußland bringen zu lassen, wo sie unter Kontrolle verschrottet werden sollten, und dem Nichtweiterverbreitungsvertrag als Nichtatomstaaten beizutreten. Zum Streitpunkt zwischen Kiew und Moskau wurden jedoch 46 Raketen vom moderneren Typ SS-24, die je zehn Sprengköpfe tragen können. Die Äußerungen ukrainischer Politiker, ob überhaupt und wenn ja bis wann diese Raketen abtransportiert werden könnten, entwickelten sich äußerst widersprüchlich. Einigen schien es nur um maximalen Zeitgewinn und damit verbundene Verhandlungsvorteile zu gehen; andere schienen ernstlich mit dem Gedanken zu spielen, die Ukraine als eigene Atommacht zu etablieren. (Technisch ist das gar nicht möglich, da Kiew zwar möglicherweise einen Einsatz der Raketen durch russische Militärs blockieren könnte, aber sie nicht selbständig einsetzen könnte.)

Zweierlei Überlegungen machen den gemeinsamen Nenner der Hinhaltemanöver aus: Erstens das Ziel, den Preis für einen vollständigen Atomwaffenverzicht - in erster Linie Finanzhilfe der USA - in die Höhe zu treiben. Zweitens die Funktion der Atomwaffen-Frage als zentrale Verhandlungsmasse in einem vielgestaltigen Machtkampf mit Rußland. Diesen Punkt immer wieder bis aufs äußerste auszureizen, entschädigt zumindest propagandistisch für manche Niederlagen, die man an anderen Fronten - Krim, Flotte, Wirtschaftsbeziehungen beispielsweise - einstecken muß.

Vergeblich reiste Jelzin nach Jalta, um am 3. September 1993 noch einmal von Krawtschuk per Unterschrift bestätigt zu bekommen, daß alle in der Ukraine gelagerten Atomwaffen innerhalb von zwei Jahren zur Zerstörung nach Rußland geschafft werden sollen: Die Parlamentsmehrheit in Kiew legte sich wieder einmal quer, die nationalistische Opposition beschwor wieder einmal den Ausverkauf der nationalen Interessen.

Danke schön, NATO!

An diesem Punkt angekommen, intervenierte die US-Regierung mit massivem wirtschaftlichen Druck. Außenminister Christopher besuchte Ende Oktober 1993 die Ukraine, um einerseits zusätzliche "Abrüstungshilfe" in Aussicht zu stellen und andererseits damit zu drohen, daß es gar nichts geben würde, falls Kiew nicht endlich in der Atomwaffen-Frage seinen hinhaltenden Widerstand aufgäbe.

Die ukrainische Regierung verstand dies Signal offenbar ganz falsch und schickte ihren Außenminister Slenko mit der Forderung los, man wolle als Gegenleistung für einen Atomwaffen-Verzicht 2,5 Milliarden Dollar erhalten. Christopher verkündete daraufhin Anfang Dezember 1993 ganz offiziell, 330 Millionen Dollar US-Hilfe an die Ukraine würden vorerst nicht ausgezahlt, und eventuell werde man die Wirtschaftshilfe der USA für Kiew vollständig einstellen. Der russische Außenminister Kosyrew hatte Grund, sich bei der NATO artig für den auf die Ukraine ausgeübten massiven Druck zu bedanken. Nur der Konsenszwang verhinderte, daß die Ukraine auch gleich noch in der Abschlußerklärung der KSZE-Außenministerkonferenz einen heftigen Tadel mitbekam.

Nach dieser Vorbereitung hatte Clinton leichtes Spiel, bei seiner Moskau-Reise Mitte Januar 1994, Krawtschuk wieder einmal zu einer Unterschrift zu bewegen: Die gemeinsame Erklärung der drei Präsidenten sieht, laut SZ vom 15. Januar, vor, "daß innerhalb der nächsten zehn Monate knapp die Hälfte der 46 Interkontinentalraketen des Typs SS-24 in Rußland verschrottet wird. Danach sollen die älteren Raketen des Typs SS-19 vernichtet werden. Kiew soll 177 Millionen Dollar für die Verschrottung erhalten. Die USA verpflichteten sich außerdem, darüber hinaus 155 Millionen an direkter Hilfe zu überweisen. Außerdem soll die Ukraine innerhalb der nächsten 20 Jahre rund eine Milliarde Dollar für das Uran aus den Sprengköpfen erhalten. (...) Rußland verpflichtete sich, der Ukraine innerhalb von zehn Monaten 100 Tonnen angereichertes Uran für die Atomkraftwerke zu liefern. Außerdem soll Kiew wieder russisches Erdöl und Gas zu Vorzugspreisen erhalten. Der russische Außenminister Andrej Kosyrew dementierte allerdings, daß Moskau Kiew auch Schulden aus Rohstofflieferungen erlassen hat."

Wie von vornherein zu erwarten, war auch diese Unterschrift Krawtschuks nicht durch das Kräfteverhältnis im Parlament legitimiert und abgesichert. Wieder einmal hagelte es heftige Proteste, selbst relativ gemäßigte Politiker fühlten sich zumindest durch die Form dieser Vereinbarung hintergegangen. Teile des politischen Spektrums forderten eine Volksabstimmung, andere wollten gleich für die Amtsenthebung Krawtschuks mobilisieren.

Die Reaktion des Präsidenten und der Kiewer Regierung auf diesen heftigen Widerstand war von sehr fragwürdiger Geschicklichkeit: Die in Moskau zwischen den Präsidenten der Ukraine, Rußlands und der USA getroffene Vereinbarung bedürfe der parlamentarischen Zustimmung überhaupt nicht. Es handele sich nämlich nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag, sondern nur um eine Absichtserklärung. Das würde, beim Wort genommen, Unverbindlichkeit implizieren.

So kam es Anfang Februar doch noch zur parlamentarischen Behandlung des Themas. Mit übergroßer Mehrheit, bei nur drei Gegenstimmen, nahmen die Abgeordneten eine Resolution an, die endgültig den Atomwaffen-Verzicht der Ukraine zu garantieren scheint. Daß dafür selbst die nationalistische Opposition gestimmt haben soll, ist allerdings auf den ersten Blick äußerst unwahrscheinlich, und tatsächlich handelte es sich wieder einmal um eine widersprüchliche Entscheidung, die noch einige Deutungsmöglichkeiten und Hintertürchen offenhält. Den aus Moskauer Sicht entscheidenden Punkt - Beitritt der Ukraine zum Sperrvertrag als Nicht-Atomwaffenstaat - mochte das Parlament nicht in seine Resolution aufnehmen.

Das Zieljahr, bis zu dem die Demontage und Zerstörung der ukrainischen Atomwaffen vollständig abgeschlossen sein soll, ist erst 1999. Das läßt Zeit und Spielraum, um das Thema noch mehrfach wieder anzuheizen. Viel wird für die weitere Entwicklung davon abhängen, wie sich die Gesamtheit der zwischen Rußland und der Ukraine problematischen Sachverhalte weiterentwickelt. Eine neuerliche Zuspitzung an einem dieser Punkte wird insgesamt die Instabilität und Konfliktträchtigkeit im Verhältnis der beiden Staaten zueinander vergrößern. Nach dem 27. März, an dem sowohl über den weiteren Weg der Krim wie über die Zusammensetzung des nächsten ukrainischen Parlaments entschieden wird, muß sich erweisen, ob es zu einer Eskalation der Widersprüche kommt.

Kt.

# 17. Betr.: Unterstützungsprojekt "antifaschistische Zeitung" für Rußland. Siebter Rundbrief

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:12

Liebe Freundinnen

und Freunde des Projektes "antifaschistische Zeitung"

in Rußland.

Sie haben lange auf weitere Nachrichten von uns warten müssen. Das ist um so bedauerlicher, als die politische Entwicklung in Rußland in und nach den Wahlen vom Dezember 1993 allen Anlaß dazu gibt, Anstrengungen gegen eine drohende rechte Entwicklung der Krise noch stärker als bisher zu unterstützen.

Die Gründe für unsere Verspätung sind wenig erfreulich und werfen zudem Probleme auf, die wir allein nicht lösen können. Darum ist dieser Brief zugleich ein Hilferuf an alle Interessierten, sich etwas zur Lösung einfallen zu lassen, worauf wir vielleicht noch nicht gekommen sind.

Komme ich zu den Fakten: Zunächst konnten wir die für Oktober geplante Versendung der Probenummer der projektierten Zeitung "Schau auf die Wurzel" einfach deswegen nicht vornehmen, weil unsere russischen Partnerinnen und Partner, in Anspruch genommen durch die Ereignisse vom 3./4. Oktober und die darauffolgenden Wahlen, uns kein Material zukommen ließen. Unseres Erachtens erklärte sich das aus der Situation selbst. So glaubten wir, auf einen extra Rundbrief dazu verzichten zu können und warteten.

Seit Mitte Januar halten wir nun ein vierseitiges Faltblatt, eine verkleinerte Fotokopie, in Händen, die offenbar die angekündigte Sendung sein soll. Das Exemplar macht uns allerdings ziemlich ratlos, denn es ist keineswegs das, was wir in den Gesprächen im Sommer '93 vereinbart haben: Das Blatt trägt einen anderen Namen. Statt "Schau auf die Wurzel" als Haupttitel mit der Unterzeile: "Das Rußland, das wir wählen", ist nun "Das Rußland, das wir wählen" zum Haupttitel erhoben. Diese Änderung des Titels allein wäre nicht erwähnenswert, das wäre Sache der Moskauer, wenn mit dem jetzigen Titel nicht eine unübersehbare eindeutige sprachliche und gedankliche Zuordnung der Zeitung zu dem politischen Block "Rußlands Wahl" verbunden wäre. "Rußlands Wahl" ist die Partei, die von den Radikalreformern unter Jegor Gaidar geführt wird, bis zur Wahl praktisch das Regierungslager. Wir wissen zudem, daß Jefgeni Proschtschetschin, Vorsitzender des "antifaschistischen Zentrums Moskau" und in dieser Eigenschaft Motor der Idee der Zeitung in Moskau, über den Wahlblock "Rußlands Wahl" in die Moskauer Duma eingezogen ist. Wir wissen des weiteren, daß Jegor Gaidar gegen Wladimir Schirinowski zur Bildung einer "antifaschistischen Front" aufruft. Die Tatsache, daß Jegor Gaidar nicht Mitglied der neuen Regierung wurde, ändert wenig. Die Hauptfrage lautet: Ist die Überparteilichkeit, die wir beim letzten Treffen in Berlin zusammen mit Jewgeni Proschtschetschin übereinstimmend als minimale Grundvoraussetzung für die Gewinnung von deutschen Sponsoren für die geplante Zeitung herausgearbeitet hatten, unter solchen Umständen noch gegeben?

Die Aufmachung der vier Seiten gibt darauf leider überhaupt keine Auskunft: Es fehlt ein Impressum. Das heißt, niemand kann kontrollieren, wer das Blatt herausgibt. Wir können nur vermuten, daß das "antifaschistische Zentrum" nach wie vor damit zu tun hat. Der Art, wie die Unterschriften unter die Artikel gesetzt sind, ist lediglich zu entnehmen, daß der Chefredakteur in spe, Sergei Bikow, mit dem wir unter aanderem verhandelt haben, offenbar durch jemanden anderen abgelöst wurde, den wir nicht kennen. Ein Artikel "Wer sind wir", mit dem das Blatt vereinbarungsgemäß eröffnet werden sollte, um damit werben zu können, aus dem zudem erkennbar wäre, aus welchem politischen und aus welchem Bündnisspektrum die Zeitung kommt, fehlt vollkommen. Unter diesen Umständen bleibt die Assoziation mit "Rußlands Wahl" im Titel die einzige Angabe auf den politischen Standort.

Nachfragen bei Jefgeni Proschtschetschin und Sergei Bikow seitens unseres Moskauer Verbindungsmannes Ulli Heyden brachten keine weitere Klarheit. Insbesondere gibt es keinerlei Informationen über eine überparteiliche antifaschistische Aktivität oder Kooperation zwischen den Initiatorinnen und Initiatoren des Blattes und anderen politischen Kräften.

Alles zusammengenommen können wir, d.h. die Mitglieder des Vereins "Nowostroika", in der vorliegenden Zeitung zu unserem allergrößten Leidwesen nicht das erkennen, was vereinbarungsgemäß auf unserem Tisch landen sollte: Die Probe-Werbenummer für eine überparteiliche antifaschistische Zeitung, mit der dort ein russisches Bündnis, hier ein deutscher Unterstützerkreis für die Mitarbeit eingeworben werden sollte. In der vorliegenden Form ist die beabsichtigte Werbung unter deutschen Unterstützern nach unserem Dafürhalten und mit unseren Mitteln vollkommen sinnlos. Auf unsere Anfrage im letzten Rundbrief (mit Zeitungskopf "Schau auf die Wurzel"), wer das Werbeblatt zugeschickt bekommen wolle, haben wir ohnehin nur ganze zwanzig Antworten erhalten. Darüber hinaus ist klar, daß Gelder für so ein Projekt wenn überhaupt, so nur dann locker zu machen sind, wenn die Überparteilichkeit des Projektes garantiert ist.

Zu all dem kommt noch, daß auch das vereinbarte Begleitmaterial zum politischen Hintergrund, besonders auch zu bereits geübten Formen der Kooperation auf offizieller Basis, mit dem wir die Werbekampagne begleiten wollten, nicht bei uns eingetroffen ist.

Kurz gesagt: Mit dem Material, das wir jetzt aus Moskau bekommen haben, können wir die beabsichtigte deutschsprachige Werbenummer nicht erstellen. Wir haben daher beschlossen, die uns vorliegende Ausgabe nicht in der angekündigten Form herumzuschicken. Statt dessen erhalten Sie diese Nachricht - die auch unseren Moskauer Partnern zusammen mit Fragen zu ihren weiteren Vorstellungen zugehen wird. Dazu finden Sie noch eine Zusammenfassung der Artikel. Wer darüber hinaus an einer Kopie des vorliegenden Materials interessiert ist, möge sich melden.

Selbstverständlich lassen wir damit nicht unsere Unterstützung für dieses Projekt und generell den Aufbau einer antifaschistischen Publizistik in Rußland fallen. Die Situation macht umgekehrt weitere Anstrengungen in diese Richtung erforderlich. Seit dem Auftreten von Wladimir Schirinowski ist das ja auch hierzulande deutlich geworden, wenn Schirinowski auch nur das sichtbarste Zeichen einer Entwicklung ist, deren Ursachen über den von ihm veranstalteten Lärm nicht vergessen werden dürfen. Uns erscheint es jedenfalls problematisch, wenn eine "antifaschistische Front" ausgerechnet von denen ausgerufen wird, nämlich Gaidar und Umkreis, die als eine der Ursachen der jetzigen Polarisierung verstanden werden müssen.

Darüber hinaus haben wir alle bereits zuviel Zeit und Geld in dieses Projekt investiert, als daß wir es einfach fallenlassen könnten.

Es wird uns also nichts anderes übrigbleiben, als miteinander und mit unseren russischen Partnerinnen und Partnern erneut darüber ins Gespräch zu gehen. Vielleicht ist es auch nötig, andere Formen der Unterstützung zu suchen als die der Finanzierung eines von der Anlage her ehrgeizigen und überparteilichen, in der Durchführung aber eher sektiererischen Projekts. Möglicherweise ist es zudem formal sinnvoller, von der Förderung eines Zeitungsprojektes abzusehen und statt dessen die Unterstützung der Initiativen selbst auszubauen, die wir in früheren Rundbriefen schon benannt haben. Dazu würde zunächst natürlich die (weitere) Förderung des "antifaschistischen Zentrums/Moskau" wie auch des St. Petersburger "Barriere"-Kreises, sowie darüber hinaus vor allem Initiativen jenseits der Zentren gehören. Darüber kann man später im Detail beraten.

Wir danken Ihnen allen für Ihr bisheriges Interesse und für ihr finanzielles Engagement. Die in letzter Zeit eingegangenen Spenden an Geld und Porto reichen im Moment gerade für die Deckung der Verschickungskosten. Wenn Sie Vorstellungen haben, was wir von Deutschland aus tun können, um die geschilderten Probleme zu lösen, dann schreiben Sie uns bitte. Vielleicht kann man sich ja auch in absehbarer Zeit zu einem Ratschlag im Kreise derer zusammenfinden, die hier an der Unterstützung von Initiativen in der ehemaligen Union Interesse haben.

Spenden sind uns selbstverständlich weiterhin willkommen. Unsere Arbeit endet ja nicht; sie beginnt erst.

14. Januar 1994

Kai Ehlers

NOWOSTROIKA, c/o Kai Ehlers,

20099 Hamburg, Koppel 22

Tel: 040/24 69 53. FAX: 040/24 34 23. Kto: 1230/455 980 - BLZ: 200 505 50

# 18. Verbrannte Bücher, zerbombte Moscheen. Europas zerstörte Brücke zur islamischen Welt

*Europas zerstörte Brücke zur islamischen Welt - Von Balduin Winter*

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Kultur; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:08

"... mehr, viel mehr schmerzt die Übersiedlung der Stadt, der wir beiwohnen, eine Transition, die Sarajevo gerade durchmacht, indem es aus der materiellen Wirklichkeit in eine ideelle übersiedelt, aus seinem bergumstandenen Talbecken in das Gedächtnis, in die Erinnerung, ins Ideale."

Dzevad Karahasan, bosnischer Schriftsteller und Dramatiker (1)

Am 26. August 1992 wurde die Bosnische Nationalbibliothek von einer Serie von Brandraketen getroffen. Binnen weniger Stunden lag das Innere in Schutt und Asche. Die Sammlung türkischer, persischer und arabischer Handschriften, die größte in Europa und eine der bedeutenden im islamischen Raum, wurde vernichtet. Die bosnische Regierung verurteilte diese Tat als "das barbarischste Attentat auf die europäische Kultur seit dem 2. Weltkrieg". Der spanische Schriftsteller Juan Goytisolo bezeichnete das Verbrechen als Memozid, dem die bewußte Absicht zugrunde liege, das kollektive Gedächtnis der Muslime zu zerstören. (2) Denn diese Bibliothek umfaßte unschätzbare Dokumente: Werke der islamischen Dichtung ebenso wie mittelalterliche Steuerverzeichnisse, medizinische und mathematische Abhandlungen ebenso wie Miniaturen und Kalligraphien (Schriftkunst; Smail Balic zählt rund 400 Namen bosnischer Kalligraphen, Miniaturmaler und Schreiber auf (3), Volksliedsammlungen ebenso wie Werke zum Sufismus, der islamischen Mystik - kurz gesagt, die Bibliothek war eine Art geistiger Schatzkammer der muslimischen Kultur.

Der ehemalige Bürgermeister von Belgrad und Mitbegründer des oppositionellen Belgrader Kreises, Bogdan Bogdanovic, sieht in den barbarischen Zerstörungen der bosnischen Städte auch den Versuch, Geschichte auszuradieren; der angesehene Architekt betrachtet die Urbanität als Kulmination des zivilisatorischen Fortschritts, eine "starke, supralinguale Schrift", in der die Erinnerungen einer Region konzentriert sind. Dem Eroberer, und die Geschichte ist reich an Beispielen, geht es immer auch um Zerstörung der Erinnerung, um an ihre Stelle seine eigene zu setzen, und seien es bloß die Phantasmen der Geschichtsmythen. (4)

Nun gibt es ohnehin über die Geschichte Bosniens und der Hercegovina sehr widersprüchliche Aussagen. In der erstarkenden serbischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts etwa zirkulierte die Auffassung, die Kroaten wären katholische Serben, die Bosnier wären Serben mit muslimischer Konfession. Selbst hervorragende Wissenschaftler, wie der Philologe Vuk Karadzic, vertraten diese unhaltbare Theorie. Noch im heutigen Serbien spielt sie eine große Rolle: In einem von der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste herausgebrachten Aufsatz des Historikers Milorad Ekmecic wird der Krieg als "logische Fortsetzung und Beendigung jenes Befreiungsprozesses, den die Serben 1804 mit dem ersten Aufstand gegen die osmanische Herrschaft begonnen haben", gerechtfertigt. Auch auf der kroatischen Seite haben diverse Anspruchsbegründungen (etwa aus einem diffusen "historischen Recht" heraus) eine lange Tradition. Und bosnisch-muslimische Geschichtsdarstellungen werden dort problematisch, wo sie eine im wesentlichen konfessionell begründete "bosniakische Nation" konstruieren, wie dies bei S. Balic der Fall ist.

Die vorislamische Zeit

Der bosnische Historiker Srecko M. Dzaja weist darauf hin, "daß die historische Kontinuität in Bosnien viel geringer ist als in den benachbarten südslawischen Ländern Kroatien und Serbien". (5) Das hat verschiedene Gründe. Einer ist, ganz allgemein, die Tatsache, daß die Balkanhalbinsel eine historische Durchzugsregion darstellt, Brücke und Graben zugleich zwischen Orient und Okzident. Auf dieser Brücke ist Bosnien heikel situiert, nämlich genau in der Mitte, gewissermaßen auf der Kapija, wie die Mittelterrasse jener berühmten Brücke über die Drina genannt wurde, die Ivo Andric beschrieben hat. (6) Diese bosnische Kapija wurde von beiden Seiten der Brücke her besiedelt, von Angehörigen zweier sehr ähnlicher Stämme der slawischen Wanderung im 6. und 7. Jahrhundert, den Kroaten und den Serben.

Im Staatshandbuch des byzantinischen Kaisers Konstantin VII. Porphyrogennetos "De administrando imperio" werden die slawischen Kroaten und Serben erwähnt; und zum ersten Mal auch der Name Bosona. Er

bezeichnet ein Gebiet um den Fluß Bosna (die Region um das heutige Sarajevo) als Bestandteil von Rascia, wie der erste serbische Staat genannt wurde. Dieses Ländchen stand unter wechselnden Oberhoheiten: unter Byzanz, dem Frankenreich, Kroatien, Serbien. 1180 endete die Vorherrschaft von Byzanz; Bosnien wurde unter Ban Kulin ein politisch selbständiger Staat, freilich in einem Vasallenverhältnis zum ungarischen König, ähnlich wie Kroatien.

Über diesen Ban Kulin berichtet noch heute ein Volksspruch: "Za Kulina bana i dobrih je dana." (Während der Herrschaft von Ban Kulin waren die Zeiten gut.) Dieser Fürst entwickelte intensive Handelsbeziehungen zur Stadtrepublik Ragusa (Dubrovnik). In einem Handelsvertrag mit dem Fürsten Krvas wird er als "bosnischer Banus" bezeichnet. (7) Jozo Dzambo interpretiert diesen erstmals auftauchenden Titel als Ausdruck bosnischer Eigenstaatlichkeit. Es entstand eine mittelalterliche Stadtkultur, deren tragende Kräfte ragusanische Kaufleute, sächsische Bergleute (im Zuge der sog. deutschen Ostwanderung zwischen dem 11. und dem 13. Jahrhundert) und der toskanische Franziskanerorden waren.

Die Kirchenfrage ist das zentrales Problem des mittelalterlichen Staates. Denn Bosniens heikle Lage resultiert daraus, daß es direkt an einer der ältesten und zugleich folgenreichsten europäischen Strukturgrenzen liegt. Die der Teilung des Imperium Romanum zugrundeliegende Grenze zwischen einem lateinischen Westen und einem griechischen Osten wurde später auch eine konfessionelle Grenze zwischen den römischen Päpsten und der byzantinischen Orthodoxie, festgeschrieben durch das Schisma von 1054. Das ursprünglich durch die Ostkirche (Kyrill und Method) christianisierte Bosnien geriet mit dem Niedergang von Byzanz zusehends unter den Druck der expandierenden Westkirche, zumal sich eine häretische Landeskirche, die Bosnische Kirche, herausgebildet hatte, deren Anhänger sich Krstjani nannten, in der modernen Geschichtsschreibung als Bogumilen (8) bezeichnet. Eine Kirche also, die Rom bekämpfen mußte.

Als die Bosnische Kirche erstmals in Dokumenten (um 1200) erwähnt wurde, verfügte sie bereits über eine eigene Liturgie, Kirchenorganisation und Kirchensprache. Damit begann eine bis zur osmanischen Eroberung (1463) andauernde Auseinandersetzung um das bosnische "Ketzertum". Auch die bosnischen Herrscher schwankten, je nach den politischen Kräfteverhältnissen, zwischen Bogumilismus und Katholizismus. Dem Papsttum gelangen zwar kurzfristige Massenabschwörungen (unter Ban Kulin, der einer direkten Konfrontation mit Rom auswich). Doch eine Reihe weiterer Maßnahmen (etwa die Inquisition durch die Dominikaner) einschließlich Kreuzzüge scheinen wenig eingebracht zu haben. Erst mit der Franziskanermission im 14. Jahrhundert trat eine Wende ein, begünstigt durch den Aufstieg der Kotromanici. Dieses Herrscherhaus dehnte das Territorium beträchtlich aus, im Norden über die Save (mit direkter Grenze zu Ungarn) und im Süden auf das Land Hum (die heutige Hercegovina), später auch auf Teile Kroatiens und Dalmatiens. Dagegen scheint die Krönung Trvtkos I. zum serbischen König (1377) nur eine Episode zu sein, zumal Serbien bereits 1371 an der Marica in Mazedonien eine schwere Niederlage gegen die Türken erlitten hatte, deren Offensive nur noch eine Frage der Zeit war.

Zu dieser Zeit befand sich die Bosnische Kirche bereits auf dem Rückzug. Die Missionserfolge der Franziskaner, die in Bosnien über 40 Klöster gründeten, dürften jedoch übertrieben sein; noch wenige Jahre vor dem Fall Bosniens wird eine Aktion gegen die "Häretiker" durch Papst Pius II. beschrieben, wonach "rund zwölftausend getauft wurden".

Das Bogumilentum wird gelegentlich als widerständische und daher sozialreformerische Kirche interpretiert. Auch westliche Autoren bezeichnen sie als "eine der ersten Protestbewegungen gegen das konventionelle Christentum". Der Protest zielte, wie bei vielen der mittelalterlichen Häresien, gegen die Verweltlichung der Kirche, gegen die Machtanhäufung des Papsttums, gegen die Prunksucht, wie sie in den Sakralbauten zum Ausdruck kam, und gegen die volksfremde lateinische Liturgie. Dieser Protest trug sehr widersprüchliche Züge. Einerseits waren seine Anhänger streng gläubig, betrachteten sich als direkte Nachfolger der zwölf Apostel und bezogen viele ihrer geistigen und moralischen Ideale aus dem Urchristentum.

Andererseits entwickelte die Bosnische Kirche sehr großzügige Auffassungen über das Christentum, indem Toleranz und Nächstenliebe betont wurden. Sie kannte keinen beamteten Klerus, ihre geistige Führung lag bei jenen Personen, die sich durch Frömmigkeit, Gelehrsamkeit und Würde hervorgetan hatten. Die Andacht wurde unter freiem Himmel oder in schmucklosen Tempeln abgehalten, da die Kirche der Katholiken als Götzenhaus galt. Die Kinder wurden nicht getauft, weil die Krstjani jeden Gewohnheitsglauben und

Religionszwang verabscheuten. Ähnlich wie die bulgarischen Bogumilen oder die Kroatische Kirche bekämpfte sie die Byzantinisierung und Latinisierung der südslawischen Länder. (9)

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die mittelalterliche Urbanität und das Bogumilentum sind die großen Kulturleistungen des bosnischen Raums. Am städtischen Leben haben verschiedene Kräfte mitgewirkt: Katholische Mönche als Berater der Fürsten und Intellektuelle, im kleineren Maße orthodoxe Geistliche (10), im Handel vorwiegend Kaufleute aus dem Adria-Raum, im Bergbau deutsche Immigranten. Während die Stadtentwicklung, etwas zeitverzögert, der westlichen Entwicklung folgt, hat sich eine eigene Geisteswelt im Widerstand zu den großen kulturellen Zentren des Mittelmeerraumes, Rom und Byzanz, herausgebildet. An diese Kultur erinnern heute noch die Bogumilengräber in Mittelbosnien, die stecci, hohe schlanke Grabsteine mit eingemeißelten Inschriften in der Bosantica, einer Mischung aus Kyrillisch und Latein. Zahlreiche Dichter haben sich von den Sprüchen auf diesen steinernen Zeugen inspirieren lassen, darunter auch die beiden wichtigsten zeitgenössischen Lyriker Serbiens, Vasko Popa und Miodrag Pavlovic, (11) sowie eine Reihe bosnischer Dichter, insbesondere Mak Dizdar, der Mentor der zeitgenössischen bosnischen Lyrik.

Mak Dizdar:

WEGE

Deine Absicht ist es, daß es mich nicht gibt

Und um jeden Preis gehst du auf mich zu. Und im Sturm

Lachend und weinend

Fegst du

Alles vor dir

Und vernichtest

Deine Absicht ist es, mich um jeden Preis zu vertilgen

Aber den wahren Weg zu mir

Findest du

Nimmer

.....

Du weißt nichts über Wege auf meiner Landkarte

Du weißt nicht, daß der Weg von dir zu mir

Nicht derselbe ist wie der Weg

Von mir

Zu dir

.....

Bosnien unter

osmanischer Herrschaft

Über die 400jährige Türkenzeit gehen die Beurteilungen weit auseinander. Das ist allerdings auch ein europäisches Problem; denn "der Osten" ist das europäische Feindbild schlechthin, in dessen Zentrum über Jahrhunderte der Islam stand (und nach dem realsozialistischen Intermezzo wieder steht). Die Legende vom "heldenhaften Abwehrkampf des christlichen Abendlandes gegen den grausamen Ansturm der muselmanischen Barbaren" ist von Generation zu Generation weitergegeben worden und in unzähligen literarischen Dokumenten festgehalten. Erst die jüngere Historiographie hat begonnen, sich um ein differenzierteres Urteil zu bemühen.

Ebenso voreingenommen sind Bemühungen islamischer Historiker, die osmanische Herrschaft nur von ihren positiven Seiten her zu betrachten und vor allem nur die religiöse Toleranz, das effiziente Staatssystem und die Entfaltung der urbanen Kultur zu betonen. Denn die innere Dynamik des Reiches bestand in der militärischen Expansion; die hohen Kosten des sich aufblähenden Staatsapparats konnten nur durch Eroberungen gedeckt werden.

Läßt man einmal die Ideologisierungen beiseite ("Kreuz gegen Halbmond", materialisiert in den Kreuzzügen und in der islamischen Gegenbewegung), so stellt sich Europa im 14. und teilweise noch im 15. Jahrhundert als ein Kontinent in der Krise dar: Politisch zersplittert und untereinander verfehdet, können sich die europäischen Mächte gegen die türkische Offensive nicht einigen. Wohl enthält diese Krise alle Elemente für den nachfolgenden enormen Aufschwung des Westens, doch überzieht sie den Kontinent zunächst mit einer Welle von Gewalt und Zerstörung. In dynastischen Kriegen werden die Grundlagen absolutistischer Reiche gelegt, Religionskriege spalten Europa, Bauernkriege bringen die soziale Frage verschärft aufs Tapet, und seit dem 15. Jahrhundert stürzen die Resultate der überseeischen Eroberungskriege alte politische und ökonomische Ordnungen um. In diesem Kontext nimmt sich die osmanische Offensive mit ihrem Höhepunkt in der ersten Hälfte des 16. und ihrem Rückschlag in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts fast bescheiden aus.

Zurück nach Bosnien. Seine Eroberung erfolgte Stück um Stück, nachdem zuvor schon viele Gebiete vom osmanischen Reich abhängig waren. Eine Reihe von Gründen haben dazu beigetragen, daß Bosnien - im Gegensatz zu Serbien, Makedonien oder Bulgarien - ein spezifisches Profil erhalten hat. Für die orthodoxen Gläubigen etwa in Serbien oder Bulgarien spielte sicherlich eine Rolle, daß die Osmanen ihr altes Zentrum Byzanz erobert und zum neuen geistlichen Sitz des Islams umfunktioniert hatten. (12) Auch war der Widerstand der Fürsten dieser Regionen entschiedener, während sich die Eroberung Bosniens fast ein Jahrhundert hinzog und sich einige Fürsten freiwillig unterwarfen. Speziell für Bosnien mag auch zutreffen, daß die römische Kirche erst massenhafte Missionen durchgeführt hatte, die Missionierten jedoch beim türkischen Vordringen ihrem Schicksal überließ; gerade die bosnischen Katholiken erwiesen sich in großer Zahl als "Überläufer" zum Islam.

Dazu kam, daß die Türken an Bosnien großes strategisches Interesse hatten. Hinter den lange und heiß umkämpften Gebieten von Südkroatien, Syrmien, Nordserbien, dem Banat und der Backa gelegen, wurde es zu einem Bollwerk gegen Europa ausgebaut. Die Gründung von Bosna Saraj (dem heutigen Sarajevo) 1440 durch Isa ben Ishakovic, der Ausbau der urbanen Zentren, insbesondere Travniks, Mostars und Banja Lukas entsprachen diesem Zweck. "Im Verlauf des 16. Jahrhunderts verdoppelte sich die Einwohnerzahl der osmanischen Balkanstädte." (13)

Schon diese Entwicklung widerlegt das Klischee von einem ruinösen Niedergang des Balkans unter den Osmanen. Dieses Wachstum war begründet auf der Entfaltung von Handel und Gewerbe, an der die osmanischen Herrscher interessiert waren. "Die militärische Verwaltung in den besetzten Ländern wurde durch eigene Repräsentanten (Militär, Beamtenschaft) durchgeführt und von ihnen getragen; damit das System jedoch (...) auch ökonomisch funktionieren konnte, benötigte man die einheimischen Arbeitskräfte." (14)

Während also für Funktionen im absolutistischen und theokratischen Staatsapparat der Islam bedingungslose Voraussetzung war, galt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die kulturellen und religiösen Belange der Bevölkerung weitreichende Toleranz. Miroslav Krleza, einer der bedeutendsten Schriftsteller Jugoslawiens, bemerkte zu dieser Epoche im orientalischen Europa: "In dieser Zeit ist Bosnien etwa im Vergleich zu Kroatien ein dicht besiedeltes Land. Es ist eine Verwaltungseinheit, die als solche drei Jahrhunderte währt. Dort gibt es Kirchen, Straßen mit Läden, Türkische Bäder, Brücken und Moscheen. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts bekommt Sarajevo die erste Wasserleitung (...) Dort werden Bücher geschrieben, es gibt die Alhamijado-Literatur, von der heute niemand etwas weiß. Es gibt theologische Hochschulen. (...) In Bosnien lebte zu dieser Zeit ein ganz anderer Typus Mensch. (...) Menschen reisen, kommen aus Kairo zurück nach Sarajevo, fahren wieder nach Kairo, besuchen die Universität in Istanbul, kommen von dort zurück. Der Bosnier studiert Medizin, Astronomie, Mathematik. (...) Sarajevo hat im 16. Jahrhundert seine Medresse, sie ist in gewissem Sinne eine juristische und eine theologische Fakultät. Aber wir wissen nichts davon oder wollen davon heute nichts wissen." (15)

Der bis etwa Mitte des 17. Jahrhunderts prosperierenden Entwicklung kam auch ein flexibles Rechtswesen zugute. Verschiedene Regelungen aus dem regionalen Gewohnheitsrecht wurden in die Scharia, das islamische Recht, übernommen. Bosniens Sonderstellung im Osmanenreich drückte sich auch darin aus, daß es die einzige Verwaltungseinheit war, für deren Militärschicht ein Erbrecht galt. Schließlich wurde das abendländische Lehenssystem durch die feudale osmanische Agrarordnung abgelöst und die Leibeigenschaft aufgehoben; der Bauer konnte mit Zustimmung seines sipahi (Grundbesitzer mit Militärverpflichtung) sein Bebauungs- und Nutzungsrecht verkaufen.

"Ein nahezu unaufhörlich in Kriege verwickeltes Volk, wie es die bosnischen Grenzler waren, konnte naturgemäß aus sich keine überragenden kulturellen Leistungen hervorbringen", schreibt Smail Balic. (16) Dieser islamische Autor, der ansonsten stets die Toleranz und das hohe Ethos des Islam beschwört, räumt, wohl ungewollt, den scharfen militaristischen Charakter des osmanischen Staates ein. Der hohe Blutzoll der islamisierten Bevölkerung Bosniens bewirkte große Migrationsbewegungen; sei es, daß entvölkerte Gebiete neu besiedelt wurden, sei es, daß die Grenzsicherungen aus anderen Populationen des Balkans aufgefüllt wurden. Die Zahl der Katholiken schrumpfte - erst durch den massenhaften Übertritt zum Islam, später, ab Ende des 17. Jahrhunderts, im Gefolge der österreichischen Feldzüge, bei denen sich fast alle Katholiken Nord- und Zentralbosniens dem Habsburger Expeditionskorps anschlossen. Dagegen wuchs der Anteil der serbisch-orthodoxen Bevölkerung und überholte im 19. Jahrhundert den muslimischen Anteil. Nach der Vertreibung der sephardischen Juden aus Spanien und Portugal (Ende des 15. Jahrhunderts) siedelte auch eine starke jüdische Kolonie in Bosnien; am Vorabend des Zweiten Weltkriegs lebten noch rund 15.000 Juden in Sarajevo.

Die Vielfalt des bosnischen Lebens hat ihren Niederschlag sehr deutlich in der Literatur des Landes gefunden. Seitens serbischer Literaturwissenschaftler gibt es allerdings die Tradition, die Eigenart der bosnischen Literatur zu leugnen und sie der serbischen zuzuschlagen. Vuk Karadzics Zuordnungen wurden bereits erwähnt. In der Enciklopedija Jugoslavije, einem Standardwerk, schreibt Salko Nazecic, während der Rückständigkeit der türkischen Zeit sei bloß eine religiös begrenzte, inhaltlich leere und moralistische Literatur entstanden, die eher eine Form des Alphabetismus sei. (17) In der Literaturgeschichte von Barac wird die bosnische Literatur überhaupt nicht erwähnt - was dazu führt, daß der bosnische Dichter Ivo Andric, kroatischer Herkunft, der serbischen Literatur zugeordnet wird, vermutlich weil er in seiner Jugend eine nationale serbische Bewegung unterstützte. (18)

Die Sammlungen der ausgebrannten Sarajlijer Bibliothek haben Dokumente verschiedener Epochen enthalten. Älteste katholische theologische Literatur war dort ebenso zu finden wie die Texte der Bogumilen, die erst Mak Dizdar in den 60er Jahren ausgewertet hat. Eine durchgehende Tradition hat das slawisch-christliche Volkslied, dessen serbische, wie auch kroatische Variante die Helden des Widerstands gegen die Osmanen besingt; bereits im 17. Jahrhundert taucht hier das Thema des Befreiungskampfes auf. Daneben entwickelte sich auch eine muslimische Heldendichtung. Ein anderer Zweig ist eine umfangreiche Bildungs- und Aufklärungsliteratur in türkischer, arabischer und persischer Sprache. Unter dem Einfluß der islamischen Literatur entstanden auch eine Balladen- und Romanzendichtung, sowie die bosnische Sewdalinka (von türk. sewda - schwarze Melancholie), eine vorwiegend amouröse Lyrik, teils lustig, teils traurig, wobei jedes Lied seine eigene Melodie hat. Ebenso wurde die Divan-Dichtung, eine alte islamische Tradition, gepflegt. Eine Besonderheit stellt schließlich die Alhamijado-Dichtung dar, Literatur in arabischer Schrift, aber in bosnischer Sprache.

Die Falle des Nationalismus

Mitte des 17. Jahrhunderts setzte der Niedergang des Osmanischen Reiches ein. Während Europa sich deutlich vom Mittelalter absetzte, blieb Istanbul statisch, dem Mittelalter verbunden. Der Aufschwung der Wissenschaften und die neuen, gewaltsam erschlossenen Ressourcen verliehen dem Westen eine Dynamik, mit der der reformfeindliche Orient nicht mithalten konnte. Die osmanische Niederlage gegen die Habsburger im Krieg 1683-1699 leitete den Zerfallsprozeß ein, der sich im 19. Jahrhundert rapid beschleunigte. In dieser letzten Phase der osmanischen Herrschaft "entschied sich bei den christlichen Untertanen in Bosnien-Herzegowina die moderne nationale Zugehörigkeit: Katholiken fühlten sich als Kroaten, Orthodoxe als Serben. Die Muslime betrachteten sich dagegen als Teil des - übernationalen - osmanischen Reichsvolkes." (19) Während sich bei Serben und Kroaten ein Nationaldenken herausbildete, beeinflußt von den Slawismen der romantischen Philosophie, das den Befreiungskampf gegen Wien und Istanbul propagierte und die

Gründung eines südslawischen Einheitsstaates bezweckte, blieb Sarajevo, das muslimische Zentrum, gegenüber allen nationalistischen Regungen indifferent - zu vielfältig ist das kulturelle Profil. Der bosnische Schriftsteller Dzevad Karahasan bezeichnet die Stadt als einen Ort, "an dem sich die verschiedenen Antlitze der Welt in einem Punkt sammeln".

Seit dem 16. Jahrhundert sind hier die Angehörigen von vier großen monotheistischen Religionen vertreten. Neben Kroaten und Serben ließen sich italienisch sprechende Dalmatiner nieder, toskanische und venezianische Mönche, Ungarn, Griechen, Deutsche, Roma, Walachen, Uskoken, Albaner, Araber, Türken, Levantiner, Sepharden, später auch ashkenasische Juden (Ashkenas = Deutschland; gemeint sind jedoch die west-, mittel- und osteuropäischen Juden). Sie alle brachten ihre Sprachen und Gebräuche mit und bildeten ein kompliziertes ethnisches, religiöses, kulturelles und soziales Geflecht. Völlig unterschiedliche Elemente trafen hier auf kleinstem Raum aufeinander, kontrastierten sich gegenseitig und kommunizierten miteinander. Undenkbar, daß es beim bloßen Nebeneinander blieb; so sind etwa in den kroatischen und serbischen Sprachgebrauch rund 7.000 türkische Fremdwörter eingeflossen.

Karahasan spricht von einem "dramatisch konstituierten Kultursystem", das auf Dynamik und Pluralismus baut. Für die nationalistischen Kräfte in Kroatien und Serbien war dieses kosmopolitische Konglomerat ein Dorn im Auge; weder der illyristische noch der panserbische Jugoslawismus räumte dem slawo- und albanomuslimischen Element Eigenständigkeit ein. Im Staat der Serben, Kroaten und Slowenen nach dem Ersten Weltkrieg wurde Bosnien in Einflußsphären aufgeteilt, durch die Verwaltungsreform während der Königsdiktatur dominierte die serbische Seite, im Zweiten Weltkrieg wurde es dem faschistischen Vasallenstaat Kroatien zugeschlagen.

Erst mit der Föderalismuskonzeption der jugoslawischen Kommunisten verbesserte sich die Lage Bosniens, es bekam den Status einer Republik, die Muslime wurden als eigene Nationalität betrachtet. Das mag merkwürdig erscheinen, da der Begriff "Muslim" keine Nations-, sondern eine Religionszugehörigkeit benennt. Offensichtlich hatte man auf einen rasch fortschreitenden Prozeß der Entkonfessionalisierung gesetzt. Ebenso merkwürdig erscheint auch, daß sich Atheisten weiterhin als Muslime bezeichnen. Doch muß man die reale Entwicklung der letzten fünfzig Jahre in Betracht ziehen: Das alte ganzheitliche System des Islams von religiöser, politischer und kultureller Einheit ist in Auflösung begriffen; nur noch eine Minderheit der Sarajlijer Muslime ist religiös, am ehesten taugt "muslimisch" noch für die Kultur.

Diese wiederum befindet sich seit den 60er Jahren in einem deutlichen Aufschwung. Die Öffnung zum Westen hat eine ungeahnte Formenvielfalt hervorgebracht. In der Literatur wurden die verschiedenen traditionellen Ansätze für "den Sprung in die Moderne" genutzt. Der grundlegende Aspekt für ihre Entwicklung ist, so der bedeutendste bosnische Literaturtheoretiker Midhat Begic, der Brückenschlag "vom Lokalkolorit zur universellen Note". (20) Den Grundstein legten "die großen alten Männer", der Nobelpreisträger Ivo Andric, Tin Ujevic und Mesa Selimovic. An sie knüpfte eine Nachkriegsgeneration an, die in die verschiedensten Richtungen experimentierte. Der Bogen spannt sich von der traditionell realistischen Prosa eines Nenad Radanovic bis zum Hyperrealismus eines Marko Vesovic, vom historischen Roman eines Camil Sijaric zur Prosa à la Borges eines Irfan Horozovic, vom alten Historiendrama eines Dusko Andjic zum Anti-Drama eines Nedzad Ibrisimovic, oder, im Werk ein und desselben Dichters, nämlich Abdulah Sidran, vom herkömmlichen Erzählgedicht zur muslimisch-modernen Lyrik.

Hier befand sich eine Gesellschaft und ihre Kultur im Aufbruch. Die Zeichen zeigten nach Europa, und völlig hirnverbrannt sind Äußerungen serbischer Politiker, etwa Radovan Karadzic, die Muslime wollten einen fundamentalistischen Stützpunkt errichten. Mit dem eingangs erwähnten Memozid, mit der systematischen Zerstörung von Kultstätten und Baudenkmälern, sind tragende Pfeiler dieser Kultur vernichtet worden. Bosnien ist in einen Friedhof und in eine rauchende Trümmerstätte verwandelt worden, Grabmal einer jahrhundertealten multikulturellen Gesellschaft.

Zwanzig Tage, nachdem die sephardischen Juden den 500. Jahrestag ihrer Ankunft in Sarajevo gefeiert hatten (1992), verließen die meisten Mitglieder der kleinen Gemeinde die Stadt. Den uralten Gruß der jüdischen Diaspora abwandelnd, verabschiedeten sie sich mit: "Nächstes Jahr in Sarajevo ..."

Abdulah Sidran

DIE VORÜBERGEHEN (21)

Den Sepharden auf dem jüdischen Friedhof in Sarajevo
Zuerst verging die Zeit.
Dann überquerten wir Brücke und Straße,
bei der Tankstelle, und hier stand, im Einklang
mit der Vernunft, Rauchen verboten,
dann überquerten wir wieder eine
Straße, am Fuß
des Trebevic, zögernden Schrittes, in Furcht
vor dem Wetterumschlag, einem unverhofften Guß.
Tote Luft. Stein und Schlange.
Vereistes Chlorophyll Toledos.
Espanoles sin patria.
Danach verging die Zeit. Einer sahen
wir dem anderen ins Gesicht, zählten ab, zum
tausendsten Mal. Wie das Herz dieser
Trauer entreißen? Einer fehlte: Jahwe
wird wieder allein sein.
ombre prejado y entelegente,
lavrador publico dija i tarde ...
Dann verfloß die Zeit. Wir stiegen,
die Stufen hinauf, ohne die Tritte zu zählen, bis
an den Steinquader (ruht er hier, der uns fehlt?) -
Jasenovac, Gradiska, Djakovo, Jadovno,
Loborgrad, Auschwitz, Bergen-Belsen, F r i e d e .
Clara, no lloras hija mia,
No temes la fosa fria.
Doch die Zeit lief immer weiter. Unten sonnte sich jetzt
Donna Klara, im Badekostüm, nachlässig
um den Kopf verstreut: die Sonnenbrille, "Elle",
dort die Zigaretten, das Feuerzeug, die kleine Klangdose
aus Japan. Das Herz hat aufgehört zu schlagen.
Moy presto te perdimos
caro padre amoroso
yece con nuestra madre
en eterno reposo.
Diese Welt ist eine Fackel, an beiden Enden entzündet.

So sind wir selbst - Lebende und Tote - immer gleich. Weint

Elohim? Klagt Adonai? Hier mäht schon längst niemand

weder Gras noch Unkraut. Allein blüht die Linde, und allein

reift der Nußbaum. Rein ist selbst die unschuldige Erde.

Madre que non conoce otra justicia

que el perdon ni mas ley que amor.

Schlaft, ihr, die ihr auch den letzten Weg zurückgelegt

habt. Schlaft, die Zeit wird vergehen. Schlaft, es wird keine

Zeit mehr geben. Schlaft, nichts wird es mehr geben, und

es wird sein, als hätte es niemals etwas gegeben.

Schlaft, der Himmel kennt kein Erinnern. Es gibt nur

das Nichts, es gibt das schwarze Loch. DAS NICHTS,

DAS SICH INS SCHWARZE LOCH ERGIESST,

DAS

WÄCHST.

Quellen und Anmerkungen

1) Dzevad Karahasan: Tagebuch der Aussiedlung. Klagenfurt/Celovec, 1993.

2) Juan Goytisolo: Notizen aus Sarajevo. Frankfurt/M., 1993.

3) Siehe Smail Balic: Das unbekannte Bosnien. Köln, 1992, S. 300 ff.

4) Bogdan Bogdanovic: Die Stadt und der Tod. Essays. Klagenfurt/Celovec, 1993.

5) Srecko M. Dzaja: Bosnien-Herzegowina. In: Michael W. Weithmann: Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas. München, 1993, S. 149-175.

6) Ivo Andric: die Brücke über die drina. München (dtv) 4. Auflage 1993 (dt. Erstausgabe 1962)

7) Siehe dazu Jozo Dzambo: Die Franziskaner im mittelalterlichen Bosnien. Werl/Westfalen, 1991.

8) Bogumilen: von Bogumil, dem Begründer einer nach ihm benannten Sektenbewegung in Bulgarien. Siehe dazu Srecko M. Dzaja: Konfessionalität und Nationalität Bosniens und der Herzegowina. München, 1984.

9) siehe dazu S. Balic, a.a.O., S.90 ff. Dieser Autor versucht allerdings, durch ständige Vergleiche mit dem islamischen Gedankengut und den Bektaschi-Derwischtum eine Kontinuität zwischen Bogumilentum und Islam herzustellen; auch die vatikanische Geschichtsschreibung beschuldigt die Krstjani, die türkischen Eroberer als Befreier begrüßt zu haben. Doch sind nach 1945 Dokumente aufgetaucht, denen zufolge die bogumilische Oberschicht vor den Osmanen auf venezianisches Territorium geflüchtet ist.

10) Erst in der osmanischen Epoche, mit der verstärkten serbischen Zuwanderung, überholt die Orthodoxie den Katholizismus in Bosnien.

11) "Bogumilengedichte" sind auch in deutschen Übersetzungen der beiden Dichter enthalten. Miodrag Pavlovic: Gedichte. Frankfurt/M., 1968, und Vasko Popa: Die kleine Schachtel. Gedichte. Klagenfurt/Celovec, 1993.

12) Süleiman der Prächtige (1520-1566) nahm nach dem Tod des letzten Kalifen offiziell den Titel eines "Kalifen des Islams" an; dieser Titel blieb bis 1924 mit dem osmanischen Sultanat verbunden.

13) Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München, 1988, S. 99.

14) Jozo Dzambo, a.a.O., S. 200.

15) Zit. n. Dunja Melcic: Bosnische Tragödie. Teil 2. In: Kommune Nr. 9/1993, S. 55.

16) Smail Balic, a.a.O., S. 159.

17) Enciklopedija Jugoslavije, Bd. 2, Zagreb, 1956, S. 72.

18) Antun Barac: Geschichte der jugoslavischen Literaturen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wiesbaden, 1977.

19) Srecko M. Dzaja, in Weithmann 1993, S. 159.

20) Siehe dazu den Aufsatz von Dragana Tomasevic: Der distanzierte Blick. Eine Skizze zur zeitgenössischen bosnisch-herzegowinischen Literatur. In: Literatur und Kritik, Heft 275/276, Salzburg, 1993.

21) Abdulah Sidran: Insel bin ich, im Herzen der Welt. Gedichte. Klagenfurt/Celovec, 1993.

Anmerkung der Redaktion: Im Typoskript dieses Artikels waren die entsprechenden diakritischen Zeichen (Angaben zur Aussprache) enthalten. Diese Zeichen sind in der obigen Fassung nicht enthalten, da wir nicht über den erforderlichen Schriftfont verfügen.

# 19. Wenn Rot nicht gleich Rot ist. Indigene KritikerInnen des Marxismus und die völkische Sackgasse

Rubrik: Theorie; Nationale Befreiungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:23

Die weltweite Expansion des Kapitalismus und die Unterwerfung von immer mehr Menschen unter das Diktat des Warenaustauschs haben zumindest bisher nicht dazu geführt, alle ethnisch-kulturellen Unterschiede und Besonderheiten tendenziell einzuebnen. Im Gegenteil: ethnische "Identität" und "Differenz" erfreuen sich gerade unter rassistisch benachteiligten und ausgegrenzten Gruppen eines unübersehbaren Comebacks - ob in der Hip-Hop-Musik schwarzer Jugendlicher oder in der Rückbesinnung auf indigene Traditionen im American Indian Movement (AIM) in den USA. Wie antworten MarxistInnen auf diese für viele vielleicht unerwartete Tatsache?

Kann umgekehrt der Marxismus für diejenigen indianischen AktivistInnen von Nutzen sein, die sich in Nordamerika gegen neokolonialistische Unterdrückung und Ausbeutung und die Zerstörung ihrer Kultur wehren? Oder ist der Marxismus ein "ethnozentrisches Dogma, das ... außerhalb seines ursprünglichen europäischen kulturellen Paradigmas konzeptuell wenig nützlich ist" (S. 51)? (1) Oder muß der Marxismus sogar bekämpft werden, weil er "die theoretische (wenn nicht auch die praktische) Vorhut (einer) ‚Entwicklungs`-linie" darstellt, die indigene Gesellschaften der Zerstörung durch den europäischen Industrialismus unterwirft (S. 153)?

Der Bremer Kleinverlag Agipa-Press, der bereits durch mehrere Bücher über revolutionären Widerstand in den USA (vor allem innerhalb der schwarzen Bevölkerung) hervorgetreten ist, hat im vergangenen Jahr eine deutsche Übersetzung des 1983 erschienenen Sammelbandes "Marxism and Native Americans" veröffentlicht. In vierzehn Aufsätzen werden darin von marxistischen bzw. indianischen AutorInnen (indianische MarxistInnen sind keine darunter) Gemeinsamkeiten und Gegensätze zwischen Marxismus und indigener Tradition kontrovers diskutiert. Herausgeber Ward Churchill wollte mit dem Sammelband einen Dialog zwischen den beiden Positionen anregen (siehe auch das nebenstehende Interview).

Die verschiedenen AutorInnen bewerten dabei Ausmaß und Tragweite der Gemeinsamkeiten für einen solchen Dialog recht unterschiedlich. Die marxistischen Aufsätze betonen die Anwendbarkeit des Marxismus (zumindest als Methode) für die Analyse indigener Kulturen und ihres anti-kolonialistischen Widerstands, auch wenn sie selbstkritisch "blinde Flecke" des Marxismus gegenüber außereuropäischen Gesellschaften und Wertesystemen einräumen. MarxistInnen in den USA und AktivistInnen des indigenen Widerstand hätten zahlreiche Gemeinsamkeiten, schreibt beispielsweise Phil Heiple: "Der wichtigste Berührungspunkt (ist) die Wut über die Zerstörung des menschlichen Lebens und der natürlichen Ressourcen, die der westliche Imperialismus anrichtet." Beide "verabscheuen und verachten die Symbole der Warenkultur, mit denen das System legitimiert und die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten gewonnen" werden (S. 252-3).

Indianische Kritik

am Marxismus

Die indianischen AutorInnen sind dagegen weitaus skeptischer, was die Gemeinsamkeiten angeht. Einerseits wünscht sich Ward Churchill, daß "die Marxisten durch eine vorurteilsfreie Teilnahme an den Befreiungskämpfen der Indianer unter den von den Indianern festgelegten Bedingungen viel über sich selbst lernen werden und daß sie mit diesem Wissen ihre eigenen Doktrinen und Traditionen verändern und bereichern können" (S. 276). Er hält für einen solchermaßen theoretisch (und kulturell) erneuerten Marxismus eine Aufgabe bereit: "Die absolute Notwendigkeit, das Wissen aller Kulturen der Welt in einer verstehenden Weltsicht zusammenzubringen, war nie größer als heute. Der Marxismus kann und sollte bei einem solchen Versuch eine wichtige Rolle spielen."

Andere indianische Autoren haben dagegen jede Hoffnung auf ein revolutionäres Potential des Marxismus aufgegeben. So bezeichnet der bekannte frühere AIM-Führer Russell Means in einem zentralen Aufsatz des Sammelbandes den Marxismus als eine neue Version des "ewig alten Liedes" und als "weiteren Ausdruck des

ewig alten europäischen Konflikts zwischen Sein und Haben" (S. 103). Wie der Kapitalismus sei auch der Marxismus "auf den ewigen Erhalt und die Perfektionierung eben des industriellen Prozesses festgelegt, der uns alle zerstört. Sein Angebot besteht nur darin, die Resultate dieses Prozesses ... auf einen größeren Teil der Bevölkerung umzuverteilen... Was sie (Christen, Kapitalisten und Marxisten) wirklich wollen, ist der Fortbestand. Alles, was sie tun, tun sie, damit die europäische Kultur weiterexistieren und sich entsprechend der jeweiligen Notwendigkeiten weiterentwickeln kann" (S. 108-9).

Mit ihrer Kritik an Fortschritts- und Technologie-Gläubigkeit treffen die indianischen AutorInnen unbestreitbar einen wunden Punkt im traditionellen Marxismus. Fortschritt im europäischen Verständnis (so der Vorwurf von Vine Deloria Jr.) sei, "wenn der weiße Mann kommt, um dem Indianer beizubringen, wie man einen Fluß in Brand setzt", wie z.B. 1967 in Ohio, als sich industrielle Abwässer im Cuyahoga River entzündeten (S. 23-4). Allerdings hat die pauschale Verherrlichung der Produktivkraft-Entwicklung inzwischen auch unter weißen Linken nur noch Seltenheitswert. Kritische MarxistInnen stellen bestimmte Technologien schon seit vielen Jahren als "Destruktivkraft-Entwicklung" in Frage (spätestens seit den Hochzeiten der Anti-AKW-Bewegung in den USA und Westeuropa in den siebziger Jahren).

Auch am orthodox-marxistischen Geschichtsmodell von geradezu zwangsläufig aufeinanderfolgenden Gesellschaftsformationen (Urgesellschaft-Sklavenhaltergesellschaft-Feudalismus-Kapitalis-mus-K.o. im Stalinschen Fünf-Stufen-Schema) üben die indianischen AutorInnen berechtigte Kritik (die allerdings ähnlich auch innerhalb der marxistischen Debatte geübt wird). Dieses Modell hatte allenfalls für die historische Entwicklung zum Kapitalismus in Europa Gültigkeit. Außereuropäische Gesellschaftsformationen lassen sich so nicht erfassen, wie auch schon in der marxistischen Diskussion um die "asiatische (oder tributäre) Produktionsweise" erkannt worden ist.

Im orthodoxen Modell befinden sich außereuropäische nichtkapitalistische Gesellschaften bestenfalls in einer historischen Sackgasse und warten nur darauf, vom Kapitalismus "erschlossen" zu werden. "Begriffe wie 'primitiv', 'vorkapitalistisch', 'unterentwickelt' etc. sind ... rassistische und arrogante Begriffe" werfen Dora-Lee Larson und Ward Churchill marxistischen TheoretikerInnen vor (S. 157). Aus marxistischer Sicht, so Churchills Vorwurf, sind "die indigenen Völker Nordamerikas für den Verlauf der Weltgeschichte nicht bedeutsam, sie geben auf der Bühne der Weltrevolution eine Nebenvorstellung, sie sind rückwärtsgewandt ... Als Menschen und als ganze Kulturen waren die amerikanischen Indianer vom marxistischen Denken abgeschrieben worden" (S. 45-46).

Auch die Anwendung des marxistischen Klassenbegriffs auf indianische Gesellschaften ist fragwürdig. Verhältnisse wie Verwandtschaftsbeziehungen und Religion/Spiritualität lassen sich in diesen Gesellschaften nicht nur als "Überbau-Phänomene" beschreiben, sondern gehören durchaus zur "Basis" indianischer Produktionsverhältnisse - eine Einsicht, die die herkömmliche marxistische Aufspaltung von Basis und Überbau überhaupt in Frage stellt.

Die indianischen KritikerInnen werfen Fragen auf, an denen keine gründliche inner-marxistische Diskussion mehr vorbei kann. Dies gilt auch für zahlreiche andere Themen, die im Sammelband mehr oder weniger ausführlich diskutiert werden: marxistische Kulturtheorie, Dialektik (im Vergleich mit Metakuyeayasi, der Spiritualität der Lakota), Entfremdung, Sozialisation, Eurozentrismus, etc. Für den Marxismus kommt es tatsächlich darauf an, nicht zum Katechismus zu erstarren, sondern, wie Churchill schreibt, "eine Praxis zu begründen, die den Test erfolgreich besteht: den in Europa traditionell vorhandenen intellektuellen und physischen Imperialismus in einer multikulturellen Welt abzubauen" (S. 94).

"Natürlich"

statt "synthetisch"?

Ein anderes Thema, das sich durch alle indianischen Aufsätze des Sammelbandes zieht, erscheint mir dagegen höchst problematisch: die Gegenüberstellung von "natürlichen" und "synthetischen" Gesellschaften. "Natürlich", schreibt z.B. Winona LaDuke, waren die traditionellen indianischen Gesellschaften in dem Sinn, "daß sie in Übereinstimmung mit der Natur und der natürlichen Umgebung funktionierten, buchstäblich als Teil davon". Nach der europäischen Invasion trennte sich dann "die sich entwickelnde technologische Gesellschaft immer mehr von der Natur ab, wurde immer synthetischer" (S. 30-31).

Wohlwollend betrachtet spiegeln sich hier das Gefühl der Entfremdung in der kapitalistischen Warenkultur und eine Empörung gegen den rücksichtslosen Raubbau an der Natur durch das Kapital wider - Empfindungen, die auch uns ak-LeserInnen bekannt sein dürften. Allerdings kommt bei LaDuke und den anderen indianischen AutorInnen noch ein weiterer Aspekt hinzu: die Vorstellung, daß Gesellschaftsordnungen, Kulturen, Spiritualität, etc. direkt mit dem Land verwurzelt sind, bzw. sein sollten.

Der Begriff "land-based cultures", der im Sammelband häufig für indigene Kulturen (übrigens auch für die baskische und irische Autonomiebewegung) verwendet wird, meint nicht etwa nur "Kulturen auf landwirtschaftlicher Grundlage", sondern hat eine spirituelle Bedeutung. So schreibt Frank Black Elk, daß "die spirituellen Traditionen wahrscheinlich aus so etwas wie der Geographie, in der sie entstanden, hervorgegangen sind und davon weitergeführt wurden; sie sind in manchen Gegenden wahrhaftig landeseigen und die einzige Form von Spiritualität, die zu diesen Gegenden paßt" (S. 210). Selbst ein Marxist wie Bob Sipe ist vor solcher Verklärung indigener Nationen nicht gefeit; er sagt: "Die Suche nach Befreiung ist die Suche nach der verlorenen Einheit, die unsere Zukunft beseelen soll" (S. 165). Spiritualität wiederum wird als Kern der indigenen Kulturen verstanden. EuropäerInnen und Euro-AmerikanerInnen sind "ent-kulturalisierte Wesen", so Ward Churchill im nebenstehenden Interview, weil sie kein Gefühl haben, "im Land verwurzelt zu sein".

Nach dieser Auffassung kann der Marxismus schon allein deshalb nicht auf indianische Kulturen angewendet werden, weil er aus einem anderen geographischen Raum stammt. Nur mit Verwunderung nimmt Churchill deswegen zur Kenntnis, daß die cubanische Revolution, sowie die Black Panther Party, die Young Lords und die Brown Berets (Organisationen militanter und meist jugendlicher Schwarzer, Puertoriquenos/as und MexikanerInnen in den USA Ende der 60er Jahre) sich alle auf eine "importierte Ideologie" wie den Marxismus beriefen (S. 42).

In seinem 1992 verfaßten Vorwort zur deutschen Ausgabe wendet sich Churchill gegen die imperialistische "Neue Weltordnung" des George Bush als "einheitliches planetarisches System staatlicher Kontrolle, die extremste Form der Künstlichkeit und Repression." Dagegen hofft er, "daß sich die menschliche Gesellschaft neu strukturiert, und zwar in überschaubare, bio-regional definierte und völlig natürliche Komponenten" (S. 17). Auch Jugoslawien (Churchill setzt das Wort in Anführungszeichen!) sei ein "künstlich geschaffenes Staatsgebilde" gewesen; dessen Auflösung beschreibt er als einen "Prozeß der Rückbesinnung auf nationale Rechte" (S. 13). Die nationale Frage betrachtet er weltweit als "primären Widerspruch" (s. nebenstehendes Interview).

Eine Gegenüberstellung von "natürlichen" und "künstlichen" Kulturen nehmen nicht nur die indianischen AutorInnen des Sammelbandes vor. Auch die europäische Aufklärung des 18. Jahrhunderts konstruierte solche Gegensätze: Natur gegen Zivilisation, Körper gegen Vernunft, Unmündigkeit gegen Freiheit, privat gegen öffentlich. Dabei wurde der jeweils erste Begriff eher negativ bewertet (und Frauen und Nicht-Europäern zugeordnet) und der jeweils zweite Begriff (also angeblich die Welt weißer Männer) wurde positiv bewertet. Die indianische Kritik am Eurozentrismus verwendet also dieselbe Gegenüberstellung (natürlich - künstlich) und vertauscht nur die Bewertung. Auch die Konstruktion von biologisch definierbaren Menschenrassen wird übernommen: "Vier Rassen der Menschheit. Vermischt man Rot, Gelb, Weiß und Schwarz miteinander, so erhält man Braun, die Farbe der fünften Rasse. Das ist die natürliche Ordnung der Dinge" (S. 114).

Aber auch schon bei dem französischen Philosophen Rousseau findet sich diese andere Bewertung: das Bild des "edlen Wilden", der noch im Naturzustand und unverdorben durch die korrumpierende Zivilisation existiert. Die deutsche Romantik griff Anfang des 18. Jahrhunderts ähnliche Gedanken auf und stellte eine angeblich "natürliche" deutsche Volksseele der "künstlichen" französischen Rationalität gegenüber. Heute ist es die nationalrevolutionäre Neue Rechte, die solche Gegensatzpaare konstruiert: einerseits wird z.B. von einer "deutsch-russischen Seelenverwandtschaft" geschwärmt, andererseits besteht der Hauptfeind aus dem "kulturlosen", von den USA dominierten westlichen Liberalismus und Kosmopolitanismus (siehe z.B. AK 362, S. 12 oder AK 355, S. 36-37).

Wer zwischen "natürlichen/organischen" und "künstlichen/synthetischen" Gesellschaften unterscheidet, landet meines Erachtens zwangsläufig bei völkisch-neurechtem Gedankengut. Churchills Forderung im nebenstehenden Interview, deutsche Linke müßten sich auf ihre "indigene teutonische Vergangenheit" besinnen, ist dafür ein anschauliches Beispiel. Dagegen hilft nur ein Verständnis, daß alle Kulturen (auch die

indianischen), daß alle sozialen Verhältnisse von Menschen gestaltet sind - und entsprechend veränderbar sind.

Trotzdem: Kritische Solidarität

Ungeachtet dieser Kritik verdienen indigene Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen die Zerstörung ihrer Kultur und die Ausplünderung ihrer natürlichen Ressourcen durch multinationale Konzerne selbstverständlich die Solidarität hiesiger Linker. Eine konkrete Forderung ist die nach der sofortigen bedingungslosen Freilassung aller politischen Gefangenen wie z.B. des AIM-Aktivisten Leonard Peltier, der trotz einer äußerst zweifelhaften Beweislage vor 17 Jahren für seine angebliche Beteiligung an einem Schußwechsel auf der Pine Ridge Oglala Reservation verurteilt wurde, bei dem zwei FBI-Beamte ums Leben kamen.

Für hiesige UnterstützerInnen stellt sich dabei die Frage, wie mit den oben genannten weltanschaulichen Widersprüchen umgegangen werden kann. Nationalismus spielt bei diskriminierten und ausgegrenzten Gruppen offensichtlich eine andere Rolle als in der deutschen Linken - dies gilt auch für die von Ward Churchill vorgetragenen Ansichten über indigene Kulturen und teutonische Traditionen. Bei unübersehbaren Meinungsverschiedenheiten einander "einfach in Ruhe zu lassen", ideologische Überschneidungen zwischen den Diskursen rassistisch unterdrückter Minderheiten und neurechter Eliten einfach achselzuckend hinzunehmen, kann keine glaubwürdige Alternative für eine Solidaritätsbewegung sein, die ihr Gegenüber ernst nehmen will. Für europäische Linke kommt es darauf an, politische Solidarität und kritische inhaltliche Auseinandersetzung miteinander zu vereinbaren. Auch für uns gilt Churchills Schlußwort: "Wenn die Befreiungskämpfe des indigenen Amerika scheitern, während die Linke untätig daneben steht und über die ‚richtigen Linien` und die ‚sozialen Prioritäten` diskutiert, wird - vielleicht für immer - eine wichtige Chance vertan worden sein, dem kapitalistischen Prozeß in Amerika Grenzen zu setzen" (S. 276).

Michael Hahn

Anmerkung:

1) Alle Seitenzahlen beziehen sich auf das besprochene Buch.

Ward Churchill (Hrsg.): Das Indigene Amerika und die marxistische Tradition. Eine kontroverse Debatte über Kultur, Industrialismus und Eurozentrismus. Bremen 1993 (Agipa-Press), 285 Seiten, DM 32,-

Die Arroganz der eurozentristischen Perspektive

Interview mit Ward Churchill vom American Indian Movement

Im Mai 1993 machten Ward Churchill und drei weitere VertreterInnen des American Indian Movement (AIM) eine Informations-Rundreise durch die BRD. AIM entstand 1968 als militante Bürgerrechts- und Unabhängigkeitsorganisation von indianischen AktivistInnen in den USA. Churchill stammt von Creek und Cherokee ab, ist führendes Mitglied von AIM Colorado und unterrichtet an der University of Colorado "American Indian Studies". Er gilt als einer der wichtigsten indianischen Schriftsteller und Intellektuellen in den USA und hat zahlreiche Bücher und Zeitschriftenaufsätze veröffentlicht. Das folgende Interview führte Michael Hahn während der Rundreise anläßlich des Erscheinens des von Churchill herausgegebenen Sammelbandes "Das indigene Amerika und die marxistische Tradition" (Agipa-Press Bremen, 1993; engl. "Marxism and Native Americans", 1983).

Michael Hahn: Was war Deine Absicht, als Du vor über zehn Jahren das Buch "Marxism and Native Americans" zusammengestellt hast?

Ward Churchill: Wir wollten einen Dialog einleiten. Auf der einen Seite wollten wir uns gegen die Annahme von manchen Linken wehren, daß AIM selbstverständlich eine marxistisch orientierte nationale Befreiungsbewegung sei, nur weil wir in Opposition zur kapitalistischen U.S.-Regierung standen, und weil wir Begriffe wie Kolonialismus und Entkolonisierung verwendeten. Das hat nicht gestimmt. (...) Eines der Themen der indianischen AutorInnen des Buches war, daß es für indigene Völker kaum einen Unterschied gibt zwischen reaktionärem Kapitalismus und angeblich revolutionärem Kommunismus, die beide vom Westen abstammen, sondern daß es andere Alternativen für uns gibt. Diese stammen aus unseren eigenen Traditionen. Dies ist es im Grunde, worum unser Kampf geht. (...)

Gleichzeitig wollte ich MarxistInnen die Gelegenheit einräumen, zu erklären, warum wir ihrer Ansicht nach marxistisch orientiert sein sollten, und warum der Marxismus ein brauchbarer ideologischer Rahmen sein soll, in dem wir unseren Kampf definieren und beschreiben könnten. Das konnte natürlich niemals eine abgeschlossene Diskussion, sondern nur ein Anfang sein. Mehrere marxistische Richtungen und indigene Stimmen wurden in dem Buch nicht berücksichtigt. (...)

Die Nationale Frage

als Hauptwiderspruch?

In Deinem Vorwort zur deutschen Ausgabe hast Du 1992 unter dem Titel: "Das (Wieder-) Erstehen der ‚Vierten Welt`" geschrieben, daß die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen, daß die Nationale Frage sich sozusagen als Hauptwiderspruch (um einen marxistischen Begriff zu verwenden) weltweit wieder geltend mache.

Genau. Der Testfall dafür war Nicaragua. Unsere Position dazu war: solange die indigene Nationale Frage nicht gelöst ist, wird es keine weitere erfolgreiche Revolution in unserer Hemisphäre geben. Wenn linke RevolutionärInnen sich zu diesem Thema nicht zufriedenstellend verhalten, werden sie keinen Erfolg haben. Punkt. Denn für uns ist es nicht besser einer marxistischen Revolution unterworfen zu sein als einer kapitalistischen Gesellschaft. Wir suchen nicht nach dem "kleineren von zwei Übeln".

Die Revolution in Nicaragua hätte gelingen können. Aber sie wurde verschenkt wegen eines dogmatischen Festhaltens an der Autorität des Zentralstaats durch Tomas Borge and ein paar andere selbsternannte marxistisch-leninistische "Hardliner", die den Gedanken vehement ablehnten, daß "rückständige" Völker wie die Miskitos irgendeine Autonomie von Bedeutung ausüben könnten. Das sandinistische Militär wurde dann eingesetzt um den Wunsch nach Selbstbestimmung zu unterdrücken, den Miskitos, Sumu und Rama und die Creole-Bevölkerung an der Atlantikküste geäußert hatten.

Das Ergebnis davon war (...), daß sich die Sandinisten nicht nur gegen den "Low Intensity War" der CIA verteidigen mußten, sondern auch mit dem bewaffneten Widerstand der Indianer an der Atlantikküste fertig werden mußten. (...) So haben sich die Sandinisten selbst besiegt, und das nur, weil sie sich vehement geweigert hatten, den Indianern das Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen, das selbst Lenin als Grundrecht aller Völker anerkannt hatte.

Diese Dynamik zeigt sich noch deutlicher in Peru, wo Sendero Luminoso für den Sturz der Fujimori-Regierung kämpft. Peru ist wichtig, weil die indigene Bevölkerung des Anden-Hochlands etwa 20 Millionen Menschen zählt. Diese Bevölkerung wird Senderos Vorgaben zurückweisen - in der Tat hat sie diese schon seit einiger Zeit zurückgewiesen - und es wird unmöglich sein, diese Bevölkerung als "marginalen Gesichtspunkt" herunterzuspielen, wie viele linke Kreise es mit den Miskitos, Sumu und Rama gemacht haben.

Ich erwarte, daß die erste wirkliche indigene Revolution in den Amerikas (1) im peruanischen Hochland und den angrenzenden Gebieten von Ecuador, Kolumbien, Bolivien und Brasilien geschehen wird. Dann werden wir die Konsolidierung der ersten wirklich unabhängigen indianischen Nation des "modernen Zeitalters" erleben. Aus meiner Sicht wird das eine fundamentale Veränderung bedeuten, vergleichbar mit dem Zusammenbruch des Ostblocks oder der Kapitalisierung von China. Und ich habe ein Gefühl, daß das nicht allzuweit in der Zukunft liegen wird.

Man muß das Phänomen betrachten, das Bernard Neitschmann in seiner Untersuchung aller bewaffneter Konflikte von nennenswerter Größenordnung im Jahre 1988 beschrieben hat. (2) Er hat die Bestandteile dieser Konflikte untersucht, wer die AkteurInnen waren, was die Inhalte waren. Er hat herausgefunden, daß etwa 85% aller Feindseligkeiten in der Welt zu diesem Zeitpunkt Konflikte zwischen indigenen Völkern auf der einen Seite, die in einem oder mehreren Nationalstaaten eingeschlossen waren, und diesen Nationalstaaten auf der anderen Seite waren. Das zeigt recht deutlich, daß die Nationale Frage der primäre Widerspruch in allen Kämpfen um die Veränderung von Machtverhältnissen ist. Konkret hat das mit dem Selbstverständnis von Nationalität durch indigene Völker zu tun und mit den Kämpfen für echte Selbstbestimmung in diesem Zusammenhang.

Mir erscheint es so, als ob Du mit Deiner Sichtweise der Nationalen Frage dasselbe machst, was Du dem Marxismus vorwirfst: Du verallgemeinerst einen bestimmten Widerspruch. In Deinem Vorwort zur deutschen

Ausgabe z.B. nimmst Du Eure Erfahrungen im Kampf um Entkolonisierung in den Amerikas und stülpst sie anderen historischen Situationen über, wie zum Beispiel der gegenwärtigen Situation in Osteuropa.

Ich denke nicht, daß ich etwas verallgemeinere in der Art, wie es Marx und die Marxisten tun. Ich weise auf eine Vielfalt von organischen Antworten hin, die von einem weiten Spektrum kultureller und umweltbedingter Faktoren stammen, und nicht auf ein "unveränderliches Gesetz der Geschichte". Vereinfacht gesagt, stelle ich eine Vielzahl indigener Traditionen dem monolithischen Modell des industriellen Nationalstaats gegenüber, das Europa in den vergangenen fünf Jahrhunderten exportiert hat.

Ich glaube, daß zum jetztigen historischen Zeitpunkt dieser Gegensatz eine Art universelle Unterdrückung darstellt. Aber abgesehen davon ist der einzige "Universalismus" in meiner Sichtweise, daß es kein universelles Wertesystem gibt, nach dem alle Völker ihre Existenz organisieren können oder sollten. Das hat es nie gegeben und wird es nie geben. Für mich ist schon die Konstruktion eines derartigen "Universalismus" das eigentliche Fundament des Imperialismus, "die Bürde des Weißen Mannes", wie Kipling das genannt hat.

Was ich über den Balkan geschrieben habe: (...) Eine gewisse Form von Ethnonationalismus ist die mögliche Lösung für das Balkan-Dilemma. Die Völker dort müssen die Art von Beziehungen zueinander wiederaufnehmen können, die sie schon vor dem byzantinischen Imperialismus unterhalten haben, wobei man die Veränderungen in den dazwischen liegenden Jahrhunderten mit einbeziehen muß.

Aber wie kann das gehen? Vor 1.500 Jahren gab es doch dort noch gar keine Nationen.

Aber sicher gab es dort Nationen. Sie waren nur nicht als Staaten organisiert.

Vielleicht sollten wir definieren, was wir unter "Nationen" verstehen. Du scheinst mir "Nationen" als zeitlose, ahistorische Einheiten zu betrachten. Aus meiner Sicht hat die Formierung von Nationen, zumindest in Europa, erst vor etwa 300 Jahren begonnen.

Du redest von Nationalstaaten. Das ist etwas ganz anderes. Wir können Stalins Definition heranziehen, die ist an diesem Punkt ganz angemessen: Eine Nation ist ein Volk mit einem definierten oder definierbaren Territorium, einer gemeinsamen Sprache und Kultur, die es ihm erlaubt, sich zu regieren, und eine eigenständige Ökonomie. Offensichtlich gab es schon vor mehr als 300 Jahren Völker in Europa, die diese Kriterien erfüllten. Sie waren Nationen, aber sie waren nicht notwendigerweise staatlich verfaßt. (...) Staat und Nation sind getrennte Begriffe.

Das Ganze wird dadurch noch komplizierter, daß beinahe keine Nationalstaatsgrenzen sich mit dem Territorium einer bestimmten Nationalität decken. Spanien z.B. beansprucht Grenzen, die die Territorien der Euskadi (BaskInnen), KatalanInnen, GalizierInnen und anderer mit einschließen. Der spanische Nationalstaat besteht daher tatsächlich aus mehreren verschiedenen Nationen. Und Spanien ist kein Einzelfall. Es gibt schließlich über 3.000 verschiedene, identifizierbare Nationen auf diesem Planeten, aber weniger als 200 anerkannte Nationalstaaten beanspruchen seine gesamte bewohnbare Fläche. (...)

"Urkommunismus"

und indigene Völker

Wie ist es mit den indigenen Völkern in Amerika? Habt Ihr Euch immer als Nationen verstanden?

Du mußt erst einmal berücksichtigen, daß wir hier eine europäische Wortwahl verwenden. Soweit ich weiß, gibt es in unseren Sprachen keine Begriffe, die sich direkt mit "Nation" übersetzen lassen. Aber was die praktischen Realitäten angeht, die diese Wortwahl beschreiben soll, ist die Antwort "ja". Dies wurde auch von den europäischen Kolonialmächten in Nordamerika anerkannt - und in einem geringeren Ausmaß auch in Zentral- und Südamerika - und zwar durch das Aushandeln und Unterzeichnen von Tausenden von Verträgen. (...) Das belegt, daß wir schon immer Nationen waren, selbst nach der europäischen Definition.

Es gibt auch noch andere Belege. Ein Beispiel: die politische Struktur der USA wurde nach dem Vorbild der Haudenosaunee (Sechs-Nationen-Föderation der Irokesen) entwickelt. Marx und Engels haben das aufgenommen. Ich glaube, es war die Grundlage für ihre Beschreibung des von ihnen sogenannten "primitiven Kommunismus": eine lobenswert egalitäre Regierungsform von Menschen auf einem bestimmten materiellen

Entwicklungsstand. Dies sollte im Sozialismus auf einem "höheren" Entwicklungsstand wieder aufgegriffen werden.

Selbstverständlich haben Marx und Engels den Entwicklungsstand der Sechs Nationen und anderer indianischer Völker zum Zeitpunkt der Ankunft der Europäer völlig mißverstanden. Neben einer erstaunlich entwickelten Regierungsform besaßen die indigenen Völker der "Neuen Welt" die weltweit am weitesten fortgeschrittene Landwirtschaft: zwei Drittel der pflanzlichen Nahrungsmittel, die heute am häufigsten von der Menschheit verzehrt werden, wurden damals in den Amerikas angebaut - und sonst nirgends. Außerdem gab es ein außerordentlich fortgeschrittenes Verständnis von Medizin, Chirurgie, Pharmakologie, Mathematik, Architektur, usw. (...)

Der Gedanke von Marx und Engels war, daß Du über lange Zeiträume Dich selbst entmachten und Deiner Freiheit beraubt werden mußt, um in einer Evolution historischer Stufen schließlich dahin zurückzukehren, von wo Du ausgegangen bist, was politischen Egalitarismus angeht. Das erscheint mir ein bißchen seltsam. Das ist beinahe wie die alte katholische Auffassung von Buße. Du mußt Dich für eine gewisse Dauer einem obligatorischen Leiden unterziehen, bevor Du dann das genießen darfst, was Du vorher eh schon gehabt hast.

Aber auch in der marxistischen Tradition hat es Kritik gegeben an diesem mechanistischen Geschichtsmodell, daß Gesellschaften quasi automatisch und unaufhaltsam vom Urkommunismus über Sklavenhalter-Gesellschaft, Feudalismus und Kapitalismus zum Kommunismus voranschreiten.

Ja, diese Kritik hat es gegeben. Aber selbst unter den aufgeklärtesten marxistischen TheoretikerInnen, denen ich begegnet bin, gibt es diesen zwanghaften Rückgriff auf einen historiographischen Diskurs, der die Grundelemente des mechanistischen Modells wiederholt. Bob Sipe z.B., der einen Essay für das Buch geschrieben hat, hat einmal einen ganzen Abend mit mir darüber gestritten, daß der Begriff "vor-kapitalistisch" keine zeitliche Komponente beinhalte. Ich habe gesagt: "Warum nicht ‚nicht-kapitalistisch` verwenden? Das erscheint weniger deterministisch als ‚vor-`." Aber er hat es einfach nicht begriffen.

Marxismus

und Eurozentrismus

Auf dem Cover der deutschen Ausgabe Deines Buches heißt es sinngemäß, daß die indigenen Kulturen in den Amerikas und die europäischen (oder euro-amerikanischen) Kulturen "gänzlich verschieden" seien. Stimmt das?

Ich habe den Einband-Text nicht geschrieben und hätte es wahrscheinlich nicht so formuliert. Aber auf einer gewissen Ebene stimmt es. Das beste Beispiel dafür findet sich auf den ersten paar Seiten des "Buchs Genesis" in der Bibel. Zuerst kommt die berühmte Aussage, daß der Mensch als Ebenbild Gottes erschaffen und deshalb als die weltliche Verkörperung Gottes anzusehen sei: "Gott auf Erden", wie es hieß. Daraus folgt, daß der Mensch über die Natur herrschen soll, und daß Menschen getrennt von und über der natürlichen Ordnung stehen. Diese Herrschaft ist nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht (...). Am Ende hast Du genau das, was die europäische Auffassung von "Fortschritt" seit Jahrhunderten gemacht hat. Während die theologische Auffassung des Alten Testaments an diesem Punkt schon lange zerbröckelt ist, haben die praktischen, säkularen Aspekte dieser Auffassung die Formierung von europäischer Kultur und europäischem Bewußtsein bis heute geprägt.

Auch den Marxismus?

Selbstverständlich. Wenn Karl Marx hier mit uns sitzen würde, würde er mir zustimmen. Er hat schließlich die produktive Fähigkeit - die Umwandlung der Natur für ausdrücklich menschliche Zwecke - als den Kern der menschlichen Natur definiert. Das ist einfach der christliche Glaube eingewickelt in säkulare Begriffe.

Die indigene Sicht der Dinge (vielleicht gibt es dazu auch Ausnahmen, aber mir sind noch keine begegnet) geht davon aus, daß die Menschheit keineswegs die Verkörperung Gottes auf Erden ist, sondern eben nur eine (Verwandtschafts-)Beziehung (relation) von vielen, die zusammen die natürliche Ordnung ausmachen. Menschen sind integrale Bestandteile des Ganzen und können nicht davon abgetrennt werden. Sie sind nicht dafür zuständig, dieses Ganze zu transzendieren oder umzuwandeln, sondern sein Gleichgewicht und seine Integrität zu bewahren. Das liegt daran, daß indigene Menschen ihre Situation als absolute Abhängigkeit von

der Natur begreifen. Diese Sichtweise führt zu einer Haltung von Bescheidenheit, im Unterschied zu der anmaßenden Arroganz, die in der eurozentristischen Perspektive steckt. (...) Auf dieser Ebene schließen sich die zwei Sichtweisen gegenseitig aus. (...)

Indigene Kulturen sind überall, nicht nur in Nordamerika, organisch in dem Sinn, daß sie sich aus der Landschaft, der Umwelt, dem Klima, usw. herausbilden. Indigenes Wissen und Lebensformen leiten sich direkt ab von dieser Erfahrung und passen sich ihr an. Als die Invasion Nordamerikas begann, gab es einen massiven intellektuellen Aneignungsprozeß. Die Invasoren holten sich die Überlebenstechniken, die sie für das neue Territorium benötigten, direkt von den Völkern, die auf diesem Territorium lebten. Gleichzeitig vernichteten die Invasoren diejenigen, deren Informationen sie brauchten. Deswegen bekamen die Europäer nur bruchstückhafte Informationen und waren unfähig, diese Informationen im Kontext (der ursprünglichen Umgebung) zu sehen (...). Deswegen irren ihre Nachfahren umher wie ein Boot ohne Ruder, drehen sich in großen geistigen Kreisen.

EuroamerikanerInnen und diejenigen Menschen anderer Rassen und Ethnien, die so konditioniert wurden, daß sie sich selbst durch die Linse von Euro-Amerika ansehen, sind Menschen ohne ein echtes Gefühl von einem kulturellen Fundament (without a genuine feeling of cultural grounding). Sie haben eine Sprache, sie haben eine Ökonomie, sie haben eine Regierungsform, sie haben eine riesige physische Kraft. Aber sie erleben sich als ent-kulturalisierte Wesen (deculturated beings), weil sie kein echtes Gefühl ihres Orts haben, kein Gefühl, im Land verwurzelt zu sein oder vom Land gekommen zu sein. Dieses Gefühl können ihnen nur indigene Völker geben.

Worin siehst Du die Aufgabe von europäischen Linken?

Was geschehen muß, ist eine ehrliche Neubewertung der europäischen Geschichte. Insgesamt hat Europa keine Ahnung, woher es kommt und wie es hierher gekommen ist. Ich meine, der "Kontinent" ist keine geographische Realität, sondern - wie Indien - nur ein Subkontinent der asiatischen Landmasse. Aber anders als Indien wurde "Europa" als eigener Kontinent definiert, indem man einfach eine beliebige Linie auf der Landkarte zog. "Europa" ist eine ziemlich junge sozio-kulturelle Erfindung, entstanden in der Zeit Karls des Großen um das Jahr 800.

Warum nimmt diese erst kürzlich synthetisierte sozio-kulturelle Einheit so eine merkwürdige Haltung zur Natur ein, wie wir sie vorhin besprochen haben? Wir haben bereits in der Bibel nachgeschlagen, aber was liegt dem zugrunde? Was hat die jüdisch-christliche Tradition dazu gebracht, daß sie diese besonders perverse Sichtweise eingenommen hat? Ich vermute, daß es wahrscheinlich konkrete Ereignisse waren, vielleicht Naturkatastrophen, die das verursacht haben. Diese Ereignisse und ihre sozio-psychologischen Auswirkungen sollten nicht als Ausdruck von "Fortschritt" analysiert werden, sondern im Rahmen von Trauma und der daraus resultierenden kulturellen Pathologie. (...)

Das teutonische Erbe

Ihr müßt ein neues Verständnis von Euren eigenen Traditionen aus der Zeit vor der Entstehung von "Europa" entwickeln. Ihr müßt Euer Selbstverständnis, individuell und kollektiv, mit dieser Tradition neu verbinden, um Euch wieder als indigene Menschen auf Eurem eigenen Land zu konstituieren. JedeR ist irgendwo indigen, oder? Nun, Ihr seid hier indigen. Die Praxis, die aus dieser Einsicht folgt, hat viel damit zu tun, den Bruch zwischen Euch und all den "Anderen" (Nicht-EuropäerInnen) da draußen zu heilen, einen Bruch, der letztlich zwischen Euch und Eurem indigenen Selbst besteht. Dieser Bruch entstand durch das Aufsetzen einer europäischen Identität dort, wo früher Eure indigene Identität war (...).

Was Du sagst, kann aber auch sehr reaktionär interpretiert werden. Auch die deutschen Nazis haben Elemente von dem, was Du sagst, für ihre eigenen Zwecke vertreten.

Ich verstehe, daß es ein bißchen problematisch ist, dies zu einem Deutschen zu sagen, nach allem, was die Nazis gemacht haben mit ihrer ganzen "Blut-und-Boden"-Schablone. Aber ich denke, Ihr müßt weniger darauf achten, was die Nazis damit gemacht haben, sondern mehr darauf, was Ihr selbst tun könntet. Alles kann reaktionär interpretiert werden, auch der Marxismus. Frag Joe Stalin. Frag Mao. Wenn Ihr akzeptieren könnt, was Stalin und Mao getan haben, und trotzdem noch ein positives Potential im Marxismus erkennen könnt, dann könnt Ihr dasselbe auch mit Eurem eigenen indigenen Erbe tun. Was immer die Nazis mit bestimmten

Elementen Eurer Tradition negativ gemacht haben, das beseitigt noch nicht das positive Potential Eurer Tradition. Es ist EURE Tradition. Sie gehört nicht den Nazis, es sei denn, Ihr überlaßt sie ihnen. Es ist Eure Aufgabe, diese Tradition zurückzufordern und positiv einzusetzen.

Was man auch immer über die Nazis sagen kann, es ist nicht zu leugnen, daß sie eine unglaubliche Resonanz in Eurem Volk gehabt haben, wenn sie die Themen der indigenen teutonischen Vergangenheit eingesetzt haben. Das ist kein Beleg für eine angeborene Blutrünstigkeit der Deutschen, sondern für ein überwältigendes Gefühl von Verlust und Desorientierung, daß das deutsche Volk wegen seiner Trennung von seiner Vergangenheit empfindet. Diese neue Verbindung mit der Vergangenheit, von der ich gesprochen habe, ist ein unglaublich kraftvolles Werkzeug für die soziale, politische und kulturelle Organisierung. Wenn die Linke dies weiterhin aus allen möglichen abstrakten und emotionalen Gründen ablehnt, dann wird die Linke in Deutschland weiterhin isoliert bleiben. (...) Ihr müßt diese tiefverwurzelte Abneigung gegen Euch selbst überwinden und eine Vorstellung von "Deutsch-Sein" entwickeln die kohärent, positiv und progressiv ist. Niemand kann das für Euch machen. Ihr müßt das selbst machen. (...)

Du bist zwar kein Marxist, aber bist doch eng mit dem Marxismus vertraut. Ist Deine Sichtweise "repräsentativ" für andere Native Americans?

(Lacht) Nun, ich bezweifle, daß Du allzuviele IndianerInnen finden wirst, die die Dinge so formulieren würden, wie ich es in diesem Interview gemacht habe. Aber im Allgemeinen denke ich schon, daß meine Aussagen eine ziemlich repräsentative indianische Sensibilität ausdrücken. Wenn ich das, was ich zu Dir in Deinem Sprachgebrauch gesagt habe, für die Alten übersetze und dabei eine Sprache verwende, mit der sie besser vertraut sind, dann werden sie lächeln und verständnisvoll nicken, so als ob sie sagten: "Yeah, das ist es, was wir diesen Leuten die ganze Zeit versucht haben zu sagen."

Anmerkungen:

1) Nord-, Mittel- und Südamerika

2) B. Neitschmann: "World War III", Cultural Survival Quarterly, Cambridge, MA (USA), Fall 1988.

Von Churchill empfohlene Bücher zu den im Interview angesprochenen Themen:

John Breuilly: Nationalism and the State. Chicago 1982.

Walker Conner: The National Question in Marxist-Leninist Theory and Practice. Princeton 1984.

Donald Grinde und Bruce Johnansen: Exemplars of Liberty: Native America and the Evolution of Democracy. Los Angeles 1991.

Jack Weatherford: Indian Givers: How the Indians of the Americas Transformed the World. New York 1988.

Robert Williams: The American Indian in Western Legal Thought: The Discourses of Conquest. Oxford und New York 1990.

Lese-Tips zu AIM und Native Americans:

- AK 354 (5.5.1993): "Du verlierst Deine Kultur und Geschichte...", Interview mit Ward Churchill und Bob Robideau vom American Indian Movement (AIM) über die Lebenssituation von Native Americans und die Arbeitsweise von AIM. Die ausführliche Fassung des Interviews gibt es als 19-seitige Broschüre bei: USA-AG, Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden.

- 25 Jahre American Indian Movement (Interview), pogrom 173, Okt./Nov. 1993

- M. Annette Jaimes (Hg.): The State of Native America. Genocide, Colonization and Resistance. Boston: South End Press, 1992.

- Ward Churchill and Jim Vander Wall: Agents of Repression: The FBI's Secret Wars Against the Black Panther Party and the American Indian Movement. Boston: South End Press, 1988.

- Ward Churchill: Indians Are Us? Culture and Genocide in Native North America. Monroe: Common Courage Press, 1994.

# 20. Teure Wahrheit (Dokumentation von Artikeln aus "Özgür Gündem")

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:38

"Gercekler karanlikta kalmayacak" - "Die Wahrheit wird nicht im dunkeln bleiben" steht auf den Werbeplaketten für die Zeitung Özgür Gündem. Dieser Anspruch ist den JournalistInnen und MitarbeiterInnen der Zeitung teuer zu stehen gekommen: Özgür Gündem (Freie Tagesordnung), die als einzige Tageszeitung in der Türkei konsequent Menschenrechtsverletzungen in allen Teilen des Landes aufdeckt, sich für eine politische Lösung der kurdischen Frage einsetzt und in ihren Spalten auch die PKK/ERNK als Kriegspartei zu Wort kommen läßt, ist Regierung und Armeeführung ein gewaltiger Dorn im Auge und damit vorrangige Zielscheibe der Repressionsorgane: In den zwanzig Monaten ihres Bestehens wurden sechs JournalistInnen und elf weitere Mitarbeiter - vor allem Handverkäufer - der Gündem von staatlich protegierten Killern ermordet, darunter angesehene Schriftsteller wie Musa Anter oder das PEN-Mitglied Hüseyin Deniz. Aysel Malkac, die für die Zentralredaktion in Istanbul arbeitete, ist seit dem 7. August letzten Jahres "verschwunden". Zeugen beobachteten, wie sie kurz nach Verlassen der Redaktionsräume auf der Straße von Zivilpolizisten festgenommen wurde, doch die Polizei leugnet die Festnahme. Freunde und Kollegen befürchten, daß auch Aysel von der Polizei zu Tode gefoltert wurde. Ein Verteiler der Zeitung wurde in seinem Auto verbrannt.

Gleichzeitig wurden Herausgeber, AutorInnen und JournalistInnen der Zeitung mit einer Welle von inzwischen knapp 300 Strafverfahren überzogen, in denen bislang schon mehrere Jahrhunderte Gefängnisstrafen verhängt wurden. Derzeit befinden sich über vierzig AutorInnen und MitarbeiterInnen der Özgür Gündem in Haft; die durchschnittliche Verschleißzeit eines/r ChefredakteurIn beträgt zur Zeit etwa zwei Wochen, dann wird er bzw. sie aufgrund der innerhalb dieser Frist eingeleiteten Strafverfahren verhaftet.

Seit August vergangenen Jahres verbietet das zuständige Staatssicherheitsgericht in Istanbul ausnahmslos jede Ausgabe der Gündem. Je nach Fleiß und Ausdauer des diensthabenden Staatsanwaltes werden zwischen drei und acht Artikel der täglichen Ausgabe "inkriminiert", darunter auch das deutsche Fernsehprogramm, wenn Filme über die kurdischen Gebiete auf dem Programm stehen. Berichte über Menschenrechtsverletzungen in den "östlichen" Provinzen werden in der Regel nach dem Antiterrorgesetz geahndet, da sie - wenn Folterer bzw. verantwortliche Offiziere namentlich erwähnt werden - diese "zur Zielscheibe" machen würden. Eine andere beliebte Verbotsbegründung, mit der z.B. eine Auflistung staatlicher Morde an Kurden während der Monate Dezember und Januar verboten wurde, lautet, durch den Bericht "solle der Eindruck erweckt werden, daß die östliche Bevölkerung dieser Region von Staatsseite unterdrückt werde und die oststämmige Bevölkerung dieser Region dadurch zu Haß und Feindschaft aufgestachelt werde".

Bislang haben die Verbote die Verbreitung der Özgür Gündem allerdings nicht verhindern können, da die Verbotsverfügung gewöhnlich erst am Nachmittag überbracht wird, wenn die Ausgabe bereits ausverkauft ist. Trotz aller Einschüchterungs- und Repressionsmaßnahmen sind auch die Herausgeber und MitarbeiterInnen der Zeitung entschlossen, unter allen Umständen weiterzumachen. Sie verdienen unsere Unterstützung.

Wir drucken auf dieser Seite eine Anzahl von Artikeln ab, die größtenteils für ein Verbot der jeweiligen Ausgabe der Zeitung herhalten mußten.

Corry Guttstadt

Der T-Plan von Türkes.

Von Cemil Gündogan

Alpaslan Türkes, Führer der türkischen Nationalisten, erklärte kürzlich bei einem Fernsehauftritt auf die Frage nach seinen Lösungsvorschlägen für die kurdische Sache: "Die Lösung steht im roten Buch. Dort gibt es einen ‚T-Plan`. Genau darin liegt die Lösung." Allerdings zog er es vor, diesen Plan nicht näher zu erläutern. (...)

Dem "T-Plan" liegt der "Reformplan für den Osten" zugrunde: Ein 1925 auf höchster Regierungsebene beschlossenes Groß-Projekt zur Türkisierung der Kurden, worin Kurdistan in drei Regionen aufgeteilt wird, in denen jeweils unterschiedliche Methoden zur Türkisierung der kurdischen Bevölkerung in Anwendung kommen sollten. Die Grenzen dieser Regionen sollten mit Hilfe eines in Gedanken auf der kurdischen

Landkarte gezeichneten T festgelegt werden: Der Kopfstrich des T verläuft von Bitlis nach Maden, in dessen Mitte angesetzt geht der Abstrich des T bis nach Nusaybin hinunter. Das Gebiet oberhalb des Kopfstrichs, also die Region Agri (Ararat) bis Malatya, wäre dann die "1. Region". Die "2. Region" wäre das im Südosten (rechts vom Abstrich) liegende Gebiet von Botan und die "3. Region" die im Südwesten (links vom Abstrich) liegenden Gebiete von Urfa, Mardin, Siverek und Antep.

Zur "1. Region" wird festgestellt, daß die lokale Bevölkerung zum großen Teil aus Zaza bestünde, die gut geeignet zur Türkisierung seien. Dementsprechend wird ein Sonderprogramm zur Spaltung von Zaza- und Kurmanc-KurdInnen entworfen. Weiter ist die Umsiedlung der Bevölkerung der Gebirgsdörfer vorgesehen, da deren Assimilierung für schwierig gehalten wird. Zur Erleichterung der Türkisierung in städtischen Zentren sollen die KurdInnen aus den von den Armeniern freigewordenen Orten entfernt und diese mit Lasen aus der Schwarzmeerregion, Türken, Bosniern, Albaniern, Aserbaidschanern u.a. von Balkan und Kaukasus besetzt werden. So würde die Region in kürzester Zeit türkisiert sein.

In der "2. Region" wird eine kurzfristige Türkisierung für unmöglich gehalten. Der Gedanke, harte Maßnahmen könnten die Bevölkerung nach Süd-Kurdistan (Einflußgebiet Englands) treiben, führt dazu, die Zusammensetzung der Bevölkerung weitgehend unangetastet zu lassen, sie dafür aber zu Kollaborateuren zu machen.

Die "3. Region" sei zu einem Drittel von türkischer Bevölkerung bewohnt und daher leicht zu türkisieren. Dazu sollen vor allem in Aufstände verwickelte KurdInnen in den Westen deportiert werden und an ihre Stelle MigrantInnen aus Serbien, Rumänien, Bulgarien und dem Kaukasus angesiedelt werden. Mit der Rechnung, ab 1926 jährlich 60.000 MigrantInnen, "eine halbe Million in fünf Jahren", anzusiedeln, sollte die Region innerhalb von zehn Jahren türkisiert sein.

Bei der Durchsetzung dieses Planes, der bis 1941 erbarmungslos Anwendung fand, wurden zehntausende Menschen getötet, Hunderttausende in den Westen vertrieben. (...)

Ein Vergleich der seit 1987 geführten Politik mit dem damaligen Plan ergibt, daß die Aufteilung Kurdistans nach dem "T-Prinzip" beibehalten wurde, allerdings unter Aktualisierung der Türkisierungsmethoden. Selbst davon wurden einige übernommen, beispielsweise Özals unausgesetzter Versuch, die Zazas als ethnisch eigenständige Gruppe zu betrachten, was der Politik für "Region I" des damaligen Plans entspricht.

In der "I. Region" wurde die offizielle Vertreibung der Gebirgsbevölkerung in den Westen abgelöst von der Politik, sie durch Hunger und Gewalt in die Migration zu treiben. Die Ansiedlung von MigrantInnen aus Balkan und Kaukasus wurde ersetzt durch die Bewaffnung von meist sunnitischen Türken und ihre Aufhetzung gegen die meist alewitische kurdische Bevölkerung, um so die Gegend von Kurden zu "reinigen".

Bezüglich der "2. Region" bedeutet die Ausdehnung des Dorfschützer-Netzes und die Bewirtung von Stammesführern in der Hauptstadt die Fortsetzung der Schaffung von Kollaboration. Die heutigen Deportationen von zunächst 200-300.000 Personen, die später die Ausmaße von Millionen annehmen sollen, stellen wiederum eine Änderung der Methode dar, denn im alten Plan sollte die Bevölkerungszusammensetzung dieser Region weitgehend unangetastet bleiben.

In der "3. Region" ist die Türkisierungspolitik langfristig an das GAP-("Südost-Anatolien"-)Projekt gebunden, wozu auch die steigenden Investitionsanreize auf der Achse Antep-Urfa gehören. Kurzfristig allerdings wird die alte Politik fortgesetzt, und es wird versucht, Kontakte mit den Stammesführern vor allem der Stämme, die mit der PKK uneins sind, zu knüpfen.

Zu diesem seit Özal in Anwendung befindlichen, von Türkes als "neu" lancierten Plan fügte Türkes lediglich die halbwegs ausgesprochene Ansiedlung von Lasen in den von Kurden entvölkerten Gebieten hinzu. Da sich kein umsiedlungsbereiter Lase findet, bleibt auch dieser Beitrag Türkes' bloße Demagogie.

Um Türkes aber nicht unrecht zu tun, sei hinzugefügt, daß er sich bemüht, die in demselben Plan vorgesehene Spezialarmee auf hunderttausend Mann zu verstärken und sie mit idealistischen (sprich: nationalistischen) Mördern aufzufüllen. Denn auch Türkes weiß, daß ein Plan, der 70 Jahre lang keine Lösung bieten konnte, auch heute nichts lösen, höchstens ein neues Jugoslawien schaffen kann. Sein Ziel ist es, die Spezialarmee, die er auf normalen Wegen nicht aufzustellen vermochte, aufzubauen und mit diesen SS-ähnlichen Einheiten seine eigene faschistische Macht zu errichten.

Dies mögen jene Liberalen und angeblichen Demokraten bedenken, die aus Angst vor dem kurdischen Widerstand jetzt wie panisch Türkes stützen.

(Özgür Gündem vom 14. und 21.1.94, Auszüge)

Verbotsgrund: "Separatismuspropaganda"

DEP will ihre KandidatInnen in den Metropolen am 30. Januar bekanntgeben.

Von Kemal Avci, Ankara

Wie aus der Zentrale der Partei der Demokratie (DEP) verlautete, sollen die KandidatInnen in den Metropolen am 30. Januar, die in der Region, in Kurdistan, sollen aus Sicherheitsgründen erst am letztmöglichsten Tag, am 19. Februar bekanntgegeben werden. Unterdessen teilte die Führung der DEP mit, daß sie nicht nur im Osten und Südosten, sondern auch in den Metropolen, in Cukurova und den Gebieten mit überwiegend tscherkesischer Bevölkerung eine Stimmenexplosion erwarten. In einer von einem unabhängigen Meinungsinstitut in Adana durchgeführten Untersuchung werden die Stimmen dort für die DEP mit 34% angegeben. Als Beweis der Brüderlichkeit der Völker wird DEP seine Wahlpropaganda neben Türkisch auch in Kurdisch, Tscherkesisch und Arabisch machen und in Gebieten mit tscherkesischer Bevölkerung tscherkesische KandidatInnen aufstellen.

(Özgür Gündem, 23.1.94)

Verbotsgrund: "Separatismuspropaganda"

In Cizre sind alle Männer

eines Stadtteils in Haft

Es wurde mitgeteilt, daß im Stadtteil Kurtulus in Cizre alle Männer zwischen 10 und 60 Jahren in Polizeihaft genommen wurden. Die Operationen, bei denen 500 Personen verhaftet worden sein sollen, dauerten bis gestern abend an. Der Ortskern von Cizre wurde innerhalb von 20 Tagen zum zweiten Mal mit Geschossen der Panzerkompanie beschossen.

Bei den gestrigen Operationen wurden alle Telefonleitungen unterbrochen. Alle Häuser wurden von Dorfschützern, Polizei und Soldaten einzeln durchsucht, die Menschen aus den Häusern befohlen, Einrichtungsgegenstände geplündert und das Volk beschimpft. Den verhafteten Männern wurde gesagt, daß sie erst wieder freigelassen werden, wenn sie Dorfschützer werden. Die bei den Operationen am Vortage verletzte Tochter von Mehmet Adanali wurde unterdessen ins staatliche Krankenhaus nach Diyarbakir gebracht.

In den letzten 20 Tagen war es wiederholt zu Beschießungen der Stadt mit Toten und Verletzten gekommen. Bei dem ersten Überfall am 7. Januar wurden 3 Menschen getötet und 4 Personen verletzt. Bei dem Überfall am 9. Januar wurden 6 Personen einer Familie, darunter 2 Kinder getötet und insgesamt 7 Personen verletzt. Infolge dieser Überfalle ist der Stadtteil Cudi fast völlig menschenleer und die Flucht aus den Stadtteilen Kurtulus und Sur dauert an.

(Özgür Gündem vom 23.1.94)

Nicht verboten

Der schmutzige Krieg trieb

den Hauptmann in den Selbstmord

Adana - Es wurde in Erfahrung gebracht, daß der Kompaniechef im Stützpunkt der 12. Mechanisierten Infanteriepanzerbrigade in Agri, M. Gülhan Atabas, am 14. Dezember Selbstmord begangen hat. Die militärischen Autoritäten hatten versucht, den Vorfall geheim zu halten und zu verhindern, daß Informationen an die Presse gelangen. Der Armee nahestehende Quellen wiederum stellten fest, daß solche Vorfälle durch den schmutzigen Krieg in Kurdistan ausgelöst werden und dies, mehr noch als die einfachen Soldaten, die Vorgesetzten betrifft, die nicht aus der Armee austreten können.

Ein dem Hauptmann nahestehender Informant sagte zu dem Selbstmord: "Am Tage schliefen wir nicht mehr als 2, 3 Stunden. Wir waren stets beunruhigt und auf den Beinen. Die Verunsicherung und Verängstigung in der Armee hat ihn gestört. Er hat sich davor mit Selbstmord gerettet. Vor seinem Selbstmord hatte er schon ein, zwei Mal einen Anfall. Dann schlug er die Soldaten und hat sogar Unteroffiziere vor Gericht gebracht. Der Druck auf ihn kam eigentlich vom Brigadekommandanten Major Muhittin Sarigözmen. Er wollte von ihm immer mehr an Leistung. Wenn die Terroristen in nahegelegenen Kreisstädten angegriffen hatten, schickte ihn der verunsicherte Major dorthin. Er aber hatte keine Erfahrung damit, da er zuvor als Ausbilder in Ankara, Etimesgut, gedient hatte."

Aus der gleichen Quelle verlautete, daß nachdem die Entlassungen der Wehrpflichtigen verlegt wurden, Desertionen zugenommen haben und einige Soldaten sich in die Füße schießen, um Genesungsurlaub zu bekommen. Aus der 12. Mechanisierten Infanteriepanzerbrigade in Agri soll der Kommandant der Kommunikationskompanie, mit Namen Abdullah, desertiert sein. Nach seiner Desertion wurde er gefaßt, für zwei Monate inhaftiert und dann aus der Armee entfernt.

(Özgür Gündem, 23.1.94)

Verbotsgrund: "entfernt die Bevölkerung vom Kriegsdienst"

Der Krieg hat die Gesundheit negativ beeinflußt

Weil die Hebammen und Krankenschwestern aufgrund des Krieges ihren Dienst nicht in den Polikliniken und Gesundheitshäusern in den Dörfern in Kurdistan verrichten möchten, sind die Gesundheitsvorsorge wie auch die Krankheitsbehandlung beeinträchtigt. Vor allem weil gegen bestimmte ansteckende Krankheiten keine Impfungen mehr durchgeführt werden können, haben Krankheiten wie Malaria, Masern und Typhus eine seit Jahren nicht mehr erlebte Verbreitung erreicht.

So ist nach Informationen, die vom Gesundheitsministerium zu erhalten waren, die Zahl der Malariakranken in der Provinz Mus, die als Risikogebiet bezüglich Malaria gilt, im Jahr 1993 auf 1.559 Personen gestiegen, während sie in der gleichen Provinz 1990 nur 153 betrug.

Als Konsequenz dessen, daß das Gesundheitspersonal wegen der Ereignisse, die sich in der Region zutragen, dort nicht arbeiten möchte und auch die Gouverneure an gefährliche Orte keine Hebammen entsenden möchten, fehlen heute in 5.352 Gesundheitszentren und -häusern Hebammen.

Die Zahlen des Gesundheitsministeriums zeigen, daß in dem Gebiet auch die Krankheiten, gegen die man sich durch Impfungen schützen könnte, enorm angestiegen sind: Gab es in Urfa 1990 nur 66 Fälle von Masern, so stieg diese Zahl 1992 auf 863, in Mardin von 139 auf 563, in Diyarbakir von 249 auf 448, in Mus von 96 auf 216 (...)

(Özgür Gündem vom 24.1.94)

Verbotsgrund: "Separatismuspropaganda"

Reaktion der Mütter gegen die gestoppten Entlassungen aus dem Militärdienst: "Unsere Kinder sollen nicht zu Werkzeugen

für den Krieg gemacht werden"

Im Menschenrechtsverein Istanbul fand gestern eine Pressekonferenz bezüglich der gestoppten Entlassungen aus dem Militärdienst statt. "Ich habe inzwischen kein Vertrauen mehr in den Staat", sagte die Mutter eines Soldaten, die ihren Namen nicht angeben mochte. (...) Sie wies darauf hin, daß gegen die Soldaten, die im Programm des Show-TV gesprochen hatten, Strafverfahren eingeleitet wurden. "Ich habe Angst, daß meinem Kind etwas passiert, deshalb gebe ich meinen Namen nicht an". Sie erinnerte an den Ausspruch des Verteidigungsministers Mehmet Gölhan, der gesagt hatte, daß die Soldaten, die Selbstmord verüben, geistesgestört sind. "Wir haben unsere Kinder gesund dahin geschickt, wenn sie psychisch gestört sind, sind sie es dort geworden", sagte die Mutter. Sie wies darauf hin, daß 250.000 Personen vor dem Militärdienst geflohen seien und die Zeche dafür die beim Militärdienst befindlichen Kinder zahlen müßten. "Als Vorbereitungsmaßnahme für den Krieg wurden die Entlassungen verzögert. Ich habe kein Vertrauen mehr in

den Staat. Diejenigen, die ihren Mund aufmachen, werden unterdrückt. Es kommt einem Mord gleich, die Menschen in dieser psychologischen Verfassung in den Krieg zu schleifen."

Die Mutter sagte, daß in diesem Krieg das kurdische und das türkische Volk großen Schaden erlitten. "Der Minister sagt, die Mütter weinen. Das Problem besteht nicht darin, daß die Mütter weinen, sondern es ist traurig und bedrückend, daß diese Menschen in einem ungerechten Krieg getötet werden."

In der Erklärung der Initiative "Frauen gegen den Krieg" wurde betont, daß die Verschiebung der Entlassungen um drei Monate für viele Menschen bedeute, daß sie aus dem Krieg nicht mehr zurückkommen werden. "Die türkischen Streitkräfte befinden sich in den Vorbereitungen einer großen Operation. Die Evakuierung von Dörfern und Siedlungen wurde beschleunigt. (..) Sie sollen unsere Kinder nicht zu Werkzeugen in diesem Krieg machen. Wir haben keine Probleme mit dem kurdischen Volk. Es gibt andere Lösungen als den Krieg."

(Özgür Gündem vom 20.1.94)

Verbotsgrund: "entfernt die Bevölkerung vom Militärdienst"

Razzien, Überfälle und Festnahmen.

Während der Monate Dezember und Januar wurden 24 Zivilisten ermordet.

Als während der Monate Dezember und Januar die Aktionen der Guerilla zunahmen, haben die Staatskräfte ihre Angriffe gegen Zivilisten gesteigert. Durch Beschuß von Kleinbussen, die Zivilisten transportierten, Überfälle auf Häuser und Festnahmeoperationen wurden insgesamt 24 Personen getötet.

Bei denselben Angriffen wurden auch 16 Dorfbewohnern verschiedene Verletzungen zugefügt. Zusammengefaßt handelt es sich um die folgenden Ereignisse (...)

(Özgür Gündem, 9.1.94)

Verbotsgrund: "Durch die Aufzählung der einzelnen Fälle, z. B., daß ein 15jähriger Junge namens Isa Kocbas von Mitgliedern der Spezialeinheiten getötet und anschließend an einen Panzer gebunden und in die Stadtmitte von Igdir geschleift wurde, soll der Anschein erweckt werden, daß die östliche Bevölkerung dieser Region von Staatsseite unterdrückt werde und dadurch versucht werden, die oststämmige Bevölkerung dieser Region aufzuwiegeln und zu Haß und Feindschaft aufzustacheln."

# 21. "Das Friedensabkommen war ein Schritt, aber keine Revolution." Gespräch mit einer Opponentin zu den ERP-Differenzen

*Ein Gespräch mit einer Opponentin zu den Differenzen im ERP (El Salvador)*

Autor: El Salvador · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:01

Wir wollen in diesem ak die Berichterstattung über den Diskussionsprozeß innerhalb der salvadorenischen Linken fortsetzen. Im Dezember vergangenen Jahres sprachen wir mit Leti. Sie ist einer der führenden Köpfe der Gegentendenz, die sich in Opposition zu der von Joaquin Villalobos angeführten sozialdemokratischen Gruppierung des ERP gebildet hat. Der zweite Teil des Gesprächs behandelt die unterschiedlichen Meinungen und die Auseinandersetzung zwischen beiden Tendenzen. Mit "wir" ist dabei die durch Leti vertretene Gegentendenz gemeint, mit "sie" die Tendenz von Villalobos.

Im ersten Teil dreht sich das Gespräch um die am 20. März stattfindenden Wahlen und um deren Bedeutung für die weiteren Perspektiven einer fortschrittlichen Entwicklung in El Salvador. Wir wünschen der FMLN als Ganzes viel Erfolg.

Leti kommt aus einer armen Familie. Im Alter von 15 begann sie im ERP zu arbeiten. Zuerst war sie mit logistischen Aufgaben betraut. 1980 wurde einer ihrer Brüder im Kampf getötet. "Für mich persönlich war das so, als ob meine Seele abgestochen worden sei. Das hat aber nur dazu geführt, daß ich mich noch mehr dem gemeinsamen Kampf mit der Bevölkerung verbunden gefühlt habe", schildert Leti diesen Augenblick in ihrem Leben. Danach reihte sie sich vollends in die Guerilla ein. Im Juni 1993 wurde sie in die Nationale Leitung des ERP gewählt, aus dem sie im November 1993 ausgeschlossen worden ist. Außerdem arbeitet sie in der Vereinigung Salvadorenischer Frauen (AMS) mit und ist die Verantwortliche des Frauensekretariats der FMLN für Internationale Beziehungen.

Frage: Was bedeutet die Ermordung der Ex-Kommandanten Francisco Vélis Castellanos und Heleno Castro und weiterer Basismitglieder der FMLN für den Friedensprozeß und die bevorstehenden Wahlen?

Leti: Diese Taten sind Provokationen der Todesschwadronen, um den Friedensprozeß abzubrechen, der trotz aller Hindernisse vorangekommen ist. Sie wollen eine Gegenaktion der FMLN provozieren, um so die Bedingungen für die Wahlen zu erschweren. Der Terror soll den Menschen Furcht einflößen, um den Stimmenanteil der FMLN zu verringern. Erst jetzt, nach den Morden, forschen das State Department der USA und die UNO ernsthafter nach, wer die Todesschwadronen finanziert. Es müssen Urteile gefällt werden, um das Ende der Straflosigkeit zu erreichen. Es ist unverantwortlich vom State Department, die Archive über die Verbindungen der Todesschwadronen nicht schon früher geöffnet zu haben.

Kann unter diesen Bedingungen davon gesprochen werden, daß es im März 1994 freie Wahlen geben wird?

In der letzten Zeit versuchten wir, möglichst viele Menschen mit Wahlausweisen auszustatten. Das ist sehr schwierig gewesen. Es gab viel Druck und Machenschaften, damit sich die Menschen nicht so leicht einschreiben können. Wenn die UNO und weitere internationale Gruppen eine gute Überwachung zustande bekommen, wird es in gewisser Hinsicht freie Wahlen geben. Aber das hängt auch davon ab, ob es die FMLN erreicht, in allen Bereichen Leute zu haben. Wir wollen alle Urnen und Wahllokale im Land kontrollieren können.

Wir glauben nicht, daß ARENA oder die Rechte sich saubere Wahlen vorstellen. Die Wahleinschreibung zum Hürdenlauf zu machen, ist Teil ihrer Kampagne. Wir wollen, daß auch die Menschen, die keinen Wahlausweis haben, das Recht erhalten zu wählen, nur mit ihrem Antrag auf einen Wahlausweis. Das ist eine der Forderungen, die wir als FMLN stellen müssen. Teilweise haben wir dies nur sehr zaghaft gemacht. Für uns ist es wichtig, daß die Mehrheit der SalvadorianerInnen das Wahlrecht wahrnehmen können. Wir müssen den Mehrheiten in diesem neuen Prozeß die Beteiligung auf allen Ebenen ermöglichen, auch bei den Wahlen. Wir haben in dieser Kampagne viel Arbeit vor uns, um zu garantieren, daß die Wahlen wirklich frei sind.

Wenn wir über die Wahleinschreibung sprechen: Wer ist schuld daran, daß es viele Menschen ohne Wahlausweis gibt? Nur die Regierung, der Oberste Wahlrat, oder auch viele Menschen selbst, die wenig politisches Interesse zeigen?

In den ehemaligen Konfliktgebieten und generell auf dem Land gibt es eine Mischung von verschiedenen Problemen. Einerseits waren die Leute ziemlich eng mit der FMLN verbunden und von uns dahingehend beeinflußt, die Wahlen während des Krieges nicht als annehmbare Alternative zu sehen. Es gab den Wahlboykott. Es wurde mit ihnen dahingehend gearbeitet, daß Wahlen keinen Wert haben. Jetzt muß erneut mit den Leuten gearbeitet werden, damit sie fühlen, daß die Wahlen in dieser Konjunktur eine Alternative, ein Instrument darstellen, das die Bevölkerung nützen soll, um den notwendigen Wandel zu erreichen.

Außerdem haben viele Menschen ihre Dokumente verloren. Die ehemaligen KämpferInnen hatten nicht einmal ihre Geburtsurkunde. Viele Papiere sind in den Bürgermeistereien verbrannt. Das hat die Leute vorher nicht gekümmert oder besorgt. Insbesondere diejenigen, die sich nur auf dem Land aufgehalten haben, waren ohne Dokumente. Vor allem die KämpferInnen. Die Menschen haben zuerst wenig Interesse an den Wahlen gezeigt. Es mußte viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Das hat gedauert. Die Zeit wurde immer knapper, um den Wahlausweis zu beantragen.

Dazu kommen die Machenschaften der Bürgermeistereien, um den Menschen ihren Wahlausweis zu verweigern. Zuerst gab es Hindernisse, das Antragsformular für die Wahlausweise abzugeben. Dann hat es bis zu einem Jahr gedauert, um den Ausweis zu erhalten. Ich selbst mußte ein Jahr warten, bis ich den Wahlausweis erhielt. Andere verloren, z. B. wegen der Bedingungen, unter denen sie leben, die Bestätigung für die Abgabe ihres Antrages. Es kommt dazu, daß die Antragsformulare verloren gegangen sind, daß sich die Leute nicht in den Archiven eingetragen gefunden haben, daß sie wiederkommen mußten, um sich das Antragsformular erneut zu verschaffen, und eine Reihe von Hindernissen dieser Art, so daß sie mit der Zeit entmotiviert wurden. Wenn sie dann zum dritten Mal erscheinen, möchten sie nicht noch einmal kommen müssen.

Wie können die ehemaligen KämpferInnen in die Gesellschaft eingegliedert werden?

Wir müssen zunächst sehen, was die Abkommen beinhalten. Die ehemaligen KämpferInnen sind ein kleiner Teil der Gesellschaft. In diesem Sinne bevorzugen die Abkommen im ökonomischen Bereich nur diesen kleinen Teil, auch wenn sie ihn nicht ausreichend fördern, um eine Entwicklung dieser Gruppe hervorzubringen. Wenn wir die Armut überwinden wollen, und dafür haben wir gekämpft, können wir uns nicht damit zufrieden geben, daß es jetzt ein Paket zur Wiedereingliederung gibt, das eher schlecht als recht eine kleine Gruppe fördert. Die Frage ist, wie können wir erreichen, daß der Verhandlungsprozeß vertieft wird. Wenn wir innerhalb der Gesetzgebenden Versammlung eine formale Machtposition erringen, können durch Gesetze einige Veränderungen erreicht werden: Kredite, Landreform, Bildung, Gesundheit und alles, was mit der Förderung der Bevölkerungsmehrheiten zu tun hat.

Die andere Möglichkeit ist, lokale Regierungen, d.h. die Bürgermeistereien, zu gewinnen und für deren Autonomie zu streiten. So könnten wir eine sozio-ökonomische Entwicklung vorantreiben, und die Wiedereingliederung der ehemaligen KämpferInnen könnte von einem sozio-ökonomischen Entwicklungsprozeß in den Gemeinden begleitet werden, der allen zugute kommt. Auch wenn dies ein langsamer, schwieriger Prozeß sein mag, glauben wir, daß dies dazu führen wird, soziale Gerechtigkeit in unserem Land zu erreichen.

Es muß ein Plan entworfen werden, der alle Menschen miteinbezieht, nicht nur die ehemaligen KämpferInnen. Als Demobilisierte glaube ich, daß ich die Armut nicht individuell überwinden kann. Selbst wenn es ginge, möchte ich es nicht, wenn es nicht auch für die anderen möglich ist. Es verstößt gegen meine revolutionären Prinzipien. In diesem Sinne müssen wir versuchen, die Friedensabkommen zu vertiefen.

Welche Bedeutung hat für Dich die reale und die formale Macht bezüglich der Wahlen, der Parlamente?

Ein Teil der formalen Macht ist, innerhalb der Gemeinden, der Gesetzgebenden Versammlung und auch der Exekutive Fuß zu fassen. Aber das ist ein Prozeß. Wir werden die formale Macht nicht auf einmal erreichen. Wir werden auch nicht Erfolg haben, nur weil wir auf diesen drei Ebenen Macht haben. Wenn wir nicht wissen, wie die formale Macht auszuüben ist, kann sich dies für uns zum Negativen wenden. Deshalb glaube ich, daß

es besser ist, nach und nach, graduell, die formale Macht zu erlangen. Denn das ist ein Bereich, den wir nicht kennen. Wenn wir sie jetzt auf einmal erhalten sollten, könnten wir viel größere Fehler machen, als wenn wir klein anfangen, Erfahrungen sammeln, Fuß fassen, Freiräume gewinnen.

Wir wenden uns auch der sozio-ökonomischen Entwicklung zu, um eine Entwicklung zu suchen, die uns ökonomische Macht verschafft. Aber keine ökonomische Entwicklung auf der Grundlage, daß sich eine Partei bereichert. Es sollen positive Ergebnisse für die Massen ersichtlich sein. Die Macht liegt auch in der Ökonomie. Sie hat auch mit politischer Organisierung, Kultur und neuen Werten zu tun. So sehen wir die Macht. Es bedeutet auch, Freiräume in einigen Bereichen zu schaffen, in denen wir die Möglichkeit haben, Veränderungen durchzuführen, wie bei der Bildung, der Gesundheitsversorgung. Welche Veränderungen können wir neben denen, die in der Gesetzgebenden Versammlung erreicht werden, im sozialen Bereich vorantreiben? Das sind zwei große Problembereiche in El Salvador.

Auch die Weiterentwicklung der Beteiligung der Frauen. Sie stellen eine breite soziale Kraft dar. Wir sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung! Uns zu fördern, bedeutet auch, die gesamte Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Die zwei Tendenzen im ERP

Wir sind, glaube ich, indirekt schon ein bißchen auf die zwei Tendenzen zu sprechen gekommen, die innerhalb bzw. aus dem ERP heraus entstanden sind. Kannst Du die Hauptdiskussionspunkte oder Widersprüche zwischen den zwei Tendenzen darstellen?

Die Unterschiede lassen sich in zwei Bereiche aufteilen: Zum einen, was den internen Demokratisierungsprozeß sowohl des ERP als auch der FMLN, der gesamten Linken, betrifft. Zum anderen in bezug darauf, wie das sozio-ökonomische Entwicklungsmodell aussehen soll. Was können wir der Bevölkerung anbieten? Wie sollen die Änderungen aussehen? Wie tief sollen sie gehen?

Wir glauben, daß die Differenzen grundlegend und nicht formal sind. Was unsere Debatte betrifft: Gegen Ende des Krieges gab es einige Widersprüche innerhalb unserer Organisation - als Folge der Kriegssituation, des Vertikalismus, der Disziplin, die notwendig gewesen ist. Ein Teil des Problemes, das wir diskutiert hatten und an dem wir nicht weiter gekommen waren, war der Zentralismus. Wir dachten, diese Schemata verändern zu müssen, um Entwicklung erreichen zu können. Am Ende des Krieges standen wir unter Druck: Innerhalb des ERP mußte ein Kongreß stattfinden, auf dem allen Mitgliedern die Möglichkeit hätte gegeben werden sollen, sich zu äußern und zu schauen, welche Beiträge sie zur Strategie, zum Programm und für die Partei hätten leisten können. Also, dies alles wurde versucht. Es gab Versammlungen auf der Ebene von Regionen, auf denen das Thema "die Partei" diskutiert worden ist. Das war gegen Ende des Krieges.

Danach wurde immer wieder ein Parteikongreß vorgeschlagen. Er wurde geplant. Es hieß, er könne hier, dann dort usw. stattfinden. Vorher hatten die Friedensverhandlungen immer dazu geführt, die internen Problem beiseite zu lassen. Als der Waffenstillstand begann, fand 1992 in Jocoaitique der erste Kongreß statt. Dort äußerte sich die Unzufriedenheit, die es von seiten der Mitgliedschaft in bezug auf einige Arbeitsweisen der Leitung gegeben hat. Einer dieser Punkte war der Zentralismus. Dieser hatte die Entwicklung von Kadern eingeschränkt und den Zugang zu Informationen begrenzt. Als Süd-Ost-Region hatten wir einen schriftlichen Vorschlag darüber mitgebracht, wie wir das Programm sehen, und wie unsere Strategie und das Konzept der Partei aussehen.

Auch andere Teile der Partei hatten Vorschläge mitgebracht, die den unsrigen ziemlich ähnlich waren. Es gab zwar auch einige Unterschiede, aber vom ganzen Konzept her stimmten sie überein. So entstand Druck, die Funktionsweise der Partei zu diskutieren. Daß manchmal Entscheidungen gefällt worden sind, ohne daß die Meinung des Restes berücksichtigt worden ist, wollten viele diskutieren. Die Tatsache, daß Krieg war, kann auch nicht ausreichend rechtfertigen, daß die Entscheidungsgruppe nur aus zwölf Leuten bestand. Es gab auch andere Kader, ein Zentralkomitee, aber die zwölf haben die Entscheidungen gefällt und sie danach den anderen als Verlautbarungen und Befehle weitergereicht. Das war ein großes Problem. Dazu kam die Vernachlässigung der internationaler Ebene. Außerdem der Vorwurf, daß, wenn jemand die Leitung kritisiert hat, dieser angeblich der Organisation Schwierigkeiten bereiten würde. Alle diese Dinge hatten sich bei den Leuten angestaut. Danach spitzten sich die Widersprüche, die Unzufriedenheit, zu.

Das trat am Ende des Krieges zutage, als die Friedensabkommen unterzeichnet worden sind. Wir wußten, daß wir nicht alles gewinnen würden, daß eine Verhandlung nicht leicht ist. Es muß aber auch berücksichtigt werden, daß es viele gibt, die nicht am Verhandlungstisch saßen, die aber auch Teil dieses Projektes sind. Es war unser aller gemeinsame Anstrengung, eine wirkliche Verhandlungslösung zu gewährleisten. Es wurde kritisiert, daß den Massen, der Basis, der Mitgliedschaft falsche Hoffnungen gemacht wurden. Es wurden sehr optimistische Verlautbarungen herausgegeben, die nicht mit der Verhandlungsrealität übereingestimmt haben. Es wurde der Mitgliedschaft nicht von Anfang an gesagt: "Schaut, das Landproblem ist kein einfacher Punkt. Es ist möglich, daß den ehemaligen KämpferInnen Land gegeben wird, diese werden es aber bezahlen müssen." Das war das erste. Dann, daß der Eigentümer das Land verkaufen wird, wenn er will; wenn er nicht will, dann nicht. Also, zumindest, die Wirklichkeit so wiederzugeben, so wie sie ist: "Die Dinge laufen so, es ist sehr schwierig, die Veränderungen zu erreichen."

Dies alles ging so, bis die Abkommen unterzeichnet waren. Alle scherzten, alle waren zufrieden, die Abkommen waren unterzeichnet. Als wir aber den vollständigen Inhalt erfahren haben, waren alle frustriert. Gleichzeitig wurde von Sieg gesprochen, daß wir einen großen Sieg errungen hätten. Wenn den Leuten von Anfang an die Wahrheit gesagt worden wäre, welche Schwierigkeiten es gegeben hat, daß dies und nicht mehr erreicht werden konnte, hätte es vielleicht nicht so viel Unzufriedenheit gegeben.

Außerdem wurden die Friedensabkommen als eine Revolution dargestellt. Aber wenn wir nicht gut dabei weggekommen sind, kann es keine Revolution sein. Wenn wir weiterhin im Nachteil sind, weiter kämpfen müssen, z.B. Ackerland zu erhalten, was ein Schlüsselpunkt gewesen ist, der nicht gelöst werden konnte und der weiter als Schlüsselpunkt verhandelt worden ist. Wie werden die Friedensabkommen umgesetzt? Wie werden die Verhandlungen weiter betrieben? Es liegt noch ein weiter Weg vor uns, auf dem der Feind weiterhin kämpfen wird, um danach besser dazustehen. Und das bedeutete, daß wir uns während dieser ganzen Monate eine harte Schlacht zu liefern hatten.

In der Landfrage wurde in den Verhandlungen Land preisgegeben, ohne daß darum gekämpft worden ist. Hier liegen unsere Widersprüche mit der Landkommission. Denn sie hat oft Dinge akzeptiert, mit denen die Leute nicht einverstanden waren. Unsere Erfahrungen in "El Tigre" waren z.B., daß sich dort, um die Verhandlungen zu garantieren, eine Landkommission von uns (unserer Tendenz) gebildet hat, welche die Verhandlungen direkt mit den Eigentümern geführt hat. Und während der Verantwortliche der Landkommission Dinge akzeptiert hat, gegen die wir waren, haben wir direkt mit den Leuten geredet und erreicht, dies durch Diskussionen wieder rückgängig zu machen. Und es gab Leute, denen die Eigentümer bilateral gesagt haben, ich verkaufe so und so viel, für so und so viel... Wir hatten praktisch schon alles erreicht. Doch dann hat die Europäische Union mit den Leuten Verträge über Ländereien abgeschlossen, welche nicht das Land betrafen, das wir wollten. Und auf einer großen Anzahl der Ländereien, welche den ehemaligen KämpferInnen übergeben worden sind, wird kein Kaffee angebaut. Alles ist dort zerstört.

All das paßt uns nicht. Und wir werden uns auch nichts von der Europäischen Union aufdrücken lassen. Doch die Leute der Leitung versuchen, sich immer gut mit der Europäischen Union zu stellen. Sollen wir das machen, was die Europäische Union will, nur um uns gut mir ihr zu stellen? Wir sagen: Nein! Was wir erreicht haben, haben wir aufgrund unseres Kampfes erreicht, und nicht, weil uns die Europäische Union helfen will. Wenn wir nicht den Krieg geführt hätten, hätte sie nichts gemacht. Hier gab es konkrete Widersprüche zwischen der Basis und der Leitung. Gleichzeitig drücken sie dir auf, daß dies eine Revolution gewesen sei. Aber das wird dir niemand glauben. Wir sagen, die Friedensabkommen waren nur ein weiterführender Schritt, aber keine Revolution. Wir glauben weiterhin an den revolutionären Prozeß. Sie sagen: "Nein, die Revolution ist schon vollzogen, und jetzt müssen wir dementsprechend weiterarbeiten, aber es darf nicht mehr an die Revolution gedacht werden." Wir sind damit nicht einverstanden. Auch die Bevölkerung wird das nicht akzeptieren.

Welche anderen Differenzen gibt es?

Wie entwickeln wir in dieser Etappe unsere Kräfte? Worauf richten wir unser Hauptaugenmerk? Auch darin unterscheiden wir uns: Sie wenden sich mehr der ökonomischen Entwicklung zu, mit Schwerpunkt auf die Betriebe, und verwenden nur geringe Anstrengungen auf die organisatorische Weiterentwicklung.

Wir sind nicht gegen den ökonomischen Bereich, das ist ein wichtiger Punkt. Aber geht es nur darum, oder gibt es auch eine Reihe von weiteren wichtigen Dingen? Auf organisatorischer Ebene haben wir als Tendenz mehr mit der Basis gearbeitet. Sie haben mehr mit ihren Betrieben gearbeitet. Und jeder einzelne ihrer Kader hat dafür gesorgt, seinen eigenen Betrieb zu haben. An diesem Punkt sind sie in Widerspruch mit der Basis bezüglich des Parteivermögens geraten. Das ist ein Ergebnis der Fehler, die sie in ihrer Arbeit begangen haben. Klar, die Mitglieder wissen ungefähr, in welchen Unternehmen wir als ERP gearbeitet haben. Plötzlich tauchen diese als Privatbetriebe auf. Sie wollen sich in den Markt hineinbegeben, Betriebe entwickeln und eine Partei von Reichen schaffen. Sie sagen, um Macht erlangen zu können, brauchen wir ökonomische Macht, also müssen wir eine reiche Partei werden.

Mir erscheint das etwas absurd. Denn es ist nicht leicht, sich in den Markt zu begeben. Das geht auch nicht mit einigen Tausend Pesos, sondern wir würden sehr viel benötigen, um im Wettkampf mit den Großbetrieben bestehen zu können. Das bedeutet, sich in eine kapitalistische Dynamik zu begeben: Die wird erreichen, dich in einen Kreislauf hineinzubringen, in dem du hauptsächlich daran arbeiten mußt, deinen Betrieb zu halten. Du vergißt dann, daß du hier eine große Mehrheit hast, die keine Betriebe hat, die nicht direkt von der Wiedereingliederung begünstigt ist. Und was sie den KämpferInnen zu ihrer Wiedereingliederung geben, reicht nicht einmal zur Überlebenssicherung aus. Es reicht dafür aus, mit der Nase in ein Unternehmen hineinzuschnuppern, seinen halben Lebensunterhalt zu bestreiten und halb zu leben.

Die Hilfen zur Wiedereingliederung sind in der Regel Kredite. Darauf werden auch Zinsen verlangt.

Ja, klar. Es ist nicht leicht, sich in den Markt zu begeben. Das muß von einer Reihe von Änderungen, von Wissen darüber, wie ein Betrieb funktioniert usw., begleitet werden. Wir sind nicht gegen das Ökonomische, aber wir glauben, daß die organisatorische Entwicklung der sozialen Bewegung, unserer gesamten Basis, Teil der Macht ist, die wir heute auch entwickeln müssen. Wenn du heute nicht die Volksmacht hinter dir hast, wirst du nicht voranschreiten können, vor allem wo wir uns auf dem Spielfeld des Feindes befinden.

Macht ist mehr als wirtschaftlicher Einfluß. Für uns ist Dezentralisierung sehr wichtig. Das ist eine Notwendigkeit, um allen Entwicklung zu ermöglichen. Wenn wir uns weiterhin zentralisieren, werden wir immer die gleichen bleiben, werden wir keine Veränderungen erreichen. Die Leute werden immer von einer Gruppe abhängig bleiben: ökonomisch, politisch. Und was wir wollen, ist, daß dies dezentralisiert wird und daß den verschiedenen Volksorganisationen, seien sie kommunale Organisationen, Kooperativen, Gewerkschaften etc., eine eigenständige Entwicklung erlaubt wird. Diese sollen direkt begünstigt werden und Protagonisten ihrer eigenen Entwicklung sein.

Wie ist das Kräfteverhältnis?

Um es konkret zu sagen: Territorial gesehen, was die Kontrolle von Gemeinden betrifft, haben wir als Tendenz 40% der Gemeinden. Das ERP arbeitet in insgesamt 104 Gemeinden. Von diesen 104 Gemeinden sind 40 auf unserer Seite. Daneben gibt es einige, die sich aufgrund der genannten internen Probleme schon vorher vom ERP unabhängig gemacht haben. Innerhalb der verschiedenen Sektoren finden wir Zustimmung zu unseren Positionen. Nehmen wir den Bereich der Jugend, der Universität, der Dozenten der Universität: Sie sind gespalten. Es gibt einen Bereich der Universitätsjugend, der auf ihrer Seite ist, und einen anderen, der auf unserer Seite ist. Der Frauenverband unterstützt unsere Tendenz.

Neben dem institutionellen Bereich sind die Mehrheit der Kooperativen im Osten des Landes auf unserer Seite. Auch in vielen Gemeinden in Morazan oder Segundo Montes: In Segundo Montes gibt es einen Teil, der uns ihre Unterstützung angeboten hat. Wir glauben, daß die Tatsache, daß die Leute in Morazan, mittlere Kader, nicht auf die Versammlung gehen wollten, auf der wir ausgeschlossen werden sollten, deutlich machte, daß sie damit nicht einverstanden waren. Das ist für uns ein Zeichen, daß auch sie dabei sind, ihre Lage zu bewerten. Von dem, was sie sich überlegen, sagt mir einiges zu. Und bei den Überlegungen, die wir angestellt haben, sagten sie sich, so wie die Dinge laufen, können wir nicht dahingehen und für ihren Ausschluß stimmen. So sind also auch die gesamten Probleme im Osten Teil des Problems der Funktionsweise der Partei, auch wenn Atilio (Joaquín Villalobos) sagte, daß es sich im Falle von Segundo Montes um einen privaten Interessenskonflikt handelt. Das ist falsch. Das ist kein Interessenskonflikt einzelner Personen, sondern das ist der größte Reflex auf die Fehler, die das ERP derzeit bezüglich seiner Funktionsweise durchlebt.

Atilio (Joaquín Villalobos) machte klar, daß sie die FMLN verlassen werden, wenn die FMLN uns anerkennt. Das ist Erpressung. Ich habe mir das so erklärt, daß wenn sie uns aus dem ERP herausschmeißen, dann deshalb, weil sie sich sagen, daß wir uns auf ihre Kosten, mit den Leuten der Organisation, vergrößern werden. Innerhalb der FMLN als eine weitere Gruppierung zu bestehen, bedeutet, daß wir uns durch die Basis des ERP vergrößern werden. Sie haben Angst, daß sie selbst klein werden. Wir haben Briefe von Leuten aus den Organisationsbüros von Usulután und San Salvador erhalten, in denen sie darlegen, daß ihre Unterstützung uns gilt. Seit diesem Moment fühlen sie, daß wir weiterhin Kräfte dahingehend akkumulieren, innerhalb der FMLN anerkannt zu werden.

Andererseits nutzen sie die Gunst der Stunde, der Wahlen, um diese Erpressung durchzuführen. Denn das bedeutet, daß die Leute, solange wir nicht anerkannt sind, unentschlossen sind, ob sie zu unserer Tendenz wechseln sollen oder nicht, da nicht klar ist, ob die Tendenz anerkannt wird. Und indessen enden einige dabei, alles zu akzeptieren, zu resignieren und in der Organisation zu bleiben.

Wie siehst Du die Kongresse des ERP, auf denen die Programmatik, die ideologische Linie und euer Ausschluß beschlossen worden sind?

Zum Demokratisierungsprozeß gibt es ebenfalls Widersprüche: Als die Diskussion 1992 in Jocoaitique begann, hegten die Leute große Erwartungen. Die Leitung wurde ziemlich kritisiert. Und es wurde die Tür zu einem internen Demokratisierungsprozeß aufgestoßen. Es wurden Kommissionen gebildet, um diesen Prozeß weiter voranzutreiben. Es wurde eine Zusammenfassung aller Übereinkünfte, die wir in Jocoaitique getroffen hatten, erstellt. Joaquín Villalobos wurde vorgeschlagen, einen Entwurf zu erstellen, der auf diesen Überlegungen basiert. Joaquín Villalobos erstellte jedoch als Ergebnis von Jocoaitique "das blaue Buch". ("Eine Revolution in der Linken für eine Demokratische Revolution", siehe Kritik von Al. in ak 354) Die Idee, die er hatte, war, diesen Entwurf in der Versammlung des ERP vorzustellen, und ihn dann, nachdem er gelesen, besprochen und bestätigt war, öffentlich zu machen. Er beeilte sich aber, erstellte seinen Entwurf und machte ihn zum gleichen Zeitpunkt öffentlich, zu dem er ihn uns vorstellte. Und als der Vorschlag durchgesehen wurde, stellten wir fest, daß er nicht den in Jocoaitique getroffenen Übereinkünften entsprach. Dies führte zu Unzufriedenheit. Klar, er hat davon profitiert, daß unsere Leute keine Lese- und Analysekultur haben. Und so fingen wir dann einen Diskussionsprozeß an.

Auf der Versammlung in Segundo Montes im Februar 1993 hatten die Leute immer noch Hoffnung, und es wurden neue Übereinkünfte getroffen, in denen der Ablauf des Kongresses beschlossen wurde, der mit der Versammlung in Segundo Montes beginnen und im Juni mit der Abschlußversammlung beendet werden sollte. Aber während dieser drei Monate sollte es einen regen Meinungsaustausch innerhalb der Sektoren geben, Versammlungen der verschiedenen Bereiche. Es sollte ein Prozeß der Erneuerung, der Restrukturierung und unterstützender Beiträge ins Leben gerufen werden: Bezüglich der Strategie, des Programms, der Parteienkonzeption, der Statuten und daß die neue Leitung, eine Nationale Versammlung, gewählt werden; also die verschiedenen Strukturen, welche die Partei haben sollte.

Es vergingen die drei Monate, und trotz der Probleme der Leute mit ihrer Wiedereingliederung, ihrer Arbeit usw. wurde in den verschiedenen Sektoren diskutiert, und es wurden Vorschläge vorgelegt. Die Leute schlugen Reformen und Umstrukturierungen vor. Auf der Grundlage dessen wurden Gruppen zur Konsensfindung gebildet. Dann kam der Juni. Die Leute waren immer noch voller Hoffnung. Es nahmen ziemlich viele an der Versammlung teil, fast alle Delegierten, von den 420 Delegierten und Gästen kamen 370, die Mehrheit. Als es um die Wahl des Stellvertretenden Generalsekretärs ging, welche zwischen Jeremias (Tendenz, der Leti angehört) und Ana Guadalupe (Tendenz von Villalobos) ausgetragen wurde, wurde mehr oder weniger das Kräfteverhältnis deutlich. Der Unterschied betrug nur 30 Stimmen. Das war für alle wie ein Thermometer. Von da an begannen sie, sich kopfüber in die Arbeit zu stürzen, um den Leuten die Hoffnung zu rauben. Die Versammlung selbst konnte innerhalb von zwei Tagen nicht beendet werden. Es wurden nur die Partei betreffende Themen behandelt. Es gab keinen Konsens bezüglich der Strategie und des Programms. Also verblieben wir dabei, daß dies weiterhin diskutiert wird. Bei den Statuten konnten nur wenige Fortschritte erreicht werden. Nur einige einzelne, eher formelle Dinge, konnten im Namen der Organisation beschlossen werden: Die Anzahl der Mitglieder der Leitung und deren Wahl. So wurden die Statuten auf später aufgeschoben.

Des weiteren wurden die Wahlen zur Leitung so durchgeführt, wie wenn jemand gesagt hätte: "Gut, räumen wir ihnen Platz ein, denn wenn das, was sie wollen, Macht ist, dann stellen wir sie damit zufrieden." Das Problem war dann, in der Leitung zu sein. Sie wollten die Leitung als einen Deckmantel haben, um dann weiterhin als "alte Leitung" bestehen zu bleiben und die Entscheidungen zu fällen. Sie haben die Leute bei den Treffen der Leitung oft durch ihre Abwesenheit frustriert. Die Mehrheit der "Alten" kam einfach nicht. Es vergingen praktisch zwei Monate mit frustrierenden Treffen. Für mich war ihr Ziel, den Leuten den Eindruck zu vermitteln: "Schaut, jetzt sind die ‚Neuen` da, diejenigen die ihr wolltet, aber die Dinge laufen genauso wie früher oder sogar schlechter." Das ist eine Methode, um die Leute zu entmutigen. Und ich glaube, es war auch unsererseits eine Nachlässigkeit, daß wir nicht all diese Machenschaften vorausgesehen haben. Aus meiner Sicht hat dies zu einem Plan von ihnen gehört, um dahin zu kommen, uns zu isolieren. Die allgemeinen Versammlungen wurden für ein Datum angesetzt, dann auf ein anderes verschoben, kurz davor dann wieder geändert. Sie wurden immer weiter hinausgeschoben, und sie haben sich nicht um die Einladung der ursprünglichen Delegierten gekümmert.

Da müssen wir jetzt noch das Problem mit Segundo Montes dazunehmen, das Problem von Perquín, der Unzufriedenheit, die es bei den ehemaligen KämpferInnen gibt, das Problem des Boykotts der departamentalen Versammlungen in Usulután, was auch viele Leute frustriert hat: Drei boykottierte Versammlungen, um zu versuchen, die Wahl des Kandidaten der FMLN für die Wahl zur Gesetzgebenden Versammlung zu verhindern. Sie waren dagegen, daß es Raúl (führender "Kopf" der Gegentendenz zu Villalobos) werden könnte.

Am Ende, nachdem die Leute aus den verschiedenen Regionen frustriert waren, nahmen auf den letzten beiden Versammlungen, auf denen das Bekenntnis zur Sozialdemokratie abgegeben worden und unser Ausschluß beschlossen worden ist, nur Leute ihrer Tendenz teil. Und viele neue Leute, denen die Unterschiede nicht klar sind, die manipuliert worden sind. So kam es dazu, daß der demokratische Freiraum, an den wir einst geglaubt haben, offen an dem Tag geschlossen worden ist, an dem das Bekenntnis zur Sozialdemokratie abgegeben worden ist und an dem die Statuten in gewisser Hinsicht zurechtgestutzt worden sind.

Eigentlich hat die Leitung die gesamte Macht. Sie sprechen davon, daß die Nationalversammlung die höchste Autorität sei, aber wer die Entscheidungen fällt, ist dann schließlich immer die Leitung, oder konkret gesagt Atilio (Joaquín Villalobos). In diesem Sinne haben wir gesagt, hier ist der Freiraum geschlossen worden. Denn ich kann zwar sagen, es gibt das Recht zur Bildung von Tendenzen, wir respektieren Minderheiten und dies und jenes, aber die Praxis, die Taten beweisen, daß dies alles Schein, Diskurs ist, um mit ihrem Kurs fortzufahren.

Das Gespräch führte St., Nürnberg

# 22. Was und wer steht zur Wahl in El Salvador?

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:25

Am 20. März werden in El Salvador Wahlen stattfinden. Was gewählt wird, wer zur Wahl steht, soll in einer knappen Übersicht skizziert werden.

Wenige Wochen vor den Wahlen wurde erneut ein Attentat auf eine führende Vertreterin der FMLN verübt. Am 26. Februar um 9.30 feuerten mehrere schwerbewaffnete Unbekannte im Stadtzentrum von San Salvador auf den Wagen von Marta Valladares (alias Kommandantin Nidia Díaz). Die Täter durchsiebten das Auto mit Kugeln, verletzten den Fahrer der FMLN-Parlamentskandidatin und entkamen. Nidia Díaz (FMLN-PRTC) hatte Glück: sie kam ohne Verletzungen davon. Mit diesem Überfall setzt sich die Serie von Angriffen auf Spitzenpersonal der Linken fort, die schon Ende vergangen Jahres mehrere Todesopfer forderte. (1) Offenbar beeindruckte die ultrarechten Killer weder die im Dezember eingesetzte Untersuchungskommission zur Aufklärung dieser Attentate noch die Veröffentlichung einer Reihe von US-Dokumenten. Sie dürften die ersten gewesen sein, die mitbekamen, daß weder die USA noch UNO-Generalsekretär Boutros Ghali ernsthafte Anstrengungen unternahmen, den verbalen Verurteilungen der Morde konkrete Taten folgen zu lassen.

Boutros Ghali betet die Lage weiter gesund. In einem aktuellen Bericht an den Weltsicherheitsrat schrieb er, die Wahlen fänden in einem "Klima relativer Normalität" statt. Trotz einiger Attentate seien die Wahlvorbereitungen im wesentlichen nicht beeinträchtigt worden. Während des Wahlkampfes haben es keine ernsthaften Zwischenfälle gegeben. (2) Daß dieses Urteil des höchsten UNO-Beamten - ähnlich wie viele andere zuvor - wenig mit der faktischen Situation in El Salvador (oder anderswo) zu tun hat, ist offensichtlich.

Der Präsidentschaftskandidat der Linken, Rubén Zamora, sagte zu dem jüngsten Zwischenfall: "Ich akzeptiere die These nicht, daß es sich bei den Todesschwadronen um Gruppen handle, die außer Kontrolle seien. Meiner Meinung nach kontrolliert der Staatsapparat in El Salvador sie völlig." Zamora, dessen Bruder zu Beginn der achtziger Jahre ebenfalls von Todesschwadronen ermordet wurde, fuhr fort: "Es handelt sich um politische Attentate, die darauf abzielen, der Bevölkerung Angst einzujagen, damit sie nicht am Urnengang teilnimmt."

Ob es den Todesschwadronen mit ihrer Mordwelle gelang, den Wahlprozeß tatsächlich zu beeinflussen, ist schwer zu beurteilen. Auf jeden Fall zwingen sie die FMLN, erhebliche Kräfte zum Schutz ihrer Kandidatinnen und Kandidaten aufzubieten. Unter diesen repressiven Bedingungen und dem weitverbreiteten Gefühl allgemeiner Unsicherheit kann von wirklich "freien" Wahlen nicht die Rede sein.

Auch an der Repräsentativität der Wahlen sind Zweifel angebracht. Von den 2,7 Mio. Wahlberechtigten (die im Exil Lebenden dürfen nicht wählen!) haben nur 2,2 Mio. Wahlausweise. 500.000 ließen sich im Wahlamt registrieren, hatten die Wahlberechtigung jedoch wenige Wochen vor dem Wahltermin noch nicht in Händen. 70.000 Personen beantragten dieses Dokument bislang erfolglos, weil sie nicht alle erforderlichen Dokumente beibringen konnten. Dies betrifft besonders Menschen, die in den von der Guerilla kontrollierten Zonen leben. Ob sie wählen können, blieb bis zum letzten Moment offen.

Ihre Zahl mag angesichts der 2,7 Mio. Stimmberechtigten klein scheinen, ist aber für die Abstimmungsergebnisse in einigen Landesteilen durchaus relevant. Da die ultrarechte ARENA seit Jahren eine recht stabile Wählerschaft von 400.000 bis 500.000 Personen hat, versucht sie, die Wahlbeteiligung zu drücken. Umgekehrt bemüht sich die Befreiungsbewegung "Farabundo Martí", möglichst viele Menschen zum Urnengang zu bewegen. Die Wahlbehörde, die von der ultrarechten Regierungspartei ARENA kontrolliert wird, verzögert die Ausgabe der Wahlausweise nach Kräften. Entgegen ihren gesetzlichen Verpflichtungen veröffentlichte sie auch das Wahlregister nicht. Sie wird ihre Gründe haben.

Dennoch tritt die Linke zu den Wahlen an, und sie tritt geschlossen an. Es gibt keine Strömung, die sich wegen der nicht gerade demokratischen Rahmenbedingungen für einen erneuten Wahlboykott ausspräche. Kurz vor Abfahrt des Zuges sprang auch noch die sozialdemokratische MNR, die kleine Mitgliedspartei der "Sozialistischen Internationale", auf den Wagen der linken Koalition auf. Zunächst hatte sie auf eine aussichtslose Alleinkandidatur bzw. auf ein Bündnis mit den nach rechts schielenden Christdemokraten gesetzt. Die linke Koalition wird nun von den fünf Organisationen der FMLN, der linkszentristischen

"Demokratischen Konvergenz" (CD) und der sozialdemokratischen MNR gebildet. Damit kam im letzten Moment ein Wahlbündnis aller relevanten revolutionären und reformistischen Kräfte zustande.

Was wird gewählt?

Der mit umfassenden Befugnissen ausgestattete Präsident (nur Männer als Kandidaten) wird direkt gewählt. Er benötigt im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, ansonsten erfolgt ein zweiter Wahlgang innerhalb von 30 Tagen. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre.

Da es so aussieht, als bekäme im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit, ist die Frage der Wahlallianzen entscheidend. Hier dreht sich alles um die Christdemokratie. Denn der ARENA-Mann Calderón Sol und der FMLN-CD-MNR-Kandidat Rubén Zamora haben laut Umfragen die besten Chancen, in die zweite Runde zu kommen. Die Christdemokratie ist gespalten. Der größere Teil neigt einem Pakt mit der ultrarechten ARENA zu. Eine gewisse Rolle könnte auch die Wahlempfehlung von zwei Parteien spielen, die von protestantischen Sekten gegründet wurden und ebenfalls dem rechtskonservativen Spektrum zuzuordnen sind.

Das Parlament, das aus 84 Abgeordneten mit dreijähriger Amtszeit besteht, wird ebenfalls gewählt. Die Wahl erfolgt in den 14 Provinzen über Provinzlisten und eine nationale Liste. Die FMLN hat nahezu überall und auf allen Ebenen Kandidaten aufstellen können. Die "Demokratische Konvergenz" (CD) war dazu mangels Masse ebensowenig in der Lage wie die sozialdemokratische MNR. ARENA, FMLN und Christdemokratie sind die drei Parteien, die in den meisten Orten antreten können. Außerdem wird noch das mittelamerikanische Parlament gewählt, für das El Salvador auf einer nationalen Liste 20 Abgeordnete stellt. Es ist jedoch funktions- und bedeutungslos.

In den 262 Gemeinden finden Kommunalwahlen statt. Die Gemeinderäte werden mit einfacher Mehrheit gewählt. Da hier das Mehrheitswahlrecht gilt, kontrolliert die stärkste Partei den Gemeinderat. Die FMLN hatte bis Mitte Februar für 240 Gemeinden Vorschläge präsentiert. In einigen tritt sie alleine an, in anderen im Bündnis mit anderen Kräften. Der linke FMLN-Flügel aus "Volksbefreiungskräften" (FPL), der "Kommunistischen Partei" (PCS) und der PRTC bestimmte in 100, 40 bzw. in sieben Kommunen die Listen. Der sozialdemokratische FMLN-Flügel aus "Erneuerter Ausdruck des Volkes" (ERP) und "Nationaler Widerstand" kontrollierte in 61 bzw. in 18 Gemeinden die Listen. Die linkszentristische "Demokratische Konvergenz" präsentierte - z.T. im Bündnis mit der FMLN - in zwölf und die sozialdemokratische MNR in einer Kommune Kandidatenlisten.

Diese Zahlen können als grobe Anhaltspunkte für die zahlenmäßige Stärke der verschiedenen linken Tendenzen dienen. Es ist jedoch auch zu beachten, daß es aufgrund lokaler bzw. persönlicher Querelen nicht in allen Fällen gelang, linke Konkurrenzkandidaturen - das heißt die sichere Wahlniederlage - zu verhindern. In San Salvador kandidieren beispielsweise für die FMLN der KP-Chef Shafik Handal und ein Vertreter der "Demokratischen Konvergenz" (CD) für den Bürgermeisterposten. Das Ergebnis: Beide werden eingehen.

Wer steht zur Wahl?

Die Linke: Hier ist vor allem die FMLN zu nennen. Sie wird aus den Mitgliedern von fünf Organisationen gebildet, die vorher in der Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" (FMLN) waren. Der FMLN gehören die "Volksbefreiungskräfte" (FPL), die "Kommunistische Partei" (PCS), die "Revolutionäre Partei der Arbeiter Mittelamerikas" (PRTC), der "Erneuerte Ausdruck des Volkes" (ERP) und der "Nationale Widerstand" (RN) an. Dazu wäre auch noch die ERP-Minderheit zu rechnen, deren Aktive auch in den FMLN-Gremien mitarbeiten, jedoch noch nicht über von der FMLN anerkannte eigene Organisationsstrukturen verfügen. Auf den unterschiedlichen Ebenen stehen Kandidatinnen und Kandidaten aller Strömungen zur Wahl. Mehrheitlich ist die FMLN zur sozialistischen Linken zu zählen, es gibt jedoch auch eine prononciert sozialdemokratisch argumentierende Minderheit aus ERP (Mehrheit) und RN. Die FMLN wird höchstwahrscheinlich die meisten linken Stimmen gewinnen. Ihre Stärke ist die Basismobilisierung und die Haus-zu-Haus-Propaganda.

Die "Demokratische Konvergenz" (CD) ist die zweite wichtige Kraft im linken Spektrum. Sie ist eine reformistische Partei, die aus Mitgliedern der linkschristlichen MPSC, der UDN, der ehemaligen Wahlpartei der Kommunisten, und der sozialdemokratischen Gruppe PSD besteht. Sie ist vor allem in den Mittelschichten

verankert, bietet im Ausland bündnispolitische Ansatzpunkte und kann mit Rubén Zamora den Präsidentschaftskandidaten der Linken stellen.

Schließlich kommt noch die kleine "Nationale Revolutionäre Bewegung" (MNR) dazu, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist. Dies ist ihr wichtigster Trumpf. Sie hat nur ein minimales Wählerpotential, ist organisatorisch schwach und vom Geltungswillen ihres Vorsitzenden Víctor Valle gebeutelt. Sie reihte sich erst im letzten Moment in die linke Koalition ein. In den Umfragen bekommt die FMLN/CD/MNR etwa 25% (Platz zwei).

Die Mitte wird von der "Christdemokratischen Partei" (PDC) gebildet. Sie stellte den rechten Flügelmann Fidel Chávez Mena als Präsidentschaftskandidaten auf, der schon unter Napoleón Duarte Ministerposten bekleidete. Die PDC ist personell verbraucht und durch viele Korruptionsaffären verschlissen. Mehrheitlich neigt sie einem Bündnis mit der ultrarechten ARENA zu. Die Christdemokratie ist aber tief zerstritten. Die Spaltungslinien dürften mit voller Wucht zum Vorschein kommen, wenn es im Präsidentenwahlkampf zu einer Stichwahl ARENA gegen FMLN/CD/MNR käme. Der Christdemokratie neigen etwa 15% der Wählerschaft zu. Damit liegt sie auf dem dritten Platz.

Die (Ultra)Rechte: Die Hauptkraft ist zweifellos die regierende ultrarechte ARENA-Partei. Sie wurde vom Todesschwadronero Major Roberto D'Aubuisson gegründet und weist heute zwei Flügel auf. Tonangebend sind weltmarktorientierte Großunternehmer und moderne Markttechnokraten. Sie wollen das Land nach neoliberalem Muster modernisieren und Nischen auf dem Weltmarkt erobern. Der Todesschwadronen-Flügel tritt heute weniger dominant in Erscheinung, ist aber weiter aktiv. Hier mischen sich Militärs, Großgrundbesitzer und pathologische Antikommunisten. Dieser Flügel hat aber weder ein eigenes ökonomisches Modell noch ein derzeit durchsetzbares politisches Modell anzubieten. Deshalb beschränkt er sich in erster Linie darauf, die Zugeständnisse des pragmatisch eingestellten ARENA-Flügels an die Linke zu torpedieren. ARENA stellt seit 1989 die Regierung. Sie kann nicht nur auf den Staatsapparat, sondern auch auf die volle Unterstützung aller wichtigen Massenkommunikationsmittel zählen. Sie rangiert in allen Umfragen mit einigen Prozent Abstand auf Platz eins (ca. 35%).

Als weitere rechte Kraft kommt die alte Militärpartei PNC in Betracht. Aufgrund alter Klientelbeziehungen konnte sie in vielen Orten Kandidaten aufstellen. Die PNC ist immer für einige Prozent gut. Politisch ist sie ein sicherer Bündnispartner von ARENA.

Neu im Geschäft sind drei rechtskonservative Parteien, die von Anhängern protestantischer Sekten gegründet wurden. Da in El Salvador knapp 20% der Gesamtbevölkerung, d.h. eine Million Menschen, einer der unzähligen evangelikalen Sekten angehören, gibt es für diese Parteien eine durchaus relevante Basis. Parteien ähnlicher Couleur landeten in Peru und Guatemala Überraschungserfolge. Die stärkste dieser drei Gruppen, die "Bewegung für nationale Solidarität" (MSN), stellte in zwölf Gemeinden insgesamt 102 Kandidaten auf. Sie tritt auch bei den Parlamentswahlen an. Spannend wird ihr Abschneiden im Armengürtel rund um San Salvador sein. Viele Mitglieder evangelikaler Sekten gehören zu den ärmsten Bevölkerungsschichten. Im Armengürtel um die Hauptstadt konkurrieren FMLN und die Evangelikalen um dasselbe Wähler- und Wählerinnenspektrum.

Die oben genannten Parteien werden das Rennen unter sich ausmachen. Im nächsten ak werden wir die bis dahin bekanntgewordenen Ergebnisse detaillierter vorstellen.

Al., Nürnberg (2.3.1994)

Anmerkungen:

1) Diese Attentatsserie sowie die Mitverantwortung von USA und UNO wurden in ak 362 (Januar 1994) ausführlich dargestellt und analysiert.

2) Angaben nach: Süddeutsche Zeitung, 1.3.1994

# 23. Exportschlager Hochsicherheitstechnologie. Politische Gefangene in Chile in Hochsicherheitsknast verlegt

Autor: Chile AG Braunschweig · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:34

Am Sonntag, den 20.2.1994 wurde in Santiago das neue Hochsicherheitsgefängnis (HSG) erstmals mit Gefangenen belegt.

Dieser Knast stellt einen neuen Höhepunkt in der Repressionspolitik der Regierung dar. Er ist nach europäischem Vorbild (Spanien, Italien, BRD) konzipiert und ist nicht nur das modernste Gefängnis in Lateinamerika, sondern auch die Premiere für "High-Tech-Isolationsknastarchitektur" in diesem Teil des Kontinents.

Nachdem die Präsidial- und Parlamentswahlen im Dezember 1993 als Bestätigung einer zunehmend repressiver werdenden Aylwin-Politik gewertet werden konnten, sollen die letzten Wochen der alten Regierung genutzt werden, die revolutionäre Linke massiv einzuschüchtern, zu kriminalisieren und die nationale und internationale Öffentlichkeit auf das neue politisch-ideologische Klima der kommenden Frei-Regierung einzustimmen. Da die Belegung des HSG schon seit über einem halben Jahr in Chile zu Diskussion und Ankündigung von Widerstand geführt hatte, ist davon auszugehen, daß die Regierung Zeitplan und Einbettung der Maßnahme in ihre Innenpolitik genau vorbereitet hatte.

So kündigte einen Tag vor der Verlegung Innenminister Krauss an, daß sich die Gendarmaria möglichen Gewaltaktionen während der Zwangsaktion stellen würde. "Wenn es Widerstand gibt, muß die Reaktion stärker sein" (Mercurio, 19.2.94)

Am folgenden Tag stürmten unter Einsatz von Schußwaffen Kräfte der Gendarmeria im Knast von San Miguel die Zellen von sechs Gefangenen. Mauricio Hernandez Norambuena und Jaime Pinto Aglioni wurde in die Beine geschossen. Nachdem der Widerstand der Gefangenen gebrochen war, mußten diese durch ein Spalier von ca. 50 knüppelnden Bullen laufen. Zwei Inhaftierte wurden dabei am Kopf schwer verletzt. Unter massivstem Aufmarsch der Gendarmeria und Carabineros wurden weitere 37 Gefangene aus ihrem Gefängnistrakt herausgeholt und zusammen mit den sechs Genossen von San Miguel zu den Hochsicherheitstürmen transportiert.

Da tagsüber in dem Haftgebäude noch gebaut wird, sind die Gefangenen in dieser Zeit, in einem viel zu kleinen Schuppen, an Händen und Füßen mit Distanzstangen angekettet, unter strenger Bewachung eingesperrt.

Den beiden angeschossenen Gefangenen ist bisher weder ausreichende medizinische Versorgung noch die Weitergabe von durch Angehörigen abgegebenen Medikamenten gestattet worden. Als Folge hat sich die Verletzung von Jaime Pinto entzündet.

Noch am Tag der Verlegung sind elf der Gefangenen im HSG in den unbefristeten Hungerstreik getreten. Dem schlossen sich bis heute (28.2.) insgesamt 60 weitere politische Gefangene (Frauen und Männer) und vier Angehörige an.

Um die Protestaktionen unter Druck zu setzen, spricht der Leiter des HSG, Hepullanca (ein ehemaliges Mitglied der CNI, des Geheim- und Folterdienstes unter Pinochet), ständig offene Morddrohungen gegen die Gefangenen aus.

Die politische Unterstützung der Hungerstreikforderungen ist relativ breit. Innerhalb einer Woche Streik haben sich die PHV (Grüne), die PR, sowie einzelne Leitungskräfte der PC und der MIDA mit dem Ziel der Aktion solidarisiert.

Die neue Art der Repression

Im vierten Jahr der Demokratie hat sich der Umgang mit der Opposition deutlich geändert. Nicht mehr die alte "flächendeckende" Unterdrückung der Pinochet-Diktatur ist angesagt, sondern Integration und differenzierende

Ausgrenzung unter massiver Beteiligung und Federführung der Sozialisten. Diese entwickelten die wesentlichen Inhalte und Konzepte des neuen Sicherheitsbüros, haben die Leitung der Gendarmeria durch ein Parteimitglied besetzt und werden unter der Frei-Regierung den Innenminister stellen.

So war es verständlich, daß Mitglieder der Gefangenenhilfsorganisation ODEP am 21.2. das Parteibüro der PS in Santiago besetzten, um die Zusage für eine Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission bzgl. der Isolationshaft zu erwirken. Als sich die BesetzerInnen nicht mit hohlen Phrasen abspeisen lassen wollten, ließ die PS ihre Zentrale durch die Polizei räumen, wobei alle an der Protestaktion beteiligten Personen vorübergehend festgenommen wurden.

In der folgenden Nacht verübten Mitglieder des Lautaro mehrere Bombenanschläge, u.a. vor besagtem Parteibüro. Diese Aktionen wurden als Vorwand einer medialen Hetzkampagne benutzt, die an die Ausgangsbedingungen der "Terroristen- und Sympathisanten"hatz im deutschen Herbst '77 erinnert. So erklärt der Leiter der Sozialistischen Partei, Escalona, daß die Attentate Bestandteil einer terroristischen Gesamtplans seien, um die Regierungsübernahme von Frei zu stören.

In einem Kommentar der Zeitung "La Segunda" werden die Bombenanschläge mit der Parteibesetzung als Attentate auf eine Ebene gestellt. Dies zeige, daß extreme Linke nun auch die institutionalisierte Linke, die die demokratischen Regeln akzeptiere, zum Gegner erklärt habe. Es sei deutlich geworden, daß die früher geübte Toleranz gegenüber der Gewalt nun auf die Kräfte zurückfalle, die sich nicht ausreichend distanziert haben.

Neben der Aufforderung der freiwilligen Unterordnung unter das Gewaltmonopol des Staates wird das Regime in den nächsten Tagen demonstrativ Härte zeigen. Da auf der geplanten Protestdemonstration am 4.3. nur noch verirrte Schafe oder "Terroristen" gegen das Hochsicherheitsgefängnis demonstrieren werden, die mit der entsprechenden Härte des Herrschaftsapparates zu rechnen haben. Auch bei dem Amtsantritt von Frei sollen 5.000 Bullen in Santiago punktuellen Ausnahmezustand verhängen.

Diese "Sicherheitsmaßnahen sind sehr wichtig, weil es offensichtlich ist, daß Chile diese neue Phase des Redemokratisierungsprozesses mit dem angemessenen Ernst beginnen muß" (La Tercera, 25.2.). Mit anderen Worten: Wer sich nicht genügend distanziert und freiwillig unterordnet, wird "endgültig zerschlagen" (a.a.O).

Chile AG Braunschweig, Santiago 1.3.94

Aktionstag am Freitag, 11.3.94

für die politischen Gefangenen in Chile

Solidarität mit den politischen Gefangenen in Chile und überall!

Gegen den Export der Isolationsfolter durch die BRD!

Keine Zerschlagung der Gefangenenkollektive!

Anerkennung der linken und revolutionären Gefangenen als politische Gefangene!

Die Freilassung der politischen Gefangenen revolutionär erkämpfen!

Aktionen in Hamburg:

10.00 Demo ab Moorweide, Kundgebung vor dem chilenischen Konsulat

14.00 Pressekonferenz ESG, Rentzelstraße

20.00 Veranstaltung im Volkshaus (Neuer Kamp über dem Supermarkt) mit Jorge Palma Donoso, ehemaliger Gefangener aus dem MIR, und Gabriele Rollnik, ehemalige Gefangene aus der RAF

veranstaltet von: dynamo trikont, el rojito, Internationalismus und Solidarität u.a.

# 24. Zapatistische Bilder. Essay von Paco Ignacio Taibo II

*Essay von Paco Ignacio Taibo II, Krimiautor aus Mexiko*

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:06

Paco Ignacio Taibo II stellte dem ak den vorliegenden Text zur Veröffentlichung zur Verfügung. Dafür bedanken wir uns auf das Herzlichste!

Die Übersetzung aus dem Spanischen wurde von Albert Sterr aus Nürnberg gemacht, der sich bei Bernhard für die wertvollen Anmerkungen zur Rohübersetzung bedankt.

I

Sie kamen aus dem Nichts. Aus seiner üblichen Zensurperspektive wiederholt das Fernsehen die Bilder der Aufständischen der zapatistischen Armee ohne sie zu verstehen. Ihre Gesichter sind in Strumpfmützen gehüllt oder mit Halstüchern (rot, gelb und schwarz) verdeckt, die bei den mexikanischen Campesinos üblich sind.

Verflucht, was ist das? Paloma weckt mich am Vormittag und setzt mich vor den Bildschirm. Die zapatistische Armee hat in Chiapas ein halbes Dutzend Städte eingenommen, darunter San Cristóbal de las Casas, die indianische Hauptstadt.

Die ersten Worte vor den Fernsehkameras wurden in einem unsicheren Spanisch mit kuriosem Satzbau geradebrecht. "Wir kommen von hier, weil wir es nicht mehr aushalten. Verstehst Du? Die Armee, die verfolgt uns. Wir kommen zum Krieg". Unter ihnen gibt es einige Kader, die aus der Stadt kommen. Ihre Ausdrucksweise verrät sie. Vielleicht sind es Aktivisten aus einer Gruppe der radikalen Linken. Studenten, die die chronische Arbeitslosigkeit hinter sich ließen, um im Urwald unterzutauchen und dort Maulwurfsarbeit zu verrichten, wie dies im Jargon der Linken heißt: Alphabetisierung, Barfußmedizin, Aufbau von Kooperativen. Lehrer, die zwanzig Jahre nichtendenwollender Kämpfe hinter sich haben, allein um in einigen wenigen Regionen des Landes ihre Gewerkschaftsvertretung selbst bestimmen zu können und pro Monat 200 US-Dollar zu verdienen.

Aber die große Mehrheit sind Indianer. Tzeltal-, Chol-, Mije- und Tojolabal-Indianer. Sie gehören zur babylonischen Stammesvielfalt, die in Chiapas existiert. Dort wird bei 60% der Bevölkerung nicht die Landessprache Spanisch als Umgangssprache verwendet, sondern einer der indianischen Dialekte. Das Indianische ist ihre Waffe. Die Bilder zeigen hier und da ein AK, ein Gewehr, das der Armee abgenommen wurde. Aber die Mehrheit hat 22er Büchsen, Jagdgewehre oder sogar nur Macheten und Stöcke. Es sind viele Frauen und Kinder darunter. Sie sind uniformiert. Sie tragen grüne Baseballmützen, grüne Hosen, schwarze selbstgefertigte Jacken und Halstücher, mit denen sie auch das Gesicht verdecken. Das Land beginnt das Jahr 1994 mit einem Aufstand. Niemand, mit Ausnahme der Aufständischen, versteht auch nur das Allergeringste.

II

In den folgenden Stunden klebe ich am Fernseher. Alle Radios im Haus sind aufgedreht. Auf die mexikanische Art warten wir auf Informationen: Zwischen den Zeilen lesend, auf Zwischentöne hörend und Bilder auswertend, ohne dem Sprecher zuzuhören. Ich segne die tausendundeinen Mechanismen der Gegeninformation, die dieses Land sich erfunden hat. Zwölf Stunden nach Beginn des Angriffs kommt der Gerüchte-Rundfunk auf Touren. Das Telefon läutet ununterbrochen.

III

Sie nennen sich selbst Zapatisten. Ich erinnere mich an ein Lied, das wir in den sechziger Jahren alle gesungen haben: Drei Reiter im Himmel / ziehen mit viel Schneid vorbei / und die drei Reiter sind / Gott, Zapata und Jaramillo (Tres jinetes en el cielo / cabalgan con mucho brío / y esos tres jinetes son / Dios, Zapata y Jaramillo). Und ich glaube, daß die Reihenfolge der Persönlichkeiten dem Versmaß gehorcht und nicht etwa ihre wirkliche Bedeutung hat.

IV

In den sechziger und siebziger Jahren hatten die mexikanischen Anthropologen, die in den Landgemeinden des Bundesstaates Morelos Feldstudien durchführen, beunruhigende und überraschende Gerüchte zusammengetragen, wonach Zapata überlebt habe. Daß Zapata nicht gestorben sei, weil es nach Hinterhalt roch und er deshalb einen Compadre, der ihm sehr ähnlich sah, zu dem Landgut geschickt habe. Daß der Leichnam nicht von Emiliano war, weil ihn sein Pferd nicht erkannte. Daß der Tote nicht Zapata war, weil jenem ein Glied am kleinen Finger der linken Hand fehlte, während der Tote noch alle Fingerglieder hatte. Daß mein General Zapata am Leben war und sich in den letzten fünfzig Jahren in Höhlen versteckt hielt. Daß Emiliano untergetaucht sei und als Gebrauchtkleiderhändler mit einigen Libanesen lebte, die in den Dörfern Kleider verkauften. Daß Zapata Ratgeber Sandinos war, daß er mit Jaramillo (1) kämpfte ...

1977 schrieb ich unter dem Titel "Cosa facil" (Leichte Sache) einen Kriminalroman, in dem ich die Zapata-Mythen aufgriff. Kurz zusammengefaßt erhielt ein Privatdetektiv von einem mysteriösen Gesprächspartner den Auftrag, Emiliano Zapata zu finden. Einen gealterten Zapata, der unerkannt all die Jahre überlebt hatte. Der Roman endete mit einem Dialog zwischen dem Detektiv und einem neunzigjährigen Zapata, der gestand, aus Sicherheitsgründen untergetaucht zu sein. In einem Nachwort trat der 91jährige Zapata auf und ritt auf einer Schnellstraße zwischen Autos. Als der Roman verfilmt wurde, schnitt das Departement, das die Filmzensur übernommen hatte, dieses Ende mit dem Argument heraus, daß die Helden des Vaterlandes tot seien und daß man mit ihren Figuren nicht spielen könne. ... Zapata blieb gefährlich lebendig. Jetzt kommt er zurück.

V

Im ersten Gefecht starben 24 Polizisten. Die Aufständischen stießen bei der Besetzung der Gemeindeverwaltungen mit der staatlichen Polizei (policía judicial) und der Gemeindepolizei zusammen. Man sah Bilder von ihren Leichen, die auf die Plätze geschmissen wurden. Viel Haß hatte sich aufgestaut. Die Judiciales sind traditionsgemäß die Pistoleros der Großgrundbesitzer. Sie dringen in die Indio-Gemeinschaften ein, verhaften, foltern. Haß auch am 2. Januar in der U-Bahn in Mexiko-Stadt: "Die Judiciales sind keine Leute, sie sind keine Menschen."

VI

Sind sie verrückt? Wieviele sind sie? Woher kommt die zapatistische Armee? Sind sie wirklich der Meinung, daß sie einer modernen Armee, die eine Luftwaffe, Helikopter, schwere Waffen und Artillerie hat, in einer offenen Schlacht entgegentreten können? In einem ersten Handstreich haben sie die zweitgrößte Stadt des Bundesstaates und die Kontrolle über die Zugänge zum lakandonischen Urwald übernommen, der auf dem Landweg Chiapas mit Guatemala verbindet. Am Tag darauf machen sie ihre Versprechung wahr und greifen die Kaserne an, in der die 31. Division stationiert ist. Sie errichten in Altamirano, Las Margaritas und Ocosingo, den Orten, die als Tür zum Urwald dienen, Straßensperren. Dann verschwinden sie wie Schatten, die sich ins Nichts auflösen. Sie haben erklärt, daß sie sich in Waffen gegen eine Regierung erhoben, die aufgrund von Wahlbetrug an die Macht kam und daß sie eine neue Agrarreform eingeleitet hätten; daß sie die Übergriffe von Polizei, Armee und großgrundbesitzenden Kaziken nicht mehr aushielten; daß der Vertrag über die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA der letzte Tritt in den Magen der indianischen Gemeinden sei.

VII

Einige Tage später wird mir der Koordinator der Kaffee-Kooperativen von Chiapas erzählen, daß wir es mit einer angekündigten Rebellion zu tun haben. Daß die Luft voller Vorzeichen war, die die Regierung nicht wahrhaben wollte. Niemand wollte etwas gewußt haben.

Ein befreundeter Anthropologe, der die Gegend kennt, erzählte mir, daß die Gemeinden am Ende des Sommers darüber abstimmten, nicht mit der Aussaat zu beginnen. Das ist für Menschen, die von der kärglichen Maiswirtschaft leben, der Tod. Es gibt keinen Schritt zurück mehr. Er erzählte mir, daß die Organisierung vor zehn Jahren begann. Als ich die Zeitungen der letzten Monate noch einmal durchgehe, finde ich hier und dort vereinzelte Meldungen über Zusammenstöße zwischen Polizei und Armee und indianischen Gemeinden. Ende März dringen Sicherheitskräfte, die die Gegend nach einer bewaffneten Gruppe durchsuchen, die in einem Hinterhalt zwei Soldaten getötet haben soll, in San Isidro Ocotal ein: Indianer werden verhaftet, Alte, ein Minderjähriger; Folterungen. Im Mai wiederholt sich die Geschichte. Es gibt Gerüchte über die Existenz einer Guerilla. Alle dementieren.

Die Polizei marschiert wild um sich schießend in Pataté Viejo ein, versammelt die Einwohner des Weilers auf dem Basketballfeld, sucht aufs Geratewohl acht heraus und sperrt sie ins Gefängnis von Cerro Hueco ein. Das Innenministerium wird wenige Tage nach Beginn des Konfliktes zugeben, daß es von 15 Lagern zur Guerilla-Ausbildung Kenntnis hatte. Man sagt, daß die Guerilla zehn Jahre lang Organisationsarbeit geleistet hat und daß die Entscheidung Krieg zu führen, in den letzten Jahren getroffen wurde.

VIII

Ich habe das Haus drei Tage lang nicht verlassen, außer um die Zeitung zu kaufen. Ich telefoniere, höre Radio und schaue mit der Faszination des Blinden, der das Bild entdeckt, in die Glotze. Ein befreundeter Agrarexperte erklärt mir, daß in den vergangenen Jahren 15.000 Indígenas an Hunger und leicht heilbaren Krankheiten gestorben sind. Daß Oppositionsanhänger aus Gemeinden vertrieben wurden. Daß die Felder aufgrund des fehlenden Fruchtwechsels in einem sehr schlechten Zustand sind. Daß die Erde nicht mehr hergibt, daß aufgrund der Zuwanderung der guatemaltekischen Flüchtlinge und derjenigen Indígenas, die von Großgrundbesitzern von ihrem Land vertrieben wurden, die landsuchende Bevölkerung jährlich um 6% wächst. Mit dem Verfall der Kaffeepreise benötigen die Großgrundbesitzer mehr Land für ihre Viehweiden. Sie bringen die Gemeinden gegeneinander auf, benützen die Polizei als Privatarmee, ermorden Führer der Gemeinden. Und das in einer Region, in der es keinen elektrischen Strom gibt, wo 70% Analphabeten sind und es in den Häusern weder Trinkwasser noch sanitäre Einrichtungen gibt, und wo das durchschnittliche Monatseinkommen nicht einmal bei 230 US-Dollar liegt.

IX

Als Ergebnis ihrer exzellenten Informationsarbeit ist "La Jornada", die linke Tageszeitung aus Mexiko-Stadt, tagtäglich schon um 10.00 Uhr ausverkauft. Und das, obwohl ihre Auflage in den letzten zwei Wochen gewaltig in die Höhe geschnellt ist. Dort lese ich eine faszinierende Geschichte. In der Nacht, in der San Cristóbal de las Casas besetzt wurde, verbrannten die Zapatisten die Gemeindearchive, die Akten des Finanzamtes und die Kataster über den Landbesitz. Der Direktor des historischen Archivs eilte herbei, um zu verhandeln: "Ihr werdet doch nicht die historischen Akten verbrennen. Dort sind die Papiere, die die Geschichte dieser Stadt erzählen, die Geschichte der Campesino-Aufstände im 17. Jahrhundert, die Erhebung der Tzeltales ..." Das Komitee versammelte sich. Nicht nur, daß sie das historische Archiv nicht verbrannten, sie stellten sogar noch einen Wachposten davor.

X

Toño García de León, einer unserer besten Anthropologen, der in einem Anfall von überraschender Klarsicht in einem Buch, das vor neun Jahren publiziert wurde, vorhersah, was hier passieren würde, schreibt ("Resistencia y Utopía. Memorial de agravios y profecías acaecidas en la provincia de Chiapas durante los últimos quinientos años de su existencia): "Die Elemente der Vergangenheit leben dort weiter. Sie sind so lebendig wie Geister, wie leidende Seelen. (...) Die Erde von Chiapas ist voller ermordeter Indios, versteinerter Wälder, verlassener Städte und Erdölmeere." Diese Region liegt am Arsch der Welt, dort, wo Christus seinen Mantel verlor und Pedro Infante sein Pferd. Im 19. Jahrhundert, nachdem die Aufstände niedergeschlagen waren, wurden sie wie besiegte Zwerge zusammen mit den Gouverneuren photographiert. Die Revolution kam mit 20 Jahren Verspätung. Sie kam nur zur Hälfte, zu einem Viertel oder zu einem Zehntel und ließ die großen Haciendas intakt. Die Bewohner Lakandoniens kaufen Elektrolampen, um sie in Häusern aufzuhängen, in denen es keinen Strom gibt, in Dörfern ohne Stromversorgung, in Regionen ohne Stromversorgung, in denen aber die wichtigsten Stauseen des Landes liegen. San Cristóbal, Treffpunkt der Hippie-Touristen, hat drei ZEN-Zentren, hunderte Satellitenschüsseln, und über seine Straßen gehen barfüßige Indianer, die nicht einmal als Maurer Arbeit finden.

XI

In Mexiko wurde in den zwanziger Jahren ein sehr bekannter und beliebter Bandit erwischt und erschossen, als er beim Scheißen war. Der "Tiger von Santa Julia" starb auf diese unpassende Art und Weise. Und deshalb sagen die einfachen Leute, wenn sie dich in einer Situation erwischen, in der du keine Chance hast: "Sie haben dich gekriegt wie den Tiger von Santa Julia." Der mexikanische Staat wurde so kalt erwischt wie der Tiger von Santa Julia. Liegt es etwa daran, daß sie an ihre eigenen Lügen geglaubt haben? Die Ergebnisse der letzten Wahlen in Chiapas: Nach offiziellen Angaben gewann die PRI 1976 mit 97,7%, 1982 mit 90,2% und

1988 mit 89,9%. Glaubten sie etwa selbst an die offiziellen Zahlen? Man sagt, daß dem Präsidenten Salinas Berichte darüber vorlagen, was sich zusammenbraute. Er zog es vor sie zu ignorieren, damit sie die Feiern zum Inkrafttreten des Freihandelsvertrages NAFTA nicht überschatteten. Neue Wahlen stehen vor der Tür. Anzutreten und gegen die Opposition der PRD unter Cuauthemoc Cárdenas mit einem erneuten Wahlbetrug auszubooten während es weiter gärt, würde bedeuten, Öl ins Feuer zu gießen.

XII

Die Zapatisten leisten weiter Widerstand. Freunde am Telefon sehen die Gefahr eines Massakers an Kleinbauern voraus. Das Herr rückt weiter vor. In einer zweiten Phase kommt es zu schweren Gefechten in Ocosingo, wo die Zapatisten eine Nachhut zurückließen, um Zeit für den Rückzug ins Hochland zu gewinnen. Diese Gruppe verschanzt sich auf dem Marktplatz. Trotz des Rückzugs greifen sie die Kaserne von Rancho Nuevo an, das Hauptquartier der 31. Militärzone (wo mindestens eine Division stationiert ist). Sie erbeuten 180 Maschinengewehre. Acht Angriffe in neun Tagen.

XIII

In Mexiko war die soziale Linke nie für die Guerilla. In den letzten 20 Jahren hatte die Guerilla weder Sympathie noch Ansehen im breiten Spektrum der Linken. Die zapatistische Erhebung erzeugt jedoch eine Welle von Sympathien. "Warum sollen sie mir nicht gefallen", sagt Ernesto zu mir, ein Gewerkschafter an der Universität. "Ich bin mit ihrem programmatischen Vorschlag einer neuen Demokratie einverstanden. Sie sind nicht nur ein kleines Grüppchen, es handelt sich um eine Massenerhebung. Und außerdem sind sie noch beschissener dran als ich ..."

XIV

In den ersten Tagen des Konflikts zog die Armee 10.000 Soldaten zusammen. Deren Zahl stieg langsam bis auf 17.000 an. Jeeps mit Maschinengewehren, Panzerwagen, deutsche G-3-Gewehre, Kampfflugzeuge.

XV

Die Toten werden für immer tot bleiben. Der Horror rückt näher. Die politischen Erklärungen lassen den Horror außen vor. In Zeiten des Krieges schaut die Vernunft in die Röhre. Verdrießlich sehe ich ein ums andere Mal die von Kugeln durchlöcherten Körper einer Gruppe von Campesinos. Die Kadaver wurden in die Straßengräben geworfen. Ich sehe die schrecklichen Bilder eines wenige Monate alten Mädchens, das von einem Granatsplitter getötet wurde und dessen Leichnam man in einen Pappkarton legte.

XVI

Eine riesige Demonstration in Mexiko-Stadt gegen die Regierungspolitik in Chiapas und für den Frieden. Etwa 150.000 gingen auf die Straße. Eine der Parolen: "Erste Welt, ha, ha, ha." (2) Wieder einmal die Gesichter der alten und der neuen Linken, aber auch von tausenden Studenten, die zum ersten Mal dabei sind.

XVII

Das Innenministerium hat sich dazu entschieden, einen Phantom-Feind zu erfinden. Die real existierenden Phantome der aufständischen Chiapaneken sind für den großen Propagandakrieg, der jetzt läuft, wenig nützlich. Sie sind sympathisch. Dazu wählen sie einen der Kommandanten aus, der mit einer Strumpfmütze maskiert die militärische Besetzung von San Cristóbal de las Casas leitete und der sich dort Marcos nannte. Er eignet sich zum Popanz. Er scheint Städter zu sein, ist kein Indianer, er könnte sogar Ausländer sein. Sein Steckbrief wird im ganzen Land verbreitet. Personalien: 1,80 Meter, blond, grüne Augen, spricht drei Sprachen (Woher zum Teufel haben sie das? Warum nicht vier oder fünf?). Diejenigen im Land, die Zeitungen lesen, lachen über diesen Blödsinn. Sie rufen dich an, um dir zu sagen, daß Marcos ihr Cousin ist, daß er der Milchmann ist. Eine Welle der Sympathie nimmt sich des Phantoms an. Die Zeitschrift "Proceso" macht ihn zum Heiligen, indem sie sein Foto ganz groß auf die Titelseite der ersten Nummer plaziert, die sich mit den Vorfällen in Chiapas befaßte. Ein venezolanischer Biologe, der über das drohende Aussterben der Jaguare im lakandonischen Urwald Untersuchungen durchführte und der nicht einmal die Jaguare sondern lediglich etwas von deren Kot zu Gesicht bekam, wurde gefangengenommen und geschlagen. Die Polizei wollte ihm das Geständnis entlocken, daß er der Anführer der Guerilla sei. Marcos selbst macht sich in einem spöttischen Brief an die Massenmedien über die Popularität lustig, die er mittlerweile genießt.

Aber gibt es ihn wirklich, den Kommandanten Marcos? Im Morgengrauen des ersten Januar wird er in der Gemeindeverwaltung interviewt, kurz nachdem die Zapatisten mit den Polizisten aufgeräumt hatten. Das Phantom Marcos gibt zu, Ausführender der Politik eines Rats indianischer Campesinos zu sein. Er sei lediglich "Sub-Kommandant" und weist darauf hin, daß der Name Marcos austauschbar ist. Jeder kann sich eine Strumpfmütze überstreifen und sagen: "Ich bin Marcos". Er fordert dazu auf, dies zu tun.

XVIII

"Es ist wie Vietnam", sagt ein Soldat, als er telefoniert. "Sie kommen aus dem Nebel." Ein Reporter der Zeitung "La Jornada", der sich hinter ihm zum Telefonieren angestellt hat, spitzt die Ohren. In der Nähe der archäologischen Zone von Palenque wird gekämpft. Die Zapatisten legten der Armee einen Hinterhalt. Die Luftwaffe bombardiert. Die stärksten Gefechte, die in Ocosingo stattfanden, gehen zu Ende. Die Aufständischen verlassen die letzten zwei Städte, die sie unter ihrer Kontrolle hatten, Altamirano und Las Margaritas, und ziehen sich in den Urwald zurück. Mehrere kleine Dörfer bleiben noch eine weitere Woche lang in ihren Händen.

XIX

Die Luft des Urwalds ist jetzt voller Botschaften. In der Nacht füllen 150 Kurzwellensender den Himmel des Hochlandes und der Grillen mit geheimen Botschaften: "Sechs für Uruguay, hörst du mich?" "In Paris kamen Lastwagenladungen mit grünem Zement vorbei." Die Basen Zwei, Null und Donner sind die wichtigsten CB-Funkstationen. Die Helikopter entfernen sich von den Antennen, die sie auf den Bäumen anbringen.

XX

Bomben im Bundesdistrikt Mexikos. Der Krieg nähert sich der Monsterstadt. Die Bombenleger sind nicht die Zapatisten. Es handelt sich um eine ultraradikale Minisekte, von der man sagt, daß sie vom Innenministerium voll unterwandert ist. Selbst unter diesen Umständen breitet sich eine Woche lang ein dumpfes Gefühl in der Stadt aus, das Gefühl, daß der Krieg aus dem Bildschirm heraustritt und an deiner Straßenecke ausbrechen kann.

XXI

Die Regierung zieht die Zügel an. Sie hat die Generalmobilmachung der Armee befohlen. Der bewaffnete Widerstand der Zapatisten und die nahezu einhellige Antwort der Intellektuellen (mit der bedauerlichen Ausnahme von Octavio Paz, der um die verlorene "Modernität" weint) sowie die Massendemonstration in Mexiko-Stadt zwingen sie, sich eines Besseren zu besinnen. Ein anderer Kurs wird eingeschlagen; Köpfe rollen. Entlassung des Inneministers, des Generalstaatsanwalts und des Gouverneurs von Chiapas. Die weiche Linie kommt an die Macht. Manuel Camacho, der unlängst vom Präsidenten Salinas als Präsidentschaftskandidat der PRI abgelehnt worden war, wird erneut sein Mann und tritt als Unterhändler auf. Der Nationalen Menschenrechtskommission werden Befugnisse zugebilligt. Ein Amnestiegesetz wird verabschiedet.

In verzweifelten Versuchen, den Konfliktherd zu beseitigen, folgt ein wirtschaftlicher Unterstützungsplan auf den anderen. Es werden Institutionen geschaffen, die die Indianer in Schutz nehmen sollen (vor wem? vor ihnen selbst?). Der offizielle Diskurs übernimmt die Kritiken der Linken und verleibt sie sich chamäleonhaft ein. Ein Waffenstillstand wird verkündet. Eine gespannte Waffenruhe.

XXII

Die Kadaver der Campesinos, die auf dem Marktplatz von Ocosingo gefunden wurden, hatten die Hände auf dem Rücken zusammengebunden und wiesen einen Genickschuß auf. Die Menschenrechtskommission ordnet deren Exhumierung und eine Autopsie an.

XXIII

Im Fernsehen Bilder von Soldaten, die Kinder impfen und Essen verteilen. Die Frauen stellen sich auf dem Marktplatz von Ocosingo in einer Schlange an. Am zweiten Tag werden sie nichts mehr bekommen, wenn sie nicht ihre Ehemänner mitbringen. Die Essensverteiler sind dort, um Zapatisten zu identifizieren.

XXIV

Spannungsvolle Verhandlungen. Die Armee provoziert durch einzelne Militäraktionen, fordert zur Denunziation auf, übt weiter Druck aus. Am 17. Januar, während der Gesandte von Präsident Salinas die Anerkennung der Guerilla als kriegführende Partei bekanntgab und Vorbereitungen für den Verhandlungsbeginn traf, rückte die Armee nach Oxchuc vor. Die PRI-Leute des Ortes hatten acht Campesinos als Zapatisten denunziert.

XXV

Erneut Gerüchte. Telefonanrufe von befreundeten Journalisten, Gespräche mit gedämpfter Stimme auf dem Platz vor der Metro-Station Insurgentes, während einer Versammlung der Cardenas-Anhänger. Provokationen werden erwartet. Es wird zu bewaffneten Zusammenstößen kommen. Erklärungen der Streitkräfte werden bekanntgegeben, wonach die Zapatisten erneut vier kleine Dörfer in der Nähe der guatemaltekischen Grenze angreifen wollen: Sabanillas, Guadalupe Tepeyac ... Neue Namen finden Eingang im Lexikon der eben erst neu geschaffenen Erinnerung. Wird nicht andersherum ein Schuh daraus? Will sich die Armee für die Beleidigung rächen? Die Nervosität im Land steigt erneut. Polizisten verhaften in Quintana Roo, vier Kilometer von Cancún, dem Disneyland mit den Haifischen, entfernt, Campesino-Führer, weil sie angeblich bewaffnet gewesen seien. Eine Sekretärin macht ein Foto, als ein Polizist AK-Gewehrkugeln aus einer Socke herausfischt, um sie im Büro der Landarbeitergewerkschaft in einer Rolle Klopapier zu verstecken; das werden die Beweise sein. Im Bundesstaat Guerrero marschiert über Nacht ein gewaltiger Polizeiapparat auf. In einer Versammlung eines starken Dachverbandes von Landarbeitergewerkschaften im Isthmus von Tehuantepec, in Oaxaca hört man viele Stimmen, welche die Friedfertigkeit der Führer kritisieren. "Wenn wir uns erhoben hätten, wären wir nicht an Seuchen gestorben. Es gäbe schon ein Krankenhaus und der Wahlbetrug wäre längst schon zum Teufel gegangen ...". Tabasco und Michoacán sind unruhig. In den letzten zwei Jahren wurden Führer von oppositionellen Campesinogemeinschaften, PRD-Leute, ermordet.

XXVI

Schließlich, noch ist alles unklar, gehen wir mit Unbehagen und voller Hoffnung weiter. Wir wachen mit dem klaren Gefühl auf, mit einem bösen Geist geschlafen zu haben.

Anmerkungen des Übersetzers:

1) Rubén Jaramillo: Populärer Campesino-Führer, der im Bundesstaat Morelos gegen die Großgrundbesitzer kämpfte und am 23. Mai 1962 von Soldaten ermordet wurde.

2) Das wichtigste Versprechen von Präsident Salinas de Gortari war, Mexiko den Anschluß an die sogenannte Erste Welt zu verschaffen.

Paco Ignacio Taibo II

Paco Ignacio Taibo II, 1949 in Gijon (Spanien) geboren, lebt seit Ende der fünfziger Jahre in Mexiko und gehört heute zu den bekanntesten lateinamerikanischen Krimiautoren. Der spanische Thrillerautor Manuel Vázquez Montalban sagte über ihn: "Er ist einer der Pioniere des lateinamerikanischen Kriminalromans. Man sollte ihn nicht aus den Augen lassen." Paco Ignacio Taibo II ist auch Universitätsdozent und arbeitet zu historischen Themen. Viele seiner Krimis, die vor allem in Mexiko-Stadt handeln, wurden verfilmt, sechs davon wurden auch ins Deutsche übertragen. Er selbst charakterisierte seine Art zu schreiben: "Das Wichtige sind nicht die Verbrechen, sondern (wie in allen mexikanischen Krimis) die Umstände. Hier geht es selten darum, wer getötet hat, denn dem Mörder liegt meistens gar nichts am Mord. Ausführender und Auftraggeber haben wenig gemeinsam. Deswegen ist das, worauf es ankommt, gewöhnlich das Motiv." (Das bizarre Leben, S. 120). Von ihm liegen folgende Kriminalromane in deutscher Übersetzung vor:

- Ein paar Wolken (Rotbuch Verlag), 1993 (Neuauflage)

- Der melancholische Detektiv. Drei Fälle für Héctor Belascoarán Shayne

(Rowohlt Thriller), 1992

- Comeback für einen Toten (Rowohlt Thriller), 1991 (vergriffen)

- Das bizarre Leben (Rowolt Verlag), 1990

- Das nimmt kein gutes Ende (Goldmann Krimi), 1989 (2. Auflage)

- Eine leichte Sache (Goldmann Krimi), 1988 (vergriffen)

Al., Nürnberg

# 25. Zwischen Tradition und Moderne. Neue afrikanische Literatur über die Situation der Frauen (Teil 2)

*Neue afrikanische Literatur über die Situation der Frauen - Teil II*

Autor: A. Hoffmann, Berlin · Rubrik: Frauen; Kultur; Afrika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:02

In diesem zweiten Teil der Artikelserie "Neue afrikanische Literatur" werden Romane vorgestellt, in denen der Kampf um Emanzipation und das erdrückende Schicksal der Frauen in der modernen afrikanischen Gesellschaft beschrieben wird.

Viel Aufsehen erregte die Senegalesin Mariama Bâ mit ihrem Buch "Ein so langer Brief", in dem sie die Polygamie aus der Sicht der ersten Frau darstellt. Polygamie ist für sie eine vom Mann aufgezwungene, nicht akzeptable Lebensform. Der somalische Schriftsteller Nuruddin Farah erzählt in "Aus einer Rippe gebaut" die Geschichte der Flucht von Ebla, einer Nomadin, die gegen ihren Willen verheiratet werden soll. Auch das dritte hier vorgestellte Buch "Perpétue und die Gewöhnung ans Unglück" von Mongo Beti zeichnet das Schicksal einer zwangsweise verheirateten jungen Afrikanerin nach.

Mariama Bâ

Ein so langer Brief

Mariama Bâ erzählt in ihrem 1980 erschienenen Briefroman die Geschichte einer islamischen Frau, die nach 25 Ehejahren von ihrem Mann verlassen wird, als der eine zweite Frau heiratet. "Ein so langer Brief" - der erste Roman der senegalesischen Schriftstellerin - erregte viel Aufsehen und wurde mit dem Noma Preis für afrikanische Literatur ausgezeichnet, er erschien in acht Sprachen. Viele afrikanische Schriftstellerinnen berufen sich auf den Einfluß von Mariama Bâ. "Mein Buch ist keine Autobiographie, wenn ich auch viel Selbsterlebtes verarbeitet habe. Es geht mir schlechthin um die notwendige Aufklärung über die unerträgliche Situation vieler Ehefrauen im Senegal und damit überhaupt von Frauen in den islamischen Ländern. Wenn ich allerdings damit gleichzeitig Frauen anderer Kulturbereiche nützlich sein kann, würde mich das sehr freuen." (Aus dem Nachwort)

Die Erzählerin Ramatoulaye beschreibt in Briefen an ihre Freundin ihre Lebensgeschichte, um mit Hilfe dieser vertraulichen Aussprache den Schmerz zu stillen, sie erinnert sich an die Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit, als ihre Generation daran ging, das Land aufzubauen, und sie rechnet ab mit der Polygamie, mit dem islamischen Recht, das jedem Mann bis zu vier Ehefrauen zugesteht.

Ramatoulaye erinnert sich, wie sie ihren Mann, den sie gerade zu Grabe getragen hat, kennenlernte. "Modou Fall, in dem Augenblick, wo du dich vor mir verbeugtest, um mich zum Tanzen aufzufordern, wußte ich, daß du der bist, auf den ich gewartet habe. Du warst groß und athletisch gebaut - gewiß. Du hattest dank deiner weit zurückliegenden maurischen Abstammung einen bernsteinfarbenen Teint - schön und gut. In deinem Gesicht waren Männlichkeit und Zartheit gepaart - auch schön und gut. Aber vor allem hast du es verstanden, zärtlich zu sein. Du hast verstanden, jeden Gedanken, jeden Wunsch zu erraten ... Du hast eine Menge nicht genau zu definierender Dinge verstanden, die dich aus der Masse hoben und unsere Verbindung besiegelten." Modou studiert in Frankreich, macht sein Jura-Examen, kommt zurück und arbeitet für den Aufbau seines Landes. Ramatoulaye heiratet ihn gegen den Willen ihrer Mutter. "Du seist ein Müßiggänger, sagte sie, mit zuviel Zeit zum Verschwenden. Und diese Zeit würdest du verwenden, um mir ‚den Kopf zu verdrehen` zum Nachteil interessanter junger Leute. Denn wir ersten Pioniere der geistigen Entwicklung der afrikanischen Frau waren wenig zahlreich. Manche Männer fanden uns töricht. Andere bezeichneten uns als Hexen. Aber viele wollten uns besitzen. Wie viele Träume, die in einem dauerhaften Glück hätten Wirklichkeit werden können, haben wir ohne Hoffnung genährt und enttäuscht, um andere zu umarmen, die jämmerlich wie Seifenblasen geplatzt sind und uns mit leeren Händen zurückgelassen haben?"

Ramatoulaye wird Lehrerin, sie und Modou erleben die bewegten und hoffnungsvollen Zeiten nach der Unabhängigkeit: "Die Geschichte bewegte sich unerbittlich weiter. Die Diskussion auf der Suche nach dem

rechten Weg rüttelte Westafrika auf. Mutige Männer machten Bekanntschaft mit dem Gefängnis; andere führten auf ihren Spuren das begonnene Werk fort. Es war das Vorrecht unserer Generation, Bindeglied zwischen zwei historischen Perioden - derjenigen der weißen Oberherrschaft und derjenigen der Unabhängigkeit - zu sein. Wir blieben jung und leistungsfähig, denn wir hatten ein Ziel vor Augen. Als die Unabhängigkeit erreicht war, erlebten wir die Anfänge einer Republik, die Geburt und Hymne und das Aufziehen einer Fahne mit."

Doch eben dieser Bindeglied-Generation fallen die traditionellen Wertvorstellungen ihrer Familien auf die Füße. Ihre Freundin Aïssatou sieht sich plötzlich einer Mitfrau gegenüber, ihre Schwiegermutter besteht auf der zweiten Heirat ihres Sohnes, da sie seine erste Frau als nicht standesgemäß ablehnt: "Mein Bruder Farba hat dir die kleine Nabou zur Frau gegeben, um mir dafür zu danken, daß ich sie so würdig erzogen habe. Wenn du sie als Ehefrau zurückweist, komme ich nie darüber hinweg. Die Schande ist tödlicher als Krankheit." Aïssatou weigert sich, die ihr zugedachte Rolle einzunehmen. Sie verläßt mit ihren vier Söhnen das Haus ihres Mannes Mawdo, zurück bleibt ein Brief: "Mawdo, die Prinzen bezwingen ihre Gefühle, um ihren Pflichten nachzukommen. Die ‚Anderen` beugen den Nacken und nehmen schweigend ein Schicksal hin, das sie verhöhnt. Das ist - grob umrissen - die innere Regelung unserer Gesellschaft mit ihren sinnlosen Trennungslinien. Ich bin nicht bereit, mich dieser Regelung zu unterwerfen. Was du mir heute anbietest, ist für mich kein Ersatz für das Glück, das wir geteilt haben. Du willst die Liebe als solche und die physische Liebe voneinander trennen. Ich erwidere dir, daß die sinnliche Vereinigung nicht möglich ist ohne die Bereitschaft des Herzens, auch wenn sie noch so gering ist. Wenn du imstande bist, zu zeugen, ohne zu lieben, einzig und allein, um den Stolz einer alternden Mutter zu befriedigen, dann finde ich dich abstoßend. (...) Von dem Augenblick an steigst du herab von der höchsten Stufe der Hochachtung, auf die ich dich immer gestellt hatte. Deine Vorstellung der Zweiteilung ist unzulässig: auf der einen Seite mich, ‚dein Leben, deine Lieb, deine Wahl` und auf der anderen Seite die kleine Nadou, ‚die aus Pflichtgefühl ertragen werden muß`. Mawdo, der Mensch vereint beides in sich: Größe und Animalität. Keine seiner Handlungen geschieht aus reinem Idealismus. Keine seiner Handlungen geschieht aus reiner Bestialität. Ich mache mich frei von deiner Liebe, von deinem Namen. Gekleidet in das einzig annehmbare Gewand der Würde, setze ich meinen Weg fort. Lebe wohl. Aïssatou."

Ramatoulaye bewundert die Kraft ihrer Freundin. Jahre später begegnet sie der gleichen Situation: Ihr Mann Modou heiratet eine zweite Frau, eine Kommilitonin seiner Tochter. Sie fällt aus allen Wolken, als ihr Schwager ihr von der vollzogenen Hochzeit berichtet: "Modou läßt dir danken. Er sagt, daß das Schicksal über Menschen und Dinge entscheidet: Gott hat ihm eine zweite Frau bestimmt, er kann nichts dafür. Er beglückwünscht dich zu eurem Vierteljahrhundert Ehe, während du ihm alles Glück geschenkt hast, das eine Frau ihrem Mann schuldig ist."

Sie bleibt allein zurück. "War es Wahnsinn oder ein Tiefpunkt? Herzlosigkeit oder unwiderstehliche Liebe? Welch innere Erschütterung hat Modou Fall zu dem Irrtum verleitet, Binetou zu heiraten? Und wenn man denkt, daß ich diesen Mann leidenschaftlich geliebt habe, daß ich ihm dreißig Jahre meines Lebens geopfert habe. Es hat ihm nicht genügt, meinem Leben eine Rivalin zuzugesellen. Als er eine andere liebte, hat er zugleich seine Vergangenheit moralisch und materiell ausgelöscht. Er hat es gewagt, mich derart zu verleugnen. (...) Während eine Frau im Laufe der Jahre, trotz des Alterns ihres Partners, sich diesem immer stärker verbunden fühlt, engt der Mann das Feld seiner Zärtlichkeit mehr und mehr ein. Sein egoistisches Auge schaut seiner Ehefrau über die Schulter. Er vergleicht das, was er einmal hatte, mit dem, was er nicht mehr hat; das, was er hat, mit dem, was er haben könnte. Ich hatte von zuviel Jammer gehört, um meinen eigenen zu mißdeuten. Es war genau dein Fall, Aïssatou, das Los so vieler anderer Frauen, verachtet, fortgeschickt oder ausgetauscht, Frauen, von denen man sich trennt wie von einem alten oder unmodernen Bubu (Gewand, Anm. d. Verf.)."

Ramatoulaye bleibt allein mit den neun Kindern. "Leere umgab mich. Und Modou mied mich. Alle freundschaftlichen oder familiären Bemühungen, ihn an den häuslichen Herd zurückzuführen, waren vergebens. Eine Nachbarin des neuen Paares erklärte mir, daß die ‚Kleine` jedesmal Zustände bekäme, wenn Modou meinen Namen ausspreche oder den Wunsch äußerte, seine Kinder zu sehen. Er kam nie mehr; sein neues Glück deckte ganz allmählich die Erinnerung an uns zu. Er vergaß uns."

"Ich überlebte. Ich legte meine Schüchternheit ab, um alleine einen Kinosaal zu betreten; im Laufe der Monate setzte ich mich mit immer weniger Hemmungen an meinen Platz. Man betrachtete die Frau ohne Begleitung

voller Kritik. Ich tat gleichgültig, obwohl der Zorn an meinen Nerven riß und die zurückgehaltenen Tränen meine Augen feucht werden ließen. Ich ermaß an den erstaunten Blicken, wie gering die Freiheit war, die der Frau zugestanden wurde. (...) Ich überlebte. Je länger ich darüber nachdachte, um so mehr wußte ich Modou Dank dafür, daß er jede Verbindung abgeschnitten hatte. Ich hatte die von meinen Kindern gewünschte Lösung - den Bruch, ohne die Initiative ergriffen zu haben. Es war keine Lüge aufgekommen. Modou wollte mich in seinem Leben nicht mehr haben und bewies dies mit seiner eindeutigen Haltung."

Mariama Bâ wurde 1929 in Dakar als Tochter eines Beamten geboren, der später als Politiker und Gesundheitsminister bekannt wurde. Sie wurde islamisch erzogen, als erstes afrikanisches Mädchen im frankophonen Afrika wurde sie 1943 auf der Ecole Normale aufgenommen. Nach ihrem Schulabschluß arbeitete sie als Lehrerin und war lange in der senegalesischen Frauenbewegung tätig. Sie hat neun Kinder großgezogen. Sie starb 1981 in Dakar. Übersetzt liegt ferner der Roman "Der scharlachrote Gesang" vor.

Nuruddin Farah

Aus einer Rippe gebaut

"Gott schuf die Frau aus einer gekrümmten Rippe; und ein jeder, der versucht, sie geradezubiegen, wird sie zerbrechen", dieses somalische Sprichwort stellt Nuruddin Farah an den Beginn seiner eindrucksvollen Erzählung über Ebla, eine junge Nomadin, und ihr Leben in einer strikt patriarchalischen Gesellschaft.

Ebla verläßt ihre Familie, da sie nicht mit einem alten Mann, dem sie versprochen ist, verheiratet werden möchte. "Der Ausbruch bedeutete Freiheit für sie. Der Ausbruch bedeutete ein neues Dasein. Der Ausbruch bedeutete Abschied vom Land und seinem rauhen Leben. Der Ausbruch bedeutete die göttliche Emanzipation des Körpers und der Seele eines Menschen. Sie sehnte sich unglaublich danach, davonzufliegen wie ein Vogel, der sich aus seinem Käfig befreit hat. Sie wollte die Abhängigkeit der Jahreszeiten hinter sich lassen, die Leben oder Tod der Nomaden bestimmten. Und sie wollte den Zank um das Wasser - wenn die Trockenzeit lang war - hinter sich lassen. Sie wollte den Pflichten einer Frau entgehen. Nicht daß sie faul sein und nichts tun wollte, noch scheute sie Verantwortung. Aber die Pflicht einer Frau war es, Kamele und Esel zu beladen und am Ankunftsort alles wieder abzunehmen. Und das Leben bedeutete Regeln wie Ziegen für Mädchen und Kamele für Jungen. Das konnte sie nicht ertragen. Für sie kennzeichnete dies die Lage der Frau, betonte, daß sie weniger wert war als ein Mann und schwach. ‚Aber eigentlich ist es nur, weil Kamele dumme Biester sind, mit denen Jungen eben umgehen können`, tröstete sie sich immer. Es empörte sie, daß die Frauen hintenan gestellt werden. Der Junge hebt das Ansehen der Familie und erhält den Namen der Familie. Der Sohn bekommt bei der Geburt eine Kamelstute ‚an den Nabel gebunden`, wie man es nennt. Sogar ein schwächlicher Mann war bei Blutgeldzahlungen zweimal soviel wert wie eine Frau. Jedem Sohn werden zwanzig oder dreißig Kamele zuerkannt. Die Frauen dagegen haben zu warten, bis das Schicksal ihnen einen neuen Status verleiht: den der Ehe. ‚Vielleicht mag Gott die Männer mehr als die Frauen`, sagte sie sich."

Ebla flieht in die Stadt zu Verwandten. Sie beobachtet die Familien um sich herum, macht sich Gedanken, wird sich bewußt über ihr Leben. Als ihr Cousin sie verheiraten will, um mit dem Brautpreis seine finanziellen Probleme zu lösen, flieht sie erneut - diesmal mit einem Unbekannten, der sie heiraten will. Sie verbringen die erste Nacht miteinander.

",Oh mein Gott, das hat wehgetan`, erinnerte sie sich. Es gab in ihrem Leben nur zwei Gelegenheiten, bei denen sie sich gewünscht hatte, sie wäre nie geboren, und eine davon war, als sie beschnitten wurde. Das war nicht nur schmerzhaft, sondern auch barbarisch gewesen, dachte sie. Sie fragte sich, ob es Menschen auf der Welt gebe, die nicht beschnitten wurden. Sie erinnerte sich an alles. Man hatte ihr die Klitoris herausgeschnitten und die Schamlippen zusammengenäht, um den Zugang zu verhindern, ließ aber noch einen Weg für den Urin frei. Man hatte ihr die Beine zusammengebunden, und sie wurde ohne jede Unterlage flach auf die Erde gelegt, weil sie so stark blutete. Man hatte die Trommeln geschlagen, damit der Trommelschlag das Weinen der Mädchen übertönte. Schrie ein Mädchen zu laut, wurde ihr ein Stückchen Stoff in den Mund gesteckt. (...) Sie erinnerte sich auch an die andere Schmerzensnacht - die Nacht ihres ersten Geschlechtsverkehrs. Es war sehr schmerzhaft gewesen, unbeschreiblich. Sie hatte sehr geblutet, und Awill hatte sich über ihr Blut gefreut, denn er mußte seine Manneskraft beweisen, indem er ihre Keuschheit brach."

Ebla befreundet sich mit Asha, der Vermieterin ihres Zimmers, dem ersten Menschen, der sie je gleichberechtigt behandelt hatte, sie hilft ihr, mit dem Leben in der Stadt zurechtzukommen. Ihr Mann Awill geht nach Italien, um dort zu studieren, Ebla heiratet heimlich einen zweiten Mann, um sich ihre Gleichberechtigung zu beweisen. Und beginnt schließlich von Neuem mit Awill.

Farah erzählt in einem kargen Stil das Schicksal einer eigenwilligen, kämpferischen Frau. Ihre Gedanken bewegen sich innerhalb der Normen einer patriarchalischen Gesellschaft, Konventionen bestimmen ihr Verhältnis zu Liebe und Heirat. Mittels innerer Dialoge verfolgt Farah ihre Entwicklung. "Ebla ist die Trägerin der gewichtigen Themen des Romans: die Unterdrückung der Frau, die Probleme bei der Modernisierung und Urbanisierung, der Zusammenprall von importierten westlichen Sitten mit der Tradition. Durch Ebla führt uns Farah ins Zentrum einer Krise, die typisch ist für afrikanische Gesellschaftsordnungen an der Schwelle zur Unabhängigkeit. (...) Aber er führt uns über eine bestimmte Krise hinaus, weil Ebla mit ihrem Mut, mit ihrer Geradlinigkeit, ihrer Bereitschaft zum Experiment einen neuen Aspekt menschlicher Ethik zu charakterisieren scheint. Sie verkörpert den Geist der wahren Unabhängigkeit." (Aus dem Nachwort von Angus Calder)

Nuruddin Farah, 1945 in Somalia geboren, zählt zu den bedeutendsten zeitgenössischen Schriftstellern Afrikas. Er studierte - dem europäischen und amerikanischen Einfluß auf sein Land mißtrauend - in Indien Philosophie und Literatur. Nach Aufenthalten in Italien, Großbritannien, der BRD und Nigeria lebt er zur Zeit in Gambia.

Mongo Beti

Perpétue und die Gewöhnung ans Unglück

Mongo Betis Roman ist ein zorniges Buch über das Leben in einem fiktiven afrikanischen Land, das gerade unabhängig wurde und von einer reaktionären Clique beherrscht wird. Essola, ein Kämpfer für die Fortschrittliche Volkspartei PPP (deren nähere Ziele nicht vorgestellt werden) recherchiert die Geschichte seiner Schwester Perpétue, die während seiner langjährigen Haftzeit vor der Geburt ihres dritten Kindes gestorben ist.

Stück für Stück - wie in einem Krimi - setzt Essola Perpétues Geschichte zusammen, sucht die Beteiligten auf, befragt Nachbarn, fügt einen Fakt zum anderen, bis das Bild einer nachkolonialen Gesellschaft entsteht - und das des Schicksals einer unabhängig denkenden mutigen Frau, der alle Chancen genommen wurden und an deren Tod viele Ursachen schuldig sind. "Essola begann also gleich am nächsten Morgen sein Unternehmen. Und wenn es auch eine Verkehrung der Wahrheit wäre, zu sagen, daß dieser mit den Leiden seines Volkes zu vertraute Mann eine Überraschung nach der anderen erlebte, so führten ihn die Nachforschungen doch einen dornenvollen Weg, der dem Leidensweg seiner Schwester an Qual kaum nachstand."

Perpétue wird mit 16 von ihrer Mutter vom Internat einer Missionsschule geholt - mitten aus ihren Vorbereitungen für die Abschlußprüfung. ",Tochter`, hatte sie schroff gesagt, ‚die Vorsehung meint es gut mit dir: Jetzt ist also für dich der große Tag gekommen. Bald hast du den erträumten Gatten: einen jungen Mann, wie ihn sich jedes Mädchen wünscht. Er sieht gut aus, ist bald reich, hat in seinem Alter schon Ämter, die andere erst Jahrzehnte später erlangen. Es kann keine Rede davon sein, daß du dir eine solche Chance entgehen läßt`".

Perpétue fügt sich ohne Überzeugung. Wenig später sieht sie ihren künftigen Mann Edouard, einen kleinen Beamten aus der Stadt, zum ersten Mal. Und hofft, ihrem Schicksal entgehen zu können: ",Sie sollen mir nur ein paar Monate, ein paar Wochen Zeit lassen, daß ich mir etwas ausdenken kann. Ein Glück, daß im Moment alle Leute hier sind. Ich muß doch erst gefragt werden. Dann schreie ich ganz laut: ‚Nein, nein! Ich will nicht heiraten. Ich weigere mich zu heiraten! Vielleicht läßt man mir dann soviel Zeit, mir etwas auszudenken.` Katri (mitleidig): ‚Zu spät, meine Kleine. Niemand wird dich fragen, rechne erst gar nicht damit. Deine Mutter hat dich eingefangen. Wir werden immer eingefangen und obendrein von den eigenen Angehörigen.` (...) Dann wandte sich niemand mehr an Perpétue, und wie Katri vorausgesagt hatte, dachte auch niemand daran, sie um ihre Meinung zu fragen. Machtlos mußte sie zusehen, wie ihr Leben verpfuscht wurde." Perpétue wird von ihrer Mutter für 100.000 französische Francs verkauft, dieses Geld soll helfen, den zweiten Sohn zu verheiraten.

Perpétue folgt Edouard in sein Haus, eine Bruchbude im armseligen Viertel Zombotown in der entfernten Stadt. Essola recherchiert in der Nachbarschaft über die ersten Jahre dieser Ehe, erfährt, wie sich für seine Schwester die Schlinge langsam zuzieht. "Alle Berichte aus Zombotown (...) stimmten darüber überein, Perpétues Drama sei von Anfang an das Drama ihrer Ehe gewesen. Wenn man sich an Perpétues erste Zeit in Zombotown zurückerinnert, so hatte man sie immer nur in Eile gesehen. Anscheinend war diese kindliche Aktivität der deutlichste Ausdruck ihrer Lage. Sie rannte, wenn sie wegging, sie rannte, wenn sie zurückkam, sie rannte, wie sie früher nie gerannt war. (...) Wie ertrug Perpétue diese Demütigung? Essola hatte gleich zu Beginn seiner Nachforschungen, als er den Medizinmann Nkomedzo befragte, erfahren, daß seine Schwester ihren neuen Status nicht widerstandslos hingenommen hatte. Während dieser zehn Monate empörte sich die junge Frau dagegen, der beleidigenden Frechheit ihres Mannes, der Gleichgültigkeit einer hoffnungslosen Bevölkerung und den erschütternden Szenen der Trunkenheit ausgesetzt zu sein, bei denen sie stets vor Schrecken zitterte. Sie wehrte sich gegen den erniedrigenden Hunger, die prahlerische Unterwürfigkeit, das überstürzte Auseinanderrennen, sobald sich nur ein Karabiner des Regimes zeigte - gegen all diese Nöte, die in Zombotown so geballt auftraten, daß es allmählich zu einem Dschungel wurde, in dem wilde Tiere von einem gnadenlosen Jäger belauert wurden, während es vor kurzem noch die Siedlung eines Stammes freier Männer gewesen war. Bis zur Geburt ihres Sohnes war die ängstliche junge Frau ständig versucht, die Flucht zu ergreifen."

Schnell zeigt sich, daß Perpétue ihrem Mann an Intellekt und Bildung hoch überlegen ist. Das führt zu neuen Konflikten. Edouard versucht bereits zum wiederholten Male, eine Prüfung erfolgreich zu absolvieren, um in eine höhere Stellung zu gelangen. Er scheitert immer wieder u.a. an den Klippen der französischen Rechtschreibung. Diese Berichte lassen Essola über die Zeit nach der Unabhängigkeit sinnieren: "Wie nutzlos verplemperten die jungen Schwarzen doch ihre Zeit! dachte Essola bitter. (...) Als litten alle an Gedächtnisschwäche, als könnte sich niemand erinnern, war also nach der Unabhängigkeit alles Widersinnige im Unterricht der Kolonialepoche nicht nur bewahrt, sondern noch gefördert worden! (...) Er merkte überall versteckt, unausgesprochen die vermessene Forderung, nur die vollendete Beherrschung der französischen Sprache öffne das Tor zu Wohlstand und Fortschritt und sei die notwendige Voraussetzung für die Menschlichkeit und die Befreiung von tierischen Instinkten. Damit wurden allerdings absurderweise auch sehr viele Franzosen selbst zu niederen Wesen abgestempelt. (...) Essola hatte den Eindruck, als sei der Okzident bestrebt, den schwarzen Kontinent in eine Herberge für die Werte zu verwandeln, die sich im Laufe seiner Geschichte abgenutzt hatten und offenbar genauso wie der übrige Trödel und die unverkäuflichen Waren der Industriegesellschaften nach Afrika abgeschoben werden sollten. Das war also die Unabhängigkeit, wie Seine Hoheit Baba Toura sie sich vorstellte! (...) Perpétues Bruder war zu der Überzeugung gelangt, Afrika werde von drei großen Geißeln zugrunde gerichtet: von der Diktatur, dem Alkoholismus und der französischen Sprache, wenn das nicht sogar drei Seiten ein und desselben Übels waren."

Perpétues Mann gelingt schließlich der große Karrieresprung - er verschachert seine Frau an einen einflußreichen Kommissar, Perpétue wird quasi ein zweites Mal verkauft. "Wie hatte sich Perpétue, die mit Recht eine so große Abneigung gegen diesen Mann gezeigt hatte, letzten Endes doch in ein Verhältnis mit dem Polizisten einlassen können? (...) Hatte sie sich, nachdem ihr Gewalt angetan worden war, so sehr vor sich selbst geekelt, daß sie den Dingen ihren Lauf ließ und sich mit der Resignation der Einfältigen, zu denen sie doch nicht gehörte, an den Schmutz gewöhnt? War sie durch den abscheulichen Realismus ihres Mannes, dieses Ausbunds an Feigheit und Heuchelei, überzeugt worden? (...) Anna-Maria (ihre Nachbarin und Freundin, Anm. d. Verf.) meinte, ohne es jedoch zu beschwören, vielleicht sei sie aus einer fast mütterlichen Liebe und aus Mitleid dazu bewogen worden, ihrem unfähigen Mann durch eine Stellung eine Freude - wahrscheinlich die größte seines Lebens - zu machen und habe gehofft, er würde ihr immer dafür dankbar sein."

Edouard entwickelt sich als Polizeibeamter zu einer Geißel des Viertels, er wird zu einer "kriegerischen Marionette, die, von ihrer Rolle überzeugt, autoritär, intolerant, steif, verkrampft und sicher auch erbarmungslos, die Ehefrau terrorisierte und auf dem besten Wege war, im ganzen Viertel die gleiche teuflische Atmosphäre zu schaffen."

Die 19jährige Perpétue, bereits Mutter von zwei Kindern, erträgt ihr Schicksal und versucht sich ein wenig Selbständigkeit zu verschaffen, indem sie eine kleine Schneiderwerkstatt gründet. Aber sie weigert sich, sich an das Unglück zu gewöhnen, sehnt sich nach einem menschenwürdigen Leben. Sie lernt einen Mann

kennen, der um sie wirbt und ihr Gefühle entgegenbringt. "Ich weiß, daß ich das Eigentum eines Mannes bin, der vor vier Jahren teuer für mich bezahlt hat. Ohne seine Erlaubnis dürfte ich nichts unternehmen. Aber ich habe zum ersten Mal Lust, nur nach meinem Kopf zu handeln." Edouard erfährt von der Affäre und nimmt Rache: Er hält seine Frau fortan wie eine Gefangene, sie darf das Haus nicht mehr verlassen, ihrem Liebhaber wird wegen eines fiktiven Vergehens der Prozeß gemacht. Er verweigert ihr Hilfe, als es ihr während ihrer dritten Schwangerschaft erbärmlich geht. Kurz darauf stirbt die 20jährige.

Essola ist erschüttert über das Schicksal seiner kleinen Schwester, der er versprochen hatte, daß sie niemals verkauft werden würde, daß auf sie eine bessere Zukunft nach der Unabhängigkeit warten würde. Das war eines der Ziele, für die er in der PPP gekämpft hatte. Er wendet seinen Haß gegen seine Mutter, die sich mit dem Verkauf ihrer Tochter schuldig gemacht hat für Perpétues Tod, der für ihn nicht die zufällige Verknüpfung von Ereignissen ist, sondern begründet ist in jenen konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen erstarrte Traditionen absichtlich konserviert werden, um jede Veränderung im Keim zu ersticken. Und er rächt sich in einem hilflosen brutalen Akt für den Tod Perpétues an einem der vermeintlich Schuldigen, weil er sich nicht abfinden will mit diesem Schicksal.

Mongo Beti (Alexandre Biyidi) wurde 1932 in Kamerun geboren. 1951 ging er zum Studium nach Frankreich, wo er seither lebt. 1972 erschien in Paris sein Buch "Main basse sur le Cameroun, autopsie d'une décolonisation" ("Der Griff nach Kamerun, Autopsie eines Entkolonialisierungsprozesses"). Das Buch wurde in Frankreich verboten, Betis Staatsbürgerschaft angefochten. Er hatte in diesem Werk dem gaullistischen Mythos von der idyllischen Entkolonialisierung Schwarzafrikas widersprochen und die fortbestehende Abhängigkeit Kameruns von Frankreich nachgewiesen - und somit die Beziehungen Frankreichs zu Kamerun gestört. Bereits in den 50er Jahren postulierte er: "Es wäre besser, das Problem als soziales denn als rassisches zu sehen. Im übrigen entwickelt sich die Situation, und es ist wahrscheinlich, daß es, wenn der koloniale Druck verschwindet, Versuche der Unterdrückung Schwarzer gegen Schwarze geben wird. Deshalb muß man die Lage im Kontext sozialer Unterdrückung sehen."

Von Mongo Beti liegen eine Reihe ins Deutsche übersetzter Romane vor.

A. Hoffmann, Berlin

Die vorgestellten Bücher:

Mariama Bâ, "Ein so langer Brief" (Une si longue lettre, aus dem Französischen von Irmgard Rathke), Ullstein Taschenbuchverlag Frankfurt/M, Berlin, Wien, 1983, 6,80 DM

Nuruddin Farah, "Aus einer Rippe gebaut" (From a crooked rip, aus dem Englischen von Gunter Böhnke), Lamuv Verlag Bornheim/Merten, 1986, 15,80 DM

Mongo Beti, "Perpétue oder die Gewöhnung ans Unglück" (Perpétue et l'habitude du malheur, aus dem Französischen von Heidrun Beltz), Suhrkamp Taschenbuch Verlag, 1980, 8,00 DM

Weitere Literatur:

Mariama Bâ, "Der scharlachrote Gesang" (Le chant êcarlate, aus dem Französischen von Irmgard Rathke), Fischer Taschenbuchverlag Frankfurt/M, 1990, 11,80 DM

Calixthe Beyala, "Wen die Sonne liebt, den tötet sie" (C'est le soleil qui m'a brûlée, aus dem Französischen von Anna Schmitt), rororo Neue Frau 12425, Rowohlt Verlag Hamburg, 1992,

8,80 DM

# 26. Internationale Landminenkampagne

Autor: HW · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:29

Landminen sind von Militär- und Rüstungskritikern bisher kaum beachtet worden. Dabei stellen sie für Hunderttausende von Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika eine größere reale Gefahr dar als alle anderen Produkte der Kriegsindustrie. Für die Zivilbevölkerung in Kampfgebieten bleiben sie eine tödliche Falle, auch wenn der Gefechtslärm wieder verstummt ist und die Truppen abgezogen sind. In Kambodscha sollen 4,5 Mio., in Afghanistan ungefähr 10 Mio., in Irakisch-Kurdistan 9 Mio., in Mosambik 2 Mio. und in Angola 10 bis 20 Mio. Minen verlegt worden sein. Ob es insgesamt 80 oder 100, 120 oder 200 oder gar 400 Mio. nicht entschärfte Landminen sind, die zur Zeit weltweit auf ihre Opfer lauern, kann niemand mit Gewißheit sagen. Tausende Hektar Land sind wegen der Minenverseuchung über Jahre unbenutzbar. Es wird geschätzt, daß es in Angola nach 15 Jahren Krieg 20.000 Amputierte gibt, die Opfer von Minenexplosionen sind. In Kambodscha haben über 30.000 Menschen Gliedmaßen durch Minen verloren, und in Afghanistan sollen sogar 400.000 Menschen durch Minen verwundet worden sein. Aus militärischer Logik ist das Verstümmeln von Menschen dem Töten eigentlich sogar vorzuziehen. Unter der Überschrift "Erforderliche Eigenschaften einer Mine" lesen wir in einem britischen Waffenfachbuch:

"Eine Mine muß hinlänglich tödlich (sufficiently lethal) sein, um ihren Zweck zu erfüllen. ... Andererseits kann eine Mine übermäßig tödlich sein: Eine Anti-Personen-Mine, die einen Mann in Stücke reißt, ist verschwenderisch im Vergleich zu einer, die nur Teile des Fußes zerfetzt. Beide machen den Mann kampfunfähig, aber die zweite tut dies viel billiger und führt beim Feind zu einer zusätzlichen Belastung der medizinischen Ressourcen." (K.J.W. Goad/D.H.J. Halsey: Ammunition, Oxford u.a. 1982, S. 206)

1992 initiierte medico international in Frankfurt gemeinsam mit amerikanischen Gruppen, vor allem der "Vietnam Veterans of America Foundation", eine Kampagne gegen die Produktion, den Export und den Einsatz von Landminen. Im vergangenen Jahr ist die Kampagne in mehreren Ländern angelaufen. Zum bundesdeutschen Trägerkreis der Landminenkampagne gehören außer medico: die Netzwerk Friedenskooperative (Bonn), die BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" (Bremen), die Kampagne "Produzieren für das Leben"/KOMZI (Idstein), das Rüstungsinformationsbüro BadenWürttemberg (Freiburg) und die Deutsche IPPNW (Berlin).

Mit der Kampagne soll Druck auf die Regierungen ausgeübt werden, für die weltweite Ächtung von Landminen einzutreten. Hintergrund ist folgender: Die UN-Konvention von 1981 zu den "unterschiedslos wirkenden Waffen" - als solche gelten insbesondere Minen, weil sie nicht zwischen Soldaten und Zivilisten unterscheiden - fordert die Militärs zwar zur Schonung der Zivilbevölkerung auf, enthält aber zur Frage von Produktion und Einsatz solcher Waffen keine wirksamen Bestimmungen. Voraussichtlich Ende 1994 soll eine Überprüfungskonferenz zu dieser UN-Konvention stattfinden, auf der - im Prinzip - schärfere Regelungen beschlossen werden könnten. Die Bundesregierung, die sich erst im November 1992 zur Ratifizierung der Konvention von 1981 bequemte, hat bisher keine Anstalten gemacht, im Sinne eines weitergehenden Verbots aktiv zu werden. Angelika Beer, Koordinatorin der bundesdeutschen Landminenkampagne, vermutet, daß Bonn allenfalls einem zeitlich begrenzten Exportverbot für Anti-Personen-Minen älteren Typs (die in der BRD nicht mehr hergestellt werden) zuzustimmen bereit wäre. Von einem Einsatz- und Produktionsverbot für jene modernen Minentypen, mit denen Bundeswehr und NATO ausgerüstet sind bzw. werden, will die Regierung nichts wissen.

Eine weitere Forderung der Kampagne lautet: völkerrechtlich verbindliche Regelung von Minenräumung, Rehabilitation und Entschädigung der Opfer nach dem Verursacherprinzip. Mit diesem Gedanken wird sich die Bonner Regierung genausowenig anfreunden wollen, denn allein die Kosten, die Polen und Libyen durch die Räumung deutscher Minen aus dem Zweiten Weltkrieg sowie durch die Versorgung minenverletzter Zivilisten entstanden sind und weiterhin entstehen, sind gewaltig.

Das Buch zur Kampagne

Zur Begleitung der Kampagne werden verschiedene Schriftmaterialien sowie eine Dia-Serie angeboten. Das Faltblatt "Die Saat des Krieges" und Informationsblätter zu besonders von der Minenplage betroffenen Ländern (Angola, Somalia, Libyen, Kambodscha, El Salvador und Kurdistan) sind kostenlos bei medico erhältlich. Unter

dem Titel "Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper" hat der Trägerkreis im letzten Herbst auch ein 150-seitiges Buch zur Kampagne herausgebracht (Kosten: 10 DM). In ihm sind 20 Aufsätze zu verschiedenen Aspekten des Themas enthalten, die größtenteils zur Lektüre empfohlen werden können. Hier nur einige Hinweise zum Inhalt:

Während Rainer Proske und Adolf Rabes einen kurzen Abriß über die Geschichte der Minenwaffe geben, befassen sich Ronald Ofterdinger, Uwe Strobach und Otfried Nassauer in ihren Aufsätzen mehr mit den neuesten Trends bei der Entwicklung von High-Tech-Minen und mit deren Bedeutung für moderne Kriegsführungskonzepte. Jochen Hippler beschreibt, welche Funktion Minen in Kriegen "niederer Intensität" bei der Kontrolle über die Zivilbevölkerung zukommt, inwiefern sie aber auch als "Waffen des Schwachen gegen den Übermächtigen" gelten können. Die Haltung der Bundesregierung zum Minenproblem wird von Angelika Beer kritisch untersucht. Einen Überblick über die deutschen Minenproduzenten gibt der Beitrag von Alexander Kauz, der auf einer Dokumentation von Thomas Klein (KOMZI/Idstein) beruht. Wichtige Informationen zur Vorgeschichte und zu den Mängeln der UN-Konvention von 1981 sind den Aufsätzen von Rainer Kahrs und Corry Gutstadt zu entnehmen. Jody Williams berichtet über die Minenräumaktivitäten der Vereinten Nationen. Sehr eindringlich schildern Ronald Ofteringer und Ralf Bäcker am Beispiel Irakisch-Kurdistans, was es für die Bevölkerung heißt, ständig zwischen Minenfeldern leben zu müssen, und welche Gefahren und Schwierigkeiten mit der von medico unterstützten, lokal organisierten Minenräumung verbunden sind. Im Anhang enthält das Buch außerdem eine kompakte Zahlen- und Faktenübersicht zum Ausmaß des Minenterrors in einzelnen Ländern.

Die bisherige Resonanz auf die Landminenkampagne wird von Christoph Goldmann, dem Öffentlichkeitsreferent bei medico, sehr positiv beurteilt. Viele Medien nähmen sich des Themas an, und 400 Gruppen in der BRD hätten sich bisher schon an der Kampagne beteiligt. Der Minenfeld-Simulations-Container, der zusammen mit einer Ausstellung durch zahlreiche deutsche Städte tourt, errege fast überall großes Aufsehen - hierdurch würden auch Kreise auf die Problematik aufmerksam gemacht, die durch Textmaterialien nicht zu erreichen seien. Eine neue Tournee mit dem Container soll im April 1994 starten.

HW

Das Buch und die genannten Materialien sind zu beziehen bei:

medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt/M., Tel. 069/24438-0, Fax 069/436002

Zur Landminenkampagne berichtet regelmäßig:

Der Rundbrief der BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport!" (Bezug: Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, Einzelpreis: 5 DM).

Minen aus Deutschland

In Europa gibt es fast 30 minenproduzierende Rüstungsunternehmen. Als besonders bedeutende Produzenten und Exporteure gelten die beiden italienischen Firmen Technovar Italiana S.P.A. (Bari) und Valsella Meccanotechnica S.P.A. (Brescia) sowie der französische Großkonzern GIAT (Versailles), dem inzwischen auch der bekannte belgische Minenhersteller PRB gehört. Welche Rolle aber spielen deutsche Unternehmen auf diesem Markt?

Die deutsche Minenindustrie, die während des Zweiten Weltkriegs rund 77 Mio. Minen der verschiedensten Typen produziert hatte, (1) kam nach der Remilitarisierung nur allmählich wieder auf die Beine. Zunächst mußte sie sich mit Lizenznachbauten schwedischer und französischer Minen begnügen. Die erste für die Bundeswehr im eigenen Land entwickelte Mine war die "Schützenabwehrsplittermine DM 31" - eine von der tückischen Sorte, die beim Auslösen in die Höhe springt und dann beim Detonieren eine Vielzahl von Splittern verschießt. Konstruiert und gefertigt wurde diese Anti-Personen-Mine von den Industrie-Werken Karlsruhe - ein Unternehmen, das in der Nazi-Zeit noch "Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Aktiengesellschaft" geheißen hatte. (2) Der 1970 durch Verschmelzung mit einer Augsburger Firma geschaffene Konzern, die Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (IWKA), der von der Quandt-Gruppe beherrscht wurde, befaßte sich bald auch mit der Produktion von Panzerminen. Dieser Fertigungsbereich wurde 1980 der IWKA-Tochter KUKA Wehrtechnik GmbH in Augsburg übertragen. Noch 1988 gehörten "Panzerabwehrminen" zum

Lieferprogramm der KUKA Wehrtechnik, doch geben auf dem Minenrüstungssektor inzwischen andere Unternehmen den Ton an, allen voran Dynamit Nobel und Diehl.

Die Dynamit Nobel AG (Troisdorf bei Köln) hält nichts von falscher Bescheidenheit und wirbt im Bereich Wehrtechnik mit dem Spruch: "Bei MINEN - die erste Adresse". Die Gesellschaft, lange Zeit ein wichtiges Glied in Flicks Firmenimperium, gehört heute zu 72% zur Metallgesellschaft; je 14% der Anteile liegen bei der Deutschen und der Dresdner Bank. Die Mine, mit der Dynamit Nobel zur Zeit am meisten Furore macht, ist die aus der Luft abwerfbare Panzermine AT 2. Um diese AT 2 gruppiert sich die "Minenfamilie DYNAMINE". Zu den Modellvarianten dieses DYNAMINE-Programms gehört z.B. eine Splitterspringmine, die Personen im Umkreis von mindestens 35 Metern mit Stahlkugeln durchsiebt. (3)

Die im Familienbesitz befindliche Firmengruppe Diehl (Nürnberg) ist gleichfalls an mehreren Minenprogrammen beteiligt. Die DiehlTochter Junghans, landläufig nur als Hersteller von Uhren bekannt, liefert Zünder für Minen. Die von Diehl und MBB 1976 gemeinsam gegründete RTG Raketen Technik Gesellschaft in München-Unterhaching hat die Palette der in Deutschland verfügbaren Hochleistungsminen erheblich erweitert (s. unten).

Im Bereich der Produktion und Entwicklung von Minen sind in der BRD weitere Unternehmen tätig, namentlich Rheinmetall (Düsseldorf) und die Honeywell Regelsysteme GmbH (Maintal). Inwieweit die Minenproduzenten in der ehemaligen DDR - zu ihnen gehört z.B. die ACF Schönebeck - auf diesem Gebiet weiter aktiv sind, ist nicht bekannt.

Die Bundeswehr hat seit den 80er Jahren ganz neue Möglichkeiten zum Mineneinsatz erhalten, da mit den modernen Panzerminen Systeme zur Fernverlegung eingeführt wurden. Ab ca. 1986 erhielten die Pioniertruppen der Bundeswehr das Minenwurfsystem "Skorpion" (Hersteller: Dynamit Nobel). Es handelt sich um ein Kettenfahrzeug mit sechs aufmontierten Werfern, die in kurzer Abfolge 600 Panzerabwehrwurfminen AT 2 verschießen können. Auf diese Weise kann innerhalb von 10 Minuten ein Minenfeld von bis zu 1.500 Metern Länge angelegt werden. Minen des Typs AT 2 können aber auch von der Artillerie abgefeuert werden, nämlich mit dem Leichten Artillerieraketensystem LARS über maximal 14 km und neuerdings mit dem Mittleren Artillerieraketensystem MARS/MLRS auf eine Entfernung von 30 bis 40 km.

Das Fernverlegesystem mit der größten Reichweite besitzt aber die Luftwaffe: das Kampfflugzeug Tornado in Verbindung mit der Mehrzweckwaffe MW 1. Die RTG Raketen Technik Gesellschaft hat verschiedene Submunitionen entwickelt, die mit der MW 1 vom Tornado abgeworfen werden können. Dazu gehören:

- MUSA, laut Firmenwerbung eine "Splitterladung zur Bekämpfung halbharter Ziele",

- MUSPA, eine "Splitter-Flächensperrmine zur Bekämpfung rollender, startender oder landender Flugzeuge",

- MIFF, eine "Panzermine mit hochentwickeltem Sensorsystem".

Die Fernverlegbarkeit ermöglicht den Einsatz von Minen für offensive Zwecke. Sie dienen nicht mehr allein zur Anlage unüberwindlicher Sperren in unmittelbarer Grenz- oder Frontnähe, mit denen feindliche Truppen am Überschreiten bestimmter Linien gehindert werden sollen - heute können Minen weit in das Hinterland des Gegners getragen werden und dort Truppen und Gerät schon zu Beginn einer kriegerischen Auseinandersetzung vernichten.

Die Kreativität der Minenkonstrukteure hat sich in den letzten Jahren vor allem an dem Ziel orientiert, "intelligente" Minen zu entwickeln, die sich mit Hilfe von Sensoren ihre Opfer selbst suchen. Ein westeuropäisches Konsortium, an dem auf deutscher Seite Dynamit Nobel und die Honeywell Regelsysteme GmbH in Maintal beteiligt sind, bietet z.B. eine Richtmine an, die beim Nahen eines Panzers durch einen akustischen Wecksensor aktiviert wird, mit Hilfe weiterer Sensoren Geschwindigkeit und Entfernung des Fahrzeugs ermittelt und es dann von der Seite durch mikroprozessorgesteuerten Abschuß der Sprengladung zerstört. (4) Ein weiterer Wunschtraum der Militärs, der sich der Realisierung nähert, besteht darin, Minenfelder je nach militärischem Bedarf durch Funkbefehl zu aktivieren bzw. zum Durchqueren mit eigenen Truppen zu deaktivieren. Die Vorstellung "fernbedienbarer" Minenfelder hat auch eine wesentliche Rolle im Konzept für ein umfassendes Minenkampfsystem gespielt, das die deutsche Minenindustrie in den letzten Jahren entworfen hat (DAVID = Dynamisches automatisiertes Verteidigungssystem, Interaktiv geführt, DV-gestützt). Ob der 1992 beschlossene Verzicht auf dieses System endgültig ist, bleibt abzuwarten.

Eine Neuheit im Fahrzeugpark der Bundeswehr ist der Minenräumpanzer "Keiler". Für seine Entwicklung und Erprobung wurden von 1988 bis 1993 im Bundeshaushalt 75 Mio. DM bereitgestellt. Der Erwerb dieses neuartigen Minenräumgeräts sollte nicht zu der Annahme verleiten, hier würden die Instrumente geschaffen, mit denen der von Minen terrorisierten Bevölkerung in Ländern der Dritten Welt wirksam geholfen werden solle. Wie ein Zitat aus der "Wehrtechnik" verdeutlicht, werden mit diesem System nicht humanitäre, sondern kriegsbezogene Ziele verfolgt: "Mit dem Minenräumpanzer KEILER wird die Pioniertruppe der Bundeswehr über eine Möglichkeit verfügen, auch modernste Minen im laufenden Gefecht sicher zu räumen, um Voraussetzungen für die Bewegung der eigenen Kräfte zu schaffen." (5)

Export

Präzise Angaben darüber, in welchem Umfang Deutschland am internationalen Handel mit Landminen beteiligt war und noch ist, sind von der Bundesregierung nicht zu erhalten. Auch die bisher im Zusammenhang mit der Landminenkampagne erschienenen Publikationen bieten hierzu nur relativ wenig harte Fakten an.

Nachzuweisen ist immerhin, daß die Bundesregierung bereits in den 60er Jahren Tausende von Minen aus Bundeswehrbeständen an ausländische Interessenten verkauft hat; in einem relativ kurzen Zeitraum gingen allein 3.132 Anti-Personen-Minen und 5.000 Panzerminen an ausländische Kunden. (6) Ebenso steht fest, daß deutsche Waffenschieber in den 70er und 80er Jahren halfen, die Nachfrage nach Minen zu decken. So wanderte z.B. ein Kapitän aus Stade 1975 für etliche Wochen in den Knast von Dakar (Senegal), weil sein Schiff Tretminen für Südafrika geladen hatte. (7) Südafrika war damals bereits tief in den Angola-Krieg verwickelt. Nach einer neueren Studie des US State Departments sind in Angola auch westdeutsche Splitterminen vom oben erwähnten Typ DM 31 gefunden worden. (8)

Das Hamburger Schiff "Gretl" hatte, als es 1987 wegen seiner Waffenfracht für den Iran in die Schlagzeilen kam, u.a. Minen aus portugiesischer Produktion an Bord. Unabhängig von diesem Fall deckte Jürgen Roth durch umfangreiche Recherchen auf, daß Dynamit Nobel durch Zulieferungen von Zündern, Detonatoren usw. an andere europäische Minenproduzenten zumindest indirekt am iranisch-irakischen Krieg verdient hat. Diehl bediente sich zur Anbahnung und Abwicklung ähnlicher Auslandsgeschäfte seiner JunghansTochter in Venedig. (9)

Der Kurdische Rote Halbmond hat die Behauptung aufgestellt, daß die türkische Armee im Kampf gegen die Kurden "hochentwickelte Minen deutscher Produktion des Typs RTG und der Firma Diehl" verlegt. (10) Diese Aussage ist allerdings noch ebenso zu verifizieren wie die Information, daß die Bundesregierung Minen aus den Beständen der NVA an die Türkei abgegeben hat.

Hans Walden

Anmerkungen:

1) Vgl. Fritz Hahn: Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, Bd. 1, Koblenz 1986, S. 123ff.

2) Theodor Benecke/Günther Schöner (Hrsg.): Wehrtechnik für die Verteidigung, Koblenz 1984, S. 148f.

3) Vgl. Uwe Strobachs Beitrag im Kampagnen-Reader "Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper", hier S. 40f.

4) Wehrtechnik Nr. 6/1990 S. 47 und Nr. 10/1992, S. 10

5) Wehrtechnik Nr. 10/1992, S. 12

6) Heinz Vielain: Waffenschmuggel im Staatsauftrag, Herford 1986, S. 53.

7) Hamburger Abendblatt, 11.11.1975 und 11.12.1975

8) Zeitmagazin 18.2.1994, S. 20.

9) Jürgen Roth: Die illegalen Waffengeschäfte und ihre internationalen Verflechtungen, Frankfurt a.M. 1988, bes. S. 73ff.

10) zit. nach Angelika Beer in dem Sammelband "Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper", S. 58.

# 27. Von der Kraft der Extreme. Warum Rußland mehr braucht und mehr bietet als eine Wahl und eine neue Verfassung

*Warum Rußland mehr braucht und mehr bietet als eine Wahl und eine neue Verfassung - von Kai Ehlers*

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:11

Die Welt bewegt sich wieder. Rußland ist ihre Unruhe. Die Krise des russisch-sowjetischen Imperiums ist nicht eine unter vielen. Ein gelungener oder gescheiterter Putsch, eine Wahl, eine neue Verfassung sind wichtig, aber sie entscheiden noch nichts. Die russische Krise wird uns noch lange begleiten und die Welt sehr verändern. Rußland ist das Land der Extreme: Extrem ist sein potentieller Reichtum, extrem seine gegenwärtige Verarmung. Extrem ist der Zentralismus, extrem sind die anarchischen Kräfte, die aus seiner Krise erwachsen. Kaum zu zählen sind die Völker, die unter sowjetischer Fahne versammelt waren und es unter russischer noch sind, um so uniformer entwickelte sich groß-russischer Chauvinismus und Gleichmacherei. Geradezu sprichwörtlich ist die russische Freundschaft, gefürchtet aber auch, überall auf der Welt, am meisten im Lande selbst, ist russische Cholerik. Wer schließlich hätte ein zupackenderes Image als der russische Muschik, wer gälte für sinnlicher als die russischen Frauen? Wo aber fände man die doppelte Verneinung als gängigen Sprach- und Verhaltenskodex anstelle des einfachen "Ja" in derart reiner Form wie in Rußland? Wo in der Welt läge heute die Gefahr apokalyptischer Ausbrüche und die Möglichkeit der Wiedergeburt von Menschlichkeit so nah beieinander?

Warum das alles so ist, soll unter den folgenden Stichworten ein wenig einkreist werden.

Europa, Asien

oder keines von beidem?

Rußland ist nicht Asien, aber auch nicht Europa. Es entstand als Brücke zwischen beidem, zeitweilig eher nach Westen, dann wieder nach Osten tendierend, dazwischen unentschieden in sich selbst versunken. Das erste russische Reich, die "Kiewer Rus", begründet 882, vereinigte eine Reihe von Handelsniederlassungen entlang der Wasserstraßen, die die Ostsee mit dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer, das nördliche Europa mit dem nahen und fernen Asien verbanden. "Reich der Städte" wurde es auch genannt.

Reichsgründer waren die Wikinger, Waräger, Schweden, eben die "Rus", die auf diesen Wasserstraßen Raubhandel trieben. Von dem Waräger Rurik leitet sich die erste Dynastie der Rurikiden ab. Nicht zufällig lag der Schwerpunkt des Reiches im Süden. Dort kreuzte sich der Wikingerweg zusätzlich noch mit den alten römischen Ost-West-Verbindungen. Vom mächtigen Byzanz, das sich stolz als Zweites Rom bezeichnete, übernahm man die Religion. Im elften Jahrhundert war Kiew eine blühende Stadt, die sich mit denen der Frankenkönige durchaus messen konnte. Gegen den Ansturm der Mongolen am Anfang des zwölften Jahrhundert aber brachte es keine gemeinsame Abwehr russischer Fürsten mehr zustande. 1169 ging es in Flammen auf. Die Bevölkerung wich in die Wälder und Sümpfe des Nordens, von den Städten aufs Land, in die Dörfer zurück.

Im Vakuum zwischen den mongolischen Khanaten im Osten und den christlichen Rittergesellschaften des Westens verstanden es die Moskowiter Großfürsten, seit Mitte des dreizehnten Jahrhunderts ihre Stellung auszubauen. Daraus entstand das zweite Rußland, das "Rußland der Dörfer". Iwan Kalita, "Geldbeutel", war Tributeintreiber für den mongolischen Khan. Das "Sammeln russischer Erde", das Kalitas Nachfolger von Moskau aus betrieben, gleicht der Ausbreitung von Ringen um einen in einen Teich geworfenen Stein. Es hatte Gewicht durch das Wort der russisch-orthodoxen Kirche, deren Metropoliten Moskau zu ihrem Sitz gewählt hatten, nachdem sie aus Kiew weichen mußten. Es bediente sich auch dynastischer Verbindungen.

Das "Sammeln der russischen Erde" vollzog sich als Dauerkrieg nach allen Seiten, im Westen und Norden gegen den Deutschen Orden, gegen die Litauer, die Polen, Finnen und Schweden, im Osten und Süden gegen die verschiedenen Völker der Mongolen-Tataren und die kaukasischen Bergstämme. 1480 konnte Iwan III.

sich durch den militärischen Sieg über die Tataren aus der Tributhoheit gegenüber dem mongolischen Khan lösen.

Die Eroberung von Konstantinopel durch die Türken beendete die Oberhoheit der byzantinischen Kirche über die Moskauer Patriarchen. So begründete Iwan, gestützt auf die Moskauer Patriarchen, den Mythos von Moskau als "Drittem Rom", dessen Aufgabe es sei, christliche Rechtgläubigkeit nach Osten wie Westen gleichermaßen zu verteidigen. Mit der Eroberung Kasans, eines an der mittleren Wolga 1552 nach der Auflösung des mongolischen Großreichs verbliebenen Teil-Khanats, und nach der Eroberung Sibiriens ab 1581 geht Iwan IV., der sog. Schreckliche, von der bis dahin nach Westen, Norden und Süden gerichteten "Sammlung der russischen Erde" zur Kolonisierung des Ostens über. Sein späterer Versuch, die Eroberungen nach Westen zu erweitern, scheitert.

Bei seinem Tode 1584 hinterläßt Iwan IV. ein zerrüttetes Reich, das unter dem Anspruch, drittes Rom zu werden, im Chaos versinkt. Zudem beendet Iwan eigenhändig die Dynastie der Ruriks, als er seinen eigenen Sohn erschlägt. Es beginnt die Zeit der "Smuta", der Verwirrung, ein Begriff, der in Rußland häufig auch auf die heutige Situation angewendet wird. Erst 1613, gut dreißig Jahre, nach damaligen Rechnungen also zwei Generationen später, wird mit der Wahl Michail Romanows eine neue Dynastie begründet, deren letzter Vertreter Nikolaus II. von der Oktoberrevolution 1917 gefangengesetzt und später erschossen wird.

Das byzantinische Erbe

Rußlands Geschichte ist nicht nur christlich, sie ist byzantinisch. Die alten russischen Chroniken berichten, daß der Gründer der Kiewer Rus, der später heilig gesprochene Wladimir, Boten zu allen bekannten Religionen gesandt habe, um sich raten zu lassen, welchen Glaubensweg das Reich einschlagen solle. Schließlich habe er den byzantinischen, also ost-römischen Weg gewählt, denn nichts, so hätten seine Gesandten ihm erklärt, könne den Menschen mehr erfreuen als die Pracht des Gottesdienst, wie sie ihn in Byzanz erlebt hätten. Aus der profanen Geschichtsschreibung ist bekannt, daß die Rurikiden auf ihren Eroberungs- und Handelswegen in engste Berührung mit Byzanz gekommen waren, so daß sich eine solche Verbindung für beide Seiten schon aus praktischen Gründen als günstig erwies.

Die Folgen waren weitreichend. Rußland übernahm das byzantinische Prinzip des Gott-Kaisertums, das die Tradition östlichen Despotismus und christlichen Monotheismus zu einer untrennbaren patriarchalen Einheit zusammenführte. Emphatische Verehrung der Frau ist darin eingeschlossen, aber diese Einengung der Frau auf die heilige Mutter vollendet nur die patriarchalische Ordnung.

Die Ausbreitung des byzantinischen Einflusses nach Osten verstärkte die auseinanderstrebende Entwicklung der ost- und der west-römischen Kirche: Eine Trennung von Staat und Kirche, wie sie in den Konkordatskämpfen der deutschen Kaiser mit Rom vollzogen wurde, gab es in der byzantinischen Kirche nicht. Im Westen führte sie zur gegenseitigen Kontrolle und damit zu einer Beschränkung der göttlichen wie der irdischen Macht durch jeweils die andere. Im Byzantinismus standen göttlicher und weltlicher Arm dem Menschen dagegen als eine einzige absolute Macht gegenüber.

1054 kam es zum "großen Schisma" zwischen Rom und Byzanz, die sich fortan als "Byzantiner" und "Lateiner" bekämpften. Die byzantinische Linie kennt keine Renaissance, sie kennt keine Reformation; die einzige Kirchenrevolte der sog. "Altgläubigen" wandte sich 1656 nicht gegen die herrschende Lehre, sondern zielte auf deren Reinigung von russischen Übertragungsfehlern. Sie wurde vom "Selbstherrscher" und seiner Kirche blutig unterdrückt.

Das Moskowiter Gott-Kaisertum sah Rußland als Mittelpunkt der Welt, dessen Aufgabe es sei, die Ungläubigen des Ostens wie die irregeleiteten Lateiner des Westens in einer "prawaslawischen", rechtgläubigen, Ordnung miteinander zu verbinden. "Ein Zar, ein Gott, ein Volk", lautete zu Hochzeiten russischen Selbstgefühls das Credo der Selbstherrschaft. Es fand seine Resonanz in der tiefen Gläubigkeit der russischen Bevölkerung. In der Oktoberrevolution von 1917, modifiziert in der nach-revolutionären Ideologie von der Entwicklung der Revolution in einem Land, fand dieser Glaube an die russische Mission seine zeitgemäße Fortsetzung unter sowjetischen Vorzeichen.

Durchzugsgebiet

seit Menschengedenken

Russen sehen sich nicht als auserwähltes Volk, aber auch nicht als Gleiche unter Gleichen. Sie sehen sich als Herz der euro- asiatischen Völkervielfalt. Das mittlere Rußland ist seit undenklichen Zeiten Durchzugsgebiet der Völker zwischen dem unwirtlichen Norden Eurasiens und seinem bereits besiedelten warmen Süden, zwischen den rauhen Weiten des nördlichen Asiens und den fruchtbaren Gebieten des heutigen Europa. Den Anfang machten die Kelten, die sich ab ca. 3000 v. Chr. über das ganze heutige Europa verbreiteten, ab ca. 2000 v. Chr. folgten die Germanen, noch später die Slawen: ab 900 v. Chr. tauchen sie in historischen Berichten der Griechen und anderer auf.

Alle diese Bewegungen konzentrierten sich in der Schneise gemäßigten Klimas zwischen dem vereisten Norden und dem von Gebirgen und Meeren zerklüfteten Euro-Asien. Ruhe hat es auf diesem Gürtel des Globus nie gegeben. Im dritten und vierten Jahrhundert stießen die Turkvölker nach, als Hunnen bekannt. Die von ihnen verursachte Völkerwanderung führte zum Zusammenbruch des römischen Reiches. Mit den Ungarn flutete ab 900 n. Chr. eine neue Völkerwelle durch den Raum. Ihre Ausläufer erreichten ebenfalls das westliche Europa. Aus ihrem Rückstau gingen neue Verschiebungen hervor; die Kiewer Rus war nur ein Ergebnis davon.

Von den Mongolen wurden alle diese Völker ab 1200 erneut nach Westen gepreßt, erneut zurückgespült. Eine Sonderrolle übernahmen die aus Turkestan nach Kleinasien vorgedrungenen Osmanen, die nach dem Zerfall des mongolischen Groß-Khanats von Anatolien ein eigenes Reich aufbauten. Durch ihre Eroberung von Byzanz ging der russisch-türkische Konflikt als byzantinisches Erbe in den Bestand des russischen Imperiums ein.

In der Regel werden die zweihundert Jahre Tributpflichtigkeit der Russen gegenüber den Mongolen-Khans als kulturlose Zeit angesehen. Allen Märchen zum Trotz war die mongolische Reichsverfassung jedoch leistungsfähiger als die der von ihr einverleibten Kleinfürstentümer. Deren Eroberung war ja nicht einfach Ergebnis größerer Brutalität. In dieser Hinsicht waren die Völker der vorherigen Wanderungswellen mit den ansässigen Bewohnern des Landes und diese miteinander auch nicht gerade zimperlich umgegangen. Die Mongolen vernichteten im übrigen nur die Gegner, die Widerstand leisteten. Die übrigen verpflichteten sie zu Tribut und Gefolgschaft; ihre Kultur faßten sie nicht an. Es war vielmehr die überlegene Bogen- und Schanztechnik, die die mongolische Kriegführung so lange unbezwinglich machte.

Kein Wunder, daß die herrschende Schicht am Moskauer wie auch an anderen Höfen der Zeit sehr bald mit Intellektuellen und Organisatoren mongolischer Herkunft durchsetzt war. Das waren nicht notwendigerweise gebürtige Asiaten, sondern einfach Menschen aus dem Bereich mongolischer Herrschaft. So waren auch die "Befreiungskriege" unter Iwan III. schließlich weniger ethnisch als politisch geprägt.

Iwan IV. schließlich handelte bereits voll aus der mongolischen Schule, als er nach der Eroberung des tatarischen und zu der Zeit bereits mohammedanischen Kasan die Stadt zwar tributpflichtig machte und zur Heeresfolge zwang, im übrigen aber weder deren Moscheen schleifen ließ, noch ihre Sprache verbot.

In Sibirien verlief es im Prinzip nicht anders, nur daß dort keine Großreiche, sondern Stammestümer zu unterwerfen waren. Was entstand, war eine Großraumordnung nach asiatischem Muster: Fürstentümer, die dem Zentrum zu Tribut und Heeresfolge verpflichtet waren, sich im übrigen aber nach ihren eigenen Gesetzen entwickeln konnten.

Die Nachfolger von Iwan IV. wandten sich wieder verstärkt dem Westen zu, denn dem Druck aus dem Osten folgte der Gegendruck aus dem Westen auf dem Fuße: Kriege mit den Polen, den Schweden, den Ukrainern.

Peter, der sog. Große, machte die West-Orientierung zum Prinzip. Aber trotz gewaltigster Anstrengungen, zu denen er Rußland mit geradezu terroristischem Einsatz trieb, gelang es weder ihm noch seiner Nachfolgerin Katharina, das relativ späte Eintreten der Russen in die Geschichte, die byzantinische Abschottung gegen die "Lateiner", den mongolischen Schnitt zwischen Kiew und Moskau sowie die von Iwan IV. eingeleitete Ost-Kolonisierung durch künstliche Beschleunigung aufzuholen. Der gewaltsamen Westöffnung folgte Ermüdung, während der das ausgepreßte Land sich in tiefster Reaktion auf seine gewachsenen Strukturen zurückzog.

Die letzte gewaltsame Annäherung an den Westen versuchten Lenins Nachfolger, die den Westen nicht nur ein-, sondern gar überholen wollten. Es läge im Zuge der langen historischen Wellen, wenn sich Rußland nun erst einmal wieder auf seine Besonderheiten, also auf das Russische, besinnen würde.

"Russisch" - ein Glaube

"Russe", das ist keine ethnische Bezeichnung, es benennt eine kulturelle Zuordnung: Weite, Vielfalt, Grenzenlosigkeit, ja, Haltlosigkeit und Zerrissenheit, Melancholie und die Neigung zu zerfließen, auf der anderen Seite Spontaneität, Improvisationsgabe, Vielseitigkeit - das sind Begriffe, die nicht von ungefähr auch von Menschen in Rußland selbst mit "russisch" assoziiert werden. Entschlossenheit, Entschiedenheit, Eindeutigkeit und dergleichen haben sie dagegen immer wieder bei anderen, wesentlich westeuropäischen Völkern gesucht, deren Vertreter oder Vertreterinnen nicht nur die Kiewer, sondern auch die Moskauer Fürsten immer wieder ins Land geholt haben.

Die genannten Züge sind Ausdruck des in sich chaotischen Kontinuums widerstreitender östlicher und westlicher Einflüsse. Dieses Karussell schreit geradezu nach einem festen Mast: Der Zentralismus gibt den notwendigen Halt, die Einheit der russisch-orthodoxen Dogmatik; ihre Pyramide allein definiert den Raum! Russisch-sein, das heißt, an einen Sinn im Chaos zu glauben. Russe sein heißt herrschen. Von den Frauen ist gesondert zu reden.

Die reale Völkervielfalt, die sich ja nicht nur in der unmittelbaren Vermischung von slawischen und anderen Völkern zeigt, sondern auch im Nebeneinander der Russen und anderer Völker, im Erhalt eigener Sprachen, autonomer Republiken, Kreise und Städte, ist Bestandteil dieses Selbstverständnisses, wenn die Völker nur die Herrschaft Moskaus anzuerkennen bereit sind. Ausflüge in die Slawophilie waren daher in der Vergangenheit selbst bei russischen Reaktionären von wenig Bestand.

Anders war es mit der missionarischen Russophilie, die unter den letzten Zaren globale Ausmaße annahm. Aber auch sie, das ist zu betonen, war nicht biologisch, sondern ideologisch, letztlich in einer Weise glasklar imperial definiert, wie es kaum eines der west-europäischen Völker geschafft hat. In dieser Form war sie in der Geschichte und ist sie heute gewaltbereit. Wer sich dem imperialen Anspruch unterordnet, wird in seinen Eigenheiten nicht behelligt. Wer nicht nur anders sein, sondern daraus auch Rechte ableiten will, muß mit Unterdrückung rechnen, notfalls auch brutal.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die heutigen patriotisch orientierten Kosaken: Wer sich zu den Grundsätzen der Verteidigung des Imperiums in den Grenzen und Dogmen von 1914 bekennt, kann Mitglied ihrer Gemeinschaft werden, gleich welcher Hautfarbe oder Nasenlänge; wer das nicht tut, wird verfolgt. Das ist das Gefolgschaftsprinzip par excellence!

Als die Zerschlagung des gott-kaiserlichen Zentrums 1917 sich für den Zusammenhalt des russischen Imperiums fatal auszuwirken drohte, schlüpfte die Partei notwendigerweise in die Pyramide, die vorher Zar und Kirche gebildet hatten - sie gab ihr nur einen neuen Inhalt: Anstelle des Glaubens trat der historisch dialektische Materialismus, Diamat.

Das machte, weil es nicht einmal mehr die Gnade des Glaubens zuließ, hinter der die Menschen sich verstecken konnten, sondern der Glaube selbst sich verstecken mußte, den früheren Totalitätsspruch erst richtig total. Es ließ dem Menschen keinerlei Privates mehr, machte sein Innerstes zur Öffentlichkeit, schlimmer noch, machte das Potemkinsche Dorf von der belächelten Provinzposse zum Staatsprinzip. Lüge, Doppelleben, Doppelmoral verwandelten sich aus kritikwürdigen Lastern in Gebote des Überlebens. Ohne gefälschte Planziffern, ohne heimliche Opposition innerhalb der Partei, ohne die Ikone auf der Rückseite des Lenin- oder Stalinportäts, die in manch einer stillen Stube wieder nach vorn gedreht wurde, wenn der Besuch das Haus verlassen hatte, war dieser Staat nicht auszuhalten.

Der sowjetische Mensch war der von seiner Seele enteignete Mensch, der Mensch ohne Eigenschaften, noch genauer, der irreale, gläubige, irrationale, der ganz alte Mensch, der sich als Realist, Rationalist, Atheist, kurz, als "neuer sowjetischer Mensch" aufführen mußte. Die doppelte Verneinung wurde zum Überlebensprinzip. Indem die Partei aber die Pyramide des Byzantinismus in dieser Weise entheiligte, zerstörte und untergrub sie zugleich deren Basis. Mit der Auflösung der Partei kam die Pyramide daher endgültig in die Krise.

Die Bauerngemeinschaft

als Lebensprinzip

Rußland ist kein Industriestaat, es ist die verstaatlichte Bauerngemeinschaft. Der Sonderweg der russischen Landwirtschaft beginnt schon mit der Kiewer Rus: Ihre Gründung erfolgte nicht von innen, sondern von außen, die Städte blieben von den Dörfern getrennt. Der Handel und die Landwirtschaft verbanden sich nicht, mehr noch, die Dörfer blieben Rückzugsgebiet, ihre innere Verfassung blieb unangetastet.

Die "obschtschina" oder der "mir", so genannt nach dem Dorfplatz, auf dem die Versammlungen abgehalten wurden, bestimmte weiter das Leben im Dorf. Alles verfügbare Land gehörte der Gemeinde. Die Höfe erhielten es nach der Anzahl ihrer Esser und Esserinnen, sowie den ihnen zur Verfügung stehenden Arbeitskräften, zur Nutzung zugeteilt. In regelmäßigen Umverteilungen wurde den durch Geburt, Tod, Zu- oder Wegzug eingetretenen Veränderungen Rechnung getragen. Entscheidungen darüber wurden in öffentlicher Versammlung getroffen. Dieselbe Versammlung war auch für die dörfliche Gerichtsbarkeit zuständig. Während und zwischen den Versammlungen galt das Prinzip des Ältesten, dem ein Rat, "sowjet", zur Seite stand. Basis blieb die Selbstversorgung und das Prinzip der gegenseitigen Hilfe. Mit den Städten unterhielt man nur gelegentliche Beziehungen, in denen ländliche Überschußprodukte gegen Luxuswaren getauscht wurden.

Man mag spekulieren, was sich entwickelt hätte, wenn Kiew nicht von den Mongolen dem Erdboden gleichgemacht worden wäre. So wie es nun einmal kam, wurde das Dorf zum Überlebensträger, wurde die "obschtschina" zur Grundform der Existenz. Die allgemeine Bedrohung, Umverteilung nach Verlusten, die Notwendigkeit, von niedergebrannten Dörfern in neue Gegenden zu ziehen, erzwangen die gegenseitige Hilfe und förderten den Gemeinbesitz als günstigste Eigentumsform. Einzelhöfe hatten keine Lebenschance. Ganze Dörfer zogen los, sei es nachdem die Häuser gebrandschatzt waren, sei es, weil das Land ausgelaugt war, um an neuem Ort neue Felder zu roden. Die leichte Holzbauweise begünstigte den schnellen Wiederaufbau der Häuser.

Zur "obschtschina" trat so der Nomadenbauer. Bis weit in die Zeit der Romanow-Dynastie hinein blieb er eine häufige Erscheinung. Vorratswirtschaft konnte sich unter solchen Umständen kaum entwickeln. Das Gleiche gilt für die Kultivierung des Bodens. Aber die Weite des Landes ließ immer noch die Möglichkeit auszuweichen, besonders in Richtung Nord Osten. Je härter dort die klimatischen Bedingungen wurden, um so mehr stärkte das wiederum den Zwang zur Gemeinschaft.

Differenzierungen ergaben sich aus örtlich unterschiedlichen Bedingungen und historischen Besonderheiten. So gab es Mitte des vorigen Jahrhunderts auf dem fruchtbaren Boden der Ukraine mehr private Bauern als in Zentralrußland, im Uralbecken oder gar in Sibirien. In einigen Gebieten Sibiriens bildete sich zudem eine neue Form des Kollektivs, die aus Einzelbauern bestehende Kooperative. In Gebieten mit engeren ethnischen Zusammenhängen ist die "obschtschina" nicht nur das herrschende Prinzip, sondern wird auch noch von dem darunterliegenden Sippenzusammenhang getragen. Da kann es noch heute geschehen, daß ein Dorf einer einzigen Sippe angehört.

Da die Landwirtschaft das bestimmende Element der wirtschaftlichen Reproduktion blieb, wurde die "obschtschina" im Rußland Moskaus zum Grundelement des gesellschaftlichen Lebens. Sie leistete Abgaben an Sachwerten und stellte junge Männer als Soldaten. Im übrigen war sie sich selbst überlassen.

Handel zwischen einzelnen Dörfern entwickelte sich nicht; es bildete sich keine Infrastruktur von Dienstleistungen zwischen den Dörfern und den Städten, das heißt auch keine sozialen Schichtungen zwischen den Bauern auf der einen und der politischen Klasse auf der anderen Seite. Die Dörfer blieben Selbstversorger, die politische Oberschicht forderte Abgaben. Eine Verantwortung der Oberschicht für das Wohlergehen ihrer Bauern kannte dieses System nicht. Rücksichtslose Auspressung selbst auf Kosten wirtschaftlicher Rationalität war das Prinzip dieses Systems.

Die fehlende Vorratswirtschaft der "obschtschina" spiegelte sich in Kurzatmigkeit des Zarenhofes: Schatzbildung statt Finanzpolitik. Der Reichtum der Zaren ist so sprichwörtlich wie der Geiz der russischen Bauern. Wirtschaftlich ist der Zarenhof die ins Zentrum verlängerte "obschtschina"; umgekehrt wurde die "obschtschina" zur kleinsten Einheit der gott-kaiserlichen Pyramide. Das Dorf zahlte Tribut, der Zar garantierte den militärischen Schutz. Fürsten, Gouverneure, später eine sich ausbreitende Bürokratenschicht waren die Vermittler.

Das Ende vom Lied war, daß die Leibeigenschaft in Rußland eben zu dem Zeitpunkt vollendet wurde, als sie im westlichen Europa gerade ihrem Ende entgegenging. Die Armut der Bauern wuchs im selben Maße wie die

Abhängigkeit der herrschenden Schichten von den ihnen untertanen "Seelen", da die meisten der Herren und Damen, die vom Eintreiben der Abgaben lebten, nichts von der Landwirtschaft verstanden. Mitte des 19. Jahrhundert öffnete sich diese Schere lebensgefährlich. Das Land drohte an seiner ungelösten Bauernfrage, die sich in zunehmenden spontanen Erhebungen äußerte, auseinanderzubrechen.

1881, übrigens parallel zu dem um die Sklavenfrage geführten Bürgerkrieg in Amerika, machte Alexander I. den Versuch, die Bauernfrage durch eine Revolution von oben zu lösen, indem er die Aufhebung der Leibeigenschaft verfügte. Er wollte die Bauernschaft für die einsetzende Industrialisierung mobilisieren. Einen Teil wollte er als freie Bauern an eine nach marktwirtschaftlichen Prinzipien arbeitende Landwirtschaft binden, den anderen als potentielle Lohnarbeiter für die Fabriken freisetzen. Es war die "obschtschina", die diese Differenzierung der Bauernschaft verhinderte.

Den nächsten Versuch in dieselbe Richtung machte 1904 Ministerpräsident Stolypin; er wollte die Auflösung der "obschtschinas" mit Gewalt durchsetzen. Noch heute streitet man sich im Lande, ob der Erste Weltkrieg das Experiment beendete oder ob die durch das Experiment ausgelösten Bauernunruhen ein Grund waren, die den Zaren außenpolitische Abenteuer suchen ließ.

Nach Stolypin trat Lenin an: Er wollte ein selbständiges Mittelbauerntum schaffen; im Ergebnis mußte er die "obschtschinas" stärken und deren Räte-Ordnung als politisches Prinzip der Union übernehmen.

1929 geriet die Eigenverantwortung der "obschtschinas" mit den Staatszielen einer beschleunigten Industrialisierung in so harten Konflikt, daß Stalin sich zu einer großangelegten Vernichtungskampagne gegenüber den "obschtschinas" entschloß. Das geschah unter den Losungen der "Entkulakisierung" und "Kollektivierung". Vom städtischen Partei-Proletariat wurden sie in einer Millionen-Kampagne gewaltsam aufs Land getragen. Grundlage war der Widerspruch zwischen Armen und "Kulaken", den Reichen im Dorf.

Nach der Vertreibung der Kulaken hatten sich die "obschtschinas" in staatliche Kolchosen verwandelt. "Kolchose" ist die Abkürzung von "kollektivnoje choseistwa", Kollektiv-Wirtschaft, "Kol-Chos". Der Unterschied zu vorher war nur, daß der Eigentümer des Landes nun nicht mehr die "obschtschina" und der Besitz der Maschinen darin nicht mehr privat war, sondern daß das Land dem Staat gehörte und die Maschinen bei den MTS, den Motoren- und Traktoren-Stationen, geliehen werden mußten, ebenfalls staatlichen Organen.

Aus kollektivem Eigentum der "obschtschina" war Staatseigentum geworden. Kurz, das Ergebnis der stalinschen Kollektivierung war nichts anderes als die Enteignung des bäuerlichen Kollektivs durch den Staat. Der Bauer wurde zum staatlichen Lohnarbeiter. Im übrigen blieb das Verhältnis zum Zentrum in alten Bahnen: Die Kolchose war zu einem festgesetzten Quantum an Abgaben verpflichtet, über den Rest konnte sie selbst verfügen. Der Staat garantierte die Wahrnehmung zentraler politischer Aufgaben, zu denen derzeit die forcierte Industrialisierung zählte. Für die wirtschaftliche, die soziale, die kulturelle Infrastruktur war das Kollektiv selbst verantwortlich.

So erhielt sich nicht nur die klassische Kluft zwischen Dorf und Zentrum, sie vertiefte sich um eine weitere Dimension, nämlich die zwischen den rasch explodierenden Industrianballungen und dem ebenso rasch von Menschen, Material und Infrastruktur entblößten flachen Land.

Der Doppelcharakter

der "obschtschina"

Die Landwirtschaft ist Rußlands zentrales Problem. Die Schuld für deren Rückständigkeit wurde immer wieder der "obschtschina" gegeben. Ihre Eigentumsordnung, insbesondere das Prinzip der Umverteilung, heißt es, habe Neuerungen verhindert; die Verwandlung der Bauern in Lohnempfänger habe das persönliche Interesse abgetötet.

Stimmt, ich habe selbst soeben einiges davon beschrieben - und doch ist es nur die halbe Wahrheit: Die andere Hälfte liegt in der jahrhundertelangen gnadenlosen Auspressung der Dörfer durch die Zentrale; das gilt auch für die Sowjetzeit. Nicht das Gemeineigentum an sich, nicht allein die bloße Tatsache, daß die Mitglieder der Kolchose für ihre Arbeit eine Vergütung erhalten, mindert das Interesse. Im Gegenteil, es steigert es in vielen Fällen sogar, denn wenn der gemeinsame Ertrag gut ist, ist auch der Anteil höher und sind die allgemeinen Lebensumstände in der Kolchose besser.

Das Interesse sinkt, wenn die Abgaben zu hoch sind, wenn sie unter Zwang geschehen, wenn der Lohn oder auch die Naturalvergütung in keinem Verhältnis zur tatsächlich geleisteten Arbeit steht. Dann wird die eigene Kuh und der eigene Garten zum einzigen Ausweg, wie es auch heute wieder ist. Ohne die kleine private Wirtschaft wäre die Versorgung selbst auf dem Lande schon lange zusammengebrochen. Die städtische Entsprechung dazu sind die in letzter Zeit explodierenden Datschen-Pflanzungen und Kartoffeläcker draußen vor den Ortschaften.

Im Kampf um die Verfügung über ihr eigenes Produkt, einschließlich der kleinen privaten Nebenwirtschaft, entwickelte die "obschtschina" ihren eigenartigen Doppelcharakter, der schon Karl Marx und Friedrich Engels Mitte des letzten Jahrhunderts dazu veranlaßte, sie als Ansatz für einen eigenen russischen Weg zum Kommunismus zu verstehen, wenn ihre Entwicklung verbunden wäre mit Revolutionen im Westen.

Einerseits nämlich wurde die "obschtschina" über ihre patriarchalisch organisierte Spitze zum Verwaltungshelfer des Zentrums, speziell zum Element des Steuereintreibens und der Rekrutierung. Wie die Verteilung der Lasten innerhalb der Dorfpyramide gelöst wurde, kümmerte die Bürokraten nicht.

Gerade dadurch wurde die Dorfversammlung aber auch zum Schutz gegen die Tributvampire: Sie bewahrte die Bauern davor, einzeln deren Opfer zu werden. Sie gab ihnen wenigstens den Schutz der Gemeinschaft. Oft genug haben diese Gemeinschaften erbitterten Krieg gegen ihre Blutsauger geführt. Die Geschichte Rußlands ist ja nicht nur die des Dauerkrieges gegen die Bauern, die als Lieferanten von Proviant und Soldatennachwuchs durch Eroberer und durch die eigenen "Bojaren", also Fürsten, Gutsherren u.a., drangsaliert wurden, sondern ebenso die der beständigen und heftigsten Aufstände von Bauern gegen ihre Unterdrücker.

Moskau konnte sich in diesen Kämpfen in der Regel fatalerweise als Ordnungskraft aufspielen. Das ist ein Grund mehr für das infrastrukturelle Niemandsland zwischen Zarenhof und Bauernhof: "Mütterchen Rußland" und "Väterchen Zar" verbündeten sich gegen die Ortsfürsten.

Trotzdem wurden die "obschtschinas" nicht einfach Instrumente des Zentrums, sondern waren auch Horte des Widerstands, der Anarchie, der Selbstbestimmung, wo jeder Einzelne letztlich doch seine Bedeutung und Stimme hatte. Die Zugehörigkeit zur "obschtschina" gab Identität, Schutz, gemeinsame Ziele. Innerhalb der "obschtschina" herrschten andere Gesetze als außerhalb. Das gilt vor allem für das ungeschriebene Gesetz der gegenseitigen Hilfe.

Anders als im westlichen Europa wurde in Rußland daher nicht die Familie, sondern die "obschtschina" zur gesellschaftlichen Grundeinheit; nicht Privatbesitzer, sondern Kollektive stehen im Tauschverhältnis miteinander. Dies hat zu einer durch und durch kollektivistischen Grundstruktur des Lebens im euro-asiatisch-russischen Raum geführt.

Das hat sich im Prinzip auch in der sowjetischen Zeit nicht geändert. So wie es Ende des letzten Jahrhunderts üblich war, daß "obschtschinas" mit großen Industriebetrieben Kollektiv Verträge abschlossen, deren konkrete Einlösung durch die oder jene Personen nach dem Umverteilungsprinzip erfolgte, so verstand sich noch in den zwanziger und dreißiger Jahren die große Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglied ihrer "obschtschina", Kolchose, später auch Sowchose, Sowjet-Wirtschaft, das ist die staatlich verwaltete Kolchose. Noch heute sind es die Sowchosen oder Kolchosen, die Arbeitsverträge mit städtischen Unternehmen schließen und ihren Mitgliedern anbieten.

So wie die russische, so war auch die sowjetische Gesellschaft durch und durch geprägt von der "Obschtschina". Nicht von ungefähr war die Sprache von "obschtschina" zu "obschestwo", Öffentlichkeit gekommen. Das Wort "mir", Dorfplatz, hatte seine Bedeutung zu "Frieden" und schließlich "Welt" erweitert. Die innere politische Organisation der Räte, "Sowjets", hat als Union der Sowjets dem neuen Staat den Namen gegeben. Für die Kirche schließlich wurde "obschtschina" zur Gemeinde. Die war nur noch von der großen Versammlung aller weltlichen und kirchlichen Würdenträger, dem "sobor" und der dort gepflegten heiligen Gemeinschaft "Sobornost", übertroffen.

Das ist in Wahrheit das verkirchlichte und verallgemeinerte Prinzip der "Obschtschina", in der patriarchalische und urdemokratische, ich bin versucht zu sagen, auch matriarchalische Elemente in einem unausgetragenen Kampf miteinander liegen.

Das Problem des Doppelcharakters der "obschtschina" ist bis heute nicht ausreichend erforscht und politisch in keiner Weise gelöst. Die Krise der heutigen Kolchosen und Sowchosen offenbart vielmehr, daß unterhalb der staatskollektivistischen Strukturen noch ganz andere, ältere Schichten des Kollektivismus, alter Sippenordnung und frauenbestimmter Alltagsorganisation zum Vorschein kommen.

Der kleine Unterschied: Herrschaft statt Staat

In Rußland gibt es kein Wort für Staat, in Rußland gibt es nur "Gossudarstwa", Herrschaft. Lenins "Staat und Revolution" etwa wäre richtig mit "Herrschaft und Revolution" zu übersetzen - das träfe es genau! Herrschaft vertritt in Rußland die Stelle des Staates, die unmittelbare Machtausübung - das, was im Westen als "strukturelle Gewalt" definiert wird. Der Mangel an Infrastruktur wird durch ständige Erneuerung unmittelbarer Gewalt, Selbstdisziplinierung wird durch äußeren Zwang, verinnerlichte Arbeitsmoral durch verordneten Arbeitseinsatz, Selbstkontrolle schließlich durch Fremdkontrolle ersetzt. Darüberhinaus schließt "Gossudarstwa" die Herrschaft Gottes mit ein: Anstelle des persönlichen Gespräches mit Gott steht im byzantinischen Verständnis die Eingliederung in seine festgefügte Ordnung.

Es ist die Tradition der "Goldenen Horde", die die Unterordnung verschiedener Völker unter die Zentralgewalt der Eroberer erzwingt, während gleichzeitig ein ökonomisches und kulturelles Nebeneinander besteht, das die Herrscher nicht interessiert. Tributordnung eben! Es ist aber auch die frühere Ordnung der wikingischen "Rus". Auch sie blieben aufgepropfte Staatsklasse, während Dörfer, Städte oder Kleinfürstentümer ihr ökonomisches und kulturelles Eigenleben führten.

Im einen wie im anderen Fall heißt das: Einer Welt, die kein inneres staatliches Ordnungsprinzip entwickelt hat, sondern sich aus der Vielfalt, dem Chaos, der Zufälligkeit der Völkerkreuzfahrten speist, wird der Zusammenhalt von außen, von oben, mit Gewalt aufgesetzt. Der Staat ist etwas Fremdes. Er garantiert Ordnung, wenn man sich ihm unterwirft, aber er ist und bleibt "das Andere", mit dem sich der Einzelne, das einzelne Dorf, die einzelnen Völker nicht identifizieren.

Eine russische Nation hat es folgerichtig auch nie gegeben. Der russische Staat ist nie mehr als ein Verwaltungsorgan gewesen. Seine Macht beruhte auf der ständigen Erneuerung durch unmittelbare polizeiliche oder militärische Gewalt. Die sowjetische Herrschaft, insonderheit Stalin, hat versucht, daraus einen monolithischen Block, gegründet auf den "homo sowjeticus", zu machen. Das bricht jetzt entlang der genannten Traditionslinien auseinander.

Neue Phase der Entkolonisierung

Der Zusammenbruch war schon längst überfällig. Ost und West haben sich lange außerhalb Rußlands, gewissermaßen hinter dessen Rücken, berührt. Der Zwei-Welten-Theorie der späten Sowjetunion zum Trotz haben sich neue Zentren herausgebildet, die auf die Vermittlung des russisch-sowjetischen Imperiums verzichten können, ja gerade durch die Erstarrung der sowjetisierten euro-asiatischen Mitte gezwungen waren, direkte Verbindungen zueinander zu suchen. Dem monozentristischen Weltbild der alten Sowjetunion entspricht keine Realität mehr. Es ist in seine historische Krise geraten.

Der Zusammenbruch konnte so lange ausbleiben, weil das russische Imperium im euro-asiatischen Raum einen territorialen Zusammenhang ohne natürliche Grenzen bildete. Im Gegensatz zu der Art der Eroberung der Kolonien durch die westeuropäischen Mächte kann man die russische "Sammlung der Erde" als Prozeß der inneren Kolonisierung bezeichnen. Bei ihr blieb der imperiale Charakter verschleierter, konnte mit Hinweis auf die Ordnungsfunktion im euro-asiatischen Raum leichter gerechtfertigt und praktisch aufrechterhalten werden.

Der Zusammenbruch wurde weiter dadurch hinausgezögert, daß die Sowjetunion nach dem ersten Weltkrieg als Heimatland der Welt-Revolution und durch den zweiten Weltkrieg als Hauptgegner des Faschismus zur Stütze der Völker wurde, die sich gegen die westlichen Imperien auflehnten. Im Ergebnis wuchs die Sowjetunion zum größten territorialen Imperium heran, das die Welt bisher gesehen hat. In wachsendem Widerspruch zu seinem ideologischen Selbstverständnis wurde das "antiimperialistische Bollwerk" auf diese Weise zum letzten und extremsten Statthalter der von ihm zugleich bekämpften eurozentrierten imperialen Weltordnung. Extremer konnte sich die Ost-West-Zerrissenheit der russischen Geschichte nicht mehr verkehren!

Mit der Krise des russisch-sowjetischen Imperiums erreicht der globale Prozeß der auf Trennung von Europa zielenden Entkolonisierung einen neuen Höhepunkt. Nach der ersten Phase Anfang des Jahrhunderts, der zweiten während und nach dem zweiten Weltkrieg kann man vom Beginn einer dritten Phase der Entkolonisierung sprechen. Dabei steht heute nicht nur die Befreiung von äußerer Vorherrschaft auf der Tagesordnung, wie bei den Kämpfen gegen die westeuropäischen Kolonialmächte, die Territorien in fremden Erdteilen besetzt hatten. Jetzt geht es um die Freigabe des "eigenen" Gebietes, die Emanzipation der Völkervielfalt gegen den hegemonialen Anspruch eines übermächtig und in seiner Übermacht unbeweglich gewordenen Zentrums.

Es folgt daraus, was auch schon aus den ersten beiden Wellen der Entkolonisierung folgte: Die Entwicklung von Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen; nur sind sie hier nicht hauptsächlich national orientiert, sondern föderal, als Kampf um Dezentralisierung, um das Recht auf die Produkte eigener Arbeit, um das Recht auf eigene Sprache, um gleichberechtigte und selbstbestimmte Lebensverhältnisse in einem gemeinsam bewohnten Raum. Kaum eine der ethnisch gefärbten autonomen Republiken, Bezirke, Kreise oder Städte kann sich als ethnisch "rein" bezeichnen. Die meisten Völker leben zusammen mit den Russen inzwischen in miteinander verschränkten Diasporas. Da läßt sich nichts mehr "entmischen". Nationale Wiedergeburt kann da nur kulturelle Besinnung bedeuten, nicht biologische. Dialog statt Bürgerkrieg, heißt das Motiv. Die Völker Rußlands wissen, was das bedeutet. Millionen Tote kosteten zwei Kriege, Revolution und Terror allein in diesem Jahrhundert. Sie machten Gewalt in der Politik zum größten gesellschaftlichen Tabu.

Dennoch besteht die Gefahr, daß die Befreiung nicht in der kulturellen Differenzierung, Demokratisierung und Föderalisierung gesucht wird, sondern sich in einer bloßen Vervielfachung der bisherigen zentralistischen Ordnung des früheren Imperiums, in nationalistischen, rassistischen oder religiösen Teilinteressen Luft macht, die sich gegenseitig bekriegen. Das würde die Gefahr einer allgemeinen Eskalation beschwören, die ihrerseits den Vorwand für den Versuch liefern kann, die imperiale Ordnung mit Gewalt wiederherzustellen zu wollen. Jeder Versuch jedoch, den alten Zentralismus wiederherzustellen oder unter neuen Fahnen sein Erbe anzutreten, mag das nun pan-islamistisch, pan-slawistisch, pan-arabisch, euro-zentristisch, pan-asiatisch oder sonstwie begründet werden, kann nur in einem globalen Blutbad enden.

Rußlands Krise

ist nur der Anfang

Nicht nur das russisch-sowjetische Imperium ist in die Krise gekommen. Dieses Imperium war ja nur der extremste Ausdruck des heute herrschenden industriellen Fortschritts-Modells; mit seiner sowjetischen Variante kommt dieses Modell selbst in die Krise, und zwar nicht nur geografisch, sondern paradigmatisch: Vor aller Augen wird deutlich, zu welchen katastrophalen Folgen das zum Staats- und Lebensmodell erhobene Prinzip der extremen industriellen Arbeitsteilung geführt hat - zu einem Arbeitsregime, das nicht nur die Entpersönlichung des Einzelnen, die Unterentwicklung ganzer Landesteile, Städte und nicht zuletzt der Dörfer zur Voraussetzung hatte, sondern die Spezialisierung über den gesamten euro-asiatischen Raum derart ins Extrem trieb, daß der ganze Mechanismus schon allein deshalb in einer irreversiblen Katastrophe zu enden droht.

Andererseits hat dasselbe System auch die kollektive Arbeitsorganisation ins Extrem getrieben, ohne die die Atomisierung der Arbeitsprozesse schon früher an ihre Grenzen gestoßen wäre. Es stellt sich daher die Frage, ob es Alternativen gibt, die aus der Umwandlung der gegebenen Strukturen selbst entstehen können?

Gemessen an dem Anspruch, Hilfe zur Selbsthilfe zu sein, müssen die bisherigen Privatisierungsstrategien des Westens, wie sie vom IWF, der Weltbank, der Treuhand und anderen in Form der Strategie der totalen Privatisierung vorgeschlagen werden, schon jetzt als gescheitert betrachtet werden. Sofern sie nicht schon aus politischen Gründen auf die Zerschlagung der kollektiven Strukturen zielen, verschärfen sie bestenfalls die Probleme, indem sie ohne Rücksicht auf die sozialen Beziehungen, die damit zerstört werden, rationalisieren. Das wirft die Frage auf, ob es alternative Privatisierungs-Lösungen geben kann, die der bloßen Zerstückelung der kollektiven Strukturen eine staatlich kontrollierte, vom konkreten Ansatz her "ganzheitliche", "kollektive", "team-orientierte" Arbeitsorganisation entgegenstellen, also solche, die das Prinzip der "obschtschina", variiert in der "Brigade", einbeziehen, statt erneut auf deren Liquidierung zu setzen? Heiß werden die japanischen Erfahrungen diskutiert. Aber das "japanische Modell" wird sich der russischen Wirklichkeit genausowenig

aufpfropfen lassen wie beliebige westliche Varianten. Auch die Beantwortung dieser Frage weist über den Ost-West-Dualismus hinaus.

Aber weiter: Die Krise der Sowjetideologie hinterläßt ein geistiges Vakuum, in das heute die ganze Vielfalt ethischer und religiöser Vorstellungen aus allen Jahrhunderten und Erdteilen einströmt. Aus der seelenlosen Gleichmacherei erwächst die tiefe Sehnsucht nach Vielfalt, nach einem eigenen geistigen Weg. Die orthodoxe Kirche kann diesen Platz nicht wieder voll ausfüllen. Zu sehr ist sie durch ihre intime Beziehung zur Macht diskreditiert, zu stark war andererseits der Atheismus; nirgendwo war er ja, ebenfalls aus dem Nachholbedarf, gnadenloser als in der Sowjetunion. Aber Monotheismus und Atheismus zeigten sich als Zwillingsbrüder, beide demselben Prinzip verpflichtet: der Einheit von Staat und Glaube im Interesse zentralistischer Herrschaft.

Jetzt ist keine Richtung erkennbar. Nur eines ist deutlich: Eine Wiedergeburt des Monotheismus als Staatsreligion ist keine Alternative zu siebzig Jahren staatlich verordnetem Atheismus. Das wäre nur der Rückfall aus der schematischen Umkehrung nach der Oktoberrevolution zur Zeit davor. Skeptisch gegen das eine wie gegen das andere, den byzantinischen Monotheismus wie den seelenlosen Atheismus, suchen die Menschen nach neuen, vor allem persönlichen Antworten, die der Vielfalt der wirklichen Welt, in welcher sie nach siebzig Jahren systematischer Täuschung erwachen, in einem verbindenden Ethos gerecht werden. Selbst unter vielen, die monotheistischen Vorstellungen anhängen, ist das Bewußtsein über die Notwendigkeit dieser Suche heute bestimmend. Der staatliche Versuch einer Restauration des Byzantinismus bliebe bestenfalls eine Farce, schlimmerenfalls müßte er mit Gewalt durchgesetzt werden.

Nirgendwo sind die bisher gültigen ethischen Wegweiser so gründlich zerstört wie in der ehemaligen Sowjetunion. Nirgendwo ist zur Zeit die Gefahr größer, daß Menschen haltlos zusammenbrechen oder sich zusammenrotten, um sich durch bloße äußere Abgrenzung von anderen das eigene Lebensrecht und den eigenen Wert zu beweisen: Bandenbildung, fundamentalistische Sekten aller Art, rassistische und nationalistische Bewegungen bieten Ersatz für den Verlust von sozialen und geistigen Sicherheiten.

Nirgendwo aber werden zur Zeit auch so viele Kräfte mobilisiert wie gerade in der ehemaligen Sowjetunion, um die verlorene Verbindung zwischen materiellem und seelischem Sein der Menschen auf neue Weise wiederzufinden. Die Suche danach ist radikal wie der Verlust brutal war. Gnadenlose Ent-Täuschung über alle bisherigen Gewißheiten der Menschheit bis hin zum verlorensten Zynismus, Suche nach persönlichen Auswegen bis hin zu lächerlichen Eskapaden, eine tiefe soziale Verbundenheit auf Grund der besonderen kollektivistischen Geschichte. Daraus können sich überraschende Wege ergeben. Auch diese Dynamik weist über den aktuellen Krisenraum hinaus.

Bedenkt man schließlich, wie sich Byzantinismus und Technokratismus in der ehemaligen Sowjetunion zur bisher höchsten Form des Patriarchats verbunden haben, dann stellt sich die Frage: Was geschieht, wenn dessen Pyramide zerfällt, wenn das darin eingeschlossene Weibliche befreit wird? Die patriarchalen Kategorien von Fortschritt sind in die Krise geraten. Im Zusammenbruch von Kolchosen und Sowchosen werden Elemente unmittelbarer Sippenorganisation wieder lebendig; darin spielen die Frauen die entscheidende Rolle. In den Dörfern kommen die "Babuschkas" wieder zu Ehren.

Generell besinnen sich die Frauen darauf, daß Gleichberechtigung für sie nicht Angleichung an den Mann bedeuten kann. Halb freiwillig, halb gezwungen verlassen sie die Betriebe, wo sie wie Männer arbeiten, ohne deren Rechte und Möglichkeiten zu haben. Zu Tausenden, ja zu Millionen setzen sie sich zudem in kulturellen und religiösen Gruppen für die Wiedergewinnung verlorengegangener ethischer Maßstäbe ein.

Kann dies alles mehr werden, als daß Frauen aus der Öffentlichkeit wieder an Haus und Herd zurückgedrängt werden? Kann dies bedeuten, daß nicht nur das industrielle Fortschrittsmodell, nicht nur herkömmliche monotheistische Vorstellungen, sondern das ganze herrschende patriarchalische Gesellschaftsgefüge und die darin befangenen Emanzipationsvorstellungen in Rußland an ihre Grenzen kommen: Mehrberechtigung statt Gleichberechtigung auf der Basis der Anerkennung der Unterschiede, statt ihrer Leugnung? Ich denke, ja. Hier gilt um so mehr, als dies die existenziellsten Fragen des menschlichen Zusammenlebens berührt, was schon in allen anderen Punkten für Rußland gilt: So übersteigert die patriarchale Pyramide war und noch immer ist, so gewaltig ist die Kraft, die aus ihrer Mitte hervorbricht. Letzlich ist es der Wille zum Überleben, der seinen Weg suchen und die dafür notwendigen sozialen Formen finden wird. Es ist eine wahrhaft revolutionäre Situation, die die bestehende Ordnung von Grund auf in Frage stellt.

"Das Leben selbst

wird es zeigen"

Dies alles festzustellen, bedeutet nicht, utopische Modelle zu beschwören. Es verweist vielmehr auf die pure Not-Wendigkeit, Wege des Überlebens zu finden. Die Krise der herrschenden Ordnung selbst und die Unmöglichkeit, Rezepte zur Lösung der Krise im Rahmen dieser Ordnung zu finden, bringen diese Not hervor. Gerade in ihrer Unausweichlichkeit liegt die Kraft, liegen die Keime, liegt die Aktualität der möglichen Umwälzung.

"Das Leben selbst" wird es zeigen, heißt es im Russischen. Dies ist wohl eine der sympathischsten Redewendungen, die zur Zeit im Lande zu hören sind. Aus ihr spricht aber nicht nur schlichte Volksweisheit, sondern auch das besondere Wissen um Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung im euro-asiatischen Raum: Heute stehen sich Kollektivismus und Individualismus dort scheinbar unversöhnlich gegenüber. Aber bisher hat "das Leben selbst" in Rußland noch alle Modelle überstanden, anders gesagt, der russische Anarchismus hat den Zentralismus immer wieder in seine Schranken gewiesen.

Dabei ist "Anarchismus" in seiner ursprünglichen Bedeutung der Führerlosigkeit, der Freiheit von Herrschaft, der Erneuerung zu verstehen. Der unbeherrschte Raum ist ebenso Bestandteil der russischen Geschichte wie das überstarke Zentrum. Es erübrigt sich zu fragen, was Ei und was Henne war; entscheidend ist, daß eins mit dem anderen eine untrennbare Einheit bildet. Russisch-Sein, das bedeutet also nicht nur herrschen, es bedeutet auch, die Anarchie, die führerlose Weite, die Unbeherrschtheit zu lieben. Bei diesem Verständnis wächst sich, notfalls nach einigem Blutvergießen, letztlich alles wieder zurecht.

Vor diesem Hintergrund ist die gegenwärtige Frontstellung von Herrschaft oder Anarchismus, Kollektivismus oder Individualismus, Diktatur oder Demokratie nur Ausdruck einer in die Sackgasse gelaufenen Ideologie, deren zwei vereinseitigte Pole sich heute in Gestalt der ehemaligen Sowjets auf der einen und ihrer westlichen Helfer auf der anderen wiederbegegnen, nämlich dem aus der französischen Revolution geborenen Fortschrittsmodell. Aus der Triade "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" pervertierte die Freiheit zur Freiheit des Kapitals, die Gleichheit zur Gleichmacherei; die "Brüderlichkeit" blieb auf der Strecke. Auch Uminterpretationen von "Brüderlichkeit" in Solidarität, in Schwesterlichkeit oder Menschlichkeit haben daran bisher nichts geändert.

Es geht nicht um neue Interpretationen, es geht um eine neue Realität: Die an der Krise des russisch-sowjetischen Imperiums aufbrechende existentielle Situation, in der eine Explosion von Sonderinteressen ebenso wie der mögliche Versuch zu deren gewaltsamer Unterdrückung sich gleichermaßen verheerend auswirken müssen, kann zur Überwindung der festgefahrenen Alternative von "Freiheit oder Gleichheit" führen. Kollektive und individuelle Elemente können sich in neuer Weise miteinander verbinden - einfach weil ohne gegenseitige Hilfe, also "Brüderlichkeit", kein Überleben mehr möglich ist und die Menschen sich daher weigern, sich in neue Modelle schicken zu lassen, die beim Stand ihrer Möglichkeiten nicht lebensfähig sind. Die bloße Zerschlagung der gewachsenen kollektiven Lebensstrukturen, ohne etwas an deren Stelle setzen zu können, ist keine Hilfe.

Andererseits ist der bisherige verordnete Kollektivismus ebenso unerträglich. Es geht nicht ohne Freiheit, das heißt Selbstbestimmung. Und was ist Freiheit ohne Gleichheit, also gleiche Lebensrechte? Beides muß zudem getragen sein von gegenseitiger Hilfe. Aufeinander bezogen können diese drei Elemente sich gegenseitig aufbauen und zugleich begrenzen. Dies alles ist gleichbedeutend mit der Wiedereroberung des Kollektivs von unten, nachdem es durch die Verstaatlichung entpersönlicht, entfremdet und der einzelne Mensch von seinen eigenen sozialen Impulsen und Initiativen enteignet war.

Die Verstaatlichung des Sozialen, die Entpersönlichung des Kollektivs erweist sich als das eigentliche, als das zentrale Problem, das überwunden werden muß. Das schließt die bloße Umkehrung, Freiheit ohne soziale Verantwortung, wie sie jetzt aus dem Westen nach Rußland importiert wird, mit ein. Es geht darum, Gemeinschaft, Kollektivität, Soziales, man mag sogar sagen Sozialistisches, nach dessen historischer Diskreditierung durch persönliche Entscheidung in freier Kooperation neu zu bestimmen.

Sind aber die Menschen, die jetzt aus der Phase des staats-, also fremdbestimmten Kollektivismus, des etatistischen Super Zentralismus heraustreten, bereit, diesen Schritt in eine von unten neu entwickelte und

selbstbestimmte Kollektivität zu tun? Das ist eine entscheidende Frage. Es besteht ja durchaus die Gefahr, daß viele angesichts des Zerbrechens der alten Strukturen, an deren Stelle neue nicht erkennbar sind und die sich auch nicht einfach durch westliche Muster austauschen lassen, trotz aller negativen Erfahrungen auf die gewohnten staatskollektivistischen Formen zurückgreifen, daß also nicht kooperative, sondern korporativistische Kollektivität (wieder)belebt wird.

Irrwege rückwärts

Was man dazu zur Zeit in Rußland beobachten muß, ist fatal: Aus dem Gewirr der Vorschläge, Programme und Projekte dringt eine Stimme exemplarisch hervor. Es ist die Stimme Sergei Kurgenjans. Kurgenjan ist Direktor eines "Kreativ-Zentrums" in Moskau, dem ein Theater angeschlossen ist. Seit Jahren macht er mit apokalyptischen Analysen und provokativen Vorschlägen von sich reden. Er glaubt, ein Modell gefunden zu haben, das unterschiedlichsten Vorstellungen gerecht wird. Tatsächlich bekommt er Zuspruch von allen Seiten. Kritiker nennen ihn einen "Schirinowski der Intellektuellen".

Die Situation Rußlands zwischen Asien und Europa, zwischen realem Sozialismus und Kapitalismus, zwischen dem Tod alter und der Wiedergeburt neuer Moral, ist für Kurgenjan die Voraussetzung für einen besonderen russischen Weg, mit dem es sich vor Vereinnahmung durch den Westen schützen könne. Er nennt ihn "Korridor zwischen West und Ost". Rußland müsse sich wieder als "Brücke" erkennen. Darauf müßten alle nationalen Kräfte konzentriert werden. Dafür sei ein starker Staat notwendig, der zwischen der geistigen und der ökonomischen Sphäre vermittle, wie es immer die Aufgabe von "gossudarstwa" in Rußland gewesen sei.

Kurgenjans politische Formel dafür lautet: "Korporativistischer Syndikalismus". Damit meint er eine über den Klassen stehende, alle russischen Völker und alle Traditionen repräsentierende Herrschaft, die die unterschiedlichen sozialen Interessen, die unterschiedlichen Zeitabschnitte der russischen Geschichte, also zaristische, sowjetische und die neue sog. demokratische Gesellschaft sowie schließlich die verschiedenen Völkerschaften vereine. "Das", so Kurgenjan, "führt die Tradition des italienischen Faschismus und die des russischen Anarchismus zusammen."

Wer diese Macht sei? "In Rußland wußte man nie, wer die Macht ist", so die Antwort. "Macht war in Rußland im Gegensatz zum Westen immer das Nicht-Öffentliche. Das war immer so. Das ist unser Spezifikum."

Übergänge suchen:

Dialog statt Synthese

Rußland ist heute keine Brücke, schon gar kein Mittelpunkt mehr. Wenn man überhaupt davon sprechen will, daß es erneut "Brücke" werden solle, dann nur in einem neuen Sinn: Brücke nicht mehr als Synthese, sondern als Übergang. Es geht nicht darum, den Dualismus von Ost und West, Kollektivismus oder Individualismus, von Freiheit oder Gleichheit in einem System zu verbinden, sondern in einen Dialog miteinander zu bringen. Die Forderung nach Synthese, wie sie Kurgenjan exemplarisch für die vaterländische Rechte erhebt, zielt auf die Begründung des zentralistischen Herrschaftsanspruches. Der Dialog soll föderale und horizontale statt der bisher vertikalen, gleichberechtigte statt der bisher imperialen, drei- und mehrpolare statt der bisher bi-polaren Beziehungen der einzelnen Menschen, der Völker und Staaten zueinander entwickeln.

Zugespitzt formuliert: Die Besonderheiten seiner Entwicklung sind es, die Rußland in die Krise zwingen; sie geben ihm aber auch die Kraft dazu, die daraus folgenden Gefahren nicht nur zu überwinden, sondern in Impulse für Überlebensperspektiven zu verwandeln. Das ist das Besondere an der russischen Krise, weswegen sie von allgemeiner Bedeutung ist. Wenn das gelänge, wäre das nicht nur ein erster Schritt in eine neue globale Ordnung, sondern auch in eine andere Ethik.

Das alles kann geschehen, wenn die in dem Zerfall sichtbar werdenden Mischformen zwischen den Extremen des wegbrechenden Staatskollektivismus und dem neu angebotenen Individualismus nicht der Not überlassen bleiben, die sie zufällig hervorbringt, sondern wenn gezielt danach geforscht wird, wenn solche Formen veröffentlicht und bewußtgemacht werden.

Es geht ja nicht darum, wieder einmal neue Modelle zu entwickeln, sondern darum, die entstehenden Überlebens-Zusammenhänge in der Realität des wirklichen Lebens bewußt, gezielt und systematisch aufzusuchen, um die stillen, die kleinen Keime von lebbaren Alternativen im Staub, Lärm und Blut des

allgemeinen Zusammenbruchs zu entdecken und erkennbar zu machen. Das ist wissenschaftliche Arbeit und Ermutigung zugleich. Nur so lassen sich Kriterien gewinnen, für die es sich einzusetzen, die es zu stärken und zu entwickeln lohnt. Und nur so, nicht aber durch apodiktische Abgrenzungen nach Urteilen von gestern, lassen sich die Scheinalternativen erkennen, die in einer Art Kurzschluß den Schutz bisheriger Gewißheiten durch Ersatzgewißheiten und Ersatzkollektive wettmachen wollen.

Dies alles aber ist nur möglich, wenn die bisherigen russischen Zentren, wenn das alte zentralistische Bewußtsein im Stammland des ehemaligen Imperiums und wenn schließlich die westlichen Metropolen es zulassen.

# 28. Die Armut ist weiblich

Autor: Sy. · Rubrik: Sozialpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:19

Wenn jetzt über die "neue Armut" diskutiert wird, verschleiert dies oft den Blick dafür, daß Frauen im Westen von Deutschland potentiell immer schon arm waren und/oder in besonderer Weise dem Risiko der Armut ausgesetzt sind. Frauen wurden und werden in der kapitalistischen Gesellschaft strukturell von einer eigenen Existenzsicherung und der damit verbundenen sozialen Absicherung ausgeschlossen. Die so oft vom Mann abhängige materielle Sicherung der Frau verdeckt nach außen das besondere Risiko der Frauen.

Die berufliche Diskriminierung und Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt ist eine der Ursachen weiblicher Armut. Frauen haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie arbeiten mehrheitlich in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, befristet, in Teilzeit, geringer entlohnt oder auf der untersten Stufe der Qualifikation. Im gesellschaftlichen Durchschnitt verdienen Frauen ca. 30% weniger als ihre männlichen Kollegen. Immer noch arbeitet die Mehrheit der Frauen in sogenannten "Frauenberufen". 70% aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in nur 15 von 450 möglichen Berufen. Frauenarbeit gilt im gesellschaftlichen Bewußtsein immer noch als "Zusatzverdienst". So verlieren sie in Krisenzeiten zuerst den Arbeitsplatz.

Die latente Armut von Frauen läßt sich z.B. an der Einkommensverteilung ablesen. Im Jahre 1986 waren im Bundesdurchschnitt 36% der Frauen über 15 Jahre ohne eigenes Einkommen. Nur 27% verfügten über ein Nettoeinkommen von 1.200 DM. (Vgl. Teresa Kulawik, Unbeschreiblich Weiblich: Die Unsichtbarkeit der Armut von Frauen, Neue Praxis 1/90.) Die Erwerbstätigkeit von Frauen in der alten Bundesrepublik ist in den letzten Jahren zwar gestiegen - zum größten Teil aber zugunsten von Teilzeitarbeit. Teilzeitarbeit ermöglicht den Frauen einerseits eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, andererseits bedeutet sie aber finanzielle Abhängigkeit vom Mann oder von Behörden. 1990 waren 93% aller Teilzeitarbeitsplätze in Westdeutschland von Frauen besetzt, von denen ein Drittel nicht sozialversicherungspflichtig war.

Die materielle Abhängigkeit der Frau von ihrem Mann wird zudem noch durch die Bedürftigkeitsprüfung verrechtlicht, durch die viele Frauen von Ansprüchen wie Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ausgeschlossen werden. Wie Frauen vom Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen ferngehalten werden, läßt sich auch am Bezug von Arbeitslosengeld/hilfe ablesen. So blieben beispielsweise 1986 von den arbeitslosen Frauen 48% ohne Ansprüche. (Vgl. Kulawik)

Sozialhilfe: Spiegel der Armut

Auch wenn sich jetzt durch die hohe Arbeitslosigkeit die Bevölkerungsgruppen, die von Armut betroffen sind, verschoben haben, läßt sich die besondere Benachteiligung der Frauen aus der Vergangenheit ablesen. Unter den Haushalten mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt stellten 1986 die alleinstehenden Frauen mit und ohne Kinder mit 42% die größte Gruppe dar. Die höchste Bezugsquote fand sich bei den alleinerziehenden Frauen mit 14,7%, Frauen mit kleinen Kindern sind erheblich häufiger auf die Leistungen des BSHG (Bundessozialhilfegesetz) angewiesen. Aus einer Studie aus dem Jahre 1985 geht hervor, daß 20% der ledigen und 27% der geschiedenen Mütter mit Kindern bis zu drei Jahren ihren Lebensunterhalt überwiegend von der Sozialhilfe bestreiten mußten. (Vgl. Kulawik) In Hamburg lebt mittlerweile etwa ein Drittel aller alleinerziehenden Mütter von der Sozialhilfe.

Doppelte Abhängigkeit

Bei Männern und Familien mit Kindern ist es vor allem die Arbeitslosigkeit, die zur Verarmung führt. Bei den Frauen wird dagegen der "Ausfall des Ernährers" genannt. Besonders stark betroffen sind Frauen, die bislang "nur" unbezahlte Hausfrauenarbeit geleistet haben. Dieselbe Ehescheidung oder Familienflucht, die den Mann von den finanziellen Lasten einer Familie befreien kann, kann bei der Frau zum genauen Gegenteil, in die Armut führen. Denn der Geschiedenenunterhalt erweist sich zunehmend als "ungedeckter Scheck". Die Quote der Frauen, denen Unterhalt zugesprochen wurde betrug 1985 lediglich 17% (vgl. Kulawik).

Dies belegt auch die Studie der Caritas aus dem letzten Jahr. Die Haushalte von Alleinerziehenden (zumeist Frauen) mit Kindern unter 18 Jahren weisen nach der Caritas-Befragung hohe Anteile von Verdeckt-Armen, Sozialhilfeempfängern und Relativ-Armen auf. Von den Alleinerziehenden sind 70,9% getrennt lebend oder geschieden. Nicht erwerbstätig sind 67,7%. Bei 23,6% der Befragten fehlt ein Unterhaltspflichtiger. Von jenen,

bei denen formal ein Unterhaltspflichtiger vorhanden ist, geben 58,4% der Befragten an, daß sie gar keine oder nur teilweise Unterhaltszahlungen erhalten. Als Gründe für das Ausbleiben von Unterhaltszahlungen werden genannt: Zahlungsunfähigkeit (37,3%), Zahlungsunwilligkeit (35%) und Unerreichbarkeit (14,9%). Nach Aussagen der Caritas-MitarbeiterInnen ist der am häufigsten genannte Problembereich der Alleinerziehenden Probleme mit dem früheren (Ehe-)Partner oder mit den Eltern. Ein besonders gravierendes Problem sei Gewaltanwendung durch den früheren Ehemann und sexueller Mißbrauch. 14,9% der alleinerziehenden Frauen seien davon betroffen.

Ältere Frauen

Besonders von Armut betroffen sind nach wie vor auch ältere Frauen. Die mangelnde Altersversorgung wird verursacht durch die bestehende Form der Hinterbliebenenrente, durch die geringe Bemessungsgrundlage bei der Rente als Folge vorhergegangener Lohndiskriminierung oder Ausfallzeiten durch die Kindererziehung. Eine Altersstudie aus NRW wirft ein erschreckendes Licht auf die Situation alter Frauen. Im bevölkerungsreichsten Bundesland gibt es über 400.000 RuheständlerInnen über 55 Jahren mit einem Einkommen, das unter 1.000 DM liegt. Davon sind in erster Linie Frauen (ledig oder geschieden) mit 300.000 betroffen. Auch das Durchschnittseinkommen belegt, daß vor allem Frauen in Not geraten. Während es bei Männern über 65 Jahre bei 2.291 DM liegt, haben die Frauen mit 1.096 DM nicht einmal die Hälfte zur Verfügung. 43% der geschiedenen und ledigen Frauen sowie 18% der Witwen erreichen noch nicht einmal diesen Durchschnittswert. (Tagesspiegel, 28.2.93) Weniger als 1.200 DM netto monatlich haben 22% der alleinstehenden älteren Frauen (65 Jahre) lt. Statistik (FR, 30.4.93).

Frauen haben außerdem größere Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche. Dies wurde vor allem bei den Älteren ermittelt, bei denen die höchste Dunkelziffer der Nichtinanspruchnahme festgestellt wurde. Ausgenommen sind hier die alleinerziehenden Mütter, die aus ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kindern offenbar eine Stärke zur Durchsetzungsfähigkeit gewinnen. Aber auch diese Frauen erleben ihre Situation als belastende Abhängigkeit. Aus Studien geht hervor, daß Frauen die Situation auf dem Amt oft als Abhängigkeit erleben, die verblüffende Ähnlichkeit mit der Abhängigkeit verheirateter Frauen von ihrem Ehemann aufweist. So wird z.B. die Selbständigkeit der Frauen durch eine Weiterqualifizierung oder Erlangen einer Berufsausbildung kaum gefördert. Und die angebliche Bevorzugung von Frauen im BSHG, die wegen der Familienarbeit von der Erwerbspflicht freigestellt sind, verwandelt sich so in der Regel zu einer Falle der weiteren Ausgrenzung. (Vgl. Kulawik)

Die psychischen Folgen der Armut

Frauen, die von Armut betroffen sind, leben stärker als Männer in einer gewissen Kontinuität. Durch ihre traditionelle Bindung an den Haushalt und die Kinderversorgung kommen sie nicht so stark in Identitätskrisen. Dennoch ist Armut für Frauen nicht weniger belastend. Der Ausschluß vom Arbeitsmarkt sowie vom übrigen gesellschaftlichen Leben, weil dies mit zu hohen Kosten verbunden ist, führt zu einer gewissen Isolation, die nur schwer zu durchbrechen ist. Darüberhinaus führen der finanzielle Mangel und das Ausgeliefertsein gegenüber den Ämtern zu Gefühlen der Ohnmacht und Resignation. Der Mangel an Geld schneidet Zukunftsperspektiven ab. Und je länger der Zustand der Armut dauert, um so geringer wird die Chance, ihn persönlich verändern zu können.

Vor allem die alleinerziehenden Frauen sind in einer widersprüchlichen Situation. Sie haben sich mehr oder weniger freiwillig entschieden, Mutter zu sein. Der Mangel an Geld und die Isolation macht es ihnen jedoch fast unmöglich, noch eine "gute Mutter" zu sein. So leben sie von der Hand in den Mund und haben oft ihren Kindern gegenüber ein schlechtes Gewissen, weil sie deren Wünsche nicht erfüllen können.

Die Situation der Kinder

Von der "neuen Armut" sind Kinder besonders betroffen. Von den 15 Millionen deutschen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren sei bereits eine Millionen auf Sozialhilfe angewiesen. Noch weit größer sei die Zahl der Kinder, deren Eltern arbeitslos seien. Mehr als eine halbe Million Kinder leben in schlechten Wohnverhältnissen. Am schlechtesten gehe es den Kindern von Asylbewerbern (nach Informationen des Kinderschutzbundes, FR, 10.5.93).

Eine furchtbare Folge dieser Armut ist die rasante Zunahme der Kinderprostitution. 40.000 Kinder gehen in Deutschland der Prostitution nach. Die meisten von ihnen stammen aus armen oder Problemfamilien.

Bei der wachsenden Gruppe unter den jugendlichen Armen sind Mädchen in besondererer Weise betroffen. Mehr als die Hälfte der arbeitslosen Mädchen wohnen noch zu Hause, ohne über ein eigenes Zimmer zu verfügen. Mädchen werden dann oft zur Hausarbeit herangezogen. Unter den jugendlichen Prostituierten nimmt die Zahl der arbeitslosen Mädchen zu (Das Argument 179/1990).

Obdachlosigkeit von Frauen

Die extremste Form der Armut von Frauen macht sich an der zunehmenden Obdachlosigkeit fest. Obdachlosigkeit ist somit nicht mehr nur ein männliches Phänomen. Wohnungslose Frauen sind aber in besonderem Maße gesellschaftlicher Ächtung ausgesetzt. So versuchen viele den Zustand geheim zu halten. Daraus erklärt sich die hohe Dunkelziffer obdachloser Frauen. Schätzungen vermuten, daß bundesweit jede vierte Wohnungslose eine Frau ist. In einer Studie vom August 1991 wird davon ausgegangen, daß es in den alten Bundesländern schon mindestens 50.000 wohnungslosen Frauen gibt (Gabriela Schlottmann, in: Obdachlosigkeit und Wohnungsnot unter weiblichem Blickwinkel, Angelika Henschel Hg., S. 40) Allein in Frankfurt leben nach offiziellen Schätzungen 600 Frauen auf der Straße (FR, 9.11.93). Aber die Zahl liegt sehr viel höher, wenn die Frauen, die in Hotels, Übergangswohnheimen, bei FreundInnen oder in Frauenhäusern untergebracht sind, dazugerechnet werden.

Auffällig ist der hohe Anteil von jungen und ausländischen Frauen ohne Bleibe. So ist etwa jede zweite obdachlose Frau in Frankfurt jünger als 25 Jahre. In jedem zweiten Fall handelt es sich dabei um eine Immigrantin. Als Grund wird nicht selten sexueller Mißbrauch und Gewaltanwendung in der eigenen Familie genannt. (FR, 9.11.93)

Die Ursache von Frauenobdachlosigkeit ist vor allem aus der strukturellen Benachteiligung von Frauen und dem mangelnden sozialen Sicherungssystem zu erklären. Das erhöhte Armutsrisiko bei Frauen bedeutet auch ein erhöhtes Risiko bei der Entstehung von Wohnungslosigkeit, weil die Wohnraumversorgung von der Einkommenshöhe abhängig ist.

Die Situation obdachloser Frauen ist besonders prekär. Übernachtungsmöglichkeiten gibt es, wenn überhaupt, nur in den Ballungsgebieten. In den meisten ländlichen Gebieten, in Kleinstädten, aber auch Großstädten werden Frauen in der Regel in Übernachtungseinrichtungen für Männer und Frauen untergebracht oder an stationäre Einrichtungen verwiesen. Dies bedeutet nicht selten, daß die Frauen sexuellen Belästigungen ausgesetzt sind. Weil die Straße die "Männerdomäne" ist, bleibt vielen Frauen selbst dieser "Lebensraum" versagt. Viele Frauen leben deshalb auch gezwungenermaßen mit einem Mann in einer Zwangsgemeinschaft, in der sexuelle Dienstleistung gegen vermeintlichen persönlichen Schutz getauscht wird. (Information nach Frauenausschuß Frauen des BAG)

Die Obdachlosigkeit von Frauen zieht psychosoziale und gesundheitliche Folgeschäden nach sich. Der Verlust der eigenen Wohnung wird durchgängig erschreckend erfahren. Existentielle Bedrohung, Identitätsverlust, Abhängigkeit, Verlust von Beziehungen und sozialen Kontakten, von Kontinuität, Selbstwert- Attraktivitäts- und Würdeverlust, Verlust von Arbeit, Ausschluß von der Teilnahme an gesellschaftlichem und kulturellem Leben, Recht- und Schutzlosigkeit, Stigmatisierung, Kriminalisierung, Perspektivlosigkeit und Verwahrlosung sind die Folgen, begleitet von Gefühlen der Verzweiflung, Verlorenheit, Scham, Trauer, Ohnmacht und Angst vor sexueller und körperlicher Gewalt. (vgl. Angelika Henschel Hg., Obdachlosigkeit und Wohnungsnot unter weiblichem Blickwinkel, Wäser 1992). Je länger der Zustand der Wohnungslosigkeit dauert, um so stärker wird die Ausgrenzung. Dies führt wiederum zu weiterer Verarmung und Verelendung. Also eine Spirale ohne Ende. Die Reaktion darauf ist, daß Frauen zu Suchtmitteln greifen oder psychosomatisch erkranken (vgl. Standpunkt: sozial 2/92, Frauen in Hamburg).

Das Hilfesystem für obdachlose Frauen ist dagegen miserabel. Der § 72 des BSHG soll die Verhinderung von Obdachlosigkeit und eine Unterbringung in Heimen garantieren. Die vorhandenen Übernachtungsstätten sind aber oft nur Provisorien und zudem eher an männlichen Obdachlosen orientiert. Da das Problem weiblicher Obdachlosigkeit bisher ignoriert wurde, sind die staatlichen Stellen nur unzureichend in der Lage, den betroffenen Frauen in angemessener Form zu helfen. So gibt es für obdachlose Frauen nur wenige Beratungsstellen, zu wenig Frauenhäuser, Frauennotunterkünfte, Frauenpensionen und

Frauenübernachtungsplätze. In Hamburg beispielsweise stehen lediglich 18(!) Plätze, die Frauen vorbehalten sind, zur Verfügung. (Vgl. Standpunkt: sozial 2/92).

Alleinerziehende im Osten besonders betroffen

Die Armutsentwicklung in Ostdeutschland macht deutlich, daß auch hier vor allem Frauen betroffen sind und sein werden.

Wenn Einkommensarmut, Wohnraumunterversorgung und Massenarbeitslosigkeit im Osten breite Kreise der Bevölkerung erfassen, so sind die Hauptopfer des "Angleichungsprozesses" aber auch hier vor allem alleinerziehende Frauen und kinderreiche Familien. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des DGB und Paritätischen Wohlfahrtsverbands, die Anfang Februar 1994 veröffentlicht wurde. Die Studie untersucht die Armutsentwicklung im Vergleich West- und Ostdeutschland. So ist die Armut bei Alleinerziehenden und Kindern im Osten überproportional hoch und im Wachsen begriffen. Fast ein Drittel der Alleinerziehenden in den neuen Ländern ist einkommensarm - die Quote ist doppelt so hoch wie im Westen. Der Anteil der Alleinerziehenden war in der ehemaligen DDR mit 18% aller Familienhaushalte deutlich höher als in der Bundesrepublik. Zahlreiche soziale Einrichtungen und Vergünstigungen haben den Alleinerziehenden in der ehemaligen DDR ermöglicht, Beruf und Kindererziehung besser als in den alten Bundesländern zu verbinden. Bei den Alleinerziehenden handelt es sich fast ausschließlich um Frauen (46% davon geschieden). Höher noch als im Westen ist der Anteil der Alleinerziehenden bei der Sozialhilfe mit 40% aller Empfängerhaushalte. Insbesondere Alleinerziehende werden vom Arbeitsmarkt gedrängt. Der Anteil der Frauen unter den Arbeitslosen erreichte im Herbst 1993 rund 65%. Die Arbeitslosenquote der Alleinerziehenden beträgt 24,9%. Ursache der enormen Armutsentwicklung bei den Frauen in Ostdeutschland ist nach der Studie neben der Arbeitsmarktentwicklung aber auch die Übernahme westdeutscher sozialer Sicherungsstrukturen mit ihren besonderen Risikofaktoren. Die bislang in der DDR weitgehende Integration aller in den Arbeitsprozeß fiel weg, in die über flankierende Maßnahmen der Sozialpolitik auch Gruppen wie Alleinerziehende einbezogen waren. Die hohe Frauenerwerbsquote in der DDR (91%) war nur dadurch möglich, daß Müttern und Alleinerziehenden arbeitsrechtliche Vergünstigungen und umfassende Sozialleistungen zugesichert wurden, durch die Frauen die Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander verbinden konnten. DDR-Regelungen, die diese Vereinbarkeit zumindest durch sozialpolitische Regelungen zum Ziel hatten, sind dem Vereinigungsprozeß zum Opfer gefallen, wie z.B. ein umfangreiches und hochsubventioniertes Netz von Kindertagesstätten, bezahlter Hausarbeitstag, "Babyjahr", bezahlte Freistellung bei Krankheit der Kinder, Anrechnung von Kindererziehung bei der Rente, längerer Mutterschutz, deutlich höheres Kindergeld, besonderer Kündigungsschutz usw. Dadurch waren vor allem alleinerziehende Frauen in der DDR durch die enge Anbindung an die Arbeitswelt ökonomisch abgesichert, während im Westen diese Gruppe immer zu den finanziell am schlechtesten Gestellten gehört hat. (Alle Angaben nach: Walter Hanesch u.a., Armut in Deutschland. Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Rowohlt, Hamburg, Februar 1994)

Sy.

Anmerkung:

Zur Festlegung der Armutsgrenze (Einkommensarmut) wird heute in der Armutsforschung allgemein die Größe von 50% des durchschnittlichen Nettoeinkommens privater Haushalte herangezogen. Demgegenüber legt die offizielle Politik fast ausschließlich den jeweils gültigen Sozialhilfesatz zugrunde und folgert, daß nur diejenigen arm seien, die keine oder unvollständig Sozialhilfe beziehen würden. Damit wird so getan, als wenn die Sozialhilfe ein "normales" Leben garantiere. Dies widerspricht aber schon allein dem Gedanken der "Hilfe in besonderen Lebenslagen". Sozialhilfe war nämlich ursprünglich vom Gesetzgeber nur als "letzte Sicherung" gedacht.

# 29. Die Universität und das System. Hochschulstrukturreform, Widerstand und Netzwerk linker Studigruppen

Autor: Andreas Meese, Trier · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:32

In diesem Artikel sollen zwei Bereiche thematisiert werden: Zum einen soll der aktuelle Stand der Hochschulstrukturreform dargestellt werden, der derzeit an den meisten Unis und Fachhochschulen zu Protesten führt und von mehreren Seiten scharf kritisiert wird. Zum anderen soll ein kurzes Resümee über die ersten drei "Treffen linker Studentinnen und Studenten" gezogen werden.

Es wird derzeit in studentischen Kreisen viel spekuliert, warum eine Reform durchgeführt wird, die die Struktur der Hochschulen wie das Bildungssystem und somit auch die Bildung an sich auf Jahre hinaus entstellen wird. Was die einen als schlichte Inkompetenz im Bereich universitärer Ausbildung interpretieren, stellt sich für die anderen als eine gezielte Aktion der MachthaberInnen gegen ein kritikfähiges Potential dar, welchem die Luft ausgedrückt werden soll. Einige unterstellen den PolitikerInnen "nur" ein Verfolgen wirtschaftlicher Interessen, d.h. eine schnellere Ausbildung, die wirtschaftlich besser verwertbar ist, andere vermuten bei den Reformern ein Menschenbild, das dem einwandfrei funktionierenden Untertanen entspricht.

Festgehalten werden kann, daß die Reform sich auch bei näherer Betrachtung als unübersichtlich, komplex und verwirrend darstellt, da sie mehrere Bereiche umfaßt und fest eingebettet ist in gesellschaftliche Entwicklungen, wie sie von der Regierung Kohl vorangetrieben worden sind. Die Komplexität hat zur Folge, daß eine Kritik der Reform von vielen Studis nicht geäußert wird, da eine nähere Beschäftigung mit dem Thema Voraussetzung wäre.

"Bildung für alle"

Dieser von der Wirklichkeit längst überholte Traum aus dem Zeitalter der Bildungsreform der sechziger und siebziger Jahre wird nun endgültig zu Grabe getragen, und den Trauermarsch hierzu blasen die KultusministerInnen. Während bisher schon nur die Leute studieren durften, die zuvor die Zulassung für das Abitur bekommen und sich durch 13 Jahre Schule gearbeitet hatten (wobei hier schon eine Auslese stattfindet), wird diese Auslese nun noch einmal gravierend verschärft.

Zum einen geschieht dies durch die geplante Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre, die kreativen Geistern in der Schule noch mehr Steine in den Weg legt, da das blanke Auswendiglernen durch die noch straffere Organisation des Lehrplanes zunehmende Bedeutung bekommt. Weiterhin wird eine ökonomische Auslese betrieben. Werden erst einmal die Semesterbeiträge als "Studienanreize" durchgesetzt und droht gleichzeitig die Zwangsexmatrikulation nach Verstreichen der Regelstudienzeit ist das Horrorszenario komplett: Studieren können nur noch wohlhabende Kinder wohlhabender Eltern, die nicht neben dem Studium arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt, überteuerte Mieten, Fachlektüre oder Kinder finanzieren zu können. Die "Bildung für alle" (oder das, was von ihr je verwirklicht wurde) weicht also Schritt für Schritt wieder der Chancenungleichheit und Ungerechtigkeit, wie es sich für eine Klassengesellschaft gehört.

Der soziale NC

Die eben erwähnten Einschränkungen für Kinder finanziell schwächerer Eltern werden unter dem Begriff "sozialer NC" zusammengefaßt (NC = Numerus clausus, Studienzulassungsbeschränkung auf Grund von Abiturnoten). Hierbei spielen des weiteren die BAföG-Kürzungen eine bedeutende Rolle. Schon länger bekommen nur noch weniger als 30 Prozent der Studis einen staatlichen Zuschuß zur Finanzierung des Studiums, von diesen auch nur ein Drittel den Höchstsatz. In Zukunft soll das BAföG real gekürzt werden. Das Deutsche Studentenwerk hat für einen Studi einen monatlichen Bedarf von DM 1.100,- errechnet, der nötig ist, um Miete, Essen und Studium bezahlen zu können. Der BAföG-Höchstsatz, der generell schon mal 160 Mark unter dieser Rechnung liegt, soll nun nicht länger der Inflation angepaßt werden.

Der Semesterbeitrag und die Kürzungen des BaföG, die Forcierung des Studiums durch die Verschärfung der Prüfungsordnungen bilden den einen Bereich, der die Reform (in Studikreisen längst als "Deform" in aller

Munde) untragbar macht. Die gesellschaftlichen Auswirkungen, die durch die Umdefinition des "Bildungsbegriffes" im Einklang mit Begriffen wie "wirtschaftliche Effizienz" oder "Elitebildung" zu Tage treten werden, sind jedoch genauso gravierend.

Fachidiotentum

und soziale Konkurrenz

Das kritiklose Annehmen des reaktionären Vaterlandbegriffes und der gewollte Wertewechsel zur wirtschaftlichen Effizienz sind Ziele, die die "Reformatoren" in einem Aufwasch erledigen wollen. Anzuführen ist hier die Zweiteilung des Studiums in ein berufsqualifizierendes und in ein wissenschaftliches Studium, wobei hier die Umdefinition der Bildung in funktionale Ausbildung bereits deutlich zu Tage tritt. Kreativität und Teamgeist müssen sich genauso entwickeln können wie das Erproben unterschiedlicher Lösungswege bei der Bewältigung eines Problems. Nach dem vorgestellten Ansatz bleibt hierfür jedoch keine Zeit für den größten Teil der Studierenden, schon gar nicht unter den erschwerten ökonomischen Bedingungen. Die "Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses" wird nur einem geringen Teil zugute kommen, der Rest darf sich mit dem Status des "Fachidioten" zufrieden geben. Für kritisches Befragen einer Lösungsstrategie oder der Zielsetzung der Forschung bleibt kein Raum mehr.

Ein weiterer Mangel ist das Fehlen der Demokratisierung der Hochschulen, die - längst nicht verwirklicht - nun wohl für immer scheindemokratischer Mitbestimmung weichen soll. Der Abbau der ProfessorInnenmehrheiten in den Universitätsgremien und das Erreichen einer paritätischen Besetzung dieser Gremien, bei der ProfessorInnen, Studis, wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche MitarbeiterInnen an der Universität mit gleichberechtigtem Einfluß beteiligt sind, ist ein studentisches Ziel, dem immer mehr Steine in den Weg gelegt werden sollen. Selbstkritisch muß aber hinzugefügt werden, daß die Demokratisierung nur Erfolg haben kann, wenn sich auf auf der Seite der Studierenden ein anderes Verhältnis zur Mitbestimmung entwickelt (ca. 20% Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu den Parlamenten der Studierenden ist eine schlechte Diskussionsgrundlage für weitergehende Demokratieforderungen). Eigenverantwortlichkeit kann durch eine in der Schule beginnende Mitbestimmung an den Lehrinhalten und -formen verbessert werden, denn die jetzige Haltung der Studierenden, die sich bei vielen auf eine konsumentenorientierte Wissensaneignung beschränkt, kann als Ergebnis des Bildungssystems begriffen werden. Die Reformversuche zielen jedoch darauf, Bildung als Konsumgut zu begreifen.

Nebenbei möchte ich hier erwähnen, daß die Androhung einer Zwangexmatrikulation bei Überschreitung der Regelstudienzeit neben den Leuten, die für ihren Unterhalt arbeiten müssen oder aus familiären Gründen weniger Zeit haben, auch gerade die Studis trifft, die sich in der Hochschulpolitik engagieren und somit in vieler Hinsicht für die ProfessorInnen ein unliebsames Potential darstellen.

Da die Hochschulen als intellektuelle Keimzelle der Gesellschaft betrachtet werden können und die Zukunft des Landes direkt von der hier stattfindenden (Aus-)Bildung abhängt, muß die Diskussion um die Reform im direkten Kontext mit den anderen in der Gesellschaft zu konstatierenden Entwicklungen gesehen werden.

Wer über den Bildungsabbau spricht, muß auch über die Aufkündigung der Tarifverträge diskutieren und den Sozialabbau mit einbeziehen. Diese Entwicklungen sind nicht nur auf ökonomischer Ebene miteinander verwandt, sondern haben zugleich gemeinsam, daß sie nur die unteren Schichten der Einkommenspyramide in der sozialen Sicherheit, dem Lebensstandard, den Lebenschancen und in der Chance auf Bildung einschränken. Die soziale Angst um die Chance, später einen krisensicheren Arbeitsplatz zu finden, fungiert als Antrieb eines egoistischen, entsolidarisierten Karrieredenkens, das sich bis in den Beruf hinein weiterzieht. Und wie weit diese Entsolidarisierung erfolgreich ist, sieht mensch an den Vollversammlungen an den Unis, die - quantitativ betrachtet - keineswegs auf einen breiten Widerstand hoffen lassen.

Der "Alternative Bildungsgipfel"

Die Reform wird selbstverständlich von studentischer Seite nicht schweigend hingenommen, obwohl es natürlich an der Hochschule genauso aussieht wie in der Gesellschaft: Nur ein geringer Teil engagiert sich, auch wenn sich ein größerer Teil interessiert. Auf Bundesebene wurde die Kritik vor allem durch den "Alternativen Bildungsgipfel" vorangetrieben, der zum ersten Mal im Juli letzten Jahres tagte und einen Gegenvorschlag zur Reform erarbeitet hat.

In dem sogenannten "Grundlagenpapier" wird eingangs die Situation an den Hochschulen analysiert und kritisiert (Überfüllung der Hörsäle, mangelnde Ausstattung der Bibliotheken, Fehlen der demokratischen Mitbestimmung, mangelnde soziale Absicherung der Studierenden, Benachteiligung von ausländischen Studierenden, Kürzungen im Bereich der Lehre, nicht der Forschung, fehlende Gleichberechtigung der Frauen...).

Unter Punkt 2 "Hochschule in der Gesellschaft" werden die Erwartungen der Wirtschaft, die sich formbare, aber kreative AbsolventInnen zur Steigerung ihrer Effizienz erwünscht, behandelt und dem Rückgang des öffentlichen Engagements im Bildungsbereich gegenübergestellt. Als "konkrete Utopie" greift das Grundlagenpapier eine interdisziplinäre, an gesellschaftlichen Problemstellungen orientierte Wissenschaft, Forschung und Lehre auf, in der die studentische Mitbestimmung am Studium die Grundlage für die Aneignung von Wissen sein soll. Die "Schritte der Umsetzung" hierzu seien u.a. Öffnung und Ausbau der Hochschulen, die Änderung der Lehrinhalte und -formen, die Förderung benachteiligter Gruppen und der selbstkritische Umgang mit einer transparenter gestalteten Wissenschaft.

Zwischenresümee - die Aufnahme dieser Forderungen auf einer Vollversammlung

In der Vollversammlung der verfaßten Studierendenschaft der Universität Trier zu diesem Thema wurden zuerst grundlegende Informationen über die Reform gegeben, wobei die ökonomischen Auswirkungen besonders betont wurden, um den Studis die direkte Betroffenheit vor Augen zu führen. Dieses Vorgehen ist zu rechtfertigen, da Trier zu den Unis gehört, an denen der Informationsstand in der Studierendenschaft noch sehr gering ist. Doch schon bald wurde in der weiterführenden Diskussion deutlich, daß sich die Studis auch der anderen Auswirkungen - im besonderen auch der Einschränkungen der Bildung und Funktionalisierung der Wissenschaft - bewußt sind.

Der Begriff der Elitebildung wurde stellenweise gutgeheißen, wohl in der Annahme, daß es sich um eine Elitebildung der Begabung und nicht des Reichtums handele. Der Versuch, die Reform und den gesamtgesellschaftlichen Sozialabbau in Verbindung zu bringen, endete in zwei grundlegenden Anschauungen: Die einen vertraten die These, daß nicht genügend Geld vorhanden sei, um die weitgehenden Forderungen der Studierendenvertretung zu erfüllen, mensch also die Beschränkung der finanziellen Mittel mit in die Diskussion einbeziehen soll; die anderen sahen den Fehler in der Verteilung vorhandener Gelder.

An diesem Gegensatz möchte ich verdeutlichen, daß die Studierendenschaften stärker in sich gespalten sind als zuvor angenommen und ein einstimmiger Widerstand nur in Fragen, die einen Minimalkonsens nicht überschreiten, erreicht werden kann (ein Beispiel ist die Erhöhung der Semestergebühren). Auch herrscht eine Unsicherheit bei der Bewertung der funktionalen, wirtschaftsorientierten Ausbildung. Viele waren der Meinung, daß die Effizienz für die Wirtschaft vorhanden sein sollte, da eine Bildung, die nicht wirtschaftlich relevant ist, für die Gesellschaft ohne Nutzen sei.

Es ist richtig, daß Bildung und gesellschaftliche Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden müssen, aber doch wohl nur in der Form, daß sich Wissenschaft und Forschung an gesellschaftlichen Problemen orientieren müssen und nicht an den Kapitalinteressen.

Die Diskussion in der Studierendenschaft, die vielleicht insgesamt noch linker sein mag als der Rest der Gesellschaft, zeigt also, daß die Standpunkte häufig nicht von einer systemimmanenten Kritik abweichen. Die Forderungen des "Alternativen Bildungsgipfels" sind somit als Grundlage für einen Konsensbeschluß aller Studierender zu weitgehend, für eine systemkritische Auseinandersetzung mit dem Thema aber zugleich unzureichend, da das Verhältnis der Wirtschaft zur Politik (und umgekehrt) nicht genügend analysiert und kritisiert wurde. Die genannte Funktionalisierung des Studiums für die Wirtschaft oder der in dem Grundlagenpapier angesprochene Mangel an humanen Idealen in der Forschung (Gentechnik etc.) sind zwar Punkte, die keineswegs außer acht gelassen werden dürfen, doch wird nirgends eine Kapitalismuskritik, die die bemängelten Erscheinungen auf ihre im kapitalistischen System liegenden Ursachen zurückführt, sichtbar.

Die Treffen linker Studentinnen und Studenten

Eine weitergehende Systemkritik wird von einigen studentischen Basisgruppen auf den einmal im Semester stattfindenden Treffen linker Studis versucht. Die Hochschulstrukturreform ist hierbei nur ein Thema, das angesprochen wird. Weitere Themen sind u.a. der neu gegründete Dachverband fzs (Freier Zusammenschluß

der Studierendenschaften), das Verhältnis von linken Gruppen zu diesem, die Situationen der Hochschulen im Osten und alternative Widerstandsformen. Alle diese Punkte werden in direktem Bezug zur Gesellschaft gesehen, wobei den Gruppierungen bewußt ist, daß der Kritik und der Analyse eine Alternative folgen muß.

Die Treffen wurden erstmals im Sommersemester 1993 einberufen. Beteiligt an dem Versuch einer näheren Zusammenarbeit linker, sozialistischer, basisorientierter Gruppen (die in keiner Weise homogen sind und nur gemeinsam haben, daß sie links von den systemkonformen Hochschulgruppen wie beispielsweise den Jusos oder dem Hamburger "grünen AStA" sind) waren die "Linke Liste Hamburg", die Arbeitsgemeinschaft "Linke Studis mit und bei der PDS" (Berlin) und die "Hochschulgruppe Demokratischer SozialistInnen" (HDS) von der Humboldt-Uni in Berlin. Im Laufe der Treffen, die jedes Semester einmal stattfinden, sind noch einige Gruppen hinzugekommen. Das zweite Treffen wurde von der "Linken StudentInnengruppe Thomas Müntzer" in Halle organisiert, das dritte Treffen von der "bunten liste Trier". Hinzugekommen sind u.a. noch die Gruppen "links und unbelehrbar" aus Oldenburg, "AK Hochschule und Gesellschaft" aus Marburg, die "Roten Splitter" aus Heidelberg, die "LSG Leipzig" und viele Einzelpersonen.

Beim letzten Treffen in Trier wurde die "Standortsicherung Deutschland" als Grundlage der Hochschulreform analysiert: Zum einen dient das Motiv, die eigene wirtschaftliche Kraft zu erhöhen und die wirtschaftliche Produktivität im Ländervergleich hochzuschrauben, dem Ziel, die Hegemonie der BRD wirtschaftlich und politisch in weltweitem Maßstab. Dieses Weltmachtstreben wurde von unserer Seite scharf abgelehnt und der Internationalismus dagegen gesetzt. Auf der anderen Seite stellt der Gebrauch des Begriffes "Wirtschaftsstandort Deutschland" den Versuch dar, Ängste in der Bevölkerung zu schüren, das Ellenbogendenken zu verschärfen und eine weitere Opferbereitschaft der unteren Schichten und des Mittelstandes zu fördern. Das Herbeiführen von sozialer Angst, die die Zukunft als auch die soziale Absicherung im Ungewissen läßt und zusätzlich vorgibt, auf dem Bildungssektor sparen zu müssen, kann als Schritt zu einer weiteren Ausbeutung der Arbeitskräfte, einem Rückgang bei den Löhnen (kürzere Ausbildung, weniger Geld) und der Verfestigung einer kritiklosen, undemokratischen, klassenständigen Struktur angesehen werden. Das sogenannte "Diktat der leeren Kassen" wird von unserer Seite nicht einfach hingenommen. Die Motivationen der Herrschenden für die Reform beinhaltet in ihren Auswirkungen vielmehr ein gezieltes Vorgehen gegen linke Oppositionelle.

Ein gravierender Punkt, der diese Entwicklung beschleunigt hat, ist das Wegfallen des Ostblocks, das nach 1989 eine regelrechte "Enthemmung" des Kapitalismus entfacht hat. Wie vor Jahren die DDR als (imaginärer) Verhandlungspartner noch bei den Tarifverhandlungen teilnahm, so hat sich dieser Vergleich nun auch im Bildungssektor erledigt. Ein Umdenken wie Anfang der sechziger Jahre auf Grund des "Sputnik-Schocks" ist auf Jahre hinaus nicht zu erwarten.

Bei der Definition des Begriffes "Bildung" wurde in der Diskussion eine Sichtweise bevorzugt, die nicht nur wirtschaftliche Relevanz umfaßt, sondern sich an gesellschaftlichen Problemstellungen orientiert. Uneinigkeit herrschte darüber, inwieweit Bildung staatlich gelenkt werden kann und soll. Das gleiche gilt für die Diskussion um "die Autonomie der Hochschule", wobei Autonomie generell als positiver Wert angesehen wurde, in der derzeitigen undemokratischen und wirtschaftsdeterminierten Situation an den Hochschulen jedoch als Forderung in Frage gestellt wurde.

Diese ausschnitthafte Wiedergabe der Diskussion soll auf die weitergehende Bearbeitung des Themas "Hochschulstrukturreform" hinweisen, wie sie auf den oben erwähnten Treffen versucht wird. (Ich möchte jedoch betonen, daß ich die Diskussion aus meiner eigenen subjektiven Sicht wiedergegeben habe.)

Die Diskussion um die Reform wird auf jeden Fall noch weitergeführt, da wir nicht gewillt sind, diese Verschlechterungen in irgendeiner Form hinzunehmen.

Das nächste Treffen findet vom 26.-29. Mai in Hamburg statt. Infos und Anmeldung bitte schriftlich an die Gruppe "Hochschule und Gesellschaft", c/o AStA Marburg, Erlenring 5, 35037 Marburg.

Andreas Meese, Trier

# 30. ... an der Stelle des ehemaligen KZ-Außenkommandos Buchenwald in Witten und einiges zur Treppenbrücke vor der ehemaligen Synagoge in Schwerte

Autor: Karl Siegel · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:07

Einiges zum

Würfellabyrinth...

... an der Stelle des ehemaligen

KZ-Außenkommandos Buchenwald

in Witten und einiges zur Treppenbrücke vor der ehemaligen Synagoge in Schwerte

Von Karl Siegel

Die primär lokalgeschichtlich fixierten Versuche zur Vergangenheitsbewältigung vermochten es insbesondere in den achtziger Jahren, daß markantes Terrain der NS-Vernichtungspolitik mancherorts durch die Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte ins öffentliche Bewußtsein gerückt, der politischen Bildung und pädagogisierenden Geschichtsschreibung fungibel gemacht wurde. So hartnäckig der Bewältigungseifer - dem die Realisierung so mancher Gedenkstätte geschuldet ist - im einzelnen auch sein konnte, Jungnazis war bereits zu dieser Zeit nicht mit pädagogischer Umarmung an geschichtsträchtigen Orten beizukommen. Und daran sollte der Gedenkstättenboom des vergangenen Jahrzehnts im Westen genauso wenig ändern wie der verordnete Antifaschismus vormals im Osten Deutschlands. Im Gegenteil: Gerade nach der Wiedervereinigung geht eine allgemeine Rechtsentwicklung mit nunmehr zielgruppenspezifischen neofaschistischen Übergriffen einher; zudem zeigen sich selbst die politisch Verantwortlichen vom Geschichtsrevisionismus beeinflußt und scheuen sich nicht im geringsten, die Opfer der Schoah in einem summarischen Denkmal zu verunglimpfen. Was die Berliner Neue Wache als "Zentrale Gedenk-stätte der Bundesrepublik" zu leisten vermag, um die Grenzen zwischen Opfern und Tätern bis zur Unkenntlichkeit zu verwischen und die Geschichte zu entsorgen, findet längst in den politisch peripheren Gefilden des neuen Deutschland seine ortsspezifische Entsprechung. Allerdings mit dem Unterschied, daß hier der ästhetischen Gestaltung von historisch bedeutsamen Terrain und dessen Abkopplung vom Gesamtzusammenhang der NS-Barbarei größere Bedeutung beigemessen wird als etwa dem Funktionszusammenhang eines unterschiednivellierenden Versöhnungsrituals.

Buchenwald

1992 bewirkte in der nordrheinwestfälischen Stadt Witten die Konkretion lokalgeschichtlicher Erinnerung auf Verwaltungsebene die Initiierung eines künstlerischen Wettbewerbs zur Errichtung einer Gedenkstätte an der Stelle des KZ-Außenkommandos Buchenwald im dortigen Stadtteil Annen. Nachdem Wittener SchülerInnen bereits 1986 ein verwildertes, als Schuttplatz dienendes Areal als Restgelände jenes ehemaligen KZs - unweit der heutigen Thyssenwerke - ausgemacht hatten, sollte es den Stadtoberen acht Jahre später darum zu tun sein, dieses Gelände durch die politisch unverfängliche künstlerische Gestaltung geschichtlich zu entsorgen und ästhetisch aufzuwerten. Nicht nur die Wittener SchülerInnen, sondern auch die am Wettbewerb beteiligten KünstlerInnen wurden im Unklaren darüber gelassen, daß die KZ-Häftlinge dieses Außenkommandos in jenem Kampfflugzeug- und allgemein rüstungstechnischem Produktionsbereich der Witten-Annener Gußstahlwerke (seinerzeit Ruhrstahl AG) der "Vernichtung durch Arbeit" ausgeliefert waren, in dem 45 Jahre später die Nachfolgegesellschaft, die Thyssen Maschinenbau GmbH, Turbopumpen für die irakischen Scud-B-Mittelstreckenraketen fertigen ließ, welche sie bekanntlich illegal exportierte. Für die Ausloberin dieses Wettbewerbs sollte sich aber neben dem Faktum rüstungstechnischer Kontinuität ein weiteres der problemlosen Entsorgung dieser geschichtlichen und tatsächlichen Müllhalde hinderlich erweisen: Recherchen ergaben, daß das von diesem KZ-Außenlager verbliebene Restgelände genau das Terrain ist, auf dem die Wachmannschaften, die SS-Schergen, untergebracht waren, nicht aber die KZ-Insassen. Das Terrain der Häftlingsbaracken war zu diesem Zeitpunkt längst mit konventionellen Mehrfamilienhäusern bebaut.

Die politische Brisanz der Errichtung der Wittener Gedenkstätten muß wohl den zuständigen Verwaltungsbeamten im vorhinein bewußt gewesen sein. Denn obwohl hier Häftlinge aus fast allen europäischen Ländern inhaftiert waren, firmierten sie eine durchweg aus Nordrheinwestfalen kommende und in staatlichen Diensten befindliche Professorenriege zum Preisgericht. Preisgekrönt wurde von dieser illustren Runde, wie kaum anders zu erwarten, ein Gestaltungs-Entwurf, der alle sinnvermittelnden Komponenten im Ungefähren beläßt und exemplarisch zu sein scheint für einen neuen Gedenkstättentypus der neunziger Jahre. Das Konzept intendiert nichts weiter als das Überlagern des gesamten Restgeländes des ehemaligen KZ-Außenkommandos mit Betonkuben: ein Ensemble von circa 100 Betonwürfeln (je 10,65 Kubikmeter!) regelmäßig mit begehbaren Schluchten zueinander angeordnet. Wie dem protokollarischen Kommentar des Preisgerichts zu entnehmen ist, artikuliert der mit dem ersten Preis bedachte Entwurf das Gelände "rigide und gewaltsam", insofern er "die ehemalige SS-Topographie versiegelt". Der Widersinn ist offenkundig: Ausgeschrieben wurde ein Ideenwettbewerb zur Gestaltung einer Gedenkstätte, ausgewählt wurde mit dem gewaltigen Würfellabyrinth eine "Erlebnisstätte", die die "SS-Topographie" zum Verschwinden bringt. Für die Planungsbeamten der Stadt Witten ist die Realisierung dieses Würfelensembles aufgrund seiner "Prägnanz" von überregionaler Bedeutung, um als eine Art "Publikumsmagnet" wirksam zu werden. (1)

Schwerter Synagoge

Ein Jahr später und gar nicht so weit von der Thyssen-Stadt Witten entfernt, wurde ein weiterer künstlerischer Ideenwettbewerb zur Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte in Schwerte initiiert. Dieser Wettbewerb, der weniger im Verfahren als viel mehr im Ergebnis den Wittener an politischer Unverfänglichkeit übertrifft, wurde auf dem Grundstück der ehemaligen Schwerter Synagoge ausgerichtet. Abweichend von der üblichen Wettbewerbspraxis wurde hier nicht das zuständige Hochbau- oder Planungsamt mit der Ausschreibung beauftragt, sondern das örtliche Kulturamt. Nachdem 1938 die "Schwerter Volksempörung gegen die Juden" (Schwerter Zeitung, 11.11.38) in der Verwüstung der Synagoge kulminierte und sich in späteren Jahren insofern latent fortsetzte, als die Synagoge der schleichenden Verrottung bis zur Baufälligkeit (1983) ausgesetzt wurde, sollte nun hier ein Stück (Erinnerungs-)Kultur von kulturamtswegen neu installiert werden. So wurde schließlich, legitimiert durch einen Ratsbeschluß der Stadt mit grüner Zustimmung, im Haushaltsjahr 93 ein bundesweiter "offener" künstlerischer Ideenwettbewerb durch das Kulturamt Schwerte ausgeschrieben. Zu der notwendigen substantiellen Vorarbeit waren offensichtlich weder Ausloberin noch Kulturamt in der Lage. Die Ausschreibung des Schwerter Gedenkstättenwettbewerbs beschränkte sich auf neun A4-SW-Fotokopien, denen neben der allgemeinen Gestaltungsaufgabe kaum mehr zu entnehmen war als die Orts- und Objektbestimmung. Ein Kolloquium wurde zu diesem Wettbewerb erst gar nicht abgehalten. Der Dilettantismus hatte Methode: Daß wesentliche Bestandteile eines Wettbewerbs (Grundriß mit Maßangabe, genaue bautechnische Beschreibungen etc.) fehlten, daß die jüdischen Opfer der NS-Gewaltverbrechen, die in Schwerte und Umgebung verifiziert wurden, nicht namentlich benannt werden und daß zudem allen Ernstes ein Realisierungsbetrag von 62.500 DM zur Verfügung gestellt wurde - ein Betrag, der eigentlich weit unter der Schamgrenze eines jeden Deutschen liegen sollte - das muß von politischer Instanz wohlkalkuliert sein. Einerseits hat die Stadt Schwerte sich die Verhübschung (amtsdeutsch: Wohnumweltverbesserung) des historischen Stadtkerns, in welchem sich das Synagogenrelikt befindet, noch etwas kosten lassen, um eine städtebauliche "Attraktivitätssteigerung" zu erzielen, andererseits bringt sie aber nicht einmal einen Betrag auf, der über dem angesetzt ist, was eine einzige jüdische Familie aus Schwerte im Durchschnitt an Immobilen und sonstigem bezifferbarem Besitz verloren hat, bevor sie in deutsche Gaskammern geschickt wurde.

Während die Schwerter Altstadt von städtebaulich kompetenter Seite eine kostenintensive Umgestaltung (zum Nutzen der dort Gewerbetreibenden) erfuhr, stellte sich heraus, daß es aus heutiger baurechtlicher Sicht nicht möglich ist, das Synagogenrelikt unter einem Neubau verschwinden zu lassen. Damit blieb der Stadt, die mittlerweile das Synagogengrundstück erworben hatte, keine andere Möglichkeit, als die Ausgestaltung des historisch belasteten Geländes zur Gedenkstätte. Das so durch äußere Umstände der Stadt Schwerte oktroyierte Procedere zur Vergangenheitsbewältigung erweckt aber gerade deshalb die Aufmerksamkeit kritischer Beobachter, weil von politisch verantwortlicher Seite salbungsvoll verkündet wurde: "Es liegt uns besonders am Herzen, eine Erinnerung an die alte Synagoge im Stadtbild präsent zu machen" (Ernst D. Schmerbeck; zit. n. Ruhr-Nachrichten, 22.08.90). Wohlbemerkt: Erinnert werden soll in Schwerte an "die alte Synagoge" - nicht aber an die Ermordeten der dort beheimateten jüdischen Gemeinde?! Gemäß der so beherzten Verlautbarung des Stadtdirektoriums sollte nun das Synagogengrundstück in die grundlegende Umgestaltung der Altstadt einbezogen und im Zuge dieser Maßnahme eine "würdevolle Gestaltung" zu einer

Erinnerungsstätte erfahren, wenngleich laut Ausschreibung die Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte geplant ist. Daß das Ergebnis dessen, was in Schwerte von amtswegen als "würdevoll" im Sinne des Erinnerns an die bloße Existenz einer Synagoge erachtet wird, liegt nun vor: der Entwurf einer Treppenbrücke aus Stahl wurde mit dem ersten Preis in diesem Wettbewerb bedacht.

Eine Treppe

mit Zugangsverweigerung

Nachdem sich professionell arbeitende KünstlerInnen bereits nach kurzer Einsicht in die Ausschreibungsunterlagen gezwungen sahen, die Teilnahme zu verweigern, witterten die Kleingeister unter den Gestaltern hier ihre große Chance. Und die wurde ihnen durch eine Jury geboten, die in ihrer personalen Zusammensetzung wohl eher das Resultat von Sympathiebekundungen als von Kompetenzzuweisungen sein dürfte. KeineR der JurorInnen wird für sich in Anspruch nehmen können, in dieser spezifischen Wettbewerbspraxis fachlich ausgewiesen und unabhängig tätig zu sein. So ist kaum verwunderlich, daß das von den JurorInnen groteskerweise zu Preisträgern gekürte Gestalterduo im Grunde das Thema verfehlt hat. Denn die Ausschreibung des Wettbewerbs bezog sich genaugenommen auf die Gestaltung des Grundstücks "alte Synagoge", aber eben das läßt der preisgekrönte Entwurf unberührt, indem er die Realisierung einer Treppenbrücke vor den Grundmauern des Synagogenrelikts auf dem angrenzenden Gehweg als zentrales Gestaltelement beinhaltet. Die Frage, die sich die Jury nicht zu stellen vermochte, weil sie sie möglicherweise in Erklärungsnotstand gebracht hätte, ist die: Wie kann ein von jeglicher historischer Konkretion losgelöstes, rein architektonisches Objekt einen Ort zur Gedenkstätte machen, zu dem es den Betrachter lediglich heranführt, dem es einfach nur vorgelagert ist? Der Schwerter Kulturamtsleiter Hermes hierzu: "Die Treppe hat Aufforderungscharakter, verweigert aber den Zugang. Man kann den Ort zwar betreten, aber nur gedanklich. Sie fordert, sich mit der Situation auseinanderzusetzen" (zit. n. Ruhr-Nachrichten, 13.12.93). Das würde sich so mancher Obernazi nur allzugern von allen Gedenkstätten zur NS-Vergangenheit wünschen: Daß sie den Zugang verweigern und nur noch gedanklich zu betreten sind. Und was die Auseinandersetzung mit dieser ortsspezifischen Situation anbelangt, so ist es letztlich doch wieder einmal nur die entsprechende, im Grunde beliebig austauschbare Gedenktafel, die hier die gestalterische wie gedankliche Leere ausfüllen und ein besinnliches Eingedenken hervorrufen soll - zumal der Kunstanspruch, der hier an einem architektonischen Zubehör festzumachen wäre, diesbezüglich, also außerskulptural nicht aufrecht zu erhalten ist. Anderenfalls wäre zu konzedieren, daß jede beliebige Fußgängerbrücke, die über eine Straße oder über einen Platz zu einem geschichtsträchtigen Ort führt, diesem künstlerische Relevanz verleiht.

Dennoch findet der ebenso generalisierende wie unterschiedleugnende Zweck des Gedenkens in der Berliner Gedenkzentrale - "Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" - in der jeweiligen Gedenkmarginale Nordrheinwestfalens seine Entsprechung. Und das schon insofern, als diese Orte des Gedenkens einander ähnliche Zeichen einer mehr oder weniger offiziellen Schlußstrichziehung unter die Vergangenheit tragen und entsprechend indifferent, lediglich mit Gedenktafeln an die Opfer erinnern, nicht aber mit historisch konkretisierten künstlerischen Aussagen. Das Mindeste, was die Schwerter Mahn- und Gedenkstätte hätte leisten können, wäre: Denjenigen Menschen, die in deutschen Vernichtungslagern entindividualisiert und zu einer statistischen Größe degradiert wurden, die Individualität, durch die Nennung ihrer Namen und Lebensdaten nachträglich, im Erinnern sozusagen zurückzugeben. Doch diese Chance wurde bereits mit jener überaus dilettantischen Ausschreibung vertan, die keine Personifizierung der Schwerter Schoah-Opfer enthält. Damit wurde von vornherein ein wesentlicher Bestandteil der historischen Konkretion, die in der künstlerischen Arbeit der WettbewerbsteilnehmerInnen hätte wirksam werden können, verunmöglicht. Welche Funktion im Mahnen und Gedenken nun aber diese Treppenbrücke hat, außer eben der, daß sie den Blick auf eine Gedenktafel ermöglicht, auf der die versöhnlichen Standards zum nazistischen Massenmord verzeichnet sind - die auch anderenorts nachzulesen sind, um die Vergangenheit im Gedenken zum Verschwinden zu bringen - muß fraglich bleiben. Einige Zyniker vermuten, daß mit dieser Treppenbrücke den alten und neuen Nazis ein Treffpunkt geboten wird, um auf ihr stehend die letzten beiden Juden, die noch in Schwerte leben, vorbeimarschieren zu lassen. So wird schließlich der scheinbar demokratische Durchsetzungsprozeß einer Gedenkstätte zum gestalterischen Äquivalent eben jener Verhältnisse, die die allgemeine Rechtsentwicklung des neuen Deutschland eher begünstigen als verhindern.

Karl Siegel ist freischaffender Bildhauer und Autor in Köln, er hat zahlreiche Gedenkstättenkonzepte entworfen.

Anmerkungen

(1) Vgl. Karl Siegel, "... Ersatzhandlung für den Besuch bei Phantasialand ...", SPEZIAL Nr. 89, Hannover, März/April 1993

# 31. Schneewuttchen und die Bayern-Mafia. Radio Z droht Abschaltung

Autor: Peter Zinke · Rubrik: CDU/CSU; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:17

Der bayerische Medienrat hat am 17. Februar nahezu einstimmig die Prüfung des Lizenzentzuges für den Nürnberger Sender "Radio Z" beschlossen. Damit soll das einzige linke und nicht-kommerzielle Radio im "Freistaat" liquidiert werden.

"Die drohenden Schäden bei Kindern können gar nicht dramatisch genug eingeschätzt werden", entfuhr es dem Vertreter der LehrerInnenverbände im bayerischen Medienrat, Rainer Rupp. "Scheußliches Zeug", sekundierte Anke Geiger von der evangelischen Kirche. Alle anderen 48 WächterInnen über den bayerischen Privatfunk nickten ernst und bedächtig mit den Köpfen und riefen nach harten Konsequenzen. Soeben war die Abschrift einer achtteiligen Rundfunkserie vorgelegt worden, die sich mit schwulen und teilweise sadomasochistischen Sexualpraktiken beschäftigte. Dick unterstrichen hatte eine entrüstete Hand alle vermeintlich anstößigen Passagen. Der Autor der Sendereihe hatte zwar hehre Ziele verfolgt, nämlich die Minimierung von Aids-Infektionen und Gesundheitsschäden, journalistisch aber waren die Fünf-Minuten-Folgen von "SM-Light" bis "ganz schön heavy" arg dilettantisch ausgefallen. Ein Rüffel also wäre durchaus angebracht gewesen. Daß aber die CSU am 16. Dezember nichts Geringeres als den sofortigen Lizenzentzug für den Gesamtsender forderte, liegt nicht nur am stockschwarzen Regime jenes südlichen Bundeslandes, sondern maßgeblich am links-alternativen Mitgliederradio "Z", das neben dem Schwulenmagazin "Fliederfunk" auch verschiedensten Gruppen von ImmigrantInnen Spartenprogramme zur Verfügung stellt, des weiteren eine vielgehörte Frauen- und Lesben-Sendung ausstrahlt und außerdem kräftig gegen den allgemeinen Rechtstrend anstinkt. Da der CSU-Antrag nach der Geschäftsordnung vertagt werden mußte (wegen eines Anhörungs-und Prüfungsverfahrens), beschloß der Medienrat mit dem Votum des grünen Vertreters Claus Haupt einstimmig, "alle Sanktionsmöglichkeiten bis zur Aberkennung der Sendelizenz" zu prüfen.

Haupt fühlte sich wenig später berufen, auf einer eigenen Pressekonferenz eine "Radikalkur des Senders" sowie den Rücktritt des Trägerverein-Vorstands zu fordern. Es fehlten jedwede "journalistische Verantwortung, Kriterien und Arbeitsweisen", so sein Rundumschlag. Haupt und ein Schattenkabinett um den Altvorstand, der mit der Einführung eines Hierarchisierungs- und Kommerzialisierungskonzeptes wenige Monate davor gescheitert war, versuchten sodann auf einer eilends angesetzten Mitgliederversammlung, die Krise zu nutzen und die Führung zu übernehmen. Doch die versuchte "Konterrevolution" ging kläglich in die Hose.

Die Genugtuung über die beeindruckende Geschlossenheit bei Radio Z aber wich bald einer erneuten Krisenstimmung. Ein neuer Vorwurf tauchte auf, nämlich das Abspielen des Songs "Frohes Fest" von der bekannten Rap-Band "Die Phantastischen Vier". Das Lied, welches Gewaltverhältnisse in scheinbar intakten Kleinfamilien anprangert, war im November überraschend indiziert worden, als es nach Monaten Ätherpräsenz fast schon wieder out war. Nach dem so gut wie unbekannten Verbot lief das Stück zwar noch in etlichen bayerischen Radiokanälen (sogar, wie kolportiert wird, im CSU-Sender Bayerischer Rundfunk), jedoch nur Radio Z wurde dafür belangt. Neben 3000 DM Strafe dient es als weiteres Argument für eine Liquidierung.

Doch es sollte noch ärger kommen und zwar diesmal anläßlich einer "Kinderkram"-Sendung des bekannten Clowns und Sängers Geraldino. Der hatte Mitte Februar die Märchen-Persiflage "Schneewuttchen und die siebzehn Zwerge" aufgelegt, in der "Onkel Hotte" dem Jäger den sexistischen Spruch in den Mund legt: "Bei Gelegenheit (das Schneewuttchen) mal durchficken". Auch die berechtigte Abmahnung des Redakteurs konnte die Einleitung eines Lizenzentzugs-Verfahrens nicht verhindern. Interessant ist hierbei wieder, daß der sexistische Onkel unbeanstandet auf anderen Kanälen lief, u.a. FFN und dem Münchner Sender "Xanadu".

Am 17. März wird der bayerische Medienrat wohl seine endgültige Entscheidung über "Radio Z" treffen, das es in den letzten sechs Jahren geschafft hatte, Sanktionen zu vermeiden und verschiedene Preise einzusacken. Ob die erfreulich breite Welle von Solidarität - neben der bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Renate Schmidt und zahlreichen politischen und kulturellen Initiativen sprachen sich auch die beiden Bürgermeister Nürnbergs für einen Erhalt aus - ein Abschalten verhindern kann, ist allerdings fraglich. Die Kampagne gegen Radio Z wird perfiderweise mit Vorwürfen der Pornographie, des "Aufrufs zu Inzest" und der

Jugendgefährdung gespeist, obwohl es der einzige Sender in Bayern ist, der ernsthaft versucht, ein nicht-sexistisches Programm zu produzieren (auch wenn dies nicht immer gelingt) und gegen Pornographie anzugehen. Skurrilerweise ermittelt nun auch noch die Staatsanwaltschaft gegen zwei Vorstandsfrauen und die Geschäftsführerin, alles ausgewiesene Feministinnen, wegen "Verbreitung pornographischer Schriften".

Doch nicht nur die CSU hat, speziell im Superwahljahr 94, ein Interesse, Z totzumachen und sich als stramme Rechts-Partei zu profilieren. Initiiert hat die Attacke ein unscheinbarer, aber rühriger schwarzbrauner Verein aus Erlangen, über den wir weiter unten informieren. Diese Organisation nämlich hört Radio Z offenbar rund um die Uhr ab und liefert der Bayerischen Staatskanzlei stapelweise Sende-Abschriften, darunter die inkriminierten Sendungen. Und zu jenem Verein wiederum hat der rechte Verleger und Inhaber von "Franken Film und Fernsehen", Dietmar Straube, ein innigliches Verhältnis. Und Straube, so pfeifen es die fränkischen Spatzen von den Dächern, ist scharf auf eine neue Rundfunkfrequenz.

Peter Zinke

# 32. Die schwarz-braune Siemens-Truppe. Ein unscheinbarer Verein und seine interessanten Connections

Autor: Peter Zinke · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:16

Einen recht unverdächtigen Namen hat er sich zugelegt, der gemeinnützige Verein aus Erlangen: "Bürger fragen Journalisten", das klingt wie "Bürger beobachten die Polizei", hat mithin einen progressiven, ja beinahe basisdemokratischen Beiklang. Auch eines der Ziele der sich als "unabhängig und überparteilich" bezeichnenden Organisation, nämlich die Schaffung von Gegenöffentlichkeit bei "Meinungsmanipulation" und "Machtmißbrauch", weist eher in die Ecke von Alternativblättchen.

Den folgenreichen Irrtum allerdings, der Erlanger e.V. wäre dem linken Spektrum zuzuordnen, erfährt man spätestens, wenn die ersten Verleumdungs- und Unterlassungsklagen ins Hause flattern; die "Bürger" nämlich sind alles andere als links, und ihre größte Erfüllung ist es, genau dagegen zu wettern, zu streiten und mit diversen Beschwerden oder Anzeigen zu Felde zu ziehen.

Bürger für die Großindustrie

Gegründet wurde der "unabhängige" Verein von Hans-Jörg Klein, von Berufs wegen Abteilungsbevollmächtigter für Öffentlichkeitsarbeit bei der Siemens-Tochter KWU ("Kraftwerke-Union"). Und so konzentrierten sich diese "Bürger" auch zunächst darauf, mit großformatigen Zeitungsanzeigen gegen Sendungen zu zetern, die Bürgerinitiativen etwa gegen die WAA wohlwollend darstellten oder sich kritisch mit der Atom- , Pharma- oder Chemieindustrie auseinandersetzten. Auch heute noch werden in der Vereinszeitung TM - die Initialen stehen für "Transparenz der Medien" - Gefechte gegen den konterindustriellen "Hinrichtungsjournalismus" und die "Angstpublizistik" geführt, auf daß den dadurch arg geschundenen Konzernen der endgültige Todesstoß erspart bleibe. So stellt das Blatt ein für allemal klar, daß Leukämie und Atomkraftwerke nichts miteinander zu tun hätten, die Sache mit dem Ozon-Loch nur Ausdruck der "düsteren Lust" an einer trüben Zukunft, die Unfallserie bei Hoechst völlig harmlos und Tierversuche halb so schlimm seien.

Noch amüsanter wird es bei der Wirtschaftsberichterstattung von ARD und ZDF. "Klassenkampfparolen statt Tatsachen und Analysen", so merken die Medienbeobachter vernichtend an. Und auch die Tagesschau muß sich böse Fragen gefallen lassen, als sie einmal eine erfolgreiche Geiselbefreiung zu erwähnen versäumt: "Ist man bei der Tagesschau-Redaktion ideologisch bereits so weit gefestigt, daß erfolgreiche Polizei-Aktionen einfach nicht mehr ins einseitige Weltbild passen?"

Bürger und Burschen

Unfreiwillig komisch werden die fränkischen Kreuzzügler "für eine freie Meinungsbildung" auch, wenn sie "Häme statt Information" bei der Berichterstattung über Burschenschaften beklagen, die ständig als "Zielscheibe unsachlicher Kritik" verwendet würden. Etwa im Südwestfunk, der die Stirn hatte, von "Mamas Lieblingen in der Obhut der alten Herren zu sprechen" oder "in völliger Verdrehung der Tatsachen" bei einem Einsatz der Polizei gegen DemonstrantInnen angemerkt habe: "Diese Herren geben auf die bunten Mützen acht". Im übrigen sei "natürlich auch völlig verschwiegen" worden, daß "Männer wie Heinrich von Gagern" Burschenschafter waren.

Doch auch Bauchpinseln kann die Postille, etwa wenn sie Bernd Schumacher von Pro7 eine "saubere Reportage über schlagende Verbindungen" attestiert: Schumacher hatte gleich zu Beginn des Beitrags ergriffen geflüstert: "Warum schaffen sich erwachsene Menschen eine künstliche Grenzsituation, in der sie Gefahr laufen, sich ernsthaft zu verletzen? Bei dem geheimnisvollen Ritual, das sehr schmerzhaft sein kann, entsteht die Verbindung".

Bürger und Buren

Das hämische Lachen über die schlechte PR-Arbeit der Gemeinnützig-Deutschnationalen bleibt einem allerdings im Halse stecken, etwa bei einem Blick auf einen Artikel zum Thema Südafrika und Presse, der sich in der aktuellen Ausgabe findet. Seinen ersten Satz zu zitieren, sollte genügen: "Ein freies Pressewesen als wichtiger Bestandteil der Demokratie gehört seit jeher zum Regierungssystem der Republik Südafrika".

Unnötig zu sagen, daß diese aparte Form der Demokratie nun bedroht ist, was auch der südafrikanisch-"auslandsdeutsche" Leserbriefschreiber Heinz Rosner bestätigt, welcher außer der "so wichtigen Publikation" TM am hiesigen Medienhimmel nur Einseitigkeit und Hysterie zu erkennen vermag.

Vom Fremdeln zum Ethnosuizid

Beim Thema Nationalsozialismus oder Neonazismus lassen dann die Apartheidsfreunde endgültig die Sau raus: In der Oktoberausgabe von TM breitet Professor Eibl-Eibesfeld über eine ganze Seite seine biologistischen Theorien aus. Fremdenangst (gemeint ist natürlich Rassismus bzw. Neonazismus), so der Verhaltensforscher, sei so etwas wie eine unveränderliche anthropologische Konstante, wie schließlich auch das Acht-Monats-Fremdeln bei Kleinkindern beweise. Daraus ergebe sich, daß eine multikulturelle Gesellschaft notwendigerweise scheitern müsse.

Auf die Frage, wie sich die "Deutschenfeindlichkeit der Medien" auswirke, malt Eibl-Eibesfeld dann den "Ethnosuizid" an die Wand, worauf der Interviewer Herbert Eder sofort den Zusammenhang zu den Re-Education-Versuchen der Alliierten herstellt. Und so weiter.

Antifaschismus und Inländerfeinde

Schon einen Monat zuvor hatte der Vorsitzende des gemeinnützigen Vereins, Hans-Jörg Klein, den nach seiner Ansicht Verantwortlichen an neofaschistischen Brandanschlägen und Morden dingfest gemacht - natürlich das linke Meinungskartell in den Medien: "Mit geradezu rattenhafter Wut (...) führt eine einflußreiche Clique von Publizisten (...) einen ideologischen Feldzug gegen das eigene Volk. Diese Inländerfeinde instrumentieren die zum Teil durchaus vorhandene Intoleranz gegen den Asylbewerberzustrom für ihre politischen Zwecke. Mit ihrer sensationslüsternen Berichterstattung schaffen sie erst den öffentlichen Resonanzboden für die millionenfache Verbreitung der wirren Ideen des Häufchens neonazistischer Spinner, ermuntern Nachahmungstäter und sorgen dafür, daß die Flammen der Gewalt weiter lodern. Sie sind die eigentlichen Brandstifter".

Kein Zufall ist wohl die Verwendung des Begriffs "Inländerfeinde", gegen die sich auch die Kampagne der neonazistischen sog. Anti-Antifa richtet, deren AktivistInnen u.a. im "Einblick" die Namen und Adressen auch linker und liberaler JournalistInnen veröffentlichte. Die Hauptgegner des Siemens-Vereins sind eindeutig AntifaschistInnen jedweder Couleur sowie Journalisten, die halbwegs objektiv über deren Aktivitäten berichten. So wird dem "Gesinnungsjournalisten" Marcus Fischötter "Agitprop" für "blanken Terror gegen politische Gegner" vorgeworfen. Grund: Der Spiegel-TV-Reporter hatte über eine Kundgebung vor dem Haus eines bekannten Kasseler Nazi-Aktivisten berichtet und den Versuch von Antifas gefilmt, Geschäftsinhaber zum Boykott von Neonazis zu überreden. Sein Boß Aust, laut TM-Kommentar "als Journalist vom äußersten linken Rand bekannt", wird sogar der "PR-Arbeit für Selbstjustiz" überführt.

Auf ähnliche Weise geoutet wird Thomas Leif vom Südwestfunk, der ebenfalls über Antifa-Arbeit u.a. in Hamburg und Mannheim informierte. Die TM-LeserInnen erfahren von seiner linksradikalen, indirekt Stasi-finanzierten Vergangenheit. Doch zu früh gefreut. Leif arbeitete lediglich als Jugendlicher bei Schülerzeitungen mit - und an einer Anti-Zensur-Aktion war auch die SDAJ beteiligt.

Besonders widerlich ist die Hetze von TM gegen eine Fernsehdokumentation des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt, der zum 30. Jahrestag seines Beginns im Hessischen Rundfunk gezeigt wurde. "Zum Fest der Liebe: Nazi-Greuel im Fernsehen (...), jeweils eine geschlagene Stunde lang, zur besten Sendezeit. Ein makabrer Scherz?" so empört sich eine Susanne Gärtner, die gleich darauf die Frage stellt, "warum allein in und für Deutschland ein Gesetz gilt, wonach noch Kindeskinder und deren Nachwuchs büßen und zahlen müssen für die Sünden ihrer Vorväter?" Sie kommt zu dem Ergebnis : "Hier wird Auflehnung geschürt. Fahrlässig?" In Richtung Antisemitismus geht schließlich die Unterstellung, Entschädigungszahlungen würden meist von Erben, oder "Gesinnungsbrüdern" damaliger Opfer "mißbraucht".

Die Autorin sollte mal bei der Konzernspitze der ihren Verein sponsornden Weltfirma nachfragen, wieviele der Zehntausenden von Siemens-ZwangsarbeiterInnen je einen Heller bekamen. Auszüge aus einer eidesstattlichen Erklärung eines Augenzeugen der Siemens-Zweigstelle des Konzentrationslagers Ravensbrück: "Diese Firma Siemens zeichnete sich dadurch aus, daß alle Häftlinge, meistens Frauen aller Nationalitäten, besonders elend aussahen und sich in besonders schlechtem Zustand befanden. Siemens hatte die Möglichkeit, bei der Lagerleitung zu intervenieren, um bessere Verpflegung und anständige Baracken für die Gefangenen zu erhalten (...) Die feinen Herren von Siemens kümmerten sich nicht darum, wie viele Menschen starben (...) Wenn die verlangte Arbeit nicht rechtzeitig abgeschlossen wurde, wurden die Gefangenen grausam geschlagen, und diese Schläge waren von Siemens angeordnet worden (...)" (OMGUS, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank -1946/1947, Beweisstück 173, Nördlingen 1985)

Da verwundert es auch nicht mehr, daß sich die TM für rechtsextremistische Wahlspots ins Zeug legt und dem NDR-Intendanten Plog, der dies etwas anders sieht, auffordert, "fair mit politisch Andersdenkenden umzugehen" und "parteipolitische Einseitigkeit" wie seinen "ideologischen Tunnelblick" zu lassen. Und die Tatsache, daß der unsägliche Film "Beruf Neonazi" nur noch kommentiert gezeigt werden darf, stellt für die Erlanger Aktivisten natürlich eine "totale Meinungskontrolle" dar. "Übertrifft die Realität George Orwells Horrorvorstellungen?" entfährt es angesichts solch totalitärer Unterdrückung dem Chef-Redakteur.

In einem solchen Umfeld fühlt sich auch der Bonner Politikprofessor Hans-Helmut Knütter wohl, der in einem langen Aufsatz gegen eine imaginäre "militante Einheitsfront gegen Rechts" wettert. Knütter, der regelmäßig in den neurechten Postillen "Criticon" und "Mut" veröffentlicht, sich gern von der "Jungen Freiheit" interviewen läßt (z.B. Nr. 6/94) und als ausgewiesener "Ethnopluralist" in Erscheinung zu treten pflegt, hatte unlängst für Schlagzeilen und Proteste gesorgt, als ein von ihm initiierter "Arbeitskreis Ost-West" den Auschwitz-Leugner Irving und den Nazi-Liedermacher Frank Rennecke in Uni-Räumen auftreten ließ.

"Krankhaft und abartig"

Ein weiteres Beobachtungsfeld der selbsternannten MedienwächterInnen ist das der Sexualität. Nicht besonders überraschend ist, daß Frauenverachtung, wie sie in den Pornos auf den Privatkanälen zum Ausdruck kommt, bei den Erlanger Pseudosaubermännern keinerlei Anstoß erregt. Wenn es aber um die sachliche Darstellung von Sexualitätsformen jenseits der "Missionarsstellung" geht, wie z.B. im ARD-Dokumentarfilm "Herzfeuer", spucken die TM-Schreiber Gift und Galle. Von einem "Panoptikum menschlicher Abartigkeiten" ist dann die Rede oder von "Perversitäten"; die Befragten wie die Autoren werden als krank diffamiert.

Erfolgreich könnten die Siemens-LobbyistInnen in ähnlicher Sache beim Nürnberger linksalternativen "Radio Z" sein. Eine Serie über Sadomasochismus im Schwulenmagazin "Fliederfunk" nämlich wurde vom Erlanger Verein im Wortlaut an die Bayerische Staatskanzlei weitergeleitet, die ihrerseits sofort den Entzug der Senderlizenz forderte. Und der Bayerische Medienrat sprach sich prompt geschlossen für "harte Sanktionen" aus (incl. des grünen Vertreters). Ob die Lizenz des seit sechs Jahren ohne Beanstandungen funkenden "Freien Radios" tatsächlich gekappt wird, ist allerdings noch offen.

Goldene Rosinen und gewichtige LeserInnen

Für sich gesehen wäre der Erlanger Verein "Bürger fragen Journalisten" nicht weiter der Rede wert. Ein illustrer Zirkel eben aus stramm rechten Uni-Profs, Industriellen, Managern und Ärzten, aus deren Sicht die bürgerlichen Medien zu wenig deutschnational sind und zu selten Lobeshymnen auf die Wirtschaft anstimmen. Und die Tatsache, daß seine Hauspostille TM in letzter Zeit auch in eindeutig rechtsextremistischem Fahrwasser schwimmt, vermag vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung das große Entsetzen nun auch nicht hervorzurufen.

Was bedenklich stimmt, ist der Kreis der Bezieher und Bezieherinnen jenes Sudelblatts, das - wie gehört - mit einer Auflage von 12.000 Exemplaren und unter dem Leitspruch der "Wahrheit" eine dreiste Unrichtigkeit nach der anderen verbreitet und selbst vor antisemitischen Argumentationsmustern nicht zurückschreckt. Monatlich empfangen 2.700 Bundestags- und Landtagsabgeordnete diese Schmähschrift, 500 Exemplare gehen an Parteien und Ministerien, 1.500 an leitende Angestellte aus Industrie und Wirtschaft und 700 an Rundfunk- und Fernsehräte. Und nur in Einzelfällen verbitten sich Adressaten wie der hessische Medienrat Trautmann, durch derlei schwarzbraune Inhalte belästigt zu werden.

Bemerkenswert sind auch die Teilnehmer an den "Erlanger Medientagen", etwa zu den Themen Südafrika oder "Angst als publizistische Strategie", die vom Verein jährlich organisiert werden. Da finden sich neben dem speziell eingeladenen Bremer DVU-Abgeordneten Altermann oder dem unvermeidlichen Fuldaer Bischof Dyba der Chefredakteur des "Rheinischen Merkur" sowie die einer ganzen Latte weiterer konservativer Blätter, von der "Coburger Neuen Presse" bis zur "Nürnberger Zeitung".

Auch nicht gerade unbeschriebene Blätter sind die vom Verein ausgezeichneten Preisträger; vor zwei Jahren war es Rudolf Mühlfenzl, Ex-Intendant des Bayerischen Rundfunks, im Vorjahr Gehrhard Fuchs, Chefredakteur Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, die - vielleicht in Ermangelung sonstiger Orden und Ehrungen - auch noch stolz auf ihre "Goldene Rosine" sind. Der Status der Gemeinnützigkeit, den das Erlanger Finanzamt den haselnußfarbenen Medienkrittlern großzügig verlieh, also die Tatsache, daß die Industrie die dargestellten Umtriebe auch noch steuervergünstigt sponsort, kann da nicht mehr weiter schockieren.

Peter Zinke

# 33. Berlinale: Aufschwung für den politischen Film

*Bericht von den Internationalen Filmfestspielen in Berlin*

Autor: Olaf Berg · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:27

Eine erfreuliche Tendenz der Berlinale zeigte sich in der Zunahme von Filmen mit gesellschaftlicher und politischer Problematik.

Wie schon im vergangenen Jahr war der lateinamerikanische Film auch diesmal nicht in großer Zahl auf der Berlinale vertreten, dafür aber qualitativ ganz vorne zu finden. Zwei kleine Meisterwerke gab es auf der diesjährigen Berlinale zu sehen: Zum einen den cubanischen Wettbewerbsbeitrag fresa y chocolate (Erdbeere und Schokolade) von Altmeister Tomas Gutiérrez Alea (La muerte de un burócrata, memorias del subdesarollo, hasta cierto punto) und Juan Carlos Tabio (u.a. Plaff). Zum zweiten im Rahmen des "Forums" der kolumbianische Beitrag La estrategia del caracol (Die Strategie der Schnecke) von Sergio Cabrera, der unter anderem als Rotgardist in der chinesischen Kulturrevolution und als Guerillakämpfer in Kolumbien aktiv war. Zurecht erhielt fresa y chocolate einen Silbernen Bären als Spezialpreis der Jury und mehrere lobende Erwähnungen, La estrategia del caracol den Preis der ökumenischen Jury.

Beiden Filmen gemein ist die typisch lateinamerikanische Art, die Realität mit ihren Problemen in aller Schärfe darzustellen und der Kritik zu unterwerfen, ohne dabei in Schwermütigkeit zu verfallen. Mit subtilem Humor und Liebe für die Menschen gedreht, bleibt immer die Hoffnung auf die Veränderbarkeit der Realität erhalten und die Stärke der Solidarität spürbar, auch wenn es wie bei fresa y chocolate durchaus kein bruchloses Happy-end gibt.

Fresa y chocolate handelt von David, Soziologiestudent und Mitglied der Kommunistischen Jugend, der in Havannas großer Eisdiele Copelia von Diego, einem schwulen Intellektuellen, angesprochen wird. Es gelingt Diego, David dazu zu bringen, ihn nach Hause zu begleiten. Dort trifft David auf eine ihn verwirrende und faszinierende Welt von Kunst und Literatur, die in Cuba offiziell nicht existiert. Diego ist für David zunächst das Gegenbild eines aufrechten Kommunisten, er liest Bücher von Exilcubanern, trinkt ausländische Alkoholika ... und er ist schwul. David rennt entsetzt aus Diegos Wohnung - kommt jedoch zurück, zunächst im Auftrag eines Studienkollegen, um dieses "konterrevolutionäre Subjekt" auszuspionieren. Zögernd entwickelt sich ein Verständnis und eine Freundschaft zwischen den beiden. Diego akzeptiert die moralischen Tabus der cubanischen Gesellschaft nicht und verteidigt leidenschaftlich sein Recht, sich auf seine Weise in die cubanische Revolution einzubringen. Doch er stößt immer wieder auf unüberwindliche Mauern: Was nicht ins eigene Weltbild paßt, gilt den meisten schon als subversiv. Schließlich gibt er auf und stellt einen Antrag auf Ausreise.

Ein Film, nicht nur gegen die in Cuba wie überall in der Welt verbreiteten Vorurteile gegen Homosexuelle - Alea und Tabio werfen die Frage der innergesellschaftlichen Toleranz insgesamt auf, ein Plädoyer dafür, anzuerkennen, daß es verschiedene Formen und Wege gibt, die cubanische Revolution voranzutreiben.

La estrategia del caracol thematisiert die Wohnungsnot. Ein Wohnungsspekulant will die BewohnerInnen eines seiner Häuser auf die Straße setzen. Das Nachbarhaus hat er schon mit Waffengewalt entmietet. Die BewohnerInnen sind eine bunte Mischung von Charakteren: Ein Jurist, der seine letzte Prüfung nicht bestanden hat und nun an einem Straßenstand rechtlichen Rat erteilt, ein emigrierter anarchistischer Spanienkämpfer und Tüftler, ein homosexueller Stricher, eine tief religiöse Hausfrau, die ihren scheintoten Mann pflegt ... Mit allen möglichen Tricks versuchen die BewohnerInnen, sich zur Wehr zu setzen, können aber immer nur Aufschub für ein paar Tage erlangen. Gemeinsam beschließen sie, wenn sie denn schon räumen müssen, gleich das ganze Haus mitzunehmen, und es am Stadtrand wieder aufzubauen.

Auch wenn die Filmhandlung in ihrem Verlauf immer phantastischer wird, ist sie doch zugleich tief in der Realität verwurzelt. Die Ungerechtigkeit der sozialen Realität ist ebenso präsent wie die Stärke und Würde, die die Hausgemeinschaft durch ihre Solidarität erlangt und sie schließlich siegen läßt.

Kritisches

zum Nordirlandkonflikt

Zwei Filme der Berlinale thematisierten den britischen Krieg in Nordirland. Der mit dem Goldenen Bären ausgezeichnete Wettbewerbsbeitrag In the name of the father (Im Namen des Vaters) rekonstruiert in dramatisierter Form den Skandalprozeß gegen die "Guildford four" aus den 70er Jahren. High Boot Benny (Benny mit den schweren Stiefeln) beschreibt die Unmöglichkeit, sich in diesem schmutzigen Krieg neutral zu verhalten.

In the name of the father von Jim Sheridan bezieht seinen Stoff aus der Realität. Mitte der 70er Jahre waren vier IrInnen und einige ihrer Angehörigen wegen Bombenattentaten ohne jeglichen Beweis verurteilt worden. Allein die Tatsache, als Ire zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein, und höchst unglaubwürdige, unter der Folter erpreßte Geständnisse reichten für eine Verurteilung zu lebenslänglich aus; entlastende Zeugenaussagen wurden von der Verteidigung ferngehalten. Durch intensive Recherche und massive Proteste gelang es nach 15 Jahren und dem Tod eines der Verurteilten, das Urteil aufzuheben.

Der Film wird aus der Perspektive des jungen Gerry erzählt, einer der Hauptangeklagten, dessen Vater und Tante ebenfalls verurteilt wurden. Die widersprüchliche Beziehung zwischen ihm und seinem Vater, der in der Haft stirbt, bildet einen zentralen Strang der Erzählung. Auch wenn der Film durchaus nicht Partei für die IRA ergreift, wird deutlich, daß die Gewalt von Großbritannien ausgeht. So distanziert sich Gerry zwar von den teils brutalen Methoden seines Mitgefangenen Joe, einem IRA-Mitglied. Dessen Auftreten jedoch ermöglicht erst, daß sie von den anderen anti-irisch eingestellten Gefangenen akzeptiert und in Ruhe gelassen werden. Trotz vieler Proteste seitens rechter Kräfte ist der Film in Großbritannien angelaufen, wozu sicher auch beigetragen hat, daß der Film von Hollywood produziert wurde.

Diesen Vorteil hat Joe Comerford mit seinem Film High Boot Benny (Benny mit den schweren Stiefeln) nicht. Sein Film wurde selbst in Irland vom Verleih vorläufig mit Hinweis auf die aktuelle Brisanz zurückgezogen - von einem Verleih in England ist sowieso nicht auszugehen. Die Geschichte ist unmittelbar an der Grenze zwischen Irland und Nordirland angesiedelt. In einem ehemaligen Landgut auf irischer Seite betreibt dessen protestantische Besitzerin eine kleine Privatschule mit liberalem religionsunabhängigem Unterricht. Manley, ein ehemaliger Priester, und der siebzehnjährige Benny, der von seinem Stiefvater in West-Belfast geflohen ist, helfen ihr dabei. Doch in dieser Region ist es unmöglich, neutral zu sein. Als in der Nähe der Schule ein Polizeispitzel tot aufgefunden wird, eskaliert der Konflikt mit Kirche und Staat. Der Film ist in der heutigen Zeit angesiedelt, hat aber eine Schule aus den 20er und 30er Jahren zum Vorbild, die aufgrund ihrer freiheitlichen Pädagogik auf Betreiben des Staates und der Kirche schließen mußte.

Auch Comerford bezieht für keine der im Konflikt beteiligten Seiten Position. Er macht aber klar, daß es keinen Frieden geben kann, solange es die strukturelle Gewalt durch Teilung und Besetzung gibt.

Frauen, die sich wehren

Vier weitere Filme aus dem Wettbewerb sind mir der Erwähnung wert. Ladybird, Ladybird des Briten Ken Loach beschreibt nach einem authentischen Fall die Geschichte einer Mutter, der das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen wird. Nachdem sie vor ihrem gewalttätigen Freund in ein Frauenhaus geflohen ist, ziehen sich die Kinder in einem unbeaufsichtigten Moment schwere Brandverletzungen zu. Einmal als "asozial" abgestempelt, bekommt sie keine Chance, mit ihrem neuen lateinamerikanischen Freund einen neuen Anfang zu machen. Ihre zwei Babys werden ihr unmittelbar nach der Geburt weggenommen und zur Adoption freigegeben. Ken Loach geht es keineswegs darum, die Mutterschaft zu bejubeln oder die Sozialfürsorge zum Abschuß frei zu geben. Statt dessen zeigt er, wie ein Mensch, der, durch die Umstände bedingt, Fehler gemacht hat, vorverurteilt wird und kaum eine Chance hat, diesem Bild wieder zu entkommen.

Pas tres catholique (Leicht verdächtig) von Tonie Marshall erzählt die Geschichte einer Privatdetektivin, die sich in einen Fall verstrickt, in dessen Verlauf sie mit ihrer längst verdrängten Vergangenheit - ihrem Ex-Ehemann und ihrem gemeinsamen Sohn - konfrontiert wird. Wichtiger als diese Handlung, die nicht sonderlich originell ist, ist das Bild, welches von der Detektivin gezeichnet wird. Jenseits von gängigen Filmklischees der dummen und schönen Frau, aber auch jenseits der schrill überzeichneten Frauentypen, wie sie in vielen Filmen aus der Frauen- und Lesbenszene vorkommen, zeichnet Marshall das Porträt einer starken, selbständigen Frau wie aus dem wirklichen Leben.

Im Forum zu sehen: Mein Feind von Bettina Flittner. Dieser Film dokumentiert die Auseinandersetzung um eine ihrer Fotoausstellungen. Der Ausgangspunkt ist ganz schlicht: Auf der Straße sprach sie Passantinnen

an, ob sie einen Feind hätten. Wenn sie einen hatten, bot sie ihnen an, sich mit einer Spielzeugwaffe eigener Wahl fotografieren zu lassen und dazu zu erklären, was sie ihren Feinden antun möchten. Zutage getreten sind Feinde vom Vergewaltiger über den Nachbarn bis zum Papst, welche die Frauen gerne erschlagen, erschießen oder meucheln würden. Diese Fotos wurden mitsamt der Erklärung zu Feind und Gründen lebensgroß in der Kölner Innenstadt aufgestellt - Anlaß für "Bild" und in ihrem Gefolge aufgebrachte Bürgerinnen, wegen Gewaltverherrlichung gegen die Ausstellung zu hetzen. Offensichtlich ist vielen nicht erträglich, daß Frauen Gewaltphantasien haben, zumal, wenn diese in alltäglichen Erfahrungen begründet sind. Die 30minütige Dokumentation fängt die Bilder und die heftigen Debatten um sie herum ein.

Eine Frau, die sich tatsächlich an ihren Feinden gerächt hat, porträtiert Miriam Quinte von der Medienwerkstatt Freiburg in ihrem Film Phoolan Devi - Rebellion einer Banditin. Die Inderin Phoolan Devi wuchs auf dem Land auf und wurde mit elf Jahren verheiratet. Nachdem sie ihrem Ehemann entflohen war, galt sie im Dorf als vogelfrei. Von den Männern eines reicheren Nachbardorfes wurde sie entführt und über mehrere Tage vergewaltigt. Nachdem sie fliehen konnte, schloß sie sich einer Räuberbande an. Bandit zu sein wird in dieser Region von den einfachen Menschen durchaus als normaler Beruf anerkannt: Wer durch Ungerechtigkeit oder Unglück in Not gerät, wird eben Räuber. Phoolans Mutter zum Beispiel erzählt stolz vom Mut ihrer Tochter. Nach dem Tod des Anführers gründet Phoolan ihre eigene Bande und kehrt in das Dorf, in dem sie vergewaltigt wurde, zurück, um sich zu rächen. Dabei werden 18 Männer erschossen. Trotz eines Großaufgebots an Polizei und Militär gelang es der Regierung nicht, die Bande zu fassen. Phoolan Devi wurde zu einer lebenden Legende, zu einem Menschen, den jede Frau in Indien kennt, von vielen als Göttin geehrt, die die Würde der Frauen verteidigt. 1983 stellte sich Phoolan Devi mit ihrer Bande der Polizei. Während längst alle Bandenmitglieder entlassen wurden, ist sie gerade erst im Februar dieses Jahres freigekommen, ohne daß ihr in den über zehn Jahren ihrer Gefangenschaft jemals ein Prozeß eröffnet worden wäre - ein offensichtlich allzu brisantes Thema, würden doch die gesamten Umstände der Vergewaltigung und Rache öffentlich diskutiert werden.

Kriegsberichterstattung anders

Didi Danquart, ebenfalls von der Medienwerkstatt Freiburg, und Johann Feindt, der Kameramann von "Von Beruf Neonazi", haben sich im Sommer 93 nach Sarajewo begeben. Sie wollten Bilder mitbringen, die jenseits des täglich im Fernsehen Gezeigten liegen und, so darf man annehmen, ein wenig Abenteuer erleben. Herausgekommen ist Wundbrand, ein Film in kargen Schwarzweißbildern in schlechter Videoauflösung, mit einer aufwendigen Toncollage versehen, die den archaischen Charakter der Bilder durch Störgeräusche verstärkt. Die Menschen erzählen von ihrem Alltag, dem Töten, dem Überleben. Die Kamera ist dabei immer so dicht wie möglich dran, versucht die Emotionen, das nicht Ausgesprochene auszudrücken.

Die Filmemacher waren sich wohl bewußt, daß unter anderem Deutschland den Krieg mitinitiiert hat und eigene Interessen am Kriegsschauplatz verfolgt. Deshalb, so sagen sie, haben sie bewußt die Klagen der SarajewoerInnen darüber, daß die Nato bzw. die UNO nicht stärker militärisch intervenieren, aus dem Film herausgelassen. Dennoch scheint mir gerade dies der fragwürdigste Punkt des Films. So einfach kann man sich eben nicht aus der Affäre stehlen und meinen, durch das bloße Weglassen, die Nicht-Auseinandersetzung, wäre der Film für die deutsche Kriegspropaganda nicht verwertbar. Als bloße Dokumentation bietet der Film nichts sonderlich Neues: Daß Krieg zerstörerisch und grausam ist, besonders für die Zivilbevölkerung, ist abstrakt bekannt und doch in seiner unmittelbaren Dimension nie voll zu erfassen, auch nicht in diesem Film. Daß sich eine vierköpfige Familie zum Abendbrot eine Tomate teilt - dazu bedarf es andernorts noch nicht einmal eines Krieges. Über diese allgemeine Erkenntnis hinaus bietet der Film die BewohnerInnen Sarajewos als konkrete Identifikationsfiguren an, denen man gerne helfen würde. Und er vermittelt etwas von der Hilflosigkeit, das Ziel der Kriegshandlung zu erklären - gezielt wird immer auf die Richtung, aus der der letzte Schuß kam. Darin mag tatsächlich eine spezielle Qualität im Jugoslawien Krieg liegen: die Unmöglichkeit, aus einer linken Position heraus die Parteinahme für eine der kriegsführenden Seiten zu begründen. Dies zu thematisieren aber bedürfte genau der Auseinandersetzung mit der Forderung nach stärkerer militärischer Unterstützung von Seiten der SarajewoerInnen.

Von einem anderen ähnlich vertracktem Thema handelt Balagan von Andres Veiel. Drei israelische SchauspielerInnen haben aus ihren Erfahrungen das fünfstündige Theaterstück "Arbeit macht frei" entwickelt. Der Film zeigt Fragmente des Theaterstücks, im Mittelpunkt stehen aber die SchauspielerInnen selbst. Khaled ist Palästinenser, Madi Tochter eines Überlebenden der deutschen Vernichtungslager, Moni Sohn irakischer

Juden und selbst orthodox gläubiger Jude. Madi sieht die Shoa als neue Religion Israels, von der sie sich durch "Blasphemie" befreien will. Khaled hat die Shoa immer für eine Propaganda-Lüge der Juden gehalten und sich im Rahmen der Theaterarbeit zum ersten Mal mit ihr ernsthaft beschäftigt. Seine Zusammenarbeit mit Juden bringt ihn in große Konflikte mit seinen palästinensischen FreundInnen und Angehörigen, für die er zum Kollaborateur wird. Auch Moni lebt in ständigem Konflikt zwischen seiner Theaterarbeit und seiner Familie. Er ist der Meinung, man müsse die besetzten Gebiete wieder zurückgeben, kann aber auch seinen im Golan lebenden Bruder verstehen, der keinen fußbreit den Arabern weichen will.

Durch das Porträt der drei SchauspielerInnen und ihrer Arbeit entwickelt Veiel eine Sicht auf die kompliziert ineinander verwobenen Konfliktlinien in der israelischen Gesellschaft. Das ist interessant und wichtig. Zwei Dinge erscheinen mir dabei problematisch. Zum einen die Gefahr, daß Madis ablehnende Haltung gegen einen "Shoa-Kult" im deutschen Kontext vereinnahmt werden könnte durch die relativierenden SchlußstrichzieherInnen des Historikerstreits. Dem wirkt Veiel mit Khaleds Aussagen entgegen, macht durch sie deutlich, daß es nicht um die Leugnung oder Verharmlosung des Geschehenen geht. Den Gesamtzusammenhang der innerisraelischen Auseinandersetzung zwischen den Generationen stellt der Film aber nur sehr bruchstückhaft dar.

Zum anderen nimmt der Konflikt zwischen Khaled und seinen palästinensischen FreundInnen in den besetzten Gebieten im Verlaufe des Films an Schärfe zu, bis hin zur Drohung, ihn einen Kopf kürzer zu machen. Indem diese Debatten unmittelbar mit der Kamera verfolgt werden, bekommen sie eine größere Eindringlichkeit als die Konflikte von Moni, die durch eine Art "intellektuellen Filter" vermittelt werden, indem er von den Konflikten mit seinen Verwandten berichtet. Da diese Konflikte real sind, ist es auch korrekt sie darzustellen. Durch die ungleichgewichtige Art aber läuft Veiel Gefahr, landläufige Vorurteile gegen Araber unterschwellig zu bestärken.

Olaf Berg

# 34. Gesellschaft oder Isolation - Teil 2

*von Lutz Taufer (2.Teil)*

Autor: Lutz Taufer · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:04

Der folgende Text von Lutz Taufer skizziert die verschiedenen Etappen der RAF und ihrer Politik aus seiner Sicht. Das mehrfach erwähnte Front-Papier (Mai-Papier) ist neben anderen Dokumenten nachzulesen in Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Konkret Literatur Verlag, 1992 oder in einer der Broschüren des GNN-Verlages in Köln, die dieser mit Texten der RAF herausgegeben hat. Um den doch sehr langen Text lesbarer zu machen, haben wir ihn von durchgängiger Kleinschreibung in Groß/Kleinschreibung umgeändert.

Aus redaktionellen Gründen haben wir ihn auf zwei Ausgaben des ak aufgeteilt. Der erste Teil ist in ak 363 erschienen und behandelt die Zeit bis 1992.

Das Desaster -

Die politische Leere

1992. Die Vehemenz, mit der Klärungsprozesse gefordert werden, ohne zu Resultaten zu kommen, entspricht der politischen Leere des Jahres 1992. Die alten, seit 20 Jahren gültigen Gewißheiten sind erschüttert, neue nicht in Sicht. In dieser Krisenzone - in der die Gefahr eines letzten Stillstands ebenso gegeben ist wie die Chance, neue Ufer zu erreichen - wird erstens von fast allen fast alles gedacht und gesagt, was 20 Jahre lang von fast niemandem gesagt wurde, und zweitens wird der Staat initiativ. Wobei zweitrangig ist, welche Ziele er mit dieser Initiative verfolgt. Entscheidend ist, daß er die Initiative in die Hand bekommt. Und so wird aus dieser Kinkel- und/oder KGT-Initiative eine Köpfe-füllende monströse Angelegenheit. Wohl wissend um den inneren Zustand der Gruppe fordert der Verfassungsschutz die Zusammenlegung, lange vor 1992 (die Gefangenen sollen sich zerstreiten) und identifizieren Gefangene die Kinkel-Initiative sofort als Spaltungsmanöver. Weshalb sollte sich diese Gefangenengruppe, 20 Jahre lang auf Leben und Tod zusammen kämpfend, von einer solchen Initiative spalten lassen?

Nein, es ist nicht der Knast, der nicht mehr auszuhalten ist. Wir haben in fast 20 Jahren gelernt, auch extremste Situationen mit Sinn und Leben und Kampf zu füllen, weshalb sollte das jetzt plötzlich abbrechen? Wenn 1993/94, in der Spaltung, jene Mentalität politischer Auseinandersetzung, aus der 1985 die Pimental-Debatte geführt wurde, in aller Unbefangenheit neu aufgelegt wird, offenbart sich hier, wenn auch in zugespitzter Form, die vermutlich unabänderliche Kontinuität einer bleischweren Unbeweglichkeit, in der das Bewußtsein, das Menschen, Dinge, sich selbst in deutlich spürbarer Bewegung hält, kurz: revolutionäre Identität, schon lange zur "Position", zu Festgesetztem, geronnen ist. Der Raum, in dem "RAF" zu suchen begonnen hatte, war aber ein anderer gewesen. Dorthin als Gruppe zurückzukehren, war unser Versuch der vergangenen Jahre. Danach soll fragen, wer uns kritisiert. Ja, dies wäre ein Sich-Auseinandersetzen auf völlig anderer Ebene, wäre es doch immer sofort auch eine Frage der oder des Kritisierenden an sich selbst. "Position" indes, Begriff von 92 und danach, ist das, was übrigbleibt, wo die Frage revolutionärer Subjektivität außen vor gelassen wird. Der Verlust liegt in einer Politik, die es schon lange aufgegeben hat, diese Emanzipation auf allen Ebenen des Denkens und Handelns, von Praxis und Theorie anzustreben, zu organisieren, aufleben zu lassen. Als dieser Raum spätestens mit der verdinglichten Vorstellung von "zusammen kämpfen" verlassen wird, wird aus strategischem Defizit politische Orientierung, von nun an sieht alles anders aus, die Spaltung ist da nur die Endmoräne.

Wären jene Energien, die noch 1993/94 für eine Spaltung zur Verfügung stehen, die Jahre zuvor genutzt worden, um den emanzipativ-suchenden Weg der Illegalen, einiger Gefangener, von Leuten draußen mitzugehen statt sich auf das Herausgeben von Diskussionsappellen zu verlegen - ich bin mir sicher, das Jahr 1992 wäre zu diesem Desaster nicht geworden. Ob Gefangene rausgekommen wären, darüber will ich nicht spekulieren. Aber es wäre Erinnerungsarbeit gelaufen, inhaltliche Substanz beschafft worden, ein neues Netz von Verbindungen wäre entstanden. Beides auf der Höhe der Zeit: möglichst breites Sammeln von Kräften gegen die Gefahr von Faschismus, bei gleichzeitiger und immanenter Entwicklung einer radikalen Perspektive, radikal im originären Sinn, den Verhältnissen und ihren objektiven Verankerungen auf den Grund gehend. Daraus ist nichts geworden und so ist die inhaltsleere Härte, wie sie aus den Spaltungstexten spricht,

tatsächlich Orientierung in eine Richtung, wie sie Eva Haule nach der April-Erklärung der RAF zutreffend kritisiert:

"Jetzt schrieb mir grade jemand aus Berlin, daß die Entscheidung der RAF und was wir Gefangene dazu gesagt haben, bei manchen Leuten ‚Gefühle der Ohnmacht und Niederlage` ausgelöst habe und sie nur noch alles ‚zusammenbrechen` sehen.

Das kann ich mir einerseits erklären, so wie die Lage der Linken ist und weil ich weiß, daß für viele hier mit der RAF und ihren Aktionen eine ganze Menge vor allem emotional verbunden war, Hoffungen, ‚der Kampf geht weiter` ... alles das. Aber andererseits sind diese Reaktionen politisch völlig leer und das Denken, das sich darin ausdrückt, darf uns heute nicht mehr ausreichen." (Brief, 25.4.92)

Nach der Erklärung der RAF vom 10.4.92, in der sie die Einstellung der Angriffe mitteilt, bestätigt Irmgard Möller im Namen aller Gefangenen:

"Wir sehen auch heute noch um vieles deutlicher, als es schon Mitte der 80er zu erkennen war und im Hungerstreik 89 von uns das erste Mal angepackt und in eine Praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich machen."

Und wenn Hanna Krabbe im Fernsehinterview der Lübecker Gefangenen vom 16.5.92 die Frage aufwirft, ob Gewalt - angesichts heutiger gesellschaftlicher Zustände - überhaupt noch die Funktion haben kann, "gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen", wenn es in der Gefangenengruppe niemanden gegeben hat, der Irmgard Möllers Erklärung widerspricht, ist das eine authentische Auskunft darüber, wo sich die Gruppe Frühjahr 1992, dem Zeitpunkt also, als sich die Reaktionen auf die Kinkel-Initiative herausbilden, befand. Dieser Satz wird auch dann nicht falsch, wenn es - intern - auf die April-Erklärung der RAF selbst Kritik gegeben hat, die indes von ähnlich diskussionsfernem Zuschnitt war wie gewisse Spaltungstexte.

Und folglich setzen auch alle Gefangene an der Kinkel-Initiative ein. Skeptisch zwar, im Bewußtsein oder zumindest mit dem Appell verknüpft, um Freilassung resp. Zusammenlegung kämpfen zu müssen, aber grundsätzlich verworfen wurde sie von niemandem. Entgegen heutiger Legende kommen doch recht weitgehende Vorschläge, wie auf die justiz-institutionelle Ebene eingegangen werden soll.

In der Pressemitteilung der VerteidigerInnen der politischen Gefangenen in der BRD vom 24.2.92, abgestimmt mit den Gefangenen, wird gesagt, Kinkel habe damit "eine neue Position in der öffentlichen Diskussion" eingenommen, "sich damit der politischen Realität genähert." In ihren Beiträgen zu den 1.-Mai-Demos in Stuttgart und Frankfurt fordern ehemalige Gefangene "vor dem Amtswechsel von Kinkel", daß "eine Entscheidung getroffen wird für die Freiheit aller politischen Gefangenen" und daß die Regierung jetzt Kontakt zu den Gefangenen aufnehmen solle (clockwork 129a, 22.5.92). Im Angehörigen-Info vom 28.2.92 bekräftigt Eva Haule die Haltung, "auf den Punkt zu gehen, an dem wir einhaken und mit dem, was wir wollen, weiterkommen zu können statt nur die ‚Counterschnute` zu ziehen und sich zurückzulehnen." Bei diesem Appell sollte es - von der oben bereits erwähnten "Zusammenfassung" einer nie dagewesenen gruppeninternen Diskussion abgesehen - dann aber auch bleiben. Wenn Wochen nach der Kinkel-Initiative sich die Anfragen von draußen häufen, was die Gefangenen denn nun wollten, konkret: nach einer grundsätzlichen Orientierung, einer Erklärung der Gefangenengruppe geradezu gerufen wurde, um draußen handlungsfähig zu werden, wird das mit dem Hinweis auf fehlende Zusammenlegung resp. Diskussionsmöglichkeit ausdrücklich abgelehnt. Das alte Muster. Wieder ist es die Situation der Gefangenen, die zum politischen Angelpunkt gemacht wird - vorgeschobenerweise, denn Hungerstreikerklärungen waren ja auch machbar, nicht zuletzt diese Spaltung. Wenn im April die RAF etwas sagt, dann nicht zuletzt deshalb, um dieses Vakuum zu füllen.

Trotz dieser weitgehend übereinstimmenden Wahrnehmung der Kinkel-Initiative vom Januarbeginn 1992 gab es also erhebliche Unterschiede in der Frage, wie praktisch darauf zu reagieren ist. Verweigerung hielten wir hier stets für die letzte aller Möglichkeiten. Möglicherweise kommt hier aber wieder jenes andere Moment zum tragen: Wer davon ausgeht, daß die Situation so ist, daß Teile der Gesellschaft, über die Linke hinaus, in welcher Form auch immer, sich unserer Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre zuwenden könnten, wer davon überzeugt ist, daß "widerständische" Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen könnten, der

wird vermutlich von einem real (oder potentiell) erheblich stärker zu unseren Gunsten existierenden Kräfteverhältnis ausgehen (so jedenfalls die Skizze, wie sie sich aus der Erklärung Helmut Pohls vom 27.8.93 ergibt) - während welche, die wie wir eine solche Einschätzung unmittelbarer Möglichkeiten nicht hatten, eher davon ausgingen, uns ins Zeug legen zu müssen, um das politische Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verschieben. Vor einem Jahr hatte ich in "Gesellschaft oder Getto" davon gesprochen, daß Kinkel Januar 1992 der Öffentlichkeit den Gedanken der Freilassung von RAF-Gefangenen in den Kopf gesetzt hatte, "eine neue Position in der öffentlichen Diskussion", und daß es darum gegangen wäre, diese Situation für uns weiterzuziehen und auszubauen, den Gedanken einer Freilassung offensiv zu vertreten, der öffentlichen Position Kinkels und anderer die eigene Kampagne entgegenzusetzen. Wie konnten wir, die wir eben noch von der "großen politischen Auseinandersetzung" mit allen gesellschaftlichen Gruppen geredet hatten, dies an unsere Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte delegieren, wo eben jene gesellschaftliche Gruppen über uns sprachen?!

"Nach der Entscheidung der RAF und den endlich möglich gewordenen öffentlichen Stellungnahmen der Gefangenen aus der RAF in Fernseh- und Zeitungsinterviews gibt es immer mehr Interesse in der Öffentlichkeit, über die Gefangenen zu sprechen." (Vorbereitungsgruppe Demonstration am 20.6.1992, Mitteilung an die Presse, Bonn, 16.6.1992)

Bereits Mitte Januar legt Karl-Heinz Dellwo den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Gefangenengruppe vor. Er beginnt mit einer skeptischen Einschätzung der Kinkel-Initiative: Bereits während des HS 89 hatten RAF und die Gefangenen "die politische Situation grundsätzlich aufgemacht ... von oben kamen nur Reaktionen, den Krieg bis zum ‚Endsieg` fortzusetzen."

"Verschärfung der Haftbedingungen, bundesweite Zellenrazzien, Anwaltsverfolgung, Hetzkampagnen, draußen weiter Repressionsbetrieb gegen Linke und als Abschluß: ein halbes Dutzend neuer anklagen gegen Gefangene, die teilweise schon über 10 Jahre im Gefängnis sitzen, teilweise bereits zu mehrfach lebenslänglich verurteilt wurden oder kurz vor dem Ende langer Haftstrafen stehen. Gegen die Illegalen neue Fahndungsoffensiven und die alten Illusionen ...

Abschwören ist kein Weg. Auch die acht werden nicht abschwören. Und es wäre auch kein Weg, zu denken, alle Gefangene müßten diese langen Strafen absitzen und sie könnten einzelne Gefangene bis weit übers Jahr 2000 im Gefängnis halten und von unserer Seite gäbe es keinen Kampf mehr."

Insgesamt dreimal werden in dieser zweiseitigen Vorlage die geplanten Kronzeugenprozesse als Hindernis angeführt, um zu einem politischen Umgang mit der Lage zu kommen. So auch in allen Interviews 1992. Aber diese oder irgendeine andere Erklärung wird grundsätzlich abgelehnt. Vielleicht hatte dieses Nein Gründe in einer von diesen Gefangenen erwarteten Einstellungserklärung der RAF, von der sie sich möglicherweise mehr politische Schubkraft für Freilassung/Zusammenlegung versprachen als von einer eigenen Erklärung. Ich weiß es nicht.

Die RAF berichtet in ihrer Erklärung vom 2.11.93, daß es jenen Gefangenen, die von ihr die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe verlangt hatten, um eine Gesamtlösung gegangen sei. Eva Haule schreibt am 25.4.92 in "Sandkörner" (Reader zum Forum 1, Anti-WWG, München, 1992):

"So sind wir 89 in den Streik. Wäre die ZL und die freie Kommunikation erreicht worden, hätte das damals schon ein Aussetzen der Kommandoaktionen bedeutet, denn in der Diskussion, die wir 89 wollten, sollte es um neue gemeinsame Grundlagen für die gesamte revolutionäre Bewegung gehen; was die Priorität des politischen Prozesses einschließt und daß er offen ist für eine grundsätzliche Klärung aller Fragen ... für uns ist jetzt die politische Zeit, in der unsere Freiheit erkämpft werden kann, in der auch der Schritt der RAF richtig und dafür eine Voraussetzung ist - anders wäre ‚Freiheit` bloß ein schöner Traum."

Wie bereits gesagt, wissen wir nicht, worum damals der Streit ging. Aber eine solche Erklärung wie diese fällt ja nicht vom Himmel. Es ist ein Gedankengang, eine Logik, die der Erklärung von Irmgard Möller vom 10.4.92 weit näher sind als den 1993 im nachhinein entwickelten Legenden: Da die Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre nicht mehr so einfach fortgeführt werden kann, Suche nach neuen Grundlagen und Einstellung der Angriffe, damit die Freilassung nicht nur ein Traum bleibt, sondern eine realistische Perspektive bekommt. 1993 sollte der Vorwurf, die Situation der Gefangenen an den bewaffneten Kampf gebunden zu haben, einer der Hauptgründe für die Spaltung sein. Aber selbst wenn diese Haltung nicht von allen Gefangenen geteilt

wurde - wovon ich ausgehe -, wie Helmut Pohl jene Einstellung, wie sie von ihm und einigen anderen Gefangenen von den Illegalen gefordert wird, begründet, wird das ganze dann tatsächlich fragwürdig. Nein, um eine Aufgabe des Kampfs sei es nicht gegangen. Aber Freilassung aller! Wie hätte dieser Vorstellung zufolge der gemeinsame Kampf von Illegalen und - dann - ehemaligen Gefangenen ausgesehen? Die ex-Gefangenen hätten den bewaffneten Kampf in der Theorie richtig gefunden - und die Illegalen hätten ihn in der Praxis geführt. Denselben Widerspruch hatten wir bereits vor 25 Jahren. Auch damals gab es welche, allerdings in anderen Dimensionen, die den bewaffneten Kampf richtig fanden. Sie liefen durch die Straßen von Berlin, Frankfurt, Hamburg und München und riefen zu Tausenden: "Für den Sieg des Vietcong!" Und dann gab es damals welche, die dazu in einer bestimmten Weise Nein gesagt haben. Sie sprachen von revolutionärer Identität, von der Einheit von Sagen und Tun. Das war der Beginn der RAF. Wer für sich selbst den bewaffneten Kampf beendet, wer inhaltlich nichts dazu beiträgt, eine solche Zäsur inhaltlich zu bewältigen und für andere begreifbar zu machen, wer sich nicht darum bemüht, zumindest in Gestalt erkennbarer Suche nach weiterführenden Perspektiven deutlich zu machen, daß es nicht um "Aufgabe des Kampfs" geht, sollte nicht spalten. Ich finde es nicht korrekt, bei anderen draußen einen Eindruck stehen zu lassen, der dazu beitragen könnte, daß sie ihr Leben aufs Spiel setzen.

Ich kann mir vorstellen, daß die Illegalen durchaus damit einverstanden waren, wenn die Gefangenen jetzt versuchen, rauszukommen. Ich kann mir auch vorstellen, daß sie bereit waren, den Kampf alleine weiterzuführen. Keine/r der bisher entlassenen RAF-Gefangenen ist in die Illegalität zurückgegangen. Aber nach allem, was ich in ihren Erklärungen ab April 1992 gelesen und gespürt habe, kann ich mir nicht vorstellen, daß sie sich diese Einstellung, eine solche Zäsur anders denken konnten als auf der Grundlage einer inhaltlichen Durcharbeitung und ihrer Vermittlung. Sie wollten nicht nur den formalen Schritt, sie wollten einen inhaltlichen, sich als Subjekt zur eigenen Geschichte verhalten. Das Problem ist doch nicht, daß die Illegalen diesen Weg eingeschlagen haben, sondern daß zuviele zurückgeblieben sind, um im ihnen geeignet erscheinenden Augenblick den Daumen nach unten zu drehen.

Das Problem ist doch, daß der größte Teil der Gefangenengruppe sich diesem notwendigen Prozeß verweigert hat und deshalb jede Einstellungserklärung, ohne einen gemeinsamen Begriff der Situation zur Grundlage zu haben, in der Luft hängen mußte. Was für eine revolutionäre Identität, die in wenigen Sätzen dem Rest der Welt mitteilen will, Mitte der 80er Jahre sei eine Phase zu Ende gegangen - um diese dann über eine Formel von der Legitimität des bewaffneten Kampfs wegzutippen wie ein langweilig gewordenes Fernsehprogramm! Und dies bei all den Toten! Warum ausgerechnet einzelne Feministinnen, die doch über die Wechselbeziehung von Subjektivem und Objektivem etwas wissen, damit Probleme haben, wenn die Illegalen auf einem bewußten Verhalten zu ihrer eigenen Geschichte bestehen, wenn sie nein sagen zu einem Subjekt-Objekt-Verhältnis der geschilderten Art, hat sich mir nicht erschlossen. Es fällt mir schwer, mir nach fast 20 Jahren Abwesenheit aus dieser Gesellschaft ein Bild von der Frauenbewegung zu machen (und vom Ablegen parolenhaft-entfremdeter Bekenntnisse halte ich schon gar nichts!), aber wenn ich das doch richtig verstanden habe, war da die Rede von starken Frauen, die sich auf eigene Identität, auf eigene Kraft, auf eigene, bewußt gemachte Geschichte verlassen. Ich habe das Gefühl, wenn solche emanzipative Kraft in den letzten Jahren in unserem Zusammenhang wirksam geworden wäre, wären die Jahre 92 und 93 anders verlaufen!

In der zweiten Hälfte 93 schließlich die Illusion, diese politische Leere durch die bekannte Schuldzuweisung zu füllen. Nochmal: Wir haben niemandem ein Angebot gemacht und hatten dies auch nicht vor. Wo jemand wie Ströbele davon spricht, daß im Fall einer ausbleibenden Deeskalation in der Gefangenenfrage die Möglichkeit einer erneuten Eskalation bewaffneter Aktion wahrscheinlich ist, kann dies gelesen werden als konkrete Drohung, als konkretes Angebot - oder es kann genommen werden als das, was es für Reuter war: die Lageeinschätzung eines früheren aktiven RAF-Anwalts, Kenner der Sachlage, der die Entwicklung verfolgt und der bei Bubis und Reuter formell ausdrücklich als Vertreter einer politischen Gruppierung auftritt, die weder RAF noch Celler Gefangene noch Gefangene aus der RAF und Widerstand heißt - noch sonst irgendwie mit uns in Verbindung gebracht werden kann. Und so war damit auch kein Risiko verbunden. Wir haben niemanden beauftragt, mit dem Verfassungsschützer Benz Kontakt aufzunehmen. Von Reuter/Bubis wußte er nichts. Eine Vermittlung welcher Art auch immer durch ihn hat nicht stattgefunden und war auch nicht beabsichtigt. Im Kontrast zu den von Brigitte Mohnhaupt und anderen, zu den im "Spiegel" und im Angehörigen-Info aufgetischten umfangreichen Einzelheiten und Abläufen, die wir dort erstmalig nachlesen, erfahren konnten wie jede/r andere auch, mag diese Mitteilung dürftig erscheinen. Aber sie entspricht dem

Begriff dessen, was gewesen ist. Daß andere Gefangene sich aber auch davon überfahren fühlen, kann ich nachvollziehen. Im umgekehrten Fall wäre mir das vermutlich genauso gegangen. Auch wenn diese, von uns selbst als peripher und aller Wahrscheinlichkeit nach als nicht besonders effektiv empfundene Initiative nicht gerade ein unerklärlicher Ausbruch aus einem lebendigen Kollektiv war - Alleingang war es allemal. Ein Gespräch mit Bubis würde ich auch heute noch führen, er aber vermutlich nicht mehr mit RAF-Gefangenen. Er hat in den letzten beiden Jahren einen engagierten Antifaschismus vertreten. Als der bekannteste Repräsentant der deutschen Jüdinnen und Juden teilt er bei seinem outing zum Vorgang selbst eine Auffassung mit, die mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen könnte. Das ist gut so. Die Möglichkeit eines Kontakts zu bürgerlichen AntifaschistInnen dürfte mit dem, wie das jetzt gehandhabt wurde, auf lange Zeit verbaut sein. Schließlich: wenn im Papier der Tübinger Gruppe die Frage aufgeworfen wird, ob in der oben erwähnten Lageeinschätzung ein Widerspruch steckt, kann ich das nur mit ja beantworten.

1991 beschäftigten mich zwei Fragen: Perspektive für die Gefangenen; politische Perspektive, wie kann dieser Sinn, wie er trotz allem in den letzten 20 Jahren steckt, heute und morgen wieder lebendig werden. Zum ersten Punkt vertrat ich die Auffassung, daß die Zusammenlegung ein Ziel für erste Knastjahre sein kann, daß es aber keinen Sinn macht, nach 10, 15, 20 Jahren für Zusammenlegung zu kämpfen. Perspektivisch jedenfalls. Politisch schief vor allem deshalb, weil das sich Abfinden mit der Tatsache der Gefangenschaft, ja, des Gefängnisses überhaupt, etwas zutiefst unrevolutionäres, defensives, ja, resignatives hat. Zur politischen Einschätzung kommen, daß eine Freilassungskampagne zu diesem oder jenem Zeitpunkt aussichtslos ist, ist das eine, ob Gefangenschaft in Frage gestellt oder hingenommen wird, das andere. Vor allem sagt es etwas aus über das Verhältnis zum kapitalistischen Zwangssystem überhaupt. Es hat ja wohl auch in der Frauenbewegung, um das, worum es mir geht, an einem Beispiel zu verdeutlichen, nie eine Diskussion darüber gegeben, statt für Frauenbefreiung und gegen Patriarchat nur für Frauenhäuser zu kämpfen, da die Abschaffung des Patriarchats angesichts heutiger Verhältnisse erstmal nicht durchsetzbar sei. Die Frage, die uns vor einiger Zeit mal erreichte, ob wir's denn im Knast nicht mehr aushalten, ist so sinnvoll wie die Gegenfrage, ob ihr's denn im Kapitalismus nicht mehr aushaltet.

Gleichzeitig bemühte ich mich, zu der 1989 angesagten "großen politischen Auseinandersetzung" etwas beizutragen. Deshalb mein Austausch mit Tupamaros und anderen, deshalb inhaltliche Beiträge. Ich bin der Auffassung, wenn von einer solchen Zäsur die Rede ist, muß Nachforschen einsetzen. In beiden Momenten - Bruch mit dem von manchen verinnerlichten Knast; bewußt gemachte und vermittelte Zäsur - steckt ein emanzipatives Moment: durchbrechen eines verdinglichten, oft in erstarrten Formeln und Denkmustern steckengebliebenen Politikverständnisses. Von einem Hinter-sich-lassen solchen Entfremdungsstresses sei es beim Absender, sei es beim Empfänger - verspreche ich mir das Freiwerden enormer Energiemengen, die ansonsten dafür verbraucht werden, labile ideologische Konstrukte in Schach zu halten. Die beiden letzten Jahre sind ein trauriges Beispiel dafür.

Ich denke, ein solcher oder ähnlicher, weniger spektakulärer, dafür inhaltlich aufbauender und vermittelnder Prozeß hätte mehr gebracht; die Erklärung, gezielt tödliche Angriffe einzustellen, hätte drinnen und draußen eine gemeinsame politische Grundlage gehabt. So aber öffnet diese politische Leere dem Taktieren untereinander Tür und Tor.

Vom Kampf zweier Linien zu sprechen, scheint mir etwas voreilig. Darunter verstehe ich doch etwas anderes. Da ist viel zu wenig herausgearbeitet. Solche spektakuläre Interpretationen befriedigen wohl eher das Bedürfnis nach flinker Einordnung, einen aufklärenden Beitrag kann ich darin nicht erkennen. Es wäre eine weitere deprimierende Erfahrung, würde diese unsere Geschichte zum Steinbruch, aus dem auf die Schnelle Brocken herausgebrochen werden, um die jeweilige "Position" zu untermauern. Dennoch ist heute festzuhalten, daß es seit langem auseinanderstrebende Tendenzen gibt, in sich selbst jeweils nicht ohne Widersprüche, von persönlichen Animositäten überlagert und zur Dimension eines Bruchs nicht zuletzt dadurch gebracht, daß die Freiheit, mit Konflikten eher vertrauensvoll als verbissen umzugehen, zu wenig vorhanden war.

Wir hier in Celle haben seit Mitte der 80er Jahre in Richtung einer emanzipatorischen Gegenmacht gesucht. Will sagen: Befreiung braucht die Mobilisierung und Organisation von Aktionskraft, aber ohne die Mobilisierung und Organisation von Zuneigung zur eigenen Kraft, zu Talenten und Bedürfnissen wird das im subjektiven über Aktionismus nicht hinauskommen. Selbst wo man einen weitgehend "militärischen" Standpunkt einnehmen wollte: daß dies kriegsentscheidend ist, hatte - in seinem Klasseninteresse verallgemeinernd - bereits ein

Clausewitz einer revolutionären Armee seiner Zeit abgeguckt. Bewaffneter Kampf ist indes eine autoritäre Angelegenheit, und je ungleicher das Kräfteverhältnis, desto größer die Gefahr solcher Verkürzung der Perspektiven. Zeit und Kraft für lange Entwicklungswege ist da so gut wie nie. Aber auch daraus könnte noch etwas rausgeholt werden in einer Epoche, wo das Zeitgefühl verschwimmt angesichts von Zuständen, die in jedem Punkt schon fertig zu sein scheinen, unkorrigierbar kontrolliert und beherrscht - und so beginnen und beenden, unterbrechen und neu anfangen, wovon das Zeitgefühl lebt, sinnlos erscheinen. Guerillamentalität! Zulange haben wir uns in diesem Widerspruch zwischen Sehnsucht nach Befreiung und Zwang zur Härte bewegt, als daß uns das nicht alle verändert hätte. Davon spricht unser Alleingang nicht weniger als die Art und Weise, wie diese Spaltung vollzogen wurde. Es wäre nicht der erste revolutionäre Krieg, der sich durch sich selbst seines ursprünglichen Ziels beraubt. Lenin spricht am Ende des Bürgerkriegs vom verschwinden der Arbeiterklasse. Womit er nicht deren physische Dezimierung und Zerstreuung in alle Heimatdörfer meinte, er spricht, mit Blick auf die Barbarei dieses Kriegs, vom Verlust jenes einzigartigen, kämpferischen und Talente freisetzenden Klassen-Selbstbewußtseins, das Herz und Verstand jenes emanzipatorischen Sozialismusprojekts hätte werden können, das er, ausgerechnet im streß des Revolutionssommers '17, in "Staat und Revolution" und benachbarten Überlegungen entworfen hatte. Die Partei sollte da doch ein ganz und gar un-leninistisches Gewicht haben! Nein, für diesen Lenin war Antiimperialismus und Sozialrevolution ganz gewiß kein Gegensatz. Ganz im Gegenteil! Wenn ich mal davon geredet habe, daß wir alte eingefahrene Denk- und Kontroversenmuster überwinden sollten, wäre dies ein Beispiel. Aber auch Marx! In seinem Begriff der Pariser Kommune hat er, strategisch denkend, dem Emanzipatorischen unmißverständliche ja geradezu demonstrativ Vorrang gegeben vor den militärischen Defiziten, obwohl sie ihm den schlaf geraubt hatten.

In den Auseinandersetzungen der Jahre 1992/93 scheinen die Gewichte anders gelagert zu sein. Denkbar schlechte Voraussetzungen für den Umgang mit dieser Kinkel-Initiative. Denn sie drückt weniger auf das militärische als auf das emanzipatorische Moment. Das, wie unsere Geschichte nun mal gelaufen ist, eher bei den Gefangenen lag, wenn auch in sehr widersprüchlicher Weise, als bei den bewaffnet Kämpfenden, egal ob den von 75, 77 oder 85. Im Konflikt einiger Gefangener mit den Illegalen 90/91 taucht es auf Seiten der RAF auf, findet seinen Ausdruck in den April- und August-Texten 92, um von jenen, die sich einen klaren Blick nur noch über Kimme und Korn vorstellen können, intern sofort als "Müsli" denunziert zu werden.

Wenn es von Seiten des Staats keine politische Antwort gab, dann vor allem deshalb, weil sie glaubten, mit der Figur Steinmetz endlich der militärischen Lösung nahe gekommen zu sein. Dies ist das eine. Das andere ist, daß die seit Januar 92 vom Staatsschutzbunker noch einmal mit besonderer Inbrunst gelegte Eskalationsspur gewiß kein Fremdkörper in der gegenwärtigen Politik von Staat und Kapital ist. Mölln, Bad Kleinen, Solingen gehören zusammen. Von allem andern gar nicht zu reden. An dieser Figur Steinmetz fällt jedenfalls auf, daß sie überall hinfließen will. Und darin ist sie sicher auch Produkt jener politischen Leere, von der oben die Rede war. Nicht daß aus solcher politischen Leere zwangsläufig Verrat kommen müßte, aber dem Verrat vorbeugende Identität kommt aus Verdinglichung und Fetisch nicht.

Ich denke, die politische Vorstellung, wie sie beispielhaft in der Erklärung Helmut Pohl 27.8.93 sichtbar wird: Teile der Gesellschaft könnten sich der seit 20 Jahren richtig antizipierenden RAF-Politik anschließen, nachdem sie im heutigen kapitalistischen Durchmarsch ihre Lage erkannt haben, und zwar ohne daß es von unserer Seite aus nennenswerte Austauschanstrengungen braucht, da die Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen - solch ein Szenario ist so realitätsverträglich wie das der weltweiten resp. westeuropäischen Front der 80er Jahre. Umgekehrt wird ein Schuh draus! Die praktische Initiative muß auf die Menschen zufliegen, die in dieser Welt mehr denn je Grund haben, ihre Lage zu begreifen (mehr denn je aber, nicht zuletzt in ihrer oft zugespitzten Vereinzelung, Schwierigkeiten damit haben dürften), und die so in der revolutionären Initiative etwas wiedererkennen von ihrem Bedürfnis, von ihrem Traum nach Würde und Existenz (wozu heute auch der Wunsch gehört, zurückzuschlagen) - jede Initiative ein Moment, aus dem sich nach und nach das Puzzle einer revolutionär-emanzipativen Gegenmacht und -wirklichkeit herausstellt. Ja, es mag sein, daß RAF Hoffnungen auf sich gezogen hat (aber auch Ängste), aber eine revolutionäre Strategie, die diesen Namen verdient, muß doch darauf aus sein, den Menschen Hoffnungen auf sich selbst zu machen! Wo bewaffnete Aktion und revolutionärer Kampf zum Synonym werden, ist die Niederlege vorprogrammiert - sowohl politisch als auch militärisch.

Konkret - auch um das, was von uns und an uns in den letzten Jahren gelaufen ist, einordnen zu können - am wichtigsten scheint mir aktuell eine möglichst breite Front gegen die Gefahr von Faschismus. Eine Frage, die

unausweichlich auf uns zukommen wird, spätestens dann, wenn es in dieser Entwicklung einen noch bedrohlicheren Sprung geben wird. So jedenfalls die Erfahrungen aus der Geschichte. Das von Spaltung und Zensur ausgehende Signal geht in die falsche Richtung. Diese Faschisierung ist aber nur der unverstellte Klartext des neoliberalen Wolfsgesetzes. Antifaschistischer Kampf ist notwendig, soweit ich das von hier sehen kann, hat er eine Kraft und eine Wirkung entwickelt, die ihn legitimiert, aber doch ist er ohne Schutzwirkung gegenüber der Zerstörungsdynamik des neoliberalen Totalitarismus. Die Diskussion über bewaffnete Aktionen, wie sie in den letzten zwei Jahren weitgehend geführt wurde, halte ich nicht für einen Beitrag zur Lösung dieser Frage, sondern für einen Beitrag zu ihrer Verdrängung.

Wir hier haben das Gewicht unserer Arbeit in den letzten Jahren schwerpunktmäßig auf die Suche nach einer Überwindungsperspektive gelegt: das 77-Seiten-Papier von Karl-Heinz Dellwo, ursprünglich für die gruppeninterne Diskussion bestimmt, in Ausschnitten jetzt in der berliner Zeitschrift ARRANCA! (Nr. 3, Winter 92/93) veröffentlicht; mein Austausch mit Tupamaros (Lutz Taufer, "Auf der Suche ...", ak 337, 16.12.91), der Beitrag im PIZZA-Sammelband Frühjahr 1992 (Lutz Taufer, "Gedanken gegen die Mauern", in: PIZZA (Hg.), ODRANOEL. Die Linke - Zwischen den Welten. VLA), Diskussionen und Auseinandersetzungen mit Linken und Alternativen aus den verschiedensten Bereichen, aus Ost- und Westdeutschland. Es ist sicher richtig, daß Gefangene nach dieser langen Zeit des Abgeschottetseins von jeder sinnlichen Erfahrbarkeit der stark veränderten Gesellschaft draußen sich bei einer solchen Arbeit in einzelnen Punkten vertun können. Unser grundsätzliches Anliegen sehe ich aber durch die Entwicklung der letzten Monate eher noch einmal bekräftigt. Auf jeden Fall war diese Arbeit sinnvoller als die An- und Absage von Diskussionen, denen dann aber keine eigene Vorgabe folgte.

Nicht zuletzt ging es uns darum, zwischen der Realpolitik "Zusammenlegung durchsetzen" und der Irrealpolitik einer weltweiten Front zu einem Maß zu finden, das unseren Möglichkeiten und Kräften entspricht und so Entwicklungsmöglichkeiten in sich trägt.

Was uns in den letzten Jahren umgetrieben hat, könnte in den Sätzen aus dem PIZZA-Beitrag skizziert sein:

"Widerstand ist Abwehrkampf, Negation von bestehendem schlechten. Widerstand ist nicht revolutionär, denn er führt der Gesellschaft nicht jenes positive zu, dessen Möglichkeit er mit seiner radikalen Kritik am Bestehenden behauptet."

Die Suche nach einer Überwindungsperspektive wird allerdings in dem Maß subjektiv als sinnlos und abgehoben erscheinen und objektiv auch sein, wo die Alltagskämpfe ums Überleben und für eine selbstbewußte Kultur der Existenz diesseits der Selektionsrampe Weltmarktrentabilität nicht geführt werden. Damit ist aber schon die Unmöglichkeit benannt, unseren Kampf hier anders als mit international-solidarischer Wirkung zu entwerfen. Warum Auschwitz im US-Krieg gegen Vietnam wiedererkennbar gewesen sein soll, die nicht weniger massenhaft-tödlichen ökonomischen Vernichtungsfeldzüge des westlichen Kapitals gegen die allermeisten Trikont-Länder Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses sein sollen, ist nicht nachzuvollziehen. Bei jenen, die so reden, scheint mir das demokratische Heute nicht weniger ideologisch-entäußert zu sein wie ehedem das revolutionäre. Wenn die Aufstände gerade in den als jahrzehntelang "stabil" und "demokratisch" geltenden Ländern Lateinamerikas wie Mexico und Venezuela zunehmen, ist das ein deutliches Zeichen. Auch hier bei uns wächst die Bedrohung von Leben und Existenz. Ohne die Erfahrungen aus all diesen Kämpfen, ohne ihre wechselseitige Annäherung und Vermittlung, wird aber eine Überwindungsstrategie kaum zu gewinnen sein. Der im Bild der One-World suggerierte Endsieg hat so nicht stattgefunden. Ratlosigkeit in globalperspektivischer Hinsicht breitet sich aus. Dies zu sagen heißt nicht, die zu unterschätzen, die trotzdem versuchen, die kapitalistische Katastrophe zu verwalten und jene, die so uneinsichtig sind, noch immer wie Menschen leben zu wollen, in Schach zu halten.

Es gibt draußen welche, die die Einstellung der Angriffe, das damit verbundene Aufknoten unserer Geschichte sowie - kaum vermittelt - Andeutungen, wonach in der Gesellschaft heute etwas anderes möglich sein soll, als Messer in den Rücken empfinden. "Links" steht mit dem Rücken zur Wand - so sehr die Kämpfe ums Überleben im Alltag ohne Millitanz kaum noch vorstellbar sind, so sehr sie auch ganz subjektiv Überlebensbedingung sind, an der grundsätzlichen Situation ist damit allein nichts zu ändern. Ich denke aber, auch wenn eine revolutionäre Perspektive nicht in Sicht ist, haben die Recht, die Widerstand leisten. Das war ursprünglich Selbstverständnis von "RAF", um nach und nach dem verbalradikalen Lippenbekenntnis zu weichen.

Wenn wir etwas antizipiert haben, dann diese revolutionäre Subjektivität. Es hat in dieser Gruppe harte Auseinandersetzungen gegeben, auch hier in Celle gab es die. Wie sollte das anders sein, wir sind nicht vom Mond gefallen. Positiv- wie Negativmythen haben dazu beigetragen, Konflikte, die bei einer so langen Zeit und unter derart extremen Bedingungen ganz natürlich, ja, ich würde sagen, notwendig sind, nicht immer in konstruktiver Weise regulieren zu können. Also wurden sie akkumuliert. Aber wenn es diese Gruppe mehr als zwei Jahrzehnte gegeben hat, dann aus einer Reihe von Kämpfen ums Überleben als politisch freibleibende Menschen, aus Bedingungen heraus, die denen draußen heute sehr viel verwandter sind als noch vor 20 Jahren. Die Erfahrungen, die wir erkämpft haben, waren und sind verschlungen in eine Wirklichkeit, die immer wieder so unüberwindbar schien wie die heutige Wirklichkeit draußen. Es gab im Hochsicherheitstrakt und in den Isolationszellen keine Möglichkeit, sich lange Illusionen über die eigene Situation zu machen. Als Gefangene hatten wir nie den Reichtum an Möglichkeiten zum Kämpfen und zum Leben, den es draußen solange gab und der inzwischen dramatisch zu schrumpfen scheint. Wir hatten keinen gemeinsamen Ort wie eine Arbeiterbewegung die Fabrik oder die Gewerkschaft oder eine Hausbesetzerbewegung den Kiez - und unter dem existentiellen Druck der Vernichtungshaft hatte wir auch nicht immer den Luxus endloser Zeit, eine präzise Klassenanalyse anzufertigen, bevor wir einen Hungerstreik begannen. Entsprechende Forderungen, wie sie 92 uns hier erreichten, haben mich doch eher melancholisch gestimmt. Es gab keine hinreichend vorhandene Ressourcen, auf welcher subjektiven und objektiven Ebene auch immer, sie waren dschungelmäßig, äußerst dürftig und beschwerlich. Trotzdem hat sich die Gefangenengruppe in ihrem Kampf der Wirklichkeit präziser angenähert als viele andere. Sie hat gekämpft auf einem Terrain, auf dem das System in jedem noch so kleinen Detail die Initiative zu haben scheint, in einer Situation der scheinbar erdrückenden Übermacht des Gegners; an einem unausweichlich feststehenden, unentrinnbar öden und engen Ort, nach einer Zeiteinteilung, die den eigenen Lebens- und Arbeitsrhythmus zerstückelt; nach objektiven Bedingungen für emotionales und intellektuelles Leben, wie sie unter sensorischer Deprivation und sozialer Isolation schlechter kaum vorstellbar waren und, bei Birgit Hogefeld, noch heute so sind. Wir waren hier in der elendigen Situation einer Guerilla, die mit nichts in der Hand beginnt und lange, lange Zeit über diese erbärmlichen Bedingungen nicht hinauskommt - und die deshalb gar keine andere Wahl hat als unterzugehen, und das heißt auch, individuell unterzugehen, oder ein Maximum an Erfindungsreichtum, Flexibilität, Kraft und Risikobereitschaft zu entfalten. Wir hatten nicht die Möglichkeit, auf Zwangsernährung und Isolationshaft mit Transparenten oder dem Aufstellen "richtiger Forderungen" reagieren zu können. Wie Robinson auf seiner Insel waren wir gezwungen, ständig neue Lösungen zu erfinden. In der politischen Aussage hat es, nicht zuletzt aufgrund dieser Bedingungen, Fehler gegeben. Gut, daß es immer wieder ein paar gibt, die die dahinter sich verbergenden moralischen Abgründe aufdecken. Wir waren in unserem Kampf auf der Höhe der Zeit. Wenn wir dabei an eine Grenze gestoßen sind, dann die, daß unsere Art und Weise, zu kämpfen, eine Vorahnung gewissermaßen, vertieft und verbreitert, aufgehoben sein könnte im Kämpfen, Handeln, nachdenken und suchen auf neuer ebene. Denn die alltägliche Dimension von Austilgung und Selbstaustilgung, von Deprivation und Enteignung hat die abhängigen Teile der Gesellschaft draußen längst erreicht.

Als normative Kraft des Tat-Sachen-Schaffens gingen die Gefangenen immer wieder voran, zusammen kämpfend und doch erstmal allein und auf eigene Faust, und darin waren sie Avantgarde im besten Sinn. Da entstand Nähe, erlebt wurde die Geburt menschlicher Beziehungen über Hunderte von Kilometern hinweg, und so von Kraft. Die Furcht vor einer unklaren, offenen Situation - offen im Negativen wie im Positiven -, verwarf sich im Sprung in die Solidarität. Jene, die uns - die letzten beiden Jahre nicht zum ersten Mal - die Klarheit der Klassikerinnen und Klassiker vorhalten, übersehen dabei, daß es diese, ohne die schon fast natürliche Solidarität der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, gar nicht gegeben hätte. Ja, gewiß, Solidarität ist naiv. Aber in dieser Scham vor solcher Einfachheit, in der manche Linke jener Metropolengesellschaft und der Logik des Wolfsgesetzes ähnlicher sind als ihnen recht ist, verbirgt sich schließlich ein Bedürfnis nach Gesellschaftlichkeit von Vereinzelten, die nicht mehr wissen, wie sie das anstellen sollen. Ungewiß, wie heute nun mal alles ist, braucht eine solche Situation der Krise und des Übergangs eine Solidarität, die Kraft und Selbstbewußtsein genug hat, auch mal alleine zu gehen, ohne auf die ewige Krücke der moralisierenden Abgrenzung angewiesen zu sein. Im ungewissen der einfachen Negation Priorität zu geben - diese endlose und so müde machende Geschichte des Herummanövrierens in der Sackgasse von Ausgrenzung und Abgrenzung - schafft keine Klarheit. Wenn wir Ohnmachtsgefühle (ab und zu) lindern wollen, mag es genügen, hier und da eine bewaffnete Aktion zu machen. Wo wir aber die Ohnmachtssituation aufbrechen wollen, müssen wir alle die politisch-ökonomisch-kulturelle Schranke durchbrechen, die uns heute stärker denn je

gesetzt ist, ja, uns einzukreisen droht. Mag sein, daß unsere Suche nach dem, womit die Gesellschaft schwanger geht - nicht nur nach Marx conditio sine qua non jeden revolutionären Prozesses, manchen allerdings untrügliches Zeichen für reformistische Dekadenz - angesichts der realexistierenden Kraft und Bewußtseinslagen von uns Linken sowie der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung nicht vermittelt ist. Trotzdem möchte ich auf Gramscis Warnung hinweisen, die konjunkturellen Entwicklungen nicht mit den organischen zu verwechseln.

# 35. Projekt "Geschichte des KB 1971 bis 1991"

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:18

Für das Projekt "Geschichte des KB 1971 bis 1991", das ich im Moment an der Marburger Uni, Fachbereich Politikwissenschaft, mit dem Ziel einer Buchveröffentlichung bearbeite, fehlen mir noch wichtige Quellen, die in den Archiven der ak-Redaktion und der Gruppe K unauffindbar blieben. Ich bitte daher all diejenigen, die Teile der unten genannten Materialien in ihren Privatarchiven aufbewahren und mir diese leihweise zur Verfügung stellen würden, sich telefonisch mit mir in Verbindung zu setzen (Rückruf): Tel.Nr.: 0 64 21 - 21 545 (Micha).

Die gesuchten Quellen im einzelnen:

1. Organisations-Bulletin

des KB/Hamburg

Gesucht werden die Nr. 68, 73, 74 u. 82.

2. die internationale

Hier fehlt Nr.14.

3. Branchen- und Betriebszeitungen KB/Hamburg

Zur Sache: gesucht werden die Ausgaben von 1972, 1973 und 1974 sowie Nr.28ff.(1976ff.). Der Chemiearbeiter: es fehlen Nr. 37, 38, 43, 44, 46 und 49ff. Der Metallarbeiter: hier fehlen die Ausgaben der Jahre 1976ff. Der Druckarbeiter: es fehlen alle Ausgaben der Jahre 1971 (auch die des S.A.L.Z./Hamburg) und 1972 sowie Nr. 1, 3, 5ff. (1973), 1-7 (1974), 4 (1975), alle Ausgaben der Jahre 1976ff. Der Hafenarbeiter: Nr.3ff. (1973), 4, 5 (1974), 1, 4ff. (1975), 1, 2, 5ff. (1976), alle Ausgaben der Jahre 1977 und 1978. Wie geht's uns denn?: es fehlen alle Ausgaben ab 1976ff. Aktiv Ruder: hier fehlen alle Ausgaben ab 1973ff. Die Rote Anna: hier fehlen alle Ausgaben ab 1976ff. Gesucht werden darüber hinaus die unterschiedlichen Betriebsausgaben der Branchenzeitungen.

4. Branchenzeitungen anderer KB-Ortsgruppen

Der Metallarbeiter des KB/Flensburg: gesucht werden alle Ausgaben des Jahres 1971 (des KB/ML), weiter: Nr.14, 19 (1972), Nr.28, 29, 31ff. (1973), Nr. 34, 35, 39, 43 bis 48 (1974), alle Ausgaben ab 1975ff. Der Druckarbeiter des KB/Flensburg: gesucht werden alle Ausgaben 1972, Nr. 10, 14ff. (1973), Nr. 21ff. (1974), alle Ausgaben 1975ff. Arbeiter & Soldat des KB/Flensburg: alle Ausgaben 1975ff. Der Metaller der KAG/Göttingen: es fehlen Nr.1 bis 7, 10, 12, 13, 15, 17ff. Arbeiterjugendzeitung der KAG/Göttingen fehlt komplett. Der Metallarbeiter des KB/Frankfurt/M.: gesucht werden alle Ausgaben. Metallkampf des KB/Eutin: die Ausgaben Nr.2ff. (1971, hrsg. vom KB/ML), Nr.6 (1972), Nr.14 u. 16ff. (1973), die Ausgaben der Jahre 1974ff. Arbeiterstimme des KB/Eutin: es fehlen die Nr. 3, 5ff. (1971, hrsg. von d. Betriebsgruppe Kuhnke), alle Ausgaben 1972ff. Arbeiterjugend Presse des KB/Eutin: Nr.6ff. (1972ff.). Metaller des KB/Kiel: gesucht werden die Nr. 4, 6ff. (1973), 6ff. (1974), alle Ausgaben d. Jahre 1975ff. Der Metallarbeiter des KB/Oldenburg: alle Ausgaben. Der Metallarbeiter des KB/Bremerhaven: alle Ausgaben ab 1971ff. (auch die des S.A.L.Z./Bremerhaven). Der Metallarbeiter des KB/Lübeck: alle Ausgaben ab 1971ff. (auch die des KB/ML).

Gesucht werden auch alle weiteren - möglicherweise erschienenen - hier nicht genannten, da mir unbekannten Branchen- und Betriebszeitungen anderer KB-Ortsgruppen.

5. StudentInnenzeitungen der KB-nahen Organisationen

Solidarität des SSB: gesucht werden die Nr. 1-4, 7-10 u. 17-22). Gemeinsamer Kampf der IG zum Aufbau des SSB/Westberlin: alle Ausgaben. Rote Tribüne des IK/KHB/Göttingen: Nr. 11 (1973), Nr. 20 u. 23ff. (1974), alle Ausgaben der Jahre 1975ff. Studieren Propagieren Organisieren des KHB/ML/Hamburg: Nr. 5ff. (1971ff.).

6. Periodika der KB-Ortsgruppen (gesucht werden jeweils alle Ausgaben)

Die Commune des KB/Frankfurt/M., 1975. Der Hessische Landbote d. KB/Gruppen Südhessen, 1976ff. Stadtzeitung des KB/Hannover, 1975ff. Barrikade des KB/Göttingen, 1975ff. Die Barrikade/Frische Brise! des

KB/Oldenburg 1975ff. Blinkfuer der KB-Gruppen Schleswig-Holstein, 1976ff. Nürnberger Arbeiterzeitung des GNK/Nürnberg, 1974ff. Rote Stimme des KB/Lüneburg, 1976ff. Unsere Stadt des KB/Bremerhaven, 1975ff. Unsere Stadt des KB/Bremen, 1975ff.

Gesucht werden darüber hinaus alle weiteren - möglicherweise erschienenen - hier nicht genannten, da mir unbekannten Periodika anderer Ortsgruppen.

7. KB-Infos (jeweils alle Ausgaben)

Antifaschistischer Steckbrief (ca. 1976), Wahl-Info (ca. 1979/80), Grohnde-Info (1977), Anti-AKW-Info (ca. 1977).

8. Veröffentlichungen der Gruppe Zentrumsfraktion

Z (1979/80, alle Nrn.), alle Broschüren der Z zum KB.

9. Broschüren

KB-Gruppe Braunschweig, Klassen- oder Gattungsfrage? Zur Auseinandersetzung mit der Grünen Ideologie, u.a. zu Bahro, Otto Ullrich, Gruhl.

Foto unten: H. Wojahn

# 36. "was aber wären wir für menschen. Über die Zusammenlegung zur Freiheit ... und weiter"

Rubrik: RAF; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:21

Seit vier Monaten wird der 1. Teil einer Filmdokumentation mit obigem Titel über die Geschichte des RAF-Kampfes in der BRD und im Ausland gezeigt. ProtagonistInnen der Auseinandersetzungen, ehemalige Gefangene, eine Mitbegründerin der RAF, Anwälte und Zeitzeugen verleihen diesem Film Authentizität. In Kürze erscheint der 2. Teil der Dokumentation.

Durch Aufführungsbeeinträchtigungen und Vorladungen wurde seitens des Verfassungsschutzes, der politischen Polizei und der Bundesanwaltschaft (BAW) mehrmalig versucht, die Ausstrahlung des Films zu behindern. Am 16.2.1994 sollte dieser Film im Bürgerzentrum "Neue Vahr" in Bremen gezeigt werden. Zu dieser Veranstaltung war auch ein ehemaliger Gefangener der RAF eingeladen. Der Saal wurde jedoch kurz vor Vorstellungsbeginn gekündigt. Auf Nachfrage stellte sich heraus, daß das auf Veranlassung des Verfassungsschutzes und des polizeilichen Staatsschutzes geschah. Bereits im Dezember 1993 erhielten zwei Personen, von denen vermutet wurde, im Zusammenhang mit dem Film zu stehen, eine Zeugenvorladung beim BKA. Die Vernehmung sollte sich auf "Birgit Hogefeld wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" beziehen. Die zwei Zeugen blieben dem Vorladungstermin jedoch fern, da sie keine nähere Auskunft über diesen obskuren Vernehmungsgrund erhielten. Es folgte eine Vorladung zur Vernehmung bei der BAW, mit dem "Beweisthema: Verbreitung des Videofilms ‚Was aber wären wir für menschen. Über die Zusammenlegung zur Freiheit` Teil 1 durch die Gruppe 2".

Rückfragen und weitere Informationen unter Telefon 089/6116216 und 6519359 und Fax 089/6116247.

Der Film ist in VHS, S-VHS und anderen Formaten über gruppe 2 film+videoproduktion Fasanenstraße 142, 82008 Unterhaching zu erhalten.

# 37. Voscheraus Exempel. Vorsichtige Anmerkungen zu einem "Angebot" des Ersten Bürgermeisters

Autor: Frank F. · Rubrik: SPD; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:26

Es gibt wohl keinen Grund auf das "Angebot" von Voscherau (Hamburger Abendblatt, 25.2.1994) mit Euphorie oder auch nur dem Gefühl "die Kuh ist vom Eis" zu reagieren (obwohl dies die gesamte Presse tut: "Deichbruch mit Herz", "frühlingshafte Läuterung", "Tau-Wetter"). Natürlich ist ein Gefühl der Entspannung angenehmer als die Räumung vor Augen. Aber vielleicht will Voscherau uns gar nicht entspannen. Die erste Aufgabe könnte sein: Den Voscherau-Text ganz zu lesen, also auch den Anfang. Der Mann hat sich nicht umsonst - angeblich - selbst an die Schreibmaschine gesetzt:

Im Anfangsteil beschwört Voscherau zunächst die Erinnerung an die "Gewalttat und schweren Straftaten" der Hafenstraße. Nicht von ungefähr rückt er besonders die (niemals bewiesene) Legende von den vom Dach geworfenen Gehwegplatten ins Gedächtnis. Dann kommt das Schlagwort vom "rechtsfreien Raum" und die Mahnung des Gerichtspräsidenten. Das sind die Verpflichtungen Voscheraus. Anschließend verweist er als zentrale Begründung für seinen "neuen Kurs" Richtung "Angebot und Chance" auf die nun (wieder) umgeschwungene Stimmung in der Bevölkerung und bei "wichtigen Persönlichkeiten und Institutionen" gegen eine Räumung. Wenn dies sich auch politisch um- und durchsetzen solle, müsse bei der nun beginnenden Bebauung Ruhe herrschen. Die Räumungsinitiative wird zwar wiederholt hinterfragt ("Lösung mit harter Hand?"), aber nicht aus der Hand gelegt ("Zeitachse 1994").

Damit hat Voscherau die Diskussion der letzten Monate zumindest vom Kopf auf die Füße gestellt: Es geht im Kern nicht um das bessere Baumodell für den Bauwagenplatz, es geht um Über- und Unterordnung; besonders um Letztere. Kaum die Rede ist von den unterschiedlichen Vorstellungen zur Bebauung, den Bedürfnissen des Stadtteils, der Frage einer demokratischen Stadtentwicklung. Die BewohnerInnen der Hafenstraße sollen beweisen, daß sie sich unterordnen wollen unter das, was diese Gesellschaft mehrheitlich für ihr Leben beschließt. ("Ziel ist die Wiederherstellung des Rechtsfriedens und des staatlichen Gewaltmonopols".)

Und das ist der Kern des Konflikts: Der Minderheit keinen Platz einzuräumen, um ihr Leben selbst zu gestalten. Die Frage der Bebauung des Bauwagenplatzes ist dafür lediglich ein Beispiel, vergleichbare Konfliktpunkte hat es in der Vergangenheit viele gegeben: Transparente an den Häusern; die Frage, wer dort Schutz bekommt; die Wandbilder, etc.

Der Prüfstein für das verlangte Wohlverhalten ist die gleiche alte - von uns (Inikreis) damals "Sippenhaft"-Gedanke genannte - Klausel, die bereits zur jetzigen Kündigung des Pachtvertrages von 1987 führte: Der Hafenstraße wird die Verantwortung für alles und jedes aufgebürdet, was in den nächsten Monaten in ihrem Wohnumfeld geschieht. Die Definitionsmacht für "friedliches Verhalten" liegt natürlich beim Senat, letztendlich bei Voscherau. Und diese Definitionsmacht muß immer wieder in Frage gestellt werden, muß thematisiert werden, damit nicht der Eindruck einer akzeptierten "Geschichtsschreibung von oben" entsteht. Schließlich wurde die Kündigung des Pachtvertrages vor dem Landgericht letztendlich auch nur wegen des Vorfalls bestätigt, daß ein an eine Hafenstraßen-Hauswand pissender Tourist mit einem Farbbeutel beworfen wurde. Das war alles, was übriggeblieben war, aber entscheidend war die Stimmungsmache, die an die Straftatenvorwürfe vorher geknüpft worden war.

Voscherau (und der gesamte Senat) hatten ein Problem und es wird gerade bravourös gelöst: Für eine Räumung fehlte die Stimmung in der Stadt, für die Stimmung fehlten die Straftaten, für die alten Straftatenvorwürfe von 86/87 fehlte die Erinnerung bei den Leuten. Die "Gefährlichkeit der Hafenstraße" war beinahe in Vergessenheit geraten, für neue Straftaten würden eventuell die Verantwortlichen fehlen, aber gebaut werden muß trotzdem. Eine schreckliche Zwickmühle. Das Angebot vom 25.02.1994 löst alle Probleme: Unterwerfung oder Definition zu "nicht friedlich".

Ein Zwischenfall bei der im Frühjahr beginnenden Bebauung läßt sich für den Fall konstruieren oder organisieren, daß eine Akzeptanz des Senats-Baumodells, als sozusagen "Geßler-Hut" des Voscherau-Exempels, nicht erfolgt. Inzwischen haben wir doch alles schon mal gehabt: Verbotene Blitzlichtangriffe, gestohlene Maschinenpistolen, RAF-Hauptquartiere. Voscherau erinnert in seinem Text nicht

umsonst an die "bisherige Geschichte der Hafenstraße" und die "Stimmung der Bevölkerung" als die zentralen Gradmesser für die Frage Räumung.

Die von Voscherau propagierte "Kultur" der Unterwerfung der Minderheit unter das Diktat der Mehrheit darf nicht akzeptiert werden. Der Unterschied zwischen den beiden Baumodellen kann dabei nur ein Beispiel sein, denn schlauerweise haben die Senatsplanungen bereits wichtige Elemente des Hafenstraßen-Entwurfs aufgegriffen: Schulerweiterung und Kindertagesstätte. Im Abendblatt ist auf der Titelseite eine Zeichnung des Entwurfs von Oberbaudirektor Kossak an welchem zuerst die große Überschrift "KITA" (Kindertagesstätte) über einem der Eingänge auffällt. Der Streit, welche der vom "Hafen-Baukonzept" geforderten Elemente in der Behördenplanung aufgenommen und welcher "hinten runter gefallen" ist, wird daher in der Öffentlichkeit schwer klar zu machen sein. Wer Widerstand allein gegen das Senatsbaukonzept auf der Grundlage des Arguments der "besseren Planung" vorträgt, ist Voscherau schon halb auf den Leim gegangen, denn damit wird der politische Hintergrund des Konfliktes verengt und die Senatsseite hat die Möglichkeit taktisch zu argumentieren, aber aus strategischen Beweggründen (grundsätzliches Plattmachen der Hafenstraße) zu handeln.

Gleichzeitig muß der "Sippenhaft"-Gedanke im Voscherau-Vorschlag zurückgewiesen werden. Es ist unglaublich das Wohnrecht von Menschen von der Unberührtheit und Sicherheit einer Baustelle abhängig zu machen. Eine Zuschreibung dieser Verantwortlichkeit darf schon aus rein tatsächlichen Gründen ("Bewacht ‚der Hafen` dann die Baustelle?") nicht akzeptiert werden.

Frank F., 28.2.94

# 38. Vom Auschwitz-Prozeß zu "Schindlers Liste"

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak364/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:44

"Ich bin jetzt sehr gespannt, wie der Film im Land der Glatzköpfe ankommt." (Billy Wilder über "Schindlers Liste")

Die Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs ist in der BRD bis in die 60er Jahre wesentlich durch das Schweigen über die Kriegsverbrechen, insbesondere über den Völkermord an den Juden, die Schoah, gekennzeichnet.

Offiziell war der Antisemitismus diskreditiert; hieraus folgte jedoch nicht eine Verurteilung derer, die sich antisemitisch verhalten hatten oder noch verhielten. Es wurde statt dessen, wie der israelische Historiker Frank Stern feststellte, "eine positive, pro-jüdische Haltung" angenommen. "Die sozialen Kosten eines derartigen Bekenntnisses waren gering, und die moralische Bekundung war außerdem (...) nicht weiter bindend." In den Jahren, in denen sich die BRD herausbildete, habe sich "der Philosemitismus von einem sozialpsychologischen Element der politischen Kultur allmählich zu einem ideologischen und politischen Instrument" entwickelt. (Babylon, Heft 8)

Mit der sog. Wiedergutmachung und der Bildung christlich-jüdischer Gesellschaften schien die Sache abgetan. Und im Bewußtsein der Adenauer-Regierung bestand auch kein Gegensatz zwischen proklamierter Sühnebereitschaft und dem Versuch, die Aufführung von Alain Resnais' Films über den Judenmord "Nacht und Nebel" in Cannes 1956 zu verhindern, da er "das Ansehen Deutschlands" schädige.

Erst fast zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann, angestoßen vom Eichmann-Prozeß 1961 in Jerusalem, in der BRD in nennenswertem Umfang die zumindest justizielle Auseinandersetzung mit der Schoah in den Frankfurter Auschwitz-Prozessen von 1963-65. Die öffentliche Wirkung war gering. "Das haben wir nicht gewußt" und "Man konnte ja nichts tun" gehörten immer noch zu den Tophits deutscher Entschuldungsversuche.

Mit der Jugend- und Studentenrevolte fand Ende der 60er Jahre die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erstmals seit Kriegsende in und vor einer größeren Öffentlichkeit statt. Die Schoah blieb jedoch weithin wenig mehr als eine Zahl: 6.000.000; der Antisemitismus wurde, insbesondere in der sich herausbildenden mehr oder weniger marxistisch-leninistischen Linken vornehmlich als eine Erscheinungsform des Klassenkampfes aufgefaßt. Gleichwohl war der "philosemitische Habitus" (Frank Stern) als Ersatz für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zweifelhaft geworden.

Nachdem in den vergangenen Jahrzehnten auch vor der Revolte der Endsechzigerjahre trotz allem eine Anzahl von seriösen Dokumentationen, Romanen und Filmen über die Schoah erschienen waren, jedoch nur von einer sehr kleinen Minderheit Westdeutscher zur Kenntnis genommen wurden, war es 1979 ausgerechnet eine US-amerikanische Fernsehserie im Stil der "soap-operas", die eine bis dahin nicht gekannte gesellschaftliche Erschütterung auslöste. "Holocaust. Eine Nation ist betroffen" lautet der Titel einer Dokumentation der öffentlichen Resonanz. Diese "Betroffenheit" wird in einer in diesem Band enthaltenen Untersuchung zum einen auf "ein bestehendes oder stimuliertes Interesse" am Thema Judenverfolgung und -vernichtung zurückgeführt, zum anderen mit der Präsentationsform (der Film erzählt primär die Vernichtung einer einzigen Familie aus den Millionen von Familien, die ermordet wurden) begründet und zum dritten mit der "immensen und wohl kaum vorher dagewesenen Voraus- Publizistik, die der Serie gewidmet worden ist." Obwohl in die (damals noch im Rufe "intellektueller Sender" stehenden) Dritten Programme abgeschoben, hatten die vier innerhalb einer Woche ausgestrahlten Folgen eine in ihrer Höhe sensationell zu nennende Einschaltquote zwischen 30 und 40%; knapp die Hälfte der Bevölkerung über 14 Jahre hat eine bis alle Folgen der Serie gesehen. Die Sender erhielten rund zehntausend Anrufe zu den begleitenden Podiumsdiskussionen und einige tausend Briefe.

Die Linke verdammte - zu Recht! - den Film als groben Schwachsinn oder ignorierte ihn vollends. Die Serie hatte zwar genau die Eigenschaften, die sie auch für den "Durchschnittsbürger" konsumabel machten. Die "Betroffenheit" gründete jedoch weniger im konkreten Inhalt des Films, die Serie war vielmehr - nach 35 Jahren - der Auslöser für das Aufbrechen der "Verschwörung des Schweigens" (Alexander Ginsburg, der damalige

Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland). Die "betroffene Nation" überwand ihren Schock allerdings recht bald. Eine von der ersten Wirkung des Films ausgehende weiterführende politische Arbeit, wie sie von der seinerzeit noch handlungsfähigen Linken zu leisten gewesen wäre, wurde nicht aufgenommen.

Und so ernst war das während der "Holocaust"-Ausstrahlung bekundete Interesse der staatlichen Einrichtungen auch nicht gemeint. Der Filmproduzent Arthur Brauner, der 49 Familienangehörige im KZ verloren hat, wollte schon 1984 die Schindler-Geschichte verfilmen. Die Berliner Filmförderungsanstalt (FFA) lehnte ab. Geldmittel der FFA "zur Finanzierung von Spielfilmen (dienten) nicht der Aufgabe deutscher Vergangenheitsbewältigung". Auch im zweiten Anlauf 1992 - Brauner hatte schon mit dem Kulissen-Aufbau eines Arbeitslagers begonnen - beschied ihn die FFA abschlägig: "Obwohl Geschichten wie die vorliegende passiert sein mögen, wirkt sie wie eine mit Emotionen aufgeladene Kolportage."

1986 kam Claude Lanzmanns Filmessay "Shoah" in einige deutsche Kinos und wurde im Fernsehen ausgestrahlt. Der Film wurde insbesondere in den Feuilletons der "besseren" Zeitungen hochgelobt. Es hieß, der Film gebe "die Möglichkeit zu trauern, weil er selbst jene Trauerarbeit ist, zu deren Unmöglichkeit wir Deutschen verdammt sind". Nicht minder zweifelhaft äußerte sich allerdings auch Lanzmann selbst: Er glaube, "daß Shoah für die Deutschen ein befreiender Film sein wird. Der erste befreiende Film seit 1945." Daß die angerufenen Deutschen dann weder die Trauermöglichkeit noch die, wie auch immer gemeinte, Befreiung annahmen - der Film lief nur kurze Zeit in wenigen Kinos und erreichte im Fernsehen eine Mini-Einschaltquote von 2% - lag nun einmal kaum am deutschen Publikum. Zweifellos hat Lanzmann ein bedeutendes Werk geschaffen, aber schon die neunstündige Dauer des Films (im Kino in zwei Teilen zu je viereinhalb Stunden gezeigt) schränkte den Kreis der potentiell zu Erreichenden stark ein. Mehr noch war mit der Präsentation des Themas ein größeres Publikum nicht zu erreichen: Der Film besteht, unter explizitem Verzicht auf jedwede Dokumentaraufnahme aus der Zeit der Schoah ausnahmslos aus Gesprächen mit Opfern, Tätern und Zuschauern, deren Verständnis ein gewisses Maß an nicht vorauszusetzender Kenntnis verlangt, die Bilder zeigen in endloser Folge die befragten Personen, die Einfahrt nach Auschwitz, Grabfelder, Schienen. Man muß gewiß nicht vor den "Sehgewohnheiten" des "Durchschnitts" kapitulieren, aber der Anspruch Lanzmanns und die Form, mit der er diesen Anspruch zu realisieren versuchte, standen im krassen Gegensatz.

Lanzmann ist heute einer der wenigen, der Steven Spielbergs "Schindlers Liste" vollends verdammt. "Der Holocaust ist vor allem darin einzigartig," schrieb er in "Le Monde", "daß er sich mit einem Flammenkreis umgibt, einer Grenze, die nicht überschritten werden darf, weil ein bestimmtes, absolutes Maß an Greueln nicht übertragbar ist: Wer es tut, macht sich der schlimmsten Übertretung schuldig. Die Fiktion ist eine Übertretung, und es ist meine tiefste Überzeugung, daß jede Darstellung verboten ist." Sowohl die "Holocaust"-Fernsehserie wie auch "Schindlers Liste" "übertreten, weil sie ‚trivialisieren` und so die Einzigartigkeit des Holocaust zunichte machen." Beim Ansehen von "Schindlers Liste" sei ihm klargeworden, "daß Spielberg alles zeigte, was ich in ‚Shoah` nicht zeigte." Er habe "geglaubt, daß es ein vor und ein nach ‚Shoah` gäbe, ich habe geglaubt, daß bestimmte Dinge nach ‚Shoah` nicht mehr machbar wären. Nun, Spielberg hat sie gemacht. Ich habe das Gefühl, Spielberg hat einen illustrierten ‚Shoah` gemacht. Er hat Bilder eingesetzt, wo in ‚Shoah` keine waren, und Bilder töten die Imagination." (Zit. n. FAZ, 5.3.)

Unverständlich ist, warum Lanzmann, der (dem Informierten) in "Shoah" unausweichlich deutlich gemacht hat, daß der Völkermord an den europäischen Juden von realen Menschen ausging und in dieser realen Welt geschah, an die Stelle von ebenso realer Aufklärung diffuse "Imagination" setzt, und damit - unwillentlich - jenen beipflichtet, die die Schoah im Irrealen, Unerklärlichen, außerhalb dieser Welt ansiedeln, um so den beiden entscheidenden Fragen - "Wie konnte es geschehen?" und "Wie ist eine Wiederholung zu verhindern?" - auszuweichen. Wenn hingegen Lanzmann Spielberg vorhält: "Bilder töten die Imagination", wenn er gar schreibt, fände er einen unbekannten, heimlich gedrehten Film, der zeigt, wie dreitausend Juden in einer Gaskammer in Auschwitz erstickt wurden, hätte er ihn nicht nur nicht gezeigt, sondern zerstört, muß er die Frage beantworten, wie denn all' die, die nicht von der Shoah betroffen waren, ihr Wissen über den Völkermord - die zwar nicht ausreichende, aber unverzichtbare Voraussetzung antifaschistischen Handelns - erwerben sollen. Wie ohne Resnais "Nacht und Nebel", wie ohne Leisers "Mein Kampf", wie ohne die z.T. ja sehr wertvollen Fernsehdokumentionen, wie ohne die fotografische Zeugnisse aus den Gettos?

Spielberg hat, ebenso wie Resnais, wie Leiser, wie Lanzmann, wie zahlreiche andere bemühte Filmautoren, in "Schindlers Liste", nicht die Schoa gezeigt, weil Ausmaß und Tiefe dieses Grauens tatsächlich nicht "zu zeigen" sind. Er hat, weitgehend an Thomas Keneallys Tatsachenroman aus dem Jahr 1982 orientiert, die

Geschichte eines Mannes erzählt, der unter Bedingungen, die sich jeder "Normalität" entzogen, eine unter diesen Bedingungen unerhörte Tat vollbracht hat. Vor diesem Hintergrund "zeigt" Spielberg "Bilder", wie sie eindrücklicher einen winzigen Teil aus der Schoa kaum zeigen können. Und er hat, bewußt mit seinem Ruf als erfolgreichster Unterhaltungsfilm- Autor aller Zeiten wuchernd, darauf gesetzt, die "große Masse" zu erreichen, ohne übermäßige Konzessionen an deren "Sehgewohnheiten" zu machen. Sein Film wird, was die Medien geradezu dekretieren, viele "erschüttern", manchen aber, die nicht von Lanzmanns "Shoah" und nicht von der Restlinken zu erreichen sind, veranlassen, sich mit der NS-Vergangenheit wie der Gegenwart intensiver auseinanderzusetzen. Leider fällt Spielberg in "Schindlers Liste" hinter die eigene Einsicht zurück, daß, wie er in einem Interview sagte, das "Nazi-Reich im besetzten Polen (...) vor allem eine Industrie (war), die ähnlich wie US Steel funktionierte, nur daß das Nebenprodukt der tausendfache Tod war." Gerade dies aber zeigt Spielberg nur unzureichend, so daß der weniger informierte Zuschauer, der die im Film enthaltenen Verweise auf die Industrialisierung des Völkermords nicht zu deuten weiß, durchaus den Schluß ziehen kann, Judenvernichtung und Lager habe es nur gegeben, um einer korrupten SS-Bande die Taschen zu füllen. Dabei wäre es - gerade für die deutschen Zuschauer - wichtig, zu erfahren, daß unmittelbar nach der SS und noch bevor Schindler zwecks kleinerem Kriegsgewinn nach Krakau kam, sich die Deutsche Bank dort längst zur Organisierung des großen Geschäfts niedergelassen hatte. Abgewickelt wurden die Geschäfte bis 1940 über Wien, verantwortlich war der in der BRD hochgeehrte Großbankier und Berater von u.a. Konrad Adenauer und Helmut Schmidt, der jüngst verstorbene Hermann Josef Abs.

Klaus Mellenthin

# 39. Konfliktorientierte Betriebsräte

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:15

Betr.: Zwischen Null- und Minusrunde (ak 362)

Es scheint mir eine Fehleinschätzung zu sein, wenn es im Beitrag von J./Westberlin "Der Sand ist abgetragen - jetzt beißen wir auf Granit" heißt: Angesichts der Unüberschaubarkeit des kapitalistischen Marktgeschehens sind sich die herrschenden Akteure über den einzuschlagenden Weg nicht einig. Trotz einiger juristischer Rangeleien zwischen Opel und VW möchte ich doch behaupten, das Kapital ist zur Zeit, nach dem Abkassieren der sogenannten real-sozialistischen Staaten und dem massiven ökonomischen Vordringen in den östlichen Teil Europas, in einer zweifelsohne offensiven Position und handelt unter diesen Umständen nach dem Motto "Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus". Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß dabei Betriebsstandorte plattgemacht werden.

Das Kapital machte am Ende des Jahres 93 die eigene politische Position sehr deutlich, und ich finde es schon erstaunlich, daß plötzlich führende Gewerkschaftsfunktionäre den Überraschten machen.

In der Vorausschau zum Jahr 94 schreibt Hans Peter Stiehl, Präsident des DIHT, im Handelsblatt vom 31.12.93 ganz deutlich:

"Wir sind an einer Wegmarke angelangt. Alle Probleme sind bekannt. Jetzt müssen wir handeln, Regierung, Unternehmer, Bürger. Wir müssen gemeinsam eine Wendung herbeiführen." Und im gleichen Blatt schreibt Tyll Necker, Präsident der Deutschen Industrie: "Die wichtigsten Strategien für Wirtschaft und Staat lassen sich unter drei Stichworten zusammenfassen:

1. Senkung der Kosten auf allen Ebenen

2. Beschleunigung von Innovationen und Reformen

3. Bremsklötze weg. Deregulierung, Privatisierung und Stärkung der Eigenverantwortung wo immer möglich."

Und beim genauen Hinschauen stellt man fest, daß bei der Strategie der Unternehmer zwar von Bürgern gesprochen wird, die Unternehmer aber zur Zeit noch daran zweifeln, ob es gelingt, die Gewerkschaften für ihre Strategie als Steigbügelhalter zu gewinnen.

Und so spielen die derzeitigen Tarifauseinandersetzungen, nicht nur wegen Mark und Pfennig, sondern wegen der politischen Dimension, eine wichtige Rolle. Sind diese Tarifauseinandersetzungen doch ein Gradmesser für die Mobilisierungsfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen, wenn es um ihre ureigensten Interessen geht. Sie sind darüber hinaus ein Zeichen dafür, ob die Kolleginnen und Kollegen nur auf die Kommandos der Gewerkschaftszentrale reagieren, oder es zumindest darauf anlegen, bei Tarifauseinandersetzungen zumindest selbst mitzubestimmen. (Unabhängig davon, was von der jeweiligen Gewerkschaftssatzung abgedeckt ist oder nicht.)

Interessant ist es schon, wenn in der Metall-Zeitung 2/94 ein Transparent zu sehen ist mit der Aufschrift "Wir sind nicht die Spielbälle der Unternehmer". Wird doch hier ein Stück Klassenbewußtsein deutlich. Denn wer nicht zum Spielball der Unternehmer werden will, hat nicht nur eine eigene Position, sondern ist auch bereit, sich entsprechend zu wehren. Und wenn in der Funktionärszeitschrift der IGM (Gewerkschafter, Jan. 94) auf einem abgebildeten Umhängeschild steht: "Gemeinsam kämpfen verbindet", dann darf das nicht nur heiße Luft bleiben, sondern der DGB und seine Einzelgewerkschaften müssen entsprechend handeln.

Und die Linke (soweit es sie noch gibt) sollte erkennen, daß es zwischen der IG Chemie und dem Sozialpartner Hermann Rappe und der IG Metall und dem Zentristen Klaus Zwickel schon einen gewaltigen tarifpolitischen Unterschied gibt. Und daß es notwendig ist, die IG Metall, sollte es zu weiteren härteren Kampfmaßnahmen kommen, solidarisch zu unterstützen. Auf der anderen Seite muß auch herausgearbeitet werden, daß beide - IG Chemie wie IG Metall - auf einen politischen Tapetenwechsel bei den Bundestagswahlen 94 setzen. Und obwohl ich immer ein Verfechter der Einheitsgewerkschaft war und bin, beginnt es an dieser Stelle bei mir gewaltig zu knacken.

Als wenn sich bei einem politischen Tapetenwechsel in Bonn an den wirtschaftlichen (sprich: kapitalistischen) Machtverhältnissen etwas ändert.

Falls es zu einem politischen Tapetenwechsel im Sinne von führenden Gewerkschaftsfunktionären kommen sollte, bei dem sichergestellt ist, daß die Aussperrung gesetzlich verboten wird, wäre das schon ein großer Schritt nach vorne. Da aber bei einer SPD-Regierung auch große Gefahren für eine fortschrittliche Entwicklung der Gewerkschaften bestehen, bekommen die Betriebsratswahlen im Jahr 94 ein besonderes Gewicht. Es geht bei den Betriebsratswahlen eindeutig darum, ob es gelingt, konfliktorientierte Kolleginnen und Kollegen in die Betriebsräte zu wählen. Unter konfliktorientierten Betriebsratsmitgliedern verstehe ich: keine Sozialpartnerschaft, keine Kungelei mit den Unternehmern und über die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes sich an klassenorientierte Politik zu halten. Daß das nicht einfach ist, braucht mir keiner zu erzählen, schließlich war ich 20 Jahre Betriebsratsmitglied und Betr.R.Vors. (nicht freigestellt).

Wenn ich so auf konfliktorientierte Betriebsräte abziele, dann hat das ganz wesentlich etwas damit zu tun, welchen politischen Weg der Deutsche Gewerkschaftsbund in Zukunft gehen wird.

Geht der DGB den bequemen Weg einer quasi rechtlichen Institution oder geht der DGB den schweren dornenvollen Weg der autonomen Widerstandsorganisation der arbeitenden und nichtarbeitenden Menschen. Betriebsräte sprechen da ein entscheidendes Wort mit. Bei allem was in diesem Zusammenhang abläuft, kann die Linke nicht aus dem bequemen Logenplatz zuschauen.

Paul Michalowicz

(zur Information: Vors. HBV Seniorenausschuß HBV Hagen, Mitglied Orts.Vorst. und Bezirksverwaltungsvorstand, Hagen, Sauerland/Siegerland)

Birgit Hogefeld

Betr.: 23 Stunden Totalisolation (ak 363)

Angesichts der erschütternden Berichterstattung von Birgit Hogefeld über ihre Haftbedingungen in Bielefeld in ak 363 rufe ich zur Unterstützung einer bisher im ak noch nicht publizierten Solidaritätsaktion zugunsten von Birgit auf. Ich erwähne den Spendenaufruf des Wiesbadener "Vereins zur Förderung politischer Kultur durch Kommunikation e.V., Stichwort Birgit" unter der Bankverbindung der Wiesbadener Volksbank, BLZ 510 900 00, Kontonummer 18536706, der vom Schwarzmarkt in seiner Dokumentation zu den Demonstrationen zum Tode von Wolfgang Grams im Oktober abgedruckt wurde. Ich hoffe, daß Birgit diesen Leserbrief über ihre ak-Lektüre in ihrer Zelle zu lesen bekommt, so daß ich ihr diesen Text nicht gesondert zuzuschicken brauche.

Liebe Birgit, wir verstehen, daß jetzt angesichts der lange Jahre ausgebliebenen Verhaftung von RAF-Mitgliedern, von Bad Kleinen, des Spitzels und der immer noch nicht vollzogenen Zerschlagung der RAF Dich die Rache der Staatsschutzorgane besonders trifft und wünschen Dir viel Kraft bei allen weiteren Anfechtungen.

Wolfgang, Rickling

Fusionieren?

Hallo,

eigentlich ist der ak eine interessante Zeitschrift und meine Abo-Kündigung hat auch keine inhaltlichen, sondern zum einen ökonomische Gründe, zum anderen kann mensch sich auch aus Zeitgründen nur eine relativ geringe Zahl von linken Zeitschriften zulegen. Im Gegensatz dazu steht aber die ungebrochene Tendenz im linken Spektrum, daß jede und jeder meint, sich in einem eigenen Periodikum verewigen zu müssen. Zwar reicht es bei kaum einem der dadurch entstandenen und entstehenden Zeitungsprojekte zum gesicherten ökonomischen Überleben; aber das scheint durch Spendenaufrufe, Selbstausbeutung der MacherInnen und oft auch durch das Akzeptieren mangelnder inhaltlicher wie gestalterischer Qualität irgendwie aufgefangen werden zu können.

Nun ist unstrittig, daß die derzeitige Krise der Linken nur durch gemeinsame Debatte und gegenseitige Information als Basis gemeinsamer Aktion überwunden werden kann. Und Publikationen sind dazu eben ein ganz wesentlicher Bestandteil. Nur: Müssen es immer Periodika sein? Wären nicht auch Broschüren und

Flugschriften zur Dokumentation von Diskussionsergebnissen bzw. als Beiträge zur Debatte überaus nützlich, zumal diese einen längeren Verbreitungszeitraum aufweisen (eine Zeitung ist mit Erscheinen der nächsten Ausgabe veraltet; eine Broschüre bleibt meist über Monate aktuell) und die MacherInnen sich nicht genötigt sehen müssen, periodisch auf den Publikationsmarkt zu drängen?

Weiter: Scheint es angesichts abnehmender LeserInnen und zunehmender ökonomischer Schwierigkeiten bei der Zeitungsproduktion nicht angebracht, Fusionen ähnlicher Zeitungsprojekte bzw. solcher mit ähnlicher Themensetzung voranzutreiben?

Könnte es nicht überaus sinnvoll sein, die Zahl überregionaler Periodika zu reduzieren und statt dessen wieder mehr Wert auf regionale Zeitschriften und Infos zu legen, die sich der konkreten Situation "vor Ort" annehmen?

Speziell an den ak gerichtet: Wäre es nicht doch angebracht gewesen, auf das Angebot zur Zusammenarbeit mit den jetzigen ARRANCA!-HerausgeberInnen einzugehen? Und mit welchen Zeitungsprojekten würde/könnte der ak unter welchen Umständen zusammengehen, um durch die damit verbundene Auflagensteigerung die ewigen Spendenaufrufe - wenigstens teilweise - überflüssig zu machen?

Das fragt sich

M.B., Aschaffenburg

# 40. Quelldatei 20.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:20

Palästina

Marc Rudin, 1945 in Bern geboren, gelernter Grafiker, engagierte sich in den 60er und 70er Jahren für den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes, die Black Panther in den USA und arbeitete mit EmigrantInnen in der Schweiz. 1979 wurde Rudin beschuldigt, an der Sprengung der Fassade einer Schweizer Bank in Fribourg, die in dubiose Geschäfte mit dem katholischen Orden Opus Dei verstrickt sein sollte, beteiligt gewesen zu sein. Er wurde in Abwesenheit zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Von 1979 bis 1991 lebte Rudin unter dem Namen Jihad Mansour im Libanon und in Syrien. Er machte dort politische Gebrauchsgrafik, die den Kampf des palästinensischen Volkes nachzeichnet. In diesen Jahren gestaltete Rudin-Mansour auch die Titelseiten der PFLP-Zeitschrift "democratic palestine". Nach der Rückkehr nach Europa wurde ihm in Dänemark die Teilnahme an einem Überfall auf einen Geldtransport vorgeworfen, der Erlös sollte dem palästinensischen Widerstand zugutekommen. - Die Wanderausstellung mit politischer Grafik von Marc Rudin/Jihad Mansour wird derzeit gezeigt im

Haus für Alle, Amandastraße, Hamburg. Bis zum 25.3.94, Mo-Fr von 10-19 Uhr

Nicaragua

Die Brigadenvorbereitungsgruppe Hamburg wird auch 1994 wieder eine Arbeitsbrigade für den Einsatz in Nicaragua vorbereiten. Die Gruppe soll Anfang September für zwei bis drei Monate (voraussichtlich) im Projekt "Neuland - Villa 15 de Julio" in Chinandega arbeiten. Villa 15 de Julio ist ein kleiner Ort, in dem fast ausnahmslos ehemalige LandarbeiterInnen leben, von denen 75% arbeitslos sind. Im März 1990 begannen die ArbeiterInnen zusammen mit organisierten Arbeitslosen, fünf ehemalige Staatsfincas zu besetzen, die privatisiert werden sollten. Jetzt stehen sie vor der Aufgabe, Arbeitsplätze zu schaffen und Produkte anzubauen, die auf dem nationalen und dem internationalen Markt absetzbar sind. - Die Vorbereitung der Brigade beginnt Mitte Mai.

Informationsveranstaltungen zu der geplanten Brigade und dem Projekt am 9.3., 19.3. und 21.4. jeweils um 19.30 Uhr im "El Rojito", Große Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg.

Resistenza

Der Verein "Zeitzeichen, Geschichts- und Videowerkstatt" in Kiel plant im Frühjahr eine Reise auf den Spuren der italienischen Resistenza, des Widerstands gegen Faschismus und deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg. In Norditalien gibt es noch heute ein dichtes Netz von Organisationen der ehemaligen PartisanInnen. Viele von ihnen möchten ihre Erfahrungen aus Krieg und Widerstand weitergeben. Neben Treffen mit ZeitzeugInnen sind Fahrten per Fahrrad, Bus und Bahn zu den historischen Stätten geplant, die an den PartisanInnenkampf und faschistische Verbrechen erinnern.

23.4.-3.5.94 ab Kiel. Unterbringung in Jugendherbergen. 690.- DM inkl. Anreise, Unterbringung, Fahrten am Ort, Dolmetscher etc.pp. Infos, Programm, Anmeldung (bis spätestens 15.3.) bei: Zeitzeichen, Schauenburgerstr. 54, 24105 Kiel.

Synagogenbau im Hamburg

Im Novemberpogrom zerstört, wenig später abgerissen oder zweckentfremdet, verschwanden die Synagogen nach 1938 als markanteste architektonische Zeugnisse jüdischen Lebens auch in Hamburg aus dem Stadtbild. Vielen Menschen sind heute die Standorte wieder bekannt, es fehlt jedoch die sinnliche Anschauung. In einem Kursus der Volkshochschule sollen mit Hilfe von Dias, Fotos, Grundrissen und Exkursionen die kunsthistorischen und städtebaulichen Zusammenhänge anschaulich gemacht werden.

Kursbeginn am 21.3.94. Insgesamt neun Termine und Exkursionen. Information und Anmeldung: Hamburger Volkshochschule, Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35, 20357 Hamburg.

Neue Proletarität?

Unter dem Thema "Neue Proletarität? Linke und Krise" diskutieren auf einer Veranstaltung der Gruppe K Karl Heinz Roth und Heiner Möller. (S.a. den Aufsatz von Roth, "Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken ...", in ak 356.)

23.3.94, 19 Uhr. Hörsaal der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Von-Melle-Park, Hamburg.

Kurdistan

Das Bonner "Solidaritätskomitee Kurdistan" ruft zur Demonstration unter dem Motto "Freiheit für Kurdistan - Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes" auf. Dem Aufruf haben sich rund einhundert Organisationen und Initiativen angeschlossen.

12.3.94, Bonn. Beginn der Demonstration um 11 Uhr An der Josefshöhe. - Informationen: Solidaritätskomitee Kurdistan, Wolfstr. 10/Hh, 53111 Bonn, Tel. 0228-659513.

Bad Kleinen

Die Vorgänge in Bad Kleinen und die staatliche Version diskutieren auf einer Podiumsdiskussion Ulla Jelpke, Ursula Seifert (Rechtsanwältin von Birgit Hogefeld), Thomas Kieseritzky und Andreas Groß (Anwälte der Familie Grams), Rolf Gössner und H.J. Weider (Vereinigung der hessischen Strafverteidiger).

24.3.94, 20 Uhr. Volksbildungsheim, Eschenheimer Turm, Frankfurt.

# 41. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:33

"Dritte Welt"

Eine umfassende Analyse der Entwicklung in Sri Lanka, die als "Genese eines Bürgerkriegs" dargestellt wird, enthält die aktuelle Ausgabe der blätter des iz3w. Der Themenschwerpunkt dieses Heftes sind die sozialen Bewegungen in Ägypten, dem Iran, Türkei, Kurdistan und Syrien.

blätter des iz3w, Nr. 195 (Februar 1994). 68 S., 7.50 DM.

Mexiko

Die aktuellen Ereignisse in Chiapas haben die Redaktion der ila-Zeitschrift zu einer Änderung des Schwerpunkts bewogen, der ursprünglich Gilberto Bosques gewidmet sein sollte. Bosques war in der Zeit des Zweiten Weltkriegs der Generalkonsul Mexikos in Marseille, wo er Tausenden von AntifaschistInnen aus allen europäischen Ländern die Flucht vor den Nazis ermöglichte. Ein Interview mit dem heute 102jährigen und weitere Beiträge zum Thema "Asyl" sind nun weiter hinten ins Heft gerutscht. Zu den Ereignissen in Chiapas werden aktuelle Berichte gebracht, Dokumente, Interviews mit Akteuren, ein knappe Biografie Zapatas und eine Darstellung der Entwicklung in Chiapas in den letzten Jahrzehnten.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Nr. 172 (Februar 1994). 64 S., 7 DM.

Kurdistan

Erstmals anzuzeigen an dieser Stelle ist der von medico international seit gut einem halben Jahr herausgegebene Nachrichtendienst Kurdistan aktuell, der etwa alle zwei Wochen erscheint und Dokumente, Hintergrundberichte, Kurzanalysen aus und über alle Parteien und Verbände in allen Teilen Kurdistans, darunter auch die Nachrichtenbulletins der Menschenrechtsvereine Kurdistans und der Türkei, enthält.

Kurdistan aktuell. Insight Newsservice. Bezug über: medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt. Der Nachrichtendienst ist kostenlos, für die reinen Versandkosten sind 40 DM an reinen Versandkosten vorab zu überweisen auf das Kto. 1800, Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01), Stichwort: Kurdistan aktuell.

Özgür Gündem

Im Mittelpunkt der dritten Nummer des Bulletins Solidarität mit Özgür Gündem steht die kurdischsprachige Wochenzeitschrift "Welat", deren Chefredakteur eine Selbstdarstellung verfaßt hat. Daneben sind auch einige Artikel aus der "Welat" dokumentiert. Der größte Teil des Heftes besteht aus aktuellen Meldungen aus kurdischen und türkischen Quellen, die auch in der besseren deutschsprachigen Presse kaum oder meist gar nicht erscheinen.

Solidarität mit Özgür Gündem. Einzelheft 1 DM. Die Bezugsbedingungen sind zu erfragen bei: Mediengruppe Kurdistan Berlin, c/o GNN-Verlag, Czeminskistr. 5, 10829 Berlin.

Junge Freiheit

So ziemlich alles Wissenswerte über die "Junge Freiheit", ihr Wirken und ihre Macher, ihre Connections und ihre Finanziers hat das Hamburger "Antifaschistische Broschürenkollektiv" zusammengetragen und analysiert. Eine Arbeit, die in ihrer Qualität (wehmütig) an die Qualität der antifaschistischen Analysen des KBs vergangener Zeiten erinnert.

Antifaschistische Informationen ... gegen die Zeitung "Junge Freiheit". A4-Format, 80 S., 5 DM. (Bestellung bis 5 Ex. pro Heft 5 DM plus 3 DM Portobeitrag - Vorausbezahlung! - bei: Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.)

Ökologie & Marktwirtschaft

Der Autor Jens Dörschel wendet sich in seiner Arbeit, die er bescheiden als "Diskussionsbeitrag" bezeichnet, "vor allem an Leute, die mit den Problemen der ökologischen Krise und den Forderungen der Ökologiebewegung halbwegs vertraut sind, die sich allerdings mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Fragen bisher weniger auseinandergesetzt haben." Hier scheint tatsächlich Interesse zu bestehen, folgte doch kurz nach der ersten Auflage mit zu knapp bemessenen 500 Exemplaren jetzt die zweite mit immerhin 1500.- Dörschel informiert auf gut 80 engbedruckten Seiten über die wirtschaftlichen Wurzeln der Umweltzerstörung, das Verhältnis von Ökologie und Weltmarkt, Grundzüge der Ökologisierung, ökologische Marktwirtschaft und ihre Grenzen, den Niedergang des Liberalismus, ein linkes ökologisches Programm, den ökologischen New Deal, ökologischen Kapitalismus, Ökologie und die Neue Weltordnung.Abschließend diskutiert er die Frage, ob der ökologische Kapitalismus eine Alternative habe.

Jens Dörschel: Ökologie & Marktwirtschaft. Hg. vom AK Wirtschaft der BUNDjugend. A4-Format, 86 S., 7 DM (plus ggf. 3 DM Porto). Bezug über: BUNDladen, Im Rheingarten 7, 53225 Bonn.

# 42. Spenden-Ergebnis seit ak 363

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:40

50.000 DM für den ak!

Spenden-Ergebnis seit ak 363

In den vergangenen vier Wochen sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

K.-U.W., Marburg 100,00

G.R., Berlin 40,00

Claus-Michel W., xy 30,00

EZi, Bonn 100,00

J.P., Berlin 1.000,00

A.B., Hamburg 100,00

Thomas H., xy 30,00

M.S., München 150,00

W.P., Bielefeld 50,00

T.S., Marburg 10,00

R.-R.St., Berlin 100,00

M.W., Hamburg 225,00

W.R.-R., Bremerhaven 100,00

R.K., Berlin 100,00

E.D., Frankfurt 10,00

P.V., Heidelberg 200,00

P.P., Hamburg 14,00

H.-G.P., Bielefeld 100,00

M.M., Oberhausen 50,00

K.F., Hamburg 40,00

KB Göttingen 1.500,00

RO., Braunschweig 500,00

ME., Braunschweig 100,00

Th.K., Hamburg 500,00

H.S., Hamburg 20,00

Rüdiger P., xy 50,00

W.V., Reichshof 100,00

K.Sch., Bergkamen 10,00

C.W., München 30,00

H.-E.W., Heidelberg 50,00

M.Q., Stade 20,00

R.H., Berlin 43,00

C.C., Schwenningen 50,00

A.K., Tübingen 50,00

Grüne Amberg-Stadt 100,00

D.St., Herdecke 200,00

J.G., Hamburg 50,00

Rolf Th., xy 100,00

M.Sch., Berlin 50,00

KB Nürnberg 3.690,00

Wilfried W.W., xy 100,00

U.M., Hamburg 100,00

R.Pf., Kahlefeld 100,00

S.B., Trier 200,00

A.D., Hannover 200,00

H.-J.V., Chemnitz 100,00

O.R., Marburg 100,00

J.N., Hamburg 1.000,00

Gaf, Tübingen 150,00

KB Berlin 2.000,00

Summe seit ak 363 13.812,00

Summe bis ak 363 32.558,09

Spendensumme 46.370,09

Ein großes Lob all den Spenderinnen und Spendern für Eure Einsicht in die Notwendigkeit, den ak vor dem Verschwinden zu bewahren. Dank Eurer Solidarität sind die dringend erforderlichen 50.000 Mark, wie Ihr seht, nun fast erreicht. Doch dicht daneben ist auch vorbei! Womöglich aber handelt es sich hierbei um eine kleine List der Vernunft: Denn jetzt haben wir allen Grund, Euch zum Endspurt aufzufordern und dabei zu hoffen, daß auf diese Weise womöglich das Spendenergebnis vom Vorjahr (55.000 DM!) wiederholt werden kann. Deshalb gilt jetzt die Losung: Begehen wir ein würdevolles Osterfest durch den erfolgreichen Abschluß der Weihnachts-Spendensammlung!

Spenden-Konto: Heinrich Eckhoff

Kontonummer: 464584-204, Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20

# 43. Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/90.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:90

Norbert Hofmeier wurde im August 1986 zusammen mit Thomas Thoene, Thomas Richter und Barbara Perau in Duisburg verhaftet und 1989 vom Staatsschutzsenat in Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in der RAF und eines Sprengstoffanschlags auf den Sendemast einer Bundesgrenzschutzkaserne erst zu 10 Jahren, im Revisionverfahren dann zu 8 Jahren Haft verurteilt. Bis zum Prozeß war er in Ossendorf, während des Prozesses in Düsseldorf und seitdem ist er in Bochum inhaftiert. Auch Stefan Wisniewski (Gefangener aus der RAF) ist seit Jahren in Bochum, beide werden strikt voneinander getrennt, für beide gelten Sonderhaftbedingungen.

Im "Mai-Papier" der RAF von 1982 wurde das Konzept einer gemeinsamen revolutionären Front entworfen, das in unterschiedlichen Zusammenhängen diskutiert und teilweise umgesetzt wurde, von direkter Auseinandersetzung mit Gefangenen aus der RAF bis hin zu Sprengstoffanschlägen von illegalen Militanten (kämpfenden Einheiten) vor allem 1985/86. Der Staatsschutz reagierte u.a. mit der Verhaftung von legal lebenden Menschen aus dem antiimperialistischen Widerstand - der Illegalen konnte er nicht habhaft werden.

In den Prozessen wurde die "Gesamt-RAF" konstruiert um alle Gefangenen wegen Mitgliedschaft in der RAF verurteilen zu können und einen möglichst hohen Abschreckungseffekt zu erreichen.

Norbert war und ist weder RAF noch illegaler Militanter. Die Verurteilung beruhte auf politischer Gesinnung.

Norbert Hofmeiers politische Geschichte beginnt mit den Ausläufern der Studentenbewegung. Anfang der 70er Jahre zog er nach Duisburg und arbeitete bis zu seiner Verhaftung als Maschinenschlosser bei Thyssen. Er war Teil der linksradikalen Bewegung ab Mitte der 70er Jahre: der Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhung, der Anti-AKW-Bewegung, Hausbesetzungen, internationaler Solidaritätsbewegung. Als Konsequenz seiner Politik gehörte er zu denjenigen, die sich mit dem Mai-Papier auseinandersetzten und eine direkte Auseinandersetzung mit Gefangenen aus der RAF führten.

Im August 1994 wird Norbert nach Ablauf der vollen acht Jahre endlich entlassen.

# 44. 8. März: Frauentag - Streiktag!

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/frauen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:frauen

8. März, internationaler Frauentag: Unter dem Motto "Jetzt schlägt's 13" fand der erste bundesweite Frauenstreiktag statt. Mit diesem Streik war von Anfang an mehr an eine symbolische Aktion gedacht, bei der Frau sich in unterschiedlichster Form "verweigern" wollte, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Betriebliche Aktionen blieben eher die Ausnahme. Nicht nur bei Demos und Veranstaltungen, auch mit eher unkonventionellen Mitteln ist es offenbar gelungen, wieder mehr Frauen als in den vergangenen Jahren dafür zu begeistern, am 8. März selbst etwas auf die Beine zu stellen. So kam es, teilweise erstmals seit vielen Jahren, wieder zu breiten Bündnissen von Frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen und Organisationen.

Die Forderungen griffen die gesamte Palette der Frauenunterdrückung auf. Auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie z.B. die tagtägliche Gewalt gegen Immigrantinnen und der Einsatz der Bundeswehr in sogenannten "Krisengebieten" wurden thematisiert. Zentrale Themen waren aber fast überall die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Ausgrenzung der Immigrantinnen, der § 218 sowie die zunehmende Armut unter Frauen.

Zu diesem Thema ein ausführlicher Bericht über: "Weibliche" Armut in Westdeutschland. S. 31

# 45. Quelldatei hebron.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/hebron.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:hebron

Israel: Massaker und

Friedensverhandlungen

Die religiös-nationalistischen Siedler in den von Israel besetzten Gebieten und ihre Unterstützer im Lande selbst haben keinen Hehl daraus gemacht, daß sie auch mit Waffengewalt einen Friedensschluß zwischen dem palästinensischen und dem israelischen Volk, den sie als "Ausverkauf Israels", als "Selbstmord" auffassen, verhindern wollen. Die Attentate des "Jüdischen Untergrunds" gegen Palästinenser und die mehrfachen Versuche, die islamischen Gebetsstätten auf dem Tempelberg in Jerusalem zu sprengen, zeigen ebenso wie die Vandalenzüge von Siedlern durch palästinensische Ortschaften und ihre Morde an Palästinensern während der Intifada, daß sie bereit und in der Lage sind, ihre Drohungen in blutigen Taten zu verwirklichen. Am 25. Februar erschoß ein Siedler innerhalb weniger Minuten mit seinem Schnellfeuergewehr 39 Palästinenser in der Ibrahim-Moschee in Hebron. 20 weitere Palästinenser wurden bei den sich anschließenden Auseinandersetzungen - möglicherweise zum Teil noch in der Moschee - von israelischen Soldaten getötet.

Die Arbeitspartei wird nun entscheiden müssen: Frieden oder Siedlungen - beides zusammen ist nicht möglich. Fürs erste entschied sich die Regierung jedoch, die Palästinenser in den besetzten Gebiete unter Ausgangssperre zu stellen, während die Siedler ihre Bewegungsfreiheit behielten. Rabin ist im Begriff, eine Siedlerpartei in die Regierungskoalition aufzunehmen. Seite 11

Klaus Polkehn analysiert in seinem Beitrag "Der Weg nach Palästina ist noch weit" die bisherige Entwicklung der Verhandlungen zwischen Israel und der PLO und die in der PLO und unter den Palästinensern in den besetzten Gebieten geäußerte Kritik an der Politik Arafats. Seite 12

# 46. Quelldatei mine.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/mine.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:mine

Landminen

Bisher finden Landminen wenig Beachtung. Aus militärischer Sicht sind Landminen sehr effektiv, sie führen auf billige Art zur Kampfunfähigkeit und verschlingen zusätzlich medizinische Ressourcen. Die Rolle der BRD beim Minenexport und der Stand der Landminenkampagne auf Seite 27

El Salvador

Auch unmittelbar vor den Wahlen reißt die Attentatsserie gegen die Linke nicht ab. Obwohl von freien Wahlen nicht gesprochen werden kann, tritt die Linke geschlossen an. Nach den bisherigen Umfragen käme sie mit 25% der Stimmen auf Platz zwei hinter der ultrarechten ARENA-Partei.

Seite 21

Wagenburgen

Mitten in den Städten, manchmal auch am Rand: In den letzten zehn Jahren zogen immer mehr Menschen in Bauwagen - sei es als Folge der Wohnungsnot, sei es, um dort ein alternatives Leben zu führen. Als "Slums in bester Lage" diffamiert, sind sie zunehmend von Räumung bedroht.

Seite 6

RAF-Geschichte

Im zweiten Teil seiner Geschichte der RAF schildert der Celler Gefangene Lutz Taufer die Entwicklung von der sogenannten Kinkel-Initiative aus dem Jahr 1992 bis zur heutigen Situation: "Vom Kampf zweier Linien zu sprechen, scheint mir etwas voreilig ... Da ist viel zu wenig herausgearbeitet."

Seite 36

# 47. Die NATO im Premieren-Fieber

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/nato.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:nato

"Der erste Militäreinsatz der NATO" kann stolz vermeldet werden: Vier "mutmaßlich serbische" Kampfflugzeuge wurden über Jugoslawien abgeschossen. Deutsche Soldaten gehörten zu den AWACS-Mannschaften, die den Angriff ins Ziel dirigierten. So gewöhnen wir uns an die Premieren. Der erste deutsche Soldat, der während einer UNO-Mission ums Leben kam: Kambodscha. Der erste Mensch, der von einem deutschen Soldaten "im Dienst" erschossen wurde: Somalia. Und jetzt der erste NATO-Kampfeinsatz.

Damit wurde eine weitere Tabu-Linie überschritten, fand ein weiteres Stückchen "Normalisierung" statt. Das strategische Endziel hundertprozentiger deutscher "Normalität" besteht in der internationalen Anerkennung als absolut gleichberechtigt kriegsfähige und irgendwann eben auch kriegführende Nation. "Out of area" entpuppt sich als das eigentliche Tätigkeitsfeld der NATO.

Die NATO und Jugoslawien: Seite 3

# 48. Gesamtdeutsche

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/rau.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:rau

Asylpolitik

Nach dem angeblichen "Ostagenten" Herbert Wehner konnte mit Johannes Rau ein weiterer sozialdemokratischer "Vaterlandsverräter" namhaft gemacht werden. Raus Vergehen: Als Kanzlerkandidat der SPD habe er 1986 schamlos die "Wahlhilfe" der SED in Anspruch genommen. Der "große asylpolitische Erfolg", mit dem SPD und CDU sich im damaligen Wahlkampf gleichermaßen brüsteten, war nur durch einen Kursschwenk der SED möglich geworden. Nachdem die DDR-Regierung sich zunächst geweigert hatte, Flüchtlingen die Durchreise nach Westberlin zu verbieten, gab sie im September 1986 überraschend nach. Ein Bericht über die Vorgeschichte dieser gesamtdeutschen Aktionseinheit auf Seite 9

# 49. Notverordnungen

CD-Datei: daten/aksuche/ak364/sicher.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:364:sicher

gegen Grundrechte

Der Wettstreit zwischen Regierung und sozialdemokratischer "Opposition", wer der konsequenteste Verfolger krimineller Machenschaften sei, steht weiter unentschieden. Während die Koalition ein neues "Verbrechensbekämpfungsgesetz" vorlegt, präsentiert die SPD ihren Entwurf für ein "Zweites Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität". Beide Gesetzesvorlagen setzen Grundrechte außer Kraft. Die von der Regierung geforderten Änderungen der Strafprozeßordnung erinnern Kritiker an die Notverordnungen der Weimarer Republik.

"Jeder Ausländer, der hier auch nur mit einem Gramm Rauschgift handelt, hat das Gastrecht unseres Staates verwirkt und sollte abgeschoben werden" - der von Innenminister Kanther kurz nach seiner Amtseinführung vorgeschlagene kurze Prozeß wird auch auf andere Delikte ausgedehnt, u.a. die "Schlepper- und Schleuserkriminalität", aber auch die "wiederholte" Unterstützung bei "unvollständigen" oder "falschen" Aussagen im Asylverfahren.

Die SPD leistet mit ihrem Gesetzentwurf ebenfalls Bahnbrechendes. Sie will gleich zwei Grundgesetzartikel "ändern", um den großen Lauschangriff und die Sicherstellung von Vermögen aus angeblich kriminellen Handlungen zu ermöglichen. Im letzteren Fall genügt ihr die auf "tatsächliche Anhaltspunkte gestützte Vermutung", um die Beweislast umzudrehen. Ein Zwischenbericht zum Stand der deutschen "Rechtskultur" auf

Seite 4